

FS 7.201
1987
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsgesellschaft Wien, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PIA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Druck: Druckerei Helvetica, 11. Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 1. Juni 1987

Blatt 1147

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Vorortelinie eröffnet (1149/FS: 30.5.)
- Schienenersatzverkehr für die Linie „9“ (1151/FS: 31.5.)
- Neue Einbahnregelungen in Jedlesee (1154)
- Polizeipräsident Reidinger wird 65 (1155)
- Experten-Hearing über Länderregion-Ost (1156)
- ÖVP lehnt Rechnungsabschluß ab (1158)
- Edlinger: Impulse in der Stadterneuerung sind offenkundig (1158)
- Mayr: 40 Milliarden Verschuldung sind korrekt (1159)
- Zimmerbrand (nur FS/31.5.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt (1148/FS: 30.5.)
- Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing (1152)
- Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt (1152)
- Schwarzspanier-Viertel wird Schutzzone (1153)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Atzgersdorf (1157)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Dornbach (1157)

Kultur:

- „Die Vorortelinie einst und jetzt“ im Bezirksmuseum Penzing (1150/FS: 30.5.)
- „VALIABT INS WEANALIAD“ im Bezirksmuseum Landstraße (1150/FS: 31.5.)

F 57.291



IN 302.848

Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Wien, 30.5. (RK-BEZIRKE) Die nächste ordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am Dienstag, dem 2. Juni, um 16 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, statt.
(Schluß) smo/bs

Bereits am 30. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Vorortelinie eröffnet

Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wie Verkehrsminister Dr. Rudolf STREICHER, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, ÖBB-Generaldirektor Dr. Heinrich ÜBLEIS und der Stadträte Helmut BRAUN, Johann HATZL und Franz MRKVICKA wurde Samstag vormittag die Wiener Vorortelinie eröffnet. Bürgermeister Dr. Helmut Zilk sprach seinen Dank für die Renovierung der Vorortelinie aus, die mit einem Gesamtkostenaufwand von über zwei Milliarden Schilling abgeschlossen wurde und wies besonders auf die Wiederherstellung der Otto-Wagner-Stationen hin. Zilk äußerte den Wunsch, daß die Verlängerung der Vorortelinie nach Meidling möglichst bald in Angriff genommen werden möge.

Die neue Schnellbahnlinie „S45“ verläuft von Hütteldorf bis Heiligenstadt an der westlichen Peripherie Wiens und verbindet die Bezirke Penzing, Ottakring, Hernals, Währing und Döbling. Ihre Länge beträgt 13,3 Kilometer. Wegen der relativ großen Steigung (bis zu 18,29 Promille) und der zahlreichen Bauwerke (drei Tunnel mit 688, 746 und 212 Metern Länge, 29 Brücken, fünf Viadukte, 7.963 Meter Stütz- und Futtermauern) kann die Vorortelinie durchaus mit einer Gebirgsbahn verglichen werden.

Die „S45“ fährt von 4.55 bis 0.31 Uhr im 15-Minuten-Takt, mit 22 Minuten Fahrzeit in jeder Richtung mit modernen Nahverkehrstriebwagen der Reihe 4020. Erstmals wird der Betrieb ohne Zugführer durchgeführt, besondere Türbereichsüberwachungen mit Lichtschranken ermöglichen dies in Verbindung mit dem Zugfunk. Es stehen die Haltestellen Wien-Hütteldorf, Penzing (für Regionalzüge bahnsteiggleich) Breitensee, Ottakring, Hernals, Gersthof, Krottenbachstraße, Oberdöbling und Heiligenstadt zur Verfügung.

Die wichtigsten bautechnischen Maßnahmen waren:

- der nahverkehrstechnische Ausbau der Vorortelinie,
- die Zulegung eines zweiten Gleises,
- die Elektrifizierung der Strecke,
- die Ausgestaltung der Stationen und
- die Errichtung einer funktionsgerechten Umsteigestelle im Bahnhof Ottakring zur neu zu bauenden U-Bahn-Linie U3.

Die Vorortelinie wurde als Teil des großen Stadtbahnnetzes für die Residenzstadt Wien von Otto Wagner geplant und gebaut. Die feierliche Eröffnung erfolgte am 9. Mai 1898. Knapp nach der Jahrhundertwende war mit 32 Zugsparen das größte Verkehrsaufkommen zu verzeichnen. Die Frequenz der Vorortelinie war im Gegensatz zu den anderen Stadtbahnlinien (Gürtel und Wientallinie) enttäuschend. Am 11. Juli 1932 erfolgte die Einstellung des Personenverkehrs, gleichzeitig wurde das zweite Streckengleis abgetragen.

Im Zuge des Ausbaus der Hochleistungsstrecken im öffentlichen Verkehr vor allem mit den neuen U-Bahn-Linien wurde eine Reaktivierung der Vorortelinie wieder interessant.

Der Bund und das Land Wien haben daher zur Bewältigung der Verkehrsprobleme im Ballungsraum Wien am 30. April 1979 die Verwirklichung eines „Schienenverbundprojektes“ in Form einer Verknüpfung des U-Bahn-Netzes mit dem Schnellbahnnetz der ÖBB vereinbart. Seine Realisierung bringt eine wesentliche Erweiterung des innerstädtischen Schnellbahnverbindungsnetzes in Wien. (Schluß) roh/bs

Bereits am 30. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

„Die Vorortelinie einst und jetzt“ im Bezirksmuseum Penzing

Wien, 30.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Anlässlich der Wiedereröffnung der Wiener Vorortelinie ist im Bezirksmuseum Penzing die Ausstellung „Die Vorortelinie einst und jetzt“ zu sehen.

Die Ausstellung, über die Geschichte dieser Bahnstrecke, die bis 20. Dezember gezeigt wird, ist jeden Mittwoch, von 17 bis 19 Uhr, und jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, geöffnet. Am 7. Juni und im Juli und August bleibt das Bezirksmuseum geschlossen. (Schluß) gab/bs

„VALIABT INS WEANALIAD“ Im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 31.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Landstraße ist bis 28. Juni die Ausstellung „VALIABT INS WEANALIAD“ zu sehen. Sie wird durch eine Schau alter Spielwerke und Musikautomaten ergänzt.

Die Ausstellung zeigt anhand von Wienerliedtexten die historische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Wiens von 1820 bis 1946.

Die Ausstellung ist jeweils Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, und Mittwoch, von 16 bis 18 Uhr, geöffnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 30. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 31. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Schienenersatzverkehr für die Linie „J“

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) In der Ottakringer Straße müssen Gleisbauarbeiten, die zirka drei Monate dauern werden, durchgeführt werden. Der Betrieb der Straßenbahnlinie „J“ muß daher ab Montag, dem 1. Juni, jeweils an Montagen und Donnerstagen ab 20 Uhr bis Betriebsschluß eingestellt werden. Darüber hinaus ist, je nach Baufortschritt, die Einstellung des Betriebes an verschiedenen Wochenenden erforderlich. Zu den Zeiten der Einstellung der Linie „J“ wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen zwischen Ottakring und dem Dr.-Karl-Renner-Ring eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe werden ihre Fahrgäste durch Anschläge an den Haltestellen informieren. (Schluß) roh/bs

Bereits am 31. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing findet am Mittwoch, dem 3. Juni, um 18.30 Uhr, im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 2. Stock, statt.

Vorgesehen ist die Wahl der Mitglieder für den Bauausschuß sowie für die Kleingartenkommission. Außerdem stehen auf der Tagesordnung Stellungnahmen zur Projektliste der MA 46, zur Teilung der Sondererziehungsschule Hackinger Kai und zum Antrag auf eine zeitlich begrenzte Bauperrre für Hacking. (Schluß) smo/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt findet am Mittwoch, dem 3. Juni, um 14.30 Uhr, im Alten Rathaus, 1, Wipplingerstraße 8, 2. Stock, Festsaal, statt. (Schluß) smo/bs

Schwarzspanier-Viertel wird Schutzzone

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet rund um die Votivkirche bzw. für das sogenannte Schwarzspanier-Viertel im 9. Bezirk ist die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vorgesehen. Es betrifft das Areal zwischen Haulerstraße, Otto-Wagner-Platz, Alfred-Grünfeld-Gasse, Rotenhausgasse, Garnisongasse, Van-Swieten-Gasse, Währinger Straße, Universitätsstraße, Frankhplatz. Der Entwurf liegt vom 4. Juni bis 2. Juli während der Dienststunden in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Gebiet umfaßt zirka 17,4 Hektar und hat rund 2.000 Einwohner. Das „Schwarzspanier-Viertel“ im nördlichen Bereich weist die ältesten, zum Teil aus der Barockzeit stammenden Bauten auf. Mit der Verbauung der einstigen Klostergründe und der Anlage des Schwarzspanierhofes bietet es ein wichtiges Beispiel der städtebaulichen Entwicklung Wiens im 19. Jahrhundert. Die Verbauung im südlichen Bereich, auf dem einstigen Glacis, ist im „Ringstraßenstil“ gehalten und verleiht der Votivkirche den monumentalen städtebaulichen Rahmen. An moderneren Bauten sind einzelne Büro- und Wohnbauten bzw. Institutsgebäude entstanden.

Wesentliche Ziele der nunmehr beabsichtigten Änderung sind es, das charakteristische Stadtbild zu erhalten — zu diesem Zweck soll unter anderen das gesamte Gebiet zur Schutzzone erklärt werden — sowie die Wohnqualität zu verbessern, Erhaltung der Hofflächen bzw. sogar Ausweitung und deren Begrünung. (Schluß) smo/gg

Neue Einbahnregelungen in Jedlesee

Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Autobuslinie 36 A Jedlesee — Großjedlersdorf treten Dienstag abend in Floridsdorf neue Einbahnregelungen in Kraft. Die neuen Verkehrszeichen werden ab 22 Uhr montiert:

- die O'Brien-Gasse wird Einbahn von der Helmholtzgasse bis zur Prager Straße (bisher war die O'Brien-Gasse zwischen Helmholtzgasse und Deublergasse in beiden Fahrtrichtungen befahrbar und Einbahn von der Prager Straße bis zur Deublergasse).
- Die Anton-Dengler-Gasse wird Einbahn von der Prager Straße bis zum Anton-Anderer-Platz (dieser Straßenabschnitt konnte bisher in beiden Fahrtrichtungen befahren werden).
- Die Anton-Störck-Gasse wird Einbahn von der Christian-Bucher-Gasse bis zur Jedleseer Straße (auch dieser Abschnitt konnte bisher in beiden Fahrtrichtungen benützt werden).

(Schluß) sc/bs

Polizeipräsident Reidinger wird 65

Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Karl REIDINGER wurde am 7. Juni 1922 in Wiener Neustadt in Niederösterreich geboren. Zunächst besuchte er ein Gymnasium in Wien, später übersiedelte er nach Graz, wo er maturierte. Bei Kriegsausbruch wurde Karl Reidinger zu den Gebirgsjägern eingezogen, wo er eine Ausbildung als Funker erhielt. Eine schwere Rippenfellentzündung verhinderte seine Einberufung an die Front. Bis 1948 studierte Reidinger an der Universität Graz und promovierte im März 1948 zum Dr. jur. Im Laufe seines Gerichtsjahres ließ sich Dr. Reidinger nach Wien versetzen und trat im August 1948 eine Stelle als Konzeptsbeamter bei der Wiener Polizei an. Schon im September 1948 wurde er vom damaligen Polizeipräsidenten Holaubek zur Staatspolizei versetzt. In sehr kurzer Zeit stieg er bis zum stellvertretenden Leiter des Staatspolizeilichen Büros auf. 1971 wurde Dr. Karl Reidinger zum Hofrat ernannt, 1972 wurde er Vizepräsident und 1973 Nachfolger von Josef Holaubek als Wiener Polizeipräsident. (Schluß) red/bs

Experten-Hearing über Länderregion Ost

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR eröffnete Montag im Wiener Rathaus ein Experten-Hearing mit dem Thema „Strategien für eine offensive Wirtschaftspolitik in der Länderregion Ost“, zu dem die Planungsgemeinschaft Ost eingeladen hatte.

Im Laufe des heutigen Montags wird unter der Leitung des Wirtschaftspublizisten Professor Horst KNAPP in Referaten von Univ.-Doz. Dr. Felix BUTSCHEK, Dkfm. Norbert GELDNER, Dr. Helmut JEGLITSCH, Dr. Egon SMERAL, Univ.-Doz. Dr. Uwe SCHUBERT und Dipl.-Ing. Dr. Jörg KANIAK eine mögliche Strategie für die Ostregion erarbeitet.

Vizebürgermeister MAYR konnte zu dem Hearing auch Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Landesrat Dkfm. Vinzenz HÖFINGER, Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN, den Zweiten Landtagspräsidenten Fritz HAHN und Magistratsdirektor Prof. Dr. Josef BANDION begrüßen. (Forts. mgl.) sei/rr

Neuer Flächenwidmungsplan in Atzgersdorf

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet zwischen Breitenfurter Straße, Brunner Straße, Carlberggasse, Dirmhirngasse, Knotzenbachgasse, Gatterederstraße, Ludwig-Kirschner-Gasse und Gerbergasse wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Er liegt vom 4. Juni bis 2. Juli während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Plangebiet hat ein Ausmaß von rund 84 Hektar und wird von etwa 4.850 Menschen bewohnt. Durch den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan soll für den alten Ortskern von Atzgersdorf eine Schutzzone geschaffen werden. In Abstimmung mit dem Bezirksverkehrskonzept sollen die Verkehrsströme aus dem Ortsgebiet verlagert werden. Außerdem sollen öffentliche und private Grünflächen erhalten und erweitert werden. (Schluß) du/gg

Neuer Flächenwidmungsplan in Dornbach

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet zwischen Hernalser Hauptstraße, Julius-Meini-Straße, Zeillergasse, Beringgasse, Liebknechtgasse, Sandleitengasse und Güpferlingstraße in Hernals — Dornbach soll der Flächenwidmungsplan und der Bebauungsplan aufgehoben und neu festgesetzt werden. Der Entwurf liegt vom 4. Juni bis 2. Juli 1987 in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf (jeweils Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr).

Das Plangebiet umfaßt eine Fläche von 13 Hektar, die Nutzung als Wohngebiet überwiegt, wenn auch einige größere, allerdings in sich geschlossene Betriebe vorzufinden sind. Durch die unmittelbare Nähe des Kongreßparks ist das Gebiet gut mit Grünflächen versorgt, auch innerhalb der städtischen Wohnhausanlagen sind großzügige Grünflächen angelegt. Der derzeit für das Gebiet gültige Flächenwidmungsplan basiert in seinen Grundzügen auf dem Generalregulierungsplan und dem Generalfluchtlinienplan des Jahres 1882 mit Änderungen im Jahre 1957.

Da in den letzten Jahren die Wohnnutzung des Gebiets stark angestiegen ist, soll zur Verbesserung der Wohnqualität die bauliche Ausnützbarkeit reduziert und bestehende öffentliche und private Grünflächen widmungsmäßig gesichert werden. Auch für Gewerbe- und Handelseinrichtungen soll widmungsmäßig vorgesorgt werden. Durch die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen soll das charakteristische Erscheinungsbild erhalten werden. (Schluß) end/bs

ÖVP lehnt Rechnungsabschluß ab

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP wird den Rechnungsabschluß 1986 der Bundeshauptstadt Wien ablehnen, erklärte GR. Dkfm. Dr. Heinz WÖBER Montag in einem Pressegespräch. Der von Vizebürgermeister Mayr präsentierte Rechnungsabschluß gibt Anlaß für einen dreifachen SOS-Ruf, meinte Wöber. Im Bereich Stadterneuerung/Wohnbau würden drei Milliarden Schilling unverbraucht auf der hohen Kante liegen, im Bereich der Wohnumwelt geschieht zuwenig und in der Ver- und Entsorgung versickert im wahrsten Sinn des Wortes das Geld. So gehen wegen mangelnder Reparaturarbeiten im Wiener Wasserrohrnetz rund 12 Prozent des Wassers verloren, betonte Wöber. Die Wiener ÖVP kritisierte auch, daß der ausgewiesene Schuldenstand von 40,7 Milliarden Schilling nicht den Tatsachen entspricht: es seien um 13 Milliarden Schilling mehr, nämlich 53,7 Milliarden Schilling, erklärte Wöber abschließend. (Schluß) sei/rr

Edlinger: Impulse in der Stadterneuerung sind offenkundig

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu den Vorwürfen der Wiener ÖVP, daß keine Impulse und Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Stadterneuerung gesetzt würden, erklärte Stadtrat Rudolf EDLINGER, daß gerade in diesen Bereichen neue Wege und Verbesserungen offenkundig sind. Einerseits habe eine Verfahrensvereinfachung eine Rekordsumme von Stadterneuerungsaktivitäten gebracht, andererseits gehe die Stadt Wien im Bereich des Wohnens mit der Mietermitbestimmung einen in Europa bisher einzigartigen Weg, sagte Edlinger:

Über 900 Wohnhaussanierungen seien vom Wiener Stadterneuerungsfonds bereits zur Durchführung empfohlen, 800 weitere in Bearbeitung. Viele der Vorhaben warten nur noch auf die formelle Förderungszusicherung und Mittelfreigabe durch die Wiener Landesregierung. Angesichts der Flut von Sanierungsanträgen stehen die Aussagen der Wiener ÖVP der Meinung zahlreicher Architekten, Bauherrn, Hauseigentümer, planender Baumeister oder Immobilienmakler gegenüber, die eher eine Knappheit der Förderungsmittel befürchten.

Unbestreitbar sind darüberhinaus die Erfolge zur Verbesserung der Wohnumwelt: Überall in Wien entstehen verkehrsberuhigte Zonen, Wohnstraßen, Parks oder Hofbegrünungen und sehr viele Projekte seien in Planung oder Vorbereitung. Allerdings sollten diese Fragen im Zusammenwirken mit der Bevölkerung erfolgen, unterstrich Edlinger, was naturgemäß zu Verzögerungen führen kann. Die Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen in Wien sei jedenfalls weltweit vorbildhaft, auch was insbesondere das Maß der Mitbestimmung der Betroffenen betrifft. Im übrigen seien im April 1987 durch Aufträge der Stadt Wien auf Wiens Bauustellen um 5,8 Prozent mehr Bauarbeiter als im Vergleichsmonat des Vorjahres beschäftigt gewesen, schloß Edlinger. (Schluß) ah/rr

Mayr: 40 Milliarden Verschuldung sind korrekt

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die Finanzschulden der Stadt Wien betragen, so wie im Rechnungsabschluß 1986 ausgewiesen, 40,7 Milliarden Schilling, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR auf eine ÖVP-Kritik von heute, Montag. Der Begriff der Finanzschulden und der daraus resultierende Schuldenstand ist bundeseinheitlich geregelt und für alle Gebietskörperschaften verbindlich. Es bleibt dem ÖVP-Gemeinderat Dr. Wöber vorbehalten, eine neue Rechnung aufzumachen und zu den Finanzschulden auch Zusagen im Rahmen der Wohnbauförderung — z.B. Annuitätzuschüsse für Wohnbau und Wohnungsverbesserung, die aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden — hinzuzählen. Es wäre auch neu, Verbindlichkeiten, die bereits im Jänner 1987 bezahlt wurden, die jedoch mit 31. Dezember 1986 noch als kurzfristige Verbindlichkeiten aufschienen, in den Schuldenstand aufzunehmen. Hier sind einfach sich überschneidende Abrechnungstermine gegeben und der Gesetzgeber hat für alle Gebietskörperschaften mit gutem Grund keine Aufnahme in den Finanzschuldenstand vorgesehen, betonte Mayr, weil es sich nicht um echte Verbindlichkeiten im Sinne von Kreditaufnahmen und Verschuldung handelt. Es bleibt dem ÖVP-Fachmann Wöber vorbehalten, statt sich zu informieren und die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Erstellung eines Schuldenstandes anzuschauen, sogleich mit einer unsachlichen und Verwirrung stiftenden Kritik an die Öffentlichkeit zu gehen, erklärte Mayr.

Zur Frage der Verluste im Wiener Wassernetz stellte das Umweltressort fest, daß bereits eine starke Reduzierung der Verluste erreicht werden konnte. Auf längere Sicht ist eine Verringerung der Verluste auf rund 5 Prozent möglich. Die Trinkwasserversorgung ist jedenfalls keineswegs in Gefahr. im Gegenteil: Das Zehn-Jahres-Programm für den Ausbau und die Sicherung der Wasserversorgung ist voll im Gang; und mit der Einleitung der Pfannbauernquelle in das Netz der Hochwasserleitung Ende 1988 wird Wien in Normalzeiten vollständig mit Hochwasser versorgt. (Schluß) sei/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagssum. Medieninhaber, Herausgeber und Druck. Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 2. Juni 1987

Blatt 1160

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „VOR“ zog Bilanz (1161/FS: 1.6.)
- Fahrverbot in der Neulinggasse beim Modenapark wird aufgehoben (1163)
- Teil der Wehlistraße wird Einbahn (1163)
- Vier Tage lang Penzinger Kirtag (1164)
- Nächste zentrale Selbstschutz-Beratung am 4. Juni (1165)
- „Was heißt schon normal?“ (1166)
- Hafenbahn Lobau auf neuer Trasse (1167)
- Neue Autobuslinie „36 A“ von Jedlesee nach Großjedlersdorf (1169/1170)
- Hatzl fordert Verlängerung der S 45 (1172)
- Wien: Milliardeninvestitionen für das Wasser (1173)

Bezirke:

- Neuer Bezirksvorsteher in Brigittenau (1168)
- Sitzung der Bezirksvertretung Währing (1168)

Kultur:

- Ehrung für Dietmar Grieser, Margarete Adametz und Norbert Maier (1162/FS: 1.6.)
- Peter Wecks Pläne für Vereinigte Bühnen (1171)

„VOR“ zog Bilanz

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Nachdem Samstag mit der Eröffnung der „S 45“ das Wiener Schnellbahnnetz um 13 Kilometer angewachsen ist, trat heute, Montag, eine weitere Verbesserung in Kraft: Im Zuge der „S 80“ wurde die neue Station „Hausfeldstraße“ in Betrieb genommen. Im Anschluß daran gab der „Verkehrsverbund Ost-Region“ (VOR) in einer Pressekonferenz einen Überblick über sein dreijähriges Bestehen.

Am 3. Juni 1984 wurde mit dem Verkehrsverbund Ost-Region in Österreichs größtem Ballungsraum eine kundenorientierte Neugestaltung des öffentlichen Nahverkehrs in die Wege geleitet. Ab diesem Zeitpunkt waren in Wien und in Teilen Niederösterreichs und des Burgenlandes alle Eisenbahn-, Lokalbahn-, Straßenbahn- und die Wiener Städtischen Autobuslinien mit einem einheitlichen Tarif benutzbar.

Für das Jahr 1984 wurden 559 Millionen Fahrgäste prognostiziert. Dieser Wert wurde nicht nur erreicht, sondern auch bei weitem übertroffen. 1985 gab es mehr als 625 Millionen Fahrgäste. 1986 stieg die Zahl auf 632,8 Millionen. Dieser positive Trend zeigt sich auch im ersten Quartal 1987. An dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt sind auch die seit 1. Jänner 1986 für Wien erhältlichen „Umweltstreifenkarten“. Ein weiterer wichtiger Faktor für die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen war die per 1. Jänner 1986 vorgenommene Einbeziehung der Schnellzüge im Verbundbereich in das VOR-System.

Infolge der Frequenzentwicklung wird seitens des „VOR“ im August 1987 mit dem zweimilliardsten Verbundfahrgast seit Bestehen des VOR gerechnet. (Schluß) roh/bs

Bereits am 1. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrung für Dietmar Grieser, Margarete Adametz und Norbert Maier

Wien, 1.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Montag im Wiener Rathaus dem Schriftsteller Dietmar GRIESER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber. Die Malerin Margarete ADAMETZ und der Musiklehrer Norbert MAIER erhielten Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien.

Mit Büchern wie „Schauplätze der Weltliteratur“ oder dem Wien gewidmeten Band „Alte Häuser — große Namen“ gelingt es Dietmar Grieser, dem Leser Kulturgeschichte auf unterhaltsame Weise nahezubringen.

Margarete Adametz hat mit ihrem vielfältigen Werk wesentlichen Anteil an der bildenden Kunst in Wien seit den Zwanzigerjahren.

Norbert Maier hat im Verlauf von 70 Jahren rund 1.500 Schüler in den verschiedensten Instrumentengattungen unterrichtet und damit zu einer breitgefächerten Beschäftigung mit der Musik beigetragen.

An der Feier nahmen unter anderen der Botschafter der BRD, Dietrich Graf von BRÜHL, sowie Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) gab/rr

Bereits am 1. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Fahrverbot in der Neulinggasse beim Modenapark wird aufgehoben

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Mittwoch vormittag wird das Fahrverbot in der Neulinggasse im 3. Bezirk im Bereich Modenapark zwischen der Grimelshausengasse und der Gottfried-Keller-Gasse aufgehoben. Dieser Abschnitt der Neulinggasse kann also wieder in beiden Fahrtrichtungen befahren werden. Die Aufpflasterung der Fahrbahn am Modenapark bleibt jedoch bestehen und soll als Tempobremse wirken.

Das Fahrverbot in der Neulinggasse sollte zu einer Verkehrsberuhigung des „Reisnerviertels“ führen. Die Autofahrer wichen jedoch nicht geräumig aus, sondern umfuhren die Sperre über den Rundkurs um den Modenapark. So entstand eine unerwünschte Verkehrsverlagerung in Wohnbezirke. Aus diesem Grund wird das Fahrverbot in diesem Teil der Neulinggasse nun wieder aufgehoben. Damit sind jetzt auch die Gewerbe- und Handelsbetriebe in diesem Gebiet wieder besser erreichbar.

Die Sperre der Neulinggasse für den Individualverkehr im Bereich zwischen der Reisnerstraße und der Ungargasse bleibt jedoch bestehen. Ausgenommen davon sind nur städtischen Autobusse, Taxi und Radfahrer. (Schluß) sc/gg

Teil der Wehlstraße wird Einbahn

30 Parkplätze werden geschaffen

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Für einen Teil der Wehlstraße im 2. Bezirk wird Donnerstag früh eine Einbahnregelung eingeführt. Im Abschnitt von der Hausnummer 366 bis zur Abfahrtsrampe Handelskai von der Südost-Tangente wird die Wehlstraße Einbahn in Fahrtrichtung stadteinwärts.

Diese Maßnahme ermöglicht es, Schrägparkplätze anzulegen und Stellplätze für etwa 30 PKW zu gewinnen. (Schluß) sc/gg

Vier Tage lang Penzinger Kirtag

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) An vier Tagen zu Pfingsten, vom 5. bis zum 8. Juni, findet am Parkplatz des Hanappi-Stadions in Hütteldorf der schon traditionelle Penzinger Kirtag statt. Das umfangreiche Programm beginnt am Eröffnungstag um 16 Uhr. Bis 22 Uhr gibt es im Vergnügungspark einen Familiennachmittag mit ermäßigten Preisen, einen Bauernmarkt und zünftige Musik mit den „Original Yspertalern“. Am Samstag, dem 6. Juni, treten die „Original Strudengauer Musikanten“ auf, von 14 bis 22 Uhr gibt es zahlreiche Aktivitäten, darunter wieder einen Bauernmarkt und Unterhaltung für Kinder. Sonntag, den 7. Juni, beginnt das Programm um 10 Uhr mit einem Frühschoppen, von 14 bis 18 Uhr findet eine Blutspendeaktion statt, und zum Ausklang — bis 22 Uhr — musiziert das „Original Steinweg Echo“. Am Pfingstmontag findet ab 10 Uhr erneut ein Frühschoppen statt und von 16 bis 22 Uhr sorgen im Festzelt die „Red Devils“ für heiße Rhythmen. (Schluß) red/rr

Nächste zentrale Selbstschutz-Beratung am 4. Juni

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Die nächste zentrale Selbstschutz-Beratung in der Schmidhalle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 4. Juni, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr geöffnet.

Auskünfte über aktuelle Selbstschutz-Kurse gibt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89. Je eine neue Kursreihe beginnt im Herbst- und Frühjahrssemester der Volkshochschulen.

Aktuelle Selbstschutzveranstaltungen

In der Volkshochschule Favoriten, 10, Ada-Christen-Gasse 2, findet am Freitag, dem 26. Juni, um 18 Uhr für die Kursteilnehmer in Favoriten die Schlußveranstaltung der laufenden Selbstschutz-Kursreihe mit einer Diskussion über die bisher behandelten Themen statt.

In der Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus, 15, Schwendergasse 41, ist eine kriminalpolizeiliche Beratung über Eigentumsschutz für Montag, den 15. Juni, 18 Uhr, geplant. Der Termin der Schlußveranstaltung wurde für Montag, den 22. Juni, 18 Uhr, festgesetzt. (Schluß) and/gg

„Was heißt schon normal?“

Ausstellung im Pädagogischen Institut

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Eine Ausstellung unter dem Titel „Was heißt schon normal?“ eröffnete Stadtrat Ingrid SMEJKAL Montag in Anwesenheit von Stadtschulratspräsident Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Hans MATZENAUER im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, 7, Burggasse 14-16. Die Ausstellung, die bis 26. Juni von Montag bis Freitag, jeweils von 9 bis 19 Uhr, geöffnet ist, soll Nichtbehinderten die Problematik im Umgang mit Behinderten aufzeigen und mehr Verständnis für sozial, körperlich und geistig behinderte Menschen wecken. Die Ausstellung wird durch ein Rahmenprogramm mit Vorträgen, Diskussionen und Filmen ergänzt und ist unter anderem auch für Schüler aller Altersstufen gedacht. (Schluß) jel/rr

Hafenbahn Lobau auf neuer Trasse

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Die Hafenbahn Lobau fährt seit gestern, Montag, teilweise auf neuer Trasse: Um rund 14 Millionen Schilling wurden die Gleise im Bereich der Siedlung Fischerwiese neu verlegt. Für die Bewohner dieser Kleingartensiedlung im 22. Bezirk fällt damit die ständige Lärmbelästigung weg. Für die ÖBB bringt die neue Routenführung wirtschaftlichere Bedingungen. Stadtrat Helmut BRAUN und der Donaustädter Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ verabschiedeten Montagabend den letzten Zug, der die alte Trasse der Hafenbahn befuhr. (Schluß)
hrs/rr

Neuer Bezirksvorsteher in Brigittenau

Wien, 2.6. (RK-BEZIRKE) Mit 1. Juni traten im 20. Bezirk mehrere neue Bezirksmandatäre ihr Amt an, die am Montag von Stadtrat Friederike SEIDL in Vertretung des Bürgermeisters angelobt wurden.

An der Spitze der Brigittenauer Bezirksvertretung steht nunmehr Bezirksvorsteher Karl LACINA (SPÖ), der vorher sechs Jahre lang dem Wiener Gemeinderat angehört hatte. Seine Nachfolgerin im Gemeinderat ist Anna Elisabeth HASELBACH. Weiters angelobt wurden der neue Bezirksvorsteher-Stellvertreter Peter BABION (SPÖ) sowie die Bezirksräte Franz FECHTER, Monika KRITZER, Herwig PIRKER und Elfriede SCHIERER.

Stadtrat SEIDL würdigte die Verdienste des bisherigen Bezirksvorstehers Anton Deistler und seines Stellvertreters Otto Müller um die Bezirksbevölkerung und hob in ihrer Ansprache hervor, daß der nunmehr vollzogene Generationswechsel auch ein Beitrag zur Lösung der neuen Aufgaben der Bezirksvertretung sei. Bezirksvorsteher Lacina betonte, er sehe eine seiner vornehmlichsten Aufgaben als Politiker darin, wo es bei den Menschen Vertrauensverluste gegeben habe, diese wettzumachen. (Schluß) pz/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Währing

Wien, 2.6. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 4. Juni, findet um 17.30 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung Währing, 18, Martinstraße 100, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) end/rr

Neue Autobuslinie „36 A“ von Jedlesee nach Großjedlersdorf

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau des Liniennetzes der städtischen Autobusse wird auch heuer fortgesetzt. Am 5. Juni wird die neue Linie „36 A“ zwischen Jedlesee und Großjedlersdorf in Betrieb genommen, wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekanntgab. Diese Linie, die auf Wunsch vieler Floridsdorfer eingerichtet wird, stellt eine Querverbindung durch den 21. Bezirk dar. Mit der direkten Anbindung an die Straßenbahnlinien „31“ und „32“ und der auch erzielten besseren Erreichbarkeit des U-Bahn-Netzes erhalten große Wohngebiete einen besseren Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz.

Die Linie „36 A“ wird an Werktagen mit einer Fahrzeit von 12 Minuten verkehren. Montag bis Freitag fährt ab Jedlesee der erste Bus um 5.50 Uhr, der letzte um 19.50 Uhr, in der Gegenrichtung um 6.02 Uhr beziehungsweise 20.02 Uhr. An Samstagen fährt ab Jedlesee der erste Bus um 5.50 Uhr, der letzte um 13.50 Uhr, in der Gegenrichtung um 6.02 Uhr beziehungsweise 14.02 Uhr. Das Intervall beträgt 15 Minuten.

Die Eröffnung der neuen Linie erfolgt am Freitag, dem 5. Juni um 10.30 Uhr bei der Haltestelle am Obergfellplatz mit einem Festakt. Zum Kennenlernen gibt es an diesem Tag bis Betriebsschluß Freifahrt auf der neuen Linie.

Neue Oberbauwerkstätte in der Zentralwerkstätte Simmering

Auf fast 28.000 Quadratmetern wurden von den Wiener Verkehrsbetrieben in ihrer Zentralwerkstätte Simmering eine neue Oberbauwerkstätte und ein Oberbaulager errichtet, die am 5. Juni in Betrieb genommen werden. Der Neubau wurde notwendig, weil die Bausubstanz der alten Oberbauwerkstätte in Meidling überaltet und das Platzangebot mittlerweile zu gering war. 1984 wurde mit dem Bau begonnen. Die gesamte Werkstättenanlage kostete 173 Millionen Schilling.

Der Aufgabenbereich der Oberbauwerkstätte liegt im wesentlichen im Bau von neuen Gleisanlagen, in der Revision, Wartung und Reparatur bestehender Anlagen und in schweißtechnischen Arbeiten. Der Neubau umfaßt 4.000 Quadratmeter Werkshallen und Werkstätten, 2.100 Quadratmeter Ladefläche, 1.500 Quadratmeter Büro- und Sozialräume sowie rund 20.000 Quadratmeter als Schienenlager und Parkplatz. Der Schienenlagerplatz wird von zwei „Portalkränen“ zur Gänze überstrichen, auch in den Hallen und Werkstätten stehen den Bediensteten für die Manipulation der Werkstücke Kräne zur Verfügung. Die maschinelle Ausstattung der Oberbauwerkstätte wurde im Zuge des Neubaus mit Ausnahme einiger Großmaschinen erneuert.

Eine Million Umweltstreifenkarten verkauft

Im April dieses Jahres wurde die millionste „8-Tage-Umwelt-Streifennetzkarte“ der Wiener Verkehrsbetriebe verkauft. Jede der grünen Fahrkarten enthält acht Streifen, mit denen man jeweils den ganzen Tag kreuz und quer durch Wien fahren kann. Das bedeutet, daß in der Praxis damit acht Millionen Tagesnetzkarten in etwas mehr als einem Jahr seit der Einführung dieser neuen Fahrscheingattung gekauft wurden. Die Umweltstreifenkarte hat vor allem den Vorteil, daß jeder einzelne Streifen an beliebig auseinanderliegenden Tagen und von verschiedenen Personen benutzt werden kann und daß ein Streifen als Tagesnetzkarte schon bei zwei Fahrten am Tag billiger ist als zwei Vorverkaufsfahrscheine.

Straßenbahnmuseum und Oldtimerrundfahrten wieder in Betrieb

Forts. von Blatt 1169

Vergangene Woche wurde das Wiener Straßenbahnmuseum eröffnet, und auch die beliebten Wien-Rundfahrten mit Oldtimer-Tramways beginnen wieder. Das Straßenbahnmuseum ist im Betriebsbahnhof Erdberg untergebracht, der Eingang befindet sich im 3. Bezirk, Erdbergstraße 109. Es ist bis 26. Oktober an allen Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Zu besichtigen sind mehr als 40 Garnituren — von der ersten Pferdestraßenbahn aus dem Jahre 1871 über Dampftramways und die nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzten „Amerikaner“ bis zu den ersten Gelenktriebwagen Österreichs und den letzten zweiachsigen neuen Typen. Der Eintritt ins Straßenbahnmuseum ist kostenlos.

Die Rundfahrten mit der Oldtimertramway, einer Garnitur aus dem Jahr 1929, finden heuer vom 31. Mai bis 26. Oktober an allen Samstagen, Sonn- und Feiertagen statt. Die Abfahrtsstelle befindet sich am Karlsplatz beim Otto-Wagner-Pavillon, die Abfahrtszeiten sind an Samstagen um 14.30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen um 10 Uhr. Der Kartenvorverkauf findet in der Informationsstelle Karlsplatz der Wiener Verkehrsbetriebe statt, Anfragen können auch telefonisch (587 31 86) Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertags von 8.30 bis 16 Uhr vorgenommen werden. Der Fahrpreis beträgt 150 Schilling für Erwachsene und 50 Schilling für Kinder. In einer Oldtimertramway finden 45 Personen Platz. Die Rundfahrt, die natürlich die Sehenswürdigkeiten entlang des Ringes zeigt, aber auch bis zum Praterstern beziehungsweise über die Gleise der Linien „J“ und „10“ bis Schönbrunn und über die Mariahilfer Straße führt, dauert rund zwei Stunden. Ein Fremdenführer erläutert dabei die Sehenswürdigkeiten.

Neues Modell der Verkehrsbetriebe

Nach den sehr beliebten Modellen des „Silberpfeils“ und des Straßenbahntriebwagen Type „M“ wurde nun auch das zugehörige Beiwagenmodell („m“) in der Spurweite HO produziert. Es ist seit 1. Juni in den Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe am Karlsplatz und am Stephansplatz um 75 Schilling zu kaufen. (Schluß) roh/rr

Peter Wecks Pläne für Vereinigte Bühnen

Wien, 2.6. (RK-KULTUR) Der Generalintendant der Vereinigten Bühnen Wien, Peter WECK, stellte am Dienstag das Team vor, mit dem er in Zukunft zusammenarbeiten wird und präsentierte die Vorhaben für die kommenden Jahre. Im Theater an der Wiener wird auf „Cats“ — wahrscheinlich ab Dezember 1988 — die deutschsprachige Erstaufführung von „Phantom of the Opera“ folgen, im Raimundtheater stehen ab Herbst 1987 „Chorus Line“ und im Anschluß daran — September 1988 — „Les Miserables“ auf dem Programm.

Dem Team um Peter Weck gehören Verwaltungsdirektor und Geschäftsführer Franz HÄUSSLER, Künstlerischer Direktor Eberhard WITT, Musikalischer Direktor Caspar RICHTER, Chef dramaturg Gunther BAUMANN, Monica HOLZHEIM als Leiterin des zentralen künstlerischen Betriebsbüros und als persönliche Referentin Peter Wecks, Loys EGG — verantwortlich für Corporate Identity —, sowie die künstlerische Leiterin des Tanz-Gesang-Studios Theater an der Wien und Lehrerin in Jazz-Tanz Marla F. BINGHAM und Chorleiter Walter LOCHMANN an.

Mit der Idee der Vereinigten Bühnen Wien will Peter Weck eine Vereinheitlichung der Kollektivverträge und den Aufbau eines gemeinsamen Ensembles und Orchesters verbinden und damit Einsparungen im Produktionsbereich erreichen. Weiters soll durch die Vergabe von Rechten ein Rückfinanzierungsfluß angestrebt werden. Die Vermietung des Theaters an der Wien an die Festwochen und das Theater der Jugend soll neu geregelt werden.

„Cats“ soll bis November 1988 — das wären 1.500 Vorstellungen — auf dem Spielplan des Theaters an der Wien bleiben. Ab Dezember 1988 ist die deutschsprachige Erstaufführung von Andrew Lloyd Webbers „Phantom of the Opera“ in der Regie von Harold Prince und Gillian Lynne geplant.

Im Raimundtheater hat am 16. und 17. Oktober 1987 „A Chorus Line“ in der Regie von Baayork Lee nach der Originalregie von Michael Bennett Premiere. Anschließend — vermutlich für September 1988 — ist die deutschsprachige Erstaufführung — unter Einschluß der gesamtdeutschen Aufführungsrechte — von „Les Miserables“ in der Regie von Trevor Nunn geplant.

Weitere Pläne bestehen für eine konzertante Offenbach-Revue, die Welturaufführung eines Musicals über Kaiserin „Elisabeth“ und für einen speziellen Wienerabend in Zusammenarbeit mit André Heller, für dessen sämtliche Bühnenwerke eine Option seitens der Vereinigten Bühnen Wien besteht.

Als möglichen Termin für die Wiedereröffnung des Ronacher nannte Peter Weck Anfang 1990. (Schluß) gab/gg

Hatzl fordert Verlängerung der S 45

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL bekräftigte Dienstag den bereits von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK geäußerten Wunsch, die Vorortelinie solle möglichst bald bis Meidling verlängert werden. Auch in der Gegenrichtung solle, wie Hatzl forderte, ein Schnellbahnsystem unter Einbeziehung der Städte Tulln und St. Pölten, wenn möglich auch Krems, aufgebaut werden. Diese Direktverbindungen müßten spätestens mit der Inbetriebnahme der neuen U-Bahn-Linie U 3 in ihrem Westabschnitt (1993 über den Westbahnhof bis zur Johnstraße, 1995 Anbindung an die S 45 in Ottakring) existieren. (Schluß) roh/rr

Wien: Milliardeninvestitionen für das Wasser

Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Auf die Milliardeninvestitionen, die Wien in den kommenden Jahren für den Ausbau und die Sanierung des Wasserleitungsnetzes ausgeben wird, wies Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters hin. Braun betonte in Zusammenhang mit der ÖVP-Kritik, in Wien versickerten Millionen, daß Wien mit 12 Prozent Wasserverlust keineswegs an der Spitze liege: In den Schweizer Städten etwa betragen die durchschnittlichen Wasserverluste 16,8 Prozent, Städte wie Biel oder Montreux verzeichnen sogar 22 Prozent. „Einerseits rühmen wir uns der ältesten Wasserleitung einer Großstadt, andererseits wundern wir uns, wenn es Versickerungen gibt“, sagte Braun weiter. Der Umweltstadtrat erklärte außerdem, daß — wenn die Verluste in Wien auch jenen anderer Städte entsprechen — natürlich alles unternommen werde, um die Wasserverluste zu senken und man mit dem Sanierungsprogramm nur Verluste von etwa 5 bis 6 Prozent erreichen könne. (Schluß) hrs/gg

chef vom Dienst:
2.800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. M. Schönbauer, Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 3. Juni 1987

Blatt 1174

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Wiener Volkspartei lehnt Mietermitbestimmungsmodell ab (1186)

Edlinger: Mietermitbestimmung im Gemeindebau wird kommen (1187)

Kommunal/Lokal:

Informationen zum „Anti-Privilegien-Volksbegehren“ (1175)

Zum zweiten Mal Enteignung für U-Bahn-Bau notwendig (1177)

Mit Stricken 30.000 Schilling für krebskranke Kinder erzielt (1178)

Rechnungsabschluß 1986 mit den Stimmen der SPÖ angenommen (1180)

Oberlaa plant Gesundendorf (1181)

Kleingartenkonzept für Wien (1182-1184)

LKW-Fahrverbot auf der Höhenstraße ab 1. Juli (1185)

Feuchtes, kühles Wetter bringt Platanenpilz (1188)

Bezirke:

Erholungsgebiet rund um „Figurenteich“ (1176)

Kultur:

„Tschauner“ wiedereröffnet (1179)

Information zum „Anti-Privilegien-Volksbegehren“

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Die Eintragsfrist für das Volksbegehren für Leistung und Gerechtigkeit — gegen Parteibuchwirtschaft und Privilegien („Anti-Privilegien-Volksbegehren“) ist vom 22. Juni bis einschließlich 29. Juni 1987 festgesetzt.

In Wien ist die Eintragung zu folgenden Zeiten möglich:

- Montag, 22. bis Mittwoch 24. Juni, 8 bis 18 Uhr
- Donnerstag, 25. Juni, 8 bis 20 Uhr
- Freitag, 26. Juni, 8 bis 18 Uhr
- Samstag, 27. Juni, 8 bis 12 Uhr
- Sonntag, 28. Juni, 8 bis 12 Uhr
- Montag, 29. Juni, 8 bis 20 Uhr

Aus dem amtlichen Hausanschlag wird das zuständige Eintragungslokal ersichtlich sein.

Laut Volksbegehrengesetz kann jeder Stimmberechtigte sein Stimmrecht grundsätzlich in dem für seinen Wohnsprengel zuständigen Eintragungslokal ausüben. Ausschlaggebend ist die Eintragung in der Wählerevidenz.

Ist ihm das nicht möglich, kann er eine Stimmkarte beantragen, die in jedem Eintragungslokal in ganz Österreich verwendet werden kann.

Patienten in Krankenanstalten ist selbstverständlich das Stimmrecht mittels Stimmkarte gewahrt. Über die Stimmabgabe informiert die jeweilige Krankenhausverwaltung.

„Hausbesuche“ durch die Eintragungsbehörde sind bei Volksbegehren durch das Gesetz nicht vorgesehen.

Stimmkarten können ab sofort beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt bis spätestens Freitag, den 26. Juni 1987, beantragt werden (Montag bis Freitag bis 18.00 Uhr, ausgenommen Feiertage).

Im Eintragungslokal liegt auch der Gesetzesentwurf zur Einsichtnahme auf. (Schluß) pz/bs

Erholungsgebiet rund um „Figurenteich“

Wien, 3.6. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet rund um den sogenannten „Figurenteich“ an der Bezirksgrenze zwischen Meidling und Liesing ist die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes vorgesehen. Begrenzt wird das Areal von Zanaschkagasse, Gutheil-Schoder-Gasse, Liesingbach und Altmannsdorfer Straße. Der Entwurf liegt vom 4. Juni bis 2. Juli während der Dienststunden in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Plangebiet umfaßt zirka 34 Hektar, wird aber nur von 700 Personen ganzjährig bewohnt. Dazu kommen in den Sommermonaten etwa 120 Haushalte in den Kleingärten. Schon an der geringen Bewohnerdichte ist ersichtlich, daß es sich hauptsächlich um ein Siedlungs- und Kleingartengebiet handelt. In einigen Bereichen gibt es auch Betriebsstätten, vor allem aber so wichtige überregionale Verkehrsflächen wie den Altmannsdorfer Ast der A 23 sowie die Trasse der künftigen U-Bahn-Linie U 6 (jetzt Straßenbahnlinie „64“).

Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die Verkehrsflächen abgegrenzt werden, die Baulandbereiche und Betriebsstätten arrondiert und die öffentlichen sowie privaten Grünflächen gesichert werden. Vor allem geht es um die Berücksichtigung der bestehenden Kleingärten und Badehütten bzw. Erweiterung solcher Erholungsmöglichkeiten. (Schluß) smo/rr

Mit circa 30.000 Schilling für kremlinische Kinder erzieht

Zweites deutsches deutsches Pensionsheim in Penzance, Westbahn-Haltestelle

Wien, 2. Juni. (KORRESPONDENZ) Nachschub für die Zuteilung im Pensionsheim für deutsche Kremlinische Kinder in Penzance, Westbahn-Haltestelle, Prof. Dr. Alois ... einen großen Kontrast, mit der ... Geld für ... gleichzeitig ... die ... dem ... des Wiener Pensions Kreuzes ...

Blatt Nr. 1177 laut Verlag nicht erschienen.



Mit Stricken 30.000 Schilling für krebskranke Kinder erzielt

Stadtrat Stacher besuchte Strickerinnen im Pensionistenheim Haidehof

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Nachschub für die Strickerinnen im Pensionistenheim Haidehof brachte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Mittwoch: Er überreichte einen großen Korb Wolle, mit der die bereits weithin bekannten Damen des Strickklubs wieder Geld für krebskranke Kinder im St. Anna-Kinderspital erzielen wollen. Gleichzeitig überreichten die alten Damen, allen voran die 92jährige Hilde Doleisch, die vor sieben Jahren den Strickklub im Haidehof ins Leben gerufen hat, dem Stadtrat in seiner Eigenschaft als Präsident des Wiener Roten Kreuzes einen 30.000-Schilling-Scheck für das Kinderspital.

Hilde Doleisch hatte vor Jahren ein paar Freundinnen im Pensionistenheim Haidehof zur bestrickenden Freizeitbeschäftigung eingeladen. Die Jäckchen, Tücher, Kleider, Pullover und vieles andere mehr gelangen so gut, daß sie reißenden Absatz fanden. Stadtrat Stacher, auf dieses nette Hobby der alten Damen aufmerksam gemacht, besuchte sie und brachte gleich einen ganzen Korb bunter Wolle mit, „damit der Faden nicht abreißt“. Diesen Wink mit der Stricknadel verstanden Hilde Doleisch und ihre Strickschwester gleich und setzten sie in den letzten Monaten in Kleidungsstücke um, die von den Pensionären im Heim gerne gekauft wurden. Den Erlös des eifrig betriebenen Hobbys, 30.000 Schilling, stellten sie nun dem St. Anna-Kinderspital zur Verfügung. Zeitungsberichte, die über den Strickklub vom Haidehof erschienen sind, führten übrigens zu einer ganzen Flut von Wollknäueln, die den Damen geschickt wurden. (Schluß)
and/gg

„Tschauner“ wiedereröffnet

Wien, 3.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL eröffneten am Dienstag, dem 2. Juni, die Spielzeit 1987 im „Tschauner“. Das beliebte Ottakringer Stegreiftheater, das von Karoline Tschauner aus Gesundheitsgründen aufgegeben wurde, wird nun auf Initiative von Stadtrat Mrkvicka vom Wiener Volksbildungswerk mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien unter der Bezeichnung „Original Wiener Stegreiftheater vormals Tschauner“ weitergeführt.

Mrkvicka dankte Frau Tschauner für ihre langjährige Tätigkeit im Dienste der letzten Wiener Stegreifbühne und sagte, es sei nun gelungen, diese Wiener Institution auch für die Zukunft zu sichern. (Schluß) gab/rr

Rechnungsabschluß 1986 mit den Stimmen der SPÖ angenommen

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Die Rechnungsabschlüsse 1986 der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke wurden Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenats und des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die öffentliche Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß der Stadt Wien ist vom 5. bis 19 Juni, zwischen 8 und 15.30 Uhr, in der Magistratsabteilung 5, Ebendorferstraße 2, 2. Stock, Zimmer 207, möglich.

Die ausführliche Debatte über die beiden Rechnungsabschlüsse beginnt am Montag, dem 22. Juni, im Wiener Gemeinderat. (Schluß) sei/bs

Oberlaa plant Gesundendorf

Akademie für Ganzheitsmedizin und Golfplatz im Gespräch

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Wiener Holding und die Zentralsparkasse werden vom 15. bis 21. Oktober dieses Jahres nach der Eröffnung in der Wiener Hofburg im Austria Center Vienna einen Wiener Dialog über Ganzheitsmedizin durchführen. Dieser Dialog, an dem hochkarätige Wissenschaftler aus aller Welt teilnehmen werden, ist Auftakt für weitreichende Pläne und Überlegungen im Bereich des Kurbades Wien-Oberlaa.

Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS kündigte Dienstagabend in einem Pressegespräch in Wien für Oberlaa ein Gesundendorf im Bungalow-Stil mit Schwerpunkten Antistress- und Schmerzbehandlung sowie Geriatrie an. Weiter ist an eine Akademie für Ganzheitsmedizin und ergänzenden Einrichtungen wie einen Golfplatz und Tennisplätzen gedacht. Z-Generaldirektor Dr. Karl VAK erklärte, die „Z“ überlege sich einen Hotelneubau in der Nähe des Golfplatzes. Das Hotel müßte in der Konzeption mit dem Gesundendorf abgestimmt werden. Bis Sommer 1988 sollten die Details für den weiteren Ausbau in Oberlaa feststehen, den frühestmöglichen Baubeginn für das Gesundendorf bezeichnete Kraus mit dem Jahr 1988. (Schluß) sei/rr

Kleingartenkonzept für Wien

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Als erstes Sachkonzept im Sinne des 1984 beschlossenen Stadtentwicklungsplans wurde nun — nach ausführlichen Diskussionen mit den Vertretern der Kleingartenvereine mit unabhängigen Experten und den zuständigen städtischen Dienststellen — von der Magistratsabteilung 18 (Stadtstrukturplanung) das Kleingartenkonzept für Wien fertiggestellt. Es enthält die Grundsätze für die künftige Entwicklung des Kleingartenwesens und der kleingärtnerischen Nutzungen in Wien und soll demnächst dem Wiener Gemeinderat vorgelegt werden. Das Kleingartenkonzept wurde Mittwoch von den Stadträten Rudolf EDLINGER und Ing. Fritz HOFMANN bei einem Pressegespräch präsentiert. In Wien gibt es derzeit rund 35.000 Kleingärten. Sie decken bei weitem nicht den Bedarf. Denn eine Umfrage der MA 18 im Jahr 1985 ergab, daß rund 150.000 Wiener Haushalte, das sind 21 Prozent, an einem eigenen Kleingarten interessiert wären. Der Wunsch nach einem zusätzlichen „Wohnen mit Garten“ ist also außerordentlich groß. Zur Bedarfsdeckung schlägt das Kleingartenkonzept verschiedene Formen des „Wohnens im Grünen“ vor.

- Alternative Wohnbauformen auf Bauland sollen forciert werden (Terrassenwohnungen, Erdgeschoßgärten, Gartenhöfe usw.); sie könnten die Nachfrage nach voll ausgestatteten Kleingärten reduzieren.
- Bei den Kleingärten selbst soll eine Rückbesinnung auf einfache und kostengünstige Formen erfolgen.
- Alternative Gartennutzungen, wie zum Beispiel Mietergärten, sollen geschaffen und gefördert werden.

Für bestehende und neue Kleingartenanlagen nennt das Kleingartenkonzept für Wien unter anderem folgende Ziele:

- Kleingärten sind individuelle Erholungsräume im Grünland, sie haben aber auch wesentliche Funktionen in städtebaulicher und ökologischer Hinsicht sowie als Erholungsraum für die Allgemeinheit zu erfüllen. Ein durch die Anlage führendes Wegenetz soll öffentlich nutzbare Einrichtungen (zum Beispiel Schutzhaus und Spielplätze) erschließen. Die Hauptwege sollen für Spaziergänger attraktiv gestaltet werden.
- Kleingärten sollen nicht zu weit von den Wohngebieten entfernt liegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, damit sie auch für die Tagesfreizeit genutzt werden können.
- Die bestehenden Kleingärten sollen nach Möglichkeit in ihrem Bestand gesichert werden. Der Schutz des Wald- und Wiesengürtels hat aber Vorrang vor allen anderen Nutzungsansprüchen. Neue „wilde“ Siedlungen sind zu verhindern.
- Die Vergabe von Kleingärten soll nach objektiven und sozialen Gesichtspunkten (Bewohner des Wiener Stadtgebiets, gartenlose Wohnung, Anzahl der Kinder) geregelt werden.
- Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder eines Kleingartenvereins soll durch gesellige und kulturelle Veranstaltungen, Gartenberatung, gemeinsam durchgeführte Herstellungsarbeiten, Kinderbetreuung, gegenseitige Unterstützung usw. gefördert werden.
- Kleingartenanlagen sollen übersichtlich gegliedert sein und ein ausgewogenes Verhältnis von öffentlichen, halböffentlichen und privaten Bereichen aufweisen. Die Parzellen sollen im allgemeinen ein Ausmaß von 250 bis 350 Quadratmetern aufweisen. In größeren Anlagen sollte ein Angebot von verschiedenen Parzellengrößen und -formen vorhanden sein.

Forts. von Blatt 1182

- Bei der Gestaltung der Kleingartenanlagen und bei der Festlegung des Aufschließungsstandards sollte verstärkt das Prinzip der Einfachheit und Sparsamkeit beachtet werden. Das Schwergewicht liegt auf Erholung und Betätigung im Grünen.
- Kleingartenanlagen sollen über Gemeinschaftseinrichtungen verfügen, die den Vereinsmitgliedern, zum Teil aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dazu gehören Schutzhaus, Vereinshaus, Lagerungs- und Geräteräume, Lagerplatz, Mustergarten, Spielplatz, Ruhewiese usw.
- Es sollten Mustergärten angelegt werden, in denen den Kleingärtnern die Möglichkeit der Gartengestaltung demonstriert werden. Leistungsschauen und Wettbewerbe sollten einen Anreiz schaffen, die Gartenkultur im Kleingartenwesen Wiens zu verbessern. Anregungen in gestalterischer Hinsicht finden sich im „Handbuch für Wiener Kleingärtner“, das im Auftrag der Magistratsabteilung 19 (Stadtgestaltung) verfaßt wurde.
- Kleingartenhäuser sind nicht als Zweitwohnhäuser gedacht. Sie dienen überwiegend als temporäre Unterkunft während des Sommerhalbjahres und sollen in der Größe, in der Ausstattung und in der Materialwahl diesem Umstand Rechnung tragen. Die zulässige Größe der Häuser soll auf ein je nach den städtebaulichen Anforderungen optimales Maß festgesetzt werden. Im Interesse der kleingärtnerischen Nutzung und zur Beschränkung der Ablösen sollen die Kosten der Kleingartenhäuser möglichst gering gehalten werden.
- Kleingartenhäuser sollen in einer dem Standort gemäßen Form und aus ortstypischen Materialien erbaut sein. Es sollte ein Wettbewerb für gestalterisch ansprechende Kleingartenhaustypen mit 16 bis 35 Quadratmeter Grundfläche veranstaltet werden.

Das Kleingartenkonzept für Wien gibt aber auch Denkanstöße für neue Formen von Kleingärten, zum Beispiel für die Anlage von Mietergärten auf den Freiflächen im Bereich größerer städtischer und anderer Wohnhausanlagen. Mietergärten — in einer Größe von etwa 100 Quadratmetern — sind sehr günstig anzulegen, da sie nur eine Wasserversorgung benötigen. Dabei ist ein sinnvolles Gleichgewicht von „halbprivatem“ (Mietergarten) und öffentlichem Grün anzustreben. Bei der Vergabe müssen die Bedürfnisse der Bewohner (Kinder, Behinderte usw.) beachtet werden.

In Kleingartenanlagen könnten auch Sondergärten für bestimmte Nutzergruppen geschaffen werden, zum Beispiel Seniorengärten oder Behindertengärten, die auf die Lebenssituation dieser Gruppen abgestimmt sind. Eine Parzelle der Anlage könnte auch als Jugendgarten gestaltet werden, der den Freizeitaktivitäten der Jugendlichen des Vereins dient. Die entsprechenden Einrichtungen (Hütte als Clubraum, Hobbywerkstatt usw.) werden von ihnen betreut und erhalten.

An geeigneten Standorten könnten Kleingärten auch als „Öko-Anlagen“ errichtet werden, die nach den Grundsätzen des biologischen Landbaus zu führen sind (Humus-Klo, Brauchwasser-Wiederverwendung, Mülltrennung, Kompostierung usw.). An Öko-Anlagen können die Möglichkeiten eines umweltschonenden Gartenbaus erprobt werden, die für das Kleingartenwesen immer größere Bedeutung gewinnen. (Forts. mgl.)
sc/bs/rr

Kleingartenkonzept für Wien

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Wie im Pressegespräch mit den Stadträten Ing. Fritz HOFMANN und Rudolf EDLINGER bekanntgegeben wurde, könne man bereits jetzt sagen, daß die erste Zielsetzung im Rahmen der Aktion 2000 — bis Anfang der neunziger Jahre 2000 zusätzliche Kleingärten zu schaffen — in bezug auf die Grundstücksbereitstellung möglich sein werde. Weiters erwarte man sich durch die Errichtung neuer Kleingärten den Markt dahingehend zu beeinflussen, daß zu hohe Ablösen nicht mehr bezahlt werden.

Das Resultat einer Umfrage, derzufolge rund 150.000 Wiener Haushalte an einem eigenen Kleingarten interessiert wären, könne man nicht dahingehend interpretieren, daß dies auch von so vielen Menschen gewünscht werde. Neue Wohnformen am Stadtrand würden ein übriges tun, daß das entsprechende Bedürfnis abgebaut werde. Auch künftig wird die Stadt Wien Grundstücke verschiedener Art kaufen, sofern der Preis stimmt: Dafür wurden im vergangenen Jahr rund 90 Millionen Schilling aufgewendet, und auch in diesem Jahr stehen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung. Voraussetzung wäre jedoch, daß der Preis günstig sei. (Schluß)
red/gg

Forts. von Blatt 1183

LKW-Fahrverbot auf der Höhenstraße ab 1. Juli

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Besprechungen mit den zuständigen Bezirksvertretungen und den Interessensvertretungen wird das LKW-Durchfahrverbot auf der Höhenstraße bereits am 1. Juli eingeführt. Das teilte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Mittwoch vormittag bei einem Pressegespräch mit. Das Verbot wird aus Umweltschutzgründen verhängt, um zu verhindern, daß Lastkraftwagen die Wienerwaldstrecke zwischen Neustift und der Hüttelbergstraße durchfahren. Wo es notwendig ist, sollen die Zufahrtsmöglichkeiten für den Lieferverkehr bestehen bleiben.

Die Verkehrsverhandlung wurde für den 15. Juni festgesetzt, sodaß bis 1. Juli die erforderlichen Verkehrszeichen aufgestellt werden können. (Schluß) sc/bs

Wiener Volkspartei lehnt Mietermitbestimmungsmodell ab

Wien, 3.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Die Wiener Volkspartei wird das von der SPÖ vorgelegte Mietermitbestimmungsmodell ablehnen, erklärten Mittwoch im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz ÖVP-Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER, GR. Dkfm. Robert HOTTER und der Obmann des Mieter- und Wohnungseigentümergebundes Dr. Karl LENGHEIMER.

Das vorgelegte Modell enthalte keine zusätzlichen Mitbestimmungsrechte und hätte eine „quasi gesetzliche Verankerung des sozialistischen Mietervereins“ zum Ziel. Das Modell würde nur neue Bürokratie schaffen. Die ÖVP sprach sich für eine Verbesserung der Rechte der Mieter im Mietrecht aus. Die beste Form der Mitbestimmung am Wohnungssektor sei aber die Eigentumswohnung, erklärte GR. Dr. Maier. Aus dem Verkauf von 70.000 Wiener Gemeindewohnungen könnten 10 Milliarden Schilling eingenommen werden, weshalb die Wiener ÖVP eine Privatisierung der Gemeindewohnungen und Siedlungshäuser fordert. (Schluß) ah/rr

Edlinger: Mietermitbestimmung im Gemeindebau wird kommen

Wien, 3.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) „Die wesentliche Erweiterung der Informations-, Antrags- und Kontrollrechte für Gemeindemieter durch ein Mietermitbestimmungsstatut wird mit Jahresbeginn 1988 kommen“, bekräftigte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Edlinger bedauerte die ablehnende Haltung der Wiener ÖVP und betonte, daß die Stadt Wien mit keiner Mieterorganisation irgendeine exklusive Vereinbarung treffen werde. Das Mietermitbestimmungsstatut der Mietervereinigung sei ein wichtiger und interessanter Diskussionsbeitrag neben einigen anderen, aber keineswegs jene Grundlage, über die der Gemeinderat im Herbst zu beschließen hätte. Es sei jedermann möglich, Vorschläge dazu einzubringen, ergänzte Edlinger. Überdies sei es den Mietern vorbehalten, wen sie zu Personen ihres Vertrauens wählen wollen.

Zur Forderung nach Privatisierung von Gemeindewohnungen meinte Edlinger, daß diese für Wien nicht in Frage komme, solange es tausende Wohnungssuchende gebe, die am privaten Wohnungsmarkt keine Wohnung finden können. Zudem stehe der Verkaufserlös in keiner nur annähernd vernünftigen Relation zur geringen Zahl der dadurch neu zu bauenden Wohnungen. (Schluß) ah/rr

Feuchtes, kühles Wetter bringt Platanenpilz

Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Das feuchte, kühle Frühjahrs Wetter bringt nun den Wiener Platanen eine Pilzerkrankung. Seit dem vergangenen Wochenende tritt bei beinahe allen großen Platanen in Wien ein Phänomen auf, das es zuletzt 1974 gab — die Bäume verlieren einen beträchtlichen Teil ihrer Blätter in grünem bzw. welkem Zustand.

Die Ursache ist eine Pilzerkrankung (*Apiognomonia veneta*), die besonders stark bei feuchtkühlem Wetter im Frühjahr auftritt. Wie die Fachliteratur dazu meint, müsse ein einmaliges starkes Auftreten des Pilzes allerdings nicht überbewertet werden, da sich die Bäume erfahrungsgemäß im folgenden Jahr wieder erholen. Bei großen, alten Platanen kann der Pilz auch nicht mit Pflanzenschutzmitteln (Kupferpräparaten) bekämpft werden. Sechs bis acht Meter hohe Bäume können, wo es der ruhende Verkehr ermöglicht, gespritzt werden. Um den Pilzbefall zu begrenzen, wird das von den Platanen abgeworfene Laub eingesammelt und verbrannt.

Wie das Stadtgartenamt mitteilt, ist derzeit mit keiner bleibenden Schädigung der Platanen zu rechnen — um ein Ausbreiten der Krankheit zu verhindern, wäre allerdings die längst fällige Wetterbesserung die beste Therapie. (Schluß) hrs/rr

Redaktion: Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 4. Juni 1987

Blatt 1188

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrenzeichen für Ing. Pradl und Dkfm. Dr. Hinterleitner (1189/FS: 3.6.)
- Enquete „Die innere Heimreform“ (1190)
- Zivilschutztag im Rahmen der Hietzinger Kulturtage (1191)
- Augarten-Porzellan auf Schloß Wetzdorf (1192)
- Rabenhof in Erdberg soll saniert werden (1193)
- Neue Telefonnummern in Favoritner Amtshäusern (1194)
- 29 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten (1195)
- Michelbeuern: Neue Station auf der Gürtellinie (1196/1197)
- Goldenes Ehrenzeichen für Generaldirektor Wolfsberger (1199)
- Kranflasche stürzte auf Arbeiter (nur FS/3.6.)
- Kinder feiern den Geburtstag von Bürgermeister Zilk (nur FS)

Kultur:

- Wiener Musiksommer 1987 (1198)

Ehrenzeichen für Ing. Prade und Dkfm. Dr. Hinterleitner

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Der Generaldirektor der Teerag-Asdag AG, Kommerzialrat Ing. Robert PRADE, wurde Mittwoch von Stadtrat Johann HATZL mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet, Direktor Dkfm. Dr. Friedrich HINTERLEITNER, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Teerag-Asdag, wurde das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht.

Ing. Prade hat sich vor allem um die ständige technologische Weiterentwicklung des Unternehmens sowie um die intensiven Forschungsarbeiten vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes verdient gemacht. So wurde ein wichtiger Beitrag zur Sanierung der österreichischen Seen mit der Entwicklung eines neuen Systems von nahtlosen Kunststoffrohren geleistet. Dkfm. Dr. Hinterleitner ist seit 1971 stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes und hat in dieser Funktion wesentlich dazu beigetragen, daß der Konzern, trotz der Probleme der Bauwirtschaft, in den letzten Jahren seine Umsätze steigern konnte. (Schluß) roh/rr

Bereits am 3. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Enquete „Die Innere Heimreform“

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Enquete des Wiener Jugendamtes zum Thema „Die innere Heimreform-Konsequenzen für die Beziehungsarbeit in der Institution“ eröffnete Donnerstag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL im Ausbildungszentrum für Sozialberufe 21, Freytaggasse 32. Die rund 150 Teilnehmer dieser Enquete befassen sich in zehn Arbeitskreisen mit sozialpädagogischen und sozialtherapeutischen Methoden und Möglichkeiten der Heimerziehung.

Weniger Heimeinweisungen

Durch die ambulante Arbeit mit schwierigen Kindern und Jugendlichen und durch die Ausweitung der Pflegestellen konnte die Zahl der Heimeinweisungen in den letzten Jahren stetig reduziert werden. Kinder und Jugendliche, die aber trotz intensiver Betreuung nicht im Familienverband belassen werden können, weisen erhöhte Schwierigkeiten im Verhaltens- und Erlebnisbereich auf. Dadurch steigt die Anforderung an den Heimerzieher. Diesen Gegebenheiten wird u. a. mit einer angestrebten Verbesserung der Erzieherausbildung und mit einer verstärkten inneren Heimreform Rechnung getragen.

Intensivere Inhaltliche Diskussion

Nach einer Phase der strukturellen Reform der Heime der Stadt Wien — die Gruppengrößen wurden reduziert, der Erzieherschlüssel gesenkt —, in der sich die Heime zu stärker qualifizierten pädagogischen Einrichtungen entwickelten, soll nun die inhaltliche Diskussion intensiviert werden.

Heimerziehung: Das einzelne Kind steht im Vordergrund

Im Vordergrund einer therapeutischen Heimerziehung steht das einzelne Kind mit seinen Stärken und Schwächen, seinen Defiziten aus einer oft schmerzlichen Vergangenheit und seiner positiven Zukunft. Die Chance für diese gute Zukunft bietet eine neue, vertrauensvolle Beziehung zum Erzieher. So kann die Erziehung im Heim Kindern und Jugendlichen eine neue Möglichkeit bieten, Enttäuschungen aus früheren Beziehungen aufzuarbeiten und damit eine bessere Startmöglichkeit für ihre Zukunft zu erhalten. (Schluß) jel/gg

Zivilschutztag im Rahmen der Hietzinger Kulturtage

Wien, 4.6. (RK-LOKAL) Ein Zivilschutztag wird morgen, Freitag, im Rahmen der Hietzinger Kulturtage stattfinden. Zwischen 13 und 18 Uhr gibt es eine Zivilschutzübung mit einem Hubschrauber des Innenministeriums, das Bundesheer stellt seine Aufgaben im Rahmen des Zivilschutzes vor, und es wird auch der Patiententransport (Übungsannahme: Verletzte mit Verbrennungen) ins Lainzer Krankenhaus geübt, wo auch Hubschrauberlandungen geplant sind. Wünsche, Anregungen und Fragen an die Stadt Wien kann man während dieser Veranstaltung auch bei einem Mitarbeiter der Stadt Wien deponieren, der mit dem Bürgerdienstbus kommt.

Der Zivilschutztag des Hietzinger Kulturvereins wird auf der Lagerwiese auf dem Roten Berg (13, Notharthgasse) abgehalten und steht unter dem Ehrenschutz der Stadträte Helmut BRAUN und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. (Schluß) and/bs

Augarten-Porzellan auf Schloß Wetzdorf

Wien, 4.6. (RK-LOKAL) „Augarten — weißes Gold aus Wien“ heißt eine Ausstellung, die vom 6. Juni bis 2. November in dem durch den Heldenberg berühmt gewordenen niederösterreichischen Schloß Wetzdorf stattfindet.

Die Ausstellung, in der unter anderem 40 Porzellanplastiken gezeigt werden, gibt einen Einblick in die Geschichte des Wiener Porzellans, welche mit eindrucksvollen Stücken aus dem 18. und 19. Jahrhundert dokumentiert wird. Im „Schwarzen Saal“ des Schlosses ist die „Große Augarten-Jagdtafel“ mit prunkvollem Schmuck zu besichtigen. Biedermeier- und Jugendstildekore komplettieren die Ausstellung, die auch über den Ablauf der Produktion in der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten informiert.

Die Öffnungszeiten: Donnerstag und Freitag von 16 bis 20 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertag von 10 bis 18 Uhr. Reisegruppen gegen Voranmeldung (02956/2751) jederzeit. Zu jeder vollen Stunde finden Führungen statt. (Schluß) wh/rr

Rabenhof in Erdberg soll saniert werden

Wien, 4.6. (RK-LOKAL) Der Rabenhof, eine der größten Gemeindebauanlagen aus der Zwischenkriegszeit und Herzstück Erdbergs, soll 60 Jahre nach seiner Errichtung um über 200 Millionen saniert werden. Die Anlage umfaßt 80 Stiegenhäuser mit 1.173 Wohnungen und ist damit nur etwas kleiner als der Karl-Marx-Hof.

Die Sanierung des 1927/28 errichteten Bauwerks wird seit Jahren erwogen. Aber erst das Wohnhaussanierungsgesetz läßt eine für die Mieter kostengünstige Instandsetzung zu. Verbesserungen sind insbesondere an den Dächern und Kaminköpfen, den Fassaden, Gehwegen, Kanälen, Fenster, Strom-, Gas- und Sanitärinstallationen sowie an der Stiegenhausmalerei notwendig. In den vergangenen Jahren wurden nur teilweise Instandsetzungsarbeiten und Gebrechensbehebungen durchgeführt.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße im Rabenhof beträgt 44,6 Quadratmeter. Es überwiegen Wohnungen der Ausstattungskategorie C, also ohne Bad und Zentralheizung.

Die geschätzten Sanierungskosten liegen über 200 Millionen Schilling.

Wie Stadtrat Rudolf EDLINGER bei einer Mieterbesprechung im Rabenhof erklärte, besteht bei einer Erhöhung der Miete die Möglichkeit, die Wohnbeihilfe in Anspruch zu nehmen, sodaß vor allem sozial Schwächere keinerlei Mehrkosten zu tragen haben. Insgesamt werden die Mieter nur einen geringen Teil der Gesamtsanierungskosten zu tragen haben. (Schluß) ah/bs

Neue Telefonnummern in Favoritner Amtshäusern

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die Telefonnummern der städtischen Amtshäuser 10., Laxenburger Straße 43-47 und 10., Reumannplatz 23 (Amalienbad) wurden geändert.

Die neue Telefonnummer des Amtshauses Laxenburger Straße lautet: 601 06. In diesem Amtshaus sind folgende städtische Dienststellen untergebracht:

- Bezirksvorstehung für den 10. Bezirk
- Magistratisches Bezirksamt für den 10. Bezirk
- Stadtkasse der MA 6 für den 4. und 10. Bezirk
- Sozialreferat der MA 12 für den 10. Bezirk
- Mobile Krankenschwestern der MA 12 für den 10. und 11. Bezirk
- Bezirksamtsgesundheitsamt der MA 15 für den 10. Bezirk
- Außenstelle der MA 37 für den 10. Bezirk
- Außenstelle der MA 50 für den 10. Bezirk
- Außenstelle des Bürgerdienstes der MA 53 für den 4. und 10. Bezirk
- Veterinärabteilung der MA 60 für den 3., 10. und 11. Bezirk
- Standesamt Wien-Favoriten der MA 61.

Die interne Kurzzrufnummer 710 bleibt unverändert.

Die neue Telefonnummer des Amtshauses Reumannplatz lautet: 601 12. In diesem Amtshaus sind folgende Dienststellen untergebracht:

- Buchhaltungsabteilung XVI der MA 6
- Magistratsabteilung 44
- Warmbad Amalienbad der MA 44

Die interne Kurzzrufnummer 844 bleibt ebenfalls unverändert. (Schluß)
red/rr

29 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Sachkredite in der Höhe von 29,5 Millionen Schilling für den nachträglichen Aufzugseinbau in städtischen Wohnhäusern genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. Ferner soll mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Schilling die Hoffassade im Mittelteil des Karl-Marx-Hofes instandgesetzt werden. Außerdem bewilligte der Gemeinderatsausschuß die Auftragsvergabe für 22 Fahrtreppen in Stationen der künftigen U-Bahn U 3 an zwei Wiener Firmen im Gesamtwert von 96 Millionen Schilling sowie die Baumscheibenbewässerungsanlage am Ring zwischen Urania und Babenbergerstraße durch ein Wiener Unternehmen. Schließlich wurden wieder zahlreiche kleinere Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern beschlossen. (Schluß) ah/gg

Michelbeuern: Neue Station auf der Gürtellinie

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf der Stammstrecke der Stadtbahngürtellinie (zukünftige Linie U 6) wird derzeit zwischen den Stationen „Alser Straße“ und „Währinger Straße“ die neue Station „Michelbeuern“ um insgesamt rund 400 Millionen Schilling errichtet. Diese Station wird vor allem eine direkte Anbindung für die Bewohner des 18. Bezirkes, aber auch des neuen Allgemeinen Krankenhauses an das öffentliche Schnellverkehrsnetz gewährleisten. Mit den Bauarbeiten wurde 1983 begonnen, die Station soll im November 1987, in Betrieb genommen werden. Donnerstag wurde sie von Verkehrsstadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Die neue Station liegt an einer Stelle, an der das Bahniveau etwa dem umliegenden Niveau entspricht. Der Stationsabstand zur Alser Straße beträgt zirka 540 Meter, zur Währinger Straße zirka 680 Meter.

Da die Linie U 6 bis auf weiteres mit „E 6“-Garnituren betrieben werden wird, ist die neue Station auch vorläufig auf die Lichtraumverhältnisse dieser modernen Straßenbahngarnituren ausgelegt. Ein späterer Umbau auf U-Bahn-Betrieb kann leicht und ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz bewerkstelligt werden, weil bereits das breitere Profil der U-Bahn-Wagen der Planung zugrunde gelegt wurde.

Stationsaufbau

Die Station besteht aus drei Bauteilen:

- dem viergeschoßigen Stationsgebäude, in dem die erforderlichen Betriebsräume und die zentrale Passage im ersten Obergeschoß untergebracht sind,
- dem 115 Meter langen Mittelbahnsteig mit einer Breite von sechseinhalb bis achteinhalb Metern und einem darunterliegenden Kabelkollektor sowie
- dem Fußgängersteg zwischen Anton-Baumann-Park — Stationsgebäude — Allgemeines Krankenhaus.

Vom überdachten Mittelbahnsteig gelangt man mittels zweier Aufzüge, einer Rolltreppe und über eine feste Stiege im bequemen Steigungsverhältnis (15 mal 33 Zentimeter) der Otto-Wagner-Stationen in das Passagengeschoß der Station, von wo aus die Fußgängerstege über beide Gürtelfahrbahnen direkt in den Eingangsbereich West des Allgemeinen Krankenhauses und in den Anton-Baumann-Park führen. Vom Steg über den Äußeren Gürtel wurde zusätzlich noch ein Rampenabgang in Richtung Haltestelle der Linie „42“ in der Kreuzgasse errichtet. Die Fußgängerstege bilden eine permanent benützbare Verbindung zwischen dem 9. und 18. Bezirk.

Umstellung der Gürtellinie

Im Zuge der Errichtung der Station „Michelbeuern“ werden auch die Gleisanlagen der Stadtbahn zwischen Borschkegasse und Severingasse auf eine Länge von 750 Meter neu hergestellt. Dabei müssen die Ein- und Ausfahrtsgleise in den Bahnhof wegen der beabsichtigten Umstellung der Stadtbahngürtellinie auf Rechtsbetrieb umgeschaltet werden.

In den Monaten Juli und August 1988 erfolgt die Rechtsumstellung (Änderung der Fahrtrichtung) auf der Gürtelstammstrecke. Diese Umstellung erfordert Umbauarbeiten im Leitsystem, an den Fernsehkameras und am Monitor für die Zugsabfertigung.

Am 1. Oktober 1989 soll die U-Bahn-Linie U 6 von der Station „Heiligenstadt“ bis zur Station „Philadelphiabrücke“ in Betrieb genommen werden.

Bis dahin müssen alle Stationen renoviert und der neuen Situation infolge des Rechtsverkehrs angepaßt werden. Gleichzeitig damit werden auf der Strecke Weichen eingebaut, um einen Gleiswechselbetrieb führen zu können.

Zur Zeit sind die 1983 beschlossenen Einbauten von jeweils zwei Aufzügen in den Stationen „Nußdorfer Straße“, „Alser Straße“, „Josefstädter Straße“ und „Gumpendorfer Straße“ durchgeführt. In der Station „Währinger Straße“ ist erst ein Aufzug eingebaut, wegen des zweiten Aufzuges laufen noch Verhandlungen mit der Wiener Volksoper. Mit dem Aufzugseinbau „Burggasse“ wird nach Klärung verschiedener Planungsfragen erst jetzt begonnen. In der Station „Thaliastraße“ ist kein Aufzugseinbau erforderlich, da sie auf einer Seite einen ebenen Eingang besitzt. Bei der Station „Westbahnhof“ wird der Einbau von mechanischen Aufstiegshilfen im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 erfolgen.

Die zur Zeit in Arbeit befindliche zweite Ausbauphase beinhaltet vor allem Isolierungsarbeiten im Stationsbereich, um die Durchfeuchtung und Beschädigung der darunterliegenden Hallendecken zu verhindern, eine allgemeine Renovierung der Bahnsteige sowie der Hallen im Stile Otto Wagners (Keramikbeläge, Stuckwände), eine generelle Überarbeitung aller Stiegenanlagen sowie die Herstellung des notwendigen Leit- und Sicherheitssystems (Kameras, Monitore, Spiegel, Stationsüberwachung, Sicherheitsvitrinen, Zugzielanzeiger, Leitsystem, Uhren, Lautsprecher, Brandschutzelemente, Hydranten etc.). Im Jahre 1989 werden sämtliche Außenfassaden überarbeitet und im Stile Otto Wagners wiederhergestellt.
(Schluß) roh/rr

Wiener Musiksommer 1987

„Schubert und Jazz“

Wien, 4.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA stellte am Donnerstag das Programm des Wiener Musiksommers 1987 vor, dessen Konzertprogramm unter dem Motto „Schubert und die Romantik“ steht. Die Volksoper zeigt in der Staatsoper insgesamt 20 Aufführungen der „Fledermaus“ und der „Zauberflöte“, mit dem Jazzfestival „Blue Danube Summit“ gibt es im Musiksommerprogramm erstmals ein breites Jazzangebot auf höchstem Niveau. Mrkvicka betonte, daß der Musiksommer mit dem erstmals von „Live Performance Service“ gestalteten Jazzfestival eine wesentliche Erweiterung des Spektrums biete, insgesamt sei das musikalische Sommerprogramm in seiner erstmaligen Gestaltung durch Dr. Rainer BISCHOF ein Sommerfestival, das der Musikstadt Wien alle Ehre mache.

Zu den besonderen Höhepunkten des Musiksommers zählen die festlichen Konzerte von der Eröffnung mit den Wiener Synchronikern und der Gächinger Kantorei bis zum Schlußkonzert mit dem London Symphony Orchestra und Rafael Frühbeck de Burgos. Im Arkadenhof sind neben den Wiener Synchronikern mit vier Konzerten unter anderem die Bamberger Synchroniker, die Philharmonia Hungarica, die Slowakische, die Slowenische und die Kattowicer Philharmonie sowie die Tonkünstler zu hören.

Erstmals findet im Rahmen des Musiksommers mit dem „Blue Danube Jazz Summit“ ein Jazzfestival statt, das vom 15. bis 26. Juli 1987 mit einer breit gestreuten Konzertpalette im Arkadenhof, in der Szene Wien und anderen Veranstaltungszentren und Clubs, auf den Schiffen „Johann Strauß“ und „Schönbrunn“ sowie in einer Reihe von Klubs stattfindet. Unter anderem zählen Astrud Gilberto, Dizzy Gillespie, Oscar Peterson und das Modern Jazz Quartett zu den Stars des Festivals.

Die Volksoper bringt „Fledermaus“ und „Zauberflöte“

Wie im Sommer 1986 dürften auch 1987 die Vorstellungen der Volksoper — „Die Fledermaus“ und „Die Zauberflöte“ —, die diesmal in der Staatsoper gezeigt werden, zu den großen Attraktionen des Sommerprogrammes gehören. Das Theater an der Wien bietet den Dauerbrenner „Cats“, wobei ein bestimmtes Kartenkontingent für die Abendkasse reserviert bleibt.

Die Schönbrunner Schloßkonzerte bieten unter anderem Klavierkonzerte mit Walter Klien, Philippe Entremont und Oleg Maisenberg und Schubert-Liederabende mit Robert Holl, Marjana Lipovsek, Josef Protschka und Christa Ludwig. Im Rahmen der Palais-Konzerte soll vor allem jungen österreichischen Künstlern ein Forum geboten werden.

Das Festival Orgelkunst in der Augustinerkirche, das seit seiner Einführung zu dem attraktivsten Programm des Musiksommers zählt, wird mit internationaler Besetzung fortgesetzt.

In der Secession finden fünf Konzerte des Zyklus „Musik des 20. Jahrhunderts“ statt, wobei die Programmlinie von der österreichischen Musik auf die internationale Ebene erweitert wurde.

Von den fünf Gedenkstättenkonzerten finden zwei im Schubert-Haus und drei im Haydn-Haus statt.

Im Rahmen der Schrammel-Abende sind traditionelle Ensembles, aber auch zeitgenössische Schrammel-Musik von den Neuwirth-Schrammeln zu hören.

Verschiedene Theater, von der Josefstadt bis zum Ensemble-Theater, vom Jura-Soyfer-Theater bis zum nun in seinem Bestand gesicherten „Tschauer“, sowie Ausstellungen, wie die bis 26. Juli verlängerte Schau „Zauber der Medusa“, oder „Drüber und Drunter“ in der Hermesvilla komplettieren das kulturelle Sommerprogramm.

Die Kartenpreise im Rahmen des Musiksommers übersteigen im Konzertsektor kaum den Preis einer Kinokarte, sagte Mrkvicka, teurer sind die Vorstellungen in der Staatsoper und die Jazzkarten, die sich jedoch mit Höchstpreisen von rund 250 Schilling im Vorverkauf ebenfalls in einem für das Angebot niedrigen Rahmen halten. (Schluß) gab/rr

Goldenes Ehrenzeichen für Generaldirektor Wolfsberger

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus an den Generaldirektor der Siemens Austria AG, Dr. Walter WOLFSBERGER, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. (Schluß) sei/rr

ab vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. J. Neumann, Neudamm, Berlin
Redaktion: Rathaus, 1082 Wien, Stiege 3, 1082 Wien
Telefon: 42 800/2971, Telex: 133240
Zeilenzahl: 11 Punkte, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile
Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 5. Juni 1987

Blatt 1200

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrenzeichen für Dr. Soswinski (1201/FS: 4.6.)
- 15 Jahre Servicegruppe der MA 32 (1202)
- Beginn der archäologischen Ausgrabungen auf der Freyung (1203)
- Austrian Airtransport-Chef wird neuer Wiener Flughafendirektor (1204)
- Stadtrat Stacher diskutiert mit künftigen weiblichen Führungskräften (1205)
- Rettungsmedaillen für mutige Polizisten (1206)
- Ehrung von Jubelpaaren (1206)
- Terminvorschau vom 9. bis 21. Juni (1207/1208)
- EBS: Auch während der Revision keine Schlammasleitung (1209)
- 60. Geburtstag von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk (1210)
- „Tag der offenen Tür“ 1987: Kosteneinsparungen um 20 Prozent (1211)
- „Vor Verrückten kann man sich nicht schützen“ (1212)
- Warnung vor falschem Gasmann (1213)
- Wien: Ost-West-Metropole und internationaler Fixstar (1214)
- Neue Autobuslinie nahm Betrieb auf (1215)
- Betriebskindergarten für Psychiatrisches Krankenhaus (1216)
- Zilk: Kotrba ist bestqualifizierter Kandidat (1217)
- Feuerwehr in erhöhter Einsatzbereitschaft (nur FS/4.6.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Mysteriöser Tod in der Wohnung (nur FS)

Ehrenzeichen für Dr. Soswinski

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL überreichte am Donnerstag an Gemeinderat a. D. Dr. Ludwig SOSWINSKI das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Dr. Soswinski hatte von 1945 an dem ersten freigewählten Wiener Landtag und Gemeinderat angehört. Er war auch einer der Mitbegründer des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

An der Feier nahmen zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Minister a. D. Otto RÖSCH und der frühere Landtagspräsident Hubert PFOCH teil. (Schluß)
pz/gg

Bereits am 4. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet

15 Jahre Servicegruppe der MA 32

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Seit 15 Jahren sorgt die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekanntes „Servicegruppe“ der MA 32 für das „richtige Klima“ in Wien. Das hochqualifizierte Personal dieser Gruppe sorgt dafür, daß die Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageanlagen in den Gebäuden der Stadt reibungslos funktionieren. Störungen und gefährliche Ausfälle derartiger Anlagen in Krankenanstalten oder wichtigen Versorgungsbetrieben können damit innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden.

Die 25 Mitarbeiter der Servicegruppe haben 1.350 Gebäude als Einsatzorte zu betreuen: Amtshäuser, Schulen, Krankenanstalten, Versorgungsbetriebe, Bäder, Kulturstätten, Markthallen, Herbergen und vieles mehr. Die Servicegruppe sorgt dafür, daß es in Kühlhäusern kühl und in Hallenbädern warm bleibt.

Die Meldung einer Störung erfolgt vollautomatisch durch ein in Österreich einzigartiges computerunterstütztes Telealarmsystem. Binnen kürzester Zeit sind die Einsatzgruppen, die rund um die Uhr arbeiten, am Ort des Geschehens. Zu diesen Störeinsätzen kommen jährlich mehrere tausend Kontrollen dazu. Die Mitarbeiter der Servicegruppe legen dabei jedes Jahr 160.000 Kilometer zurück, eine Strecke, die viermal um die Erde reicht.

Auf die ständige Weiterbildung des Fachpersonals sowie die Steigerung der Wirtschaftlichkeit der betreuten Anlagen durch Energiesparvorschläge wird besonderer Wert gelegt. Somit ist die Servicegruppe eine jener Einrichtungen der Stadtverwaltung, die unbemerkt von der Öffentlichkeit für ein funktionierendes Leben in der Stadt sorgen. (Schluß) ah/gg

Beginn der archäologischen Ausgrabungen auf der Freyung

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Mit einem Spatenstich durch Bürgermeister ZILK begannen Freitag früh die archäologischen Ausgrabungen im Zuge der Errichtung einer Tiefgarage auf der Freyung. Die Archäologen erwarten sich die Freilegung römischer, mittelalterlicher und neuzeitlicher Rest von Häusern, Gewerbebetrieben und Gräberfeldern. Den Schwerpunkt ihrer Forschungen werden sie auf die Zeit vor den Babenbergn legen, da diese Periode in der Geschichte Wiens praktisch noch ein unbeschriebenes Blatt darstellt. Die Grabungen sind für sechs Monate anberaumt. (Schluß) rö/bs

Austrian Airtransport-Chef wird neuer Wiener Flughafendirektor

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Geschäftsführer der Austrian Airtransport (einer Tochter der AUA), Dr. Franz KOTRBA, wird Nachfolger von Dipl.-Ing. Otto ENGELBERGER als Direktor des Wiener Flughafens. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bezeichnete in einem Pressegespräch Kotrba als Kandidaten seiner Wahl, der nicht nur als Volljurist ein Experte im internationalen Fluggeschäft ist, sowie mehrere Sprachen spricht, sondern auch schon jahrelang erfolgreich im Luftfahrtmanagement tätig ist. Dr. Kotrbas Dienstverhältnis mit der AUA ist noch aufrecht, eine möglichst schnelle Lösung dieses Dienstverhältnisses ist beabsichtigt. Kotrba wird einen zunächst fünfjährigen Dienstvertrag im Flughafen Wien erhalten, der innerhalb eines Jahres von beiden Seiten jederzeit lösbar ist. (Schluß) sei/bs

StR. Stacher diskutiert mit zukünftigen weiblichen Führungskräften

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Regelmäßig finden monatlich Klubabende der Absolventinnen bzw. Teilnehmerinnen an dem von Stadtrat Friederike SEIDL initiierten Frauenförderungsseminar statt. In dieser Woche diskutierte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER mit den angehenden weiblichen Führungskräften über aktuelle Themen aus dem Spitals- und Krankenpflegebereich.

In seinem Ressort, sagte Stacher, betreuen mehr als 22.000 Bedienstete über eine Million Patienten pro Jahr in den Spitälern, deren Struktursich in den letzten drei Jahrzehnten größtenteils geändert hat und flexiblere Organisationsformen bedingt. (Schluß) pz/rr

Rettungsmedaillen für mutige Polizisten

Wien, 5.6. (RK-LOKAL) An vier Sicherheitswachebeamte, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens Menschen gerettet haben, überreichte Stadtrat Friederike SEIDL Freitag vormittag die ihnen verliehenen Rettungsmedaillen des Landes Wien.

Die Inspektoren Heinz GRUBER, Gerhard HASLINGER und Manfred IDINGER retteten mehrere Personen aus einem brennenden Haus; Inspektor Franz PÖCHLINGER bewahrte eine Frau vor dem Ertrinken. Unter den Ehrengästen befand sich auch Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN. (Schluß) pz/bs

Ehrung von Jubelpaaren

Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Heute, Freitag, werden von Vizebürgermeister Hans MAYR und am Dienstag, dem 16. Juni, von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Jubelpaare im Wiener Rathaus geehrt. Insgesamt sind es 225 Goldene Hochzeitspaare, 27 Diamantene Hochzeitspaare und 9 Eiserne Hochzeitspaare. (Schluß) red/bs

Terminvorschau von 9. bis 21. Juni

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit von 9. bis 21. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

DIENSTAG, 9. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

MITTWOCH, 10. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung

17.30 Uhr, Presserunde StR. Stacher

DONNERSTAG, 11. JUNI:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Ministerialrat i. R. Prof. Dr. Rupert Zimmermann (Arbeitszimmer Seidl)

10.00 Uhr, Pressekonferenz Ronacher-Führung

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an a.o. Univ.-Prof. Dr. Robert Kühlmayer (Arbeitszimmer Stacher)

FREITAG, 12. JUNI:

keine Termine vorgemerkt

abends: Concordiaball (Rathaus)

SONNTAG, 14. JUNI:

ab 14 Uhr: Kinder- und Familiensommerfest anlässlich „80 Jahre Gänsehäufel“ (Sommerbad Gänsehäufel, 22, Moissigasse 21) bei Schlechtwetter: Sonntag, 21. Juni)

MONTAG, 15. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

10.00 Uhr, Pressefahrt mit StR. Smejkal über den Ring „15 Jahre Ferienspiel“

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Tuppy und Bgm. Dr. Zilk Eröffnung der Kernspintomographie-Anlage im AKH (Großer Hörsaal der Schule für den Medizintechnischen Dienst, 9, Lazarettgasse 14)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

DIENSTAG, 16. JUNI:

10.00 Uhr, Presseschau der Modeschule Hetzendorf (Modeschule)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Jubilierende Hochzeitspaare der Bezirke 15 bis 23, Bgm. Zilk (Festsaal, Rathaus)

18.00 Uhr, Bgm. Zilk und Ephelant-Verlag: Vorstellung des Buches „Leopold Ungar — Die Weltanschauung Gottes“ von Franz Richard Reiter (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 17. JUNI:

13.20 Uhr, Bgm. Zilk und StR. Hatzl / Festveranstaltung „U-Bahn-Bau für Wien — 15 Jahre Magistratsabteilung 38“ (Festsaal, Rathaus; danach 14.50 Uhr Abfahrt mit Bussen vom Rathaus zu Baustellenbesichtigungen.

DONNERSTAG, 18. JUNI:

vorläufig keine Termine

FREITAG, 19. JUNI:

12.00 Uhr, StR. Mrkvicka / Benennung des Gabor-Steiner-Weges (2. Zugang vom Praterstern zum Riesenrad) anschließend: Enthüllung zweier Gedenktafeln zu Ehren von Gabor Steiner und Josephine Gallmeyer (Haus Praterstraße 56) sowie von Fritzi Massary (Haus Praterstraße 66)

SAMSTAG, 20. JUNI:

15.00 Uhr, Blumenkorso im Prater

ca. 17.30 Uhr, Empfang, Bgm. Zilk (Wiese des Liliputbahn-Areals)

SONNTAG, 21. JUNI:

vorläufig keine Termine

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 1207

EBS: Auch während der Revision keine Schlammausleitung

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Erstmals wird es im heurigen Sommer möglich sein, auch während der Revisionsarbeiten an den Anlagen der Entsorgungsbetriebe Simmering und der Hauptkläranlage den gesamten anfallenden Klärschlamm zu verbrennen. Es muß daher auch während der Revision kein Schlamm mehr in den Donaukanal ausgeleitet werden.

Diese wesentliche Verbesserung ist das Resultat der erfolgreich abgeschlossenen Pilotversuche zur Schlammmentwässerung. Der erste Satz der neuen Zentrifugen ist eingebaut und arbeitet zufriedenstellend. Es ist jedoch möglich, daß es in der Revisionsphase zwischen Mitte Juni und Mitte September zu Geruchsbelästigungen kommt. In den EBS und in der Hauptkläranlage wird alles unternommen, die Belästigung der Anrainer so gering wie möglich zu halten. (Schluß) roh/bs

60. Geburtstag von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Helmut ZILK wurde am 9. Juni 1927 als Sohn eines Zeitungsangestellten in Wien geboren. In den ersten Nachkriegsjahren unterrichtete er nach der Volks- und Hauptschule als sogenannter „Schulhelfer“ (noch vor Abschluß der Lehrerbildungsakademie) im 2. Wiener Bezirk. Nach der Matura studierte er an der Universität Wien Germanistik, Pädagogik, Psychologie und Philosophie. 1951 promovierte er zum Dr. phil., legte 1955 zusätzlich die Lehramtsprüfung für Pädagogik ab, und gehörte dann viele Jahre als Professor dem Lehrkörper der Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse an.

Dr. Zilk, der sich für die Erwachsenenbildung engagierte, arbeitete ab 1955 auch als Rundfunk- und vor allem als Fernsehjournalist. Als Gestalter zahlreicher Sendereihen und Serien für das Fernsehen, vor allem im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit, gründete er auch das Schulfernsehen in Österreich. Dr. Zilk setzte sich außerdem besonders für den Ausbau des sogenannten „Technischen Versuchsprogrammes“, des späteren 2. Programmes, ein.

Von 1967 bis 1974 war Dr. Zilk Programmdirektor des Österreichischen Rundfunks. In dieser Zeit wurden das Farbfernsehen eingeführt, das 2. Programm ausgebaut und den Kulturprogrammen breiter Raum gegeben. Besonders populär wurde Zilk durch die Diskussionssendereihen „Ihre eigene Sache“, „Stadtgespräche“ und „Auslandsecho“, für die er auch journalistische Preise erhielt.

Zwischen 1974 und 1979 arbeitete Dr. Zilk als Ombudsman der Kronenzeitung. 1979 wurde er vom Wiener Gemeinderat zum Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst gewählt und übte dieses Amt bis 1983 aus. Im Mai 1983 wurde er als Bundesminister für Unterricht und Kunst in die damals neugebildete österreichische Bundesregierung berufen.

Als Anfang September 1984 die Bundesregierung umgebildet wurde und der bisherige Wiener Bürgermeister Leopold Gratz das Amt des Außenministers übernahm, wurde Dr. Helmut Zilk zum Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien gewählt. Dr. Zilk ist auch Präsident des Österreichischen Städtebundes. (Schluß) red/rr

„Tag der offenen Tür“ 1987: Kosteneinsparung um 20 Prozent

Öffnung auch zur Wirtschaft geplant

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für den „Tag der offenen Tür“ der Stadt Wien werden heuer gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent verringert und 3,9 Millionen Schilling betragen. Der „Tag der offenen Tür“ wird heuer am Samstag, dem 19. September, stattfinden und zahlreiche Neuerungen bieten. Nachdem in den letzten Jahren Bürgerinitiativen eingeladen wurden, ihre Anliegen aufzuzeigen, und auch die Medien der Stadt immer stärker am „Tag der offenen Tür“ teilnahmen, soll heuer außerdem die Wirtschaft stärker eingebunden werden. Dabei sollen Firmen, die mit Wien verbunden sind und sozusagen als Partner der Stadt gesehen werden (wobei es nicht um Kontrahenten geht), am „Tag der offenen Tür“ die Möglichkeit zur Mitwirkung haben und — in Form eines Pilotprojekts — die Veranstaltung mit Sach- und/oder finanziellen Leistungen fördern können. Es kann jedoch selbstverständlich nicht zu einem „Ausverkauf“ der Interessen der Stadt oder zu einer Art Messe kommen, sondern es soll die Partnerschaft Stadt — Wirtschaft, auch in Hinblick auf das gemeinsame Bemühen um Wiens Image, betont werden.

Inhaltlich wird der „Tag der offenen Tür“ 1987 vor allem die Zukunft der Stadt und den Wandel der Stadtverwaltung von der Hoheits- zur Dienstleistungsverwaltung behandeln. Zentralpunkt soll, wie in der Vergangenheit, wieder das Rathaus sein. Außenstellen sind natürlich ebenfalls wieder geplant.

Der entsprechende Antrag auf Durchführung des vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien veranstalteten „Tages der offenen Tür“ 1987 wurde heute, Freitag, vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt. (Schluß) hrs/gg

„Vor Verrückten kann man sich nicht schützen“

Hofmann-Stellungnahme zu Pflasterstein-Attentaten

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den tragischen Attentaten von Verrückten oder Lausbuben, die von Brücken aus Steine auf die darunterliegenden Fahrbahnen oder Gehwege werfen, stellte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Freitag vormittag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Es ist leider nicht möglich, sich vor den Untaten Verrückter oder gedankenloser Lausbuben ausreichend zu schützen.“ Der Stadtrat nahm damit auch zu einer Presseaussendung der FPÖ-Abgeordneten Dr. Helene PARTIK-PABLE Stellung, die der Stadt Wien in solchen Fällen Tatenlosigkeit vorgeworfen hat.

Hofmann: „Um einen wirkungsvollen Schutz zu bieten, müßten bei den Brücken Fanggitter angebracht werden, die breiter sind als die Reichweite von Steinwürfen. Gitter bei den Brückengeländern müßten ebenfalls so hoch sein, daß man keine schweren Gegenstände darüber werfen kann. Die Gitter müßten außerdem aus stärkstem Material hergestellt werden, da ein gewöhnlicher Drahtzaun ja leicht aufgeschnitten werden kann. Nur eine vollständige Einhausung ALLER Brücken und Stege in Wien könnte einen wirksamen Schutz bieten. Eigene Schutzbaulichkeiten müßten aber auch im Bereich der Stützmauern und bei allen Straßen, die in Geländeeinschnitten verlaufen, errichtet werden.“

Er wolle, sagte Hofmann, gar nicht auf die Probleme eingehen, die sich für die Brücken-Statik ergeben könnten, auf die Frage des Stadtbildes oder auf die Kosten so weitreichender Baumaßnahmen. Auch in anderen Städten gebe es seines Wissens keine solchen Vorkehrungen.

„So traurig es ist“, erklärte Hofmann, „vor Verrückten oder gewissenlosen Menschen kann man sich eben nicht schützen. Man kann auch nicht alle Fenster vermauern, weil es immer wieder vorkommt, daß Leute auf Passanten schießen. Im übrigen ist das Thema aber wirklich zu ernst, um damit eine politische Polemik zu verbinden. (Schluß) sc/bs

Warnung vor falschem Gasmann

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien ist vermutlich wieder ein Betrüger unterwegs, der sich als Bediensteter der Gaswerke ausgibt und sich damit Eintritt in fremde Wohnungen zu verschaffen sucht. Donnerstag wollte ein Mann, der als etwa 50- bis 60jährig, mittelgroß und untersetzt beschrieben wird, mit der Behauptung „Ich komme vom Gaswerk, die Leitungsführung in Ihrer Wohnung muß geändert werden“ die Wohnung einer älteren Dame im 17. Bezirk betreten. Die Frau ließ ihn mit dem Hinweis, sie wolle ihren Mann dabei haben, und außerdem sei der Besuch nicht angemeldet, nicht eintreten, worauf der Mann verschwand. Sie beschwerte sich anschließend bei den Gaswerken über den unangemeldeten Besuch, wobei sich herausstellte, daß niemand vom Gaswerk geschickt worden war. Die Gaswerke haben Anzeige erstattet.

Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke weisen darauf hin, daß jeder Bedienstete sich mit dem amtlichen Dienstaussweis legitimieren können muß. Dieser Ausweis enthält auf der Umschlagseite die Aufschrift „Bundeshauptstadt Wien — amtliche Dienstlegitimation“ und das Stadtwappen, innen sind neben einem Lichtbild und dem Namen auch die Dienstnummer und die Dienststeigenschaft vermerkt. (Schluß) roh/gg

Wien: Ost-West-Metropole und Internationaler Fixstar

Wien-Boom für anhaltende Anziehungskraft ausnützen

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Zweifellos ist Wien derzeit in. Und — deutlich merkbar an der derzeitigen Aufbruchsstimmung in der Donaumetropole — Wien könnte um die Jahrtausendwende wieder jene Rolle spielen, die es zu Beginn des Jahrhunderts hatte — ein künstlerisches und wissenschaftliches Zentrum, Impulsgeber und Hauptstadt neuer Ideen. Zusätzlich sollte auch der internationale Wien-Boom ausgenützt werden, um Wien zum internationalen Städte-„Fixstar“ à la Paris, New York oder Rom werden zu lassen. Das ist das Ziel einer Initialkampagne, die die Stadt Wien nun um 4,5 Millionen durchführen will und die als Basis für weitere Wien-Aktivitäten gedacht ist. Wie beim „Tag der offenen Tür“ wird auch hier die Partnerschaft mit Firmen gesucht — die Stadt selbst leistet Starthilfe und ist Ideengeber. Möglichst viele Firmen werden eingeladen, sich der Kampagne anzuschließen. Der entsprechende Antrag wurde heute, Freitag, vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt.

Der Hintergrund der PR-Aktion: Wie viele Städte zuvor — etwa London in der Beatles-Ära oder München zur Hochblüte Schwabings — ist auch Wien derzeit in. Es geht daher darum, nun alles zu tun, damit die österreichische Hauptstadt als Metropole nicht nur vorübergehend internationale Anziehungskraft besitzt, sondern ständig eine Rolle spielt — eben wie Paris oder New York oder Rom. Dem üblicherweise gegebenen, raschen Aktualitätsverlust soll mit einem neuen, Wien-spezifischen Konzept begegnet werden.

Die ist allerdings eine umfassende Aufgabe der gesamten Stadt. Dafür muß den Menschen in der Stadt — den Wienerinnen und Wienern ebenso wie den Besuchern — eben das Bewußtsein der Aufbruchsstimmung, das Wissen, daß Wien wieder zur echten Ost-West-Metropole nicht im politischen, sondern im Sinn der Begegnung, werden kann, vermittelt werden.

Als Initialzündung wird daher nun zuerst in der Bundeshauptstadt selbst die Kampagne gestartet werden. Die Kampagne kann und darf dabei nicht von den üblichen Wien-Klischees ausgehen, sondern muß sich auf neue Inhalte — Wien ist anders — stützen und das spezifisch Wienerische hervorheben. Mit den Aktivitäten in Wien und später auch in den Bundesländern und im Ausland soll in einer Art Domino-Effekt langfristig die gewünschte, ständige Anziehungskraft Wiens ermöglicht werden. (Schluß)
hrs/bs

Neue Autobuslinie nahm Betrieb auf

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) In Floridsdorf am Obergfellplatz wurde Freitag die neue Autobuslinie „36 A“ (Jedlesees — Großjedlersdorf) in Betrieb genommen. Sie stellt eine Querverbindung durch den 21. Bezirk dar, die mit der Anbindung an die Straßenbahnlinien „31“ und „32“ große Wohngebiete besser an das öffentliche Verkehrsnetz anschließt. Verkehrsstadtrat Johann HATZL wies bei diesem Anlaß darauf hin, daß sich Wien nicht nur auf den U-Bahn-Bau zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs beschränkt, sondern daß auch das bestehende Oberflächennetz durch neue oder verlängerte Autobuslinien laufend verdichtet wird.

Große Bedeutung für die klaglose Abwicklung des öffentlichen Verkehrs hat auch die neue Oberbauwerkstätte, die Freitag früh in der Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe in Betrieb genommen wurde. Die gesamte Anlage kostete rund 173 Millionen Schilling. Während der Übersiedlung vom ehemaligen Standort in der Aßmayergasse in Meidling sind die Erneuerungs- und Erhaltungsarbeiten an den Gleisanlagen ohne Unterbrechung oder Einschränkung weitergegangen. Die Übersiedlung war notwendig geworden, weil die Bausubstanz der alten Oberbauwerkstätte in Meidling überaltet war und außerdem eine Verlegung aus dem dichtverbauten Wohngebiet in Meidling in das Werkstätten-gelände in Simmering angestrebt wurde. (Schluß) roh/rr

Betriebskindergarten für Psychiatrisches Krankenhaus

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Die offizielle Eröffnung eines neugeschaffenen Betriebskindergartens im Psychiatrischen Krankenhaus nahm Freitag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vor. Der neue Betriebskindergarten wird von der Personalvertretung gemeinsam mit den Penzinger Kinderfreunden geführt. Er bietet insgesamt 45 Kindern Platz, die von vier Kindergärtnerinnen und zwei Kindergartenhelferinnen betreut werden. Neben den Kindern von Mitarbeitern des Psychiatrischen Krankenhauses steht diese neue Einrichtung auch Kindern von Bediensteten der Pulmologie und des Pflegeheimes Baumgarten zur Verfügung. Betriebszeit ist jeweils Montag bis Freitag von 5.45 bis 19 Uhr. Das neue Kindertagesheim ist in einem ehemaligen mobilen Schulpavillon untergebracht, wobei die Gesamtkosten für die baulichen Maßnahmen und die Einrichtung in der Höhe von rund 3 Millionen Schilling von der Stadt Wien getragen wurden.

Weiterer Kindergarten im Krankenhaus Lainz

Außer diesem Betriebskindergarten gibt es derzeit im Bereich der städtischen Krankenanstalten noch einen Betriebskindergarten im Wilhelminenspital sowie zwei Kindergärten, die allerdings vom Jugendamt geführt werden — in der Rudolfstiftung und im Allgemeinen Krankenhaus. Stadtrat Stacher bezeichnete die Schaffung derartiger Betriebskindergärten als einen neuen Weg, der sich, wie diese Einrichtung im Wilhelminenspital zeigt, bereits bestens bewährt hat. So ist auch im Krankenhaus Lainz die Einrichtung eines Betriebskindergartens vorgesehen. (Schluß) zi/gg

Zilk: Kotrba ist bestqualifizierter Kandidat

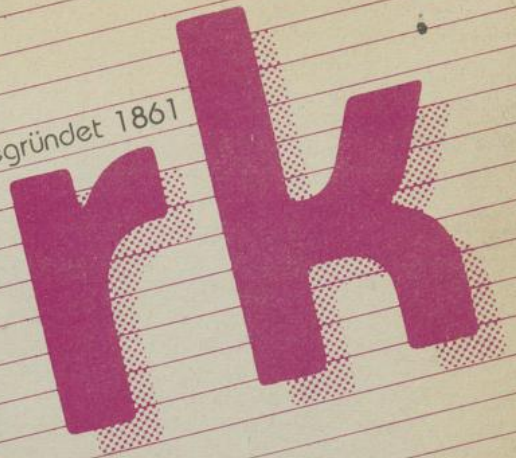
Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) „Meine Aufgabe ist es, den bestqualifizierten Kandidaten für den Posten eines Wiener Flughafenchefs vorzuschlagen“, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu einer Kritik von FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL über die Bestellung von Dr. Franz KOTRBA zum neuen Flughafenchef.

Ohne die Qualifikation der anderen Bewerber herabsetzen zu wollen, könne doch festgestellt werden, so Zilk, daß Kotrba von allen Kandidaten mit 20 Jahren die längste Erfahrung im Fluggeschäft hat, er als Volljurist Experte im Luftfahrtrecht ist und außerdem neben Englisch und Französisch auch skandinavische Sprachen beherrscht. Für Kotrba spricht auch seine 14jährige erfolgreiche und verantwortliche Tätigkeit in der AUA. Im Rahmen der Ausschreibung sind zwei Kandidaten übriggeblieben. Durch Gespräche habe man jedoch Kenntnis vom Interesse eines Dritten, Dr. Kotrba, erlangt. Es waren dann ausschließlich sachliche Gründe — nämlich den bestqualifizierten Kandidaten vorzuschlagen — die zur Nominierung von Dr. Kotrba geführt haben. Man sollte daher eine qualifizierte sachliche Entscheidung nicht zum Anlaß von politischen Polemiken machen, erklärte Zilk abschließend. (Schluß) sei/gg

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 9. Juni 1987

Blatt 1218

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schienerersatzverkehr für Linie „J“ (1219/FS: 5.6.)
- Gehsteig in der Mariahilfer Straße beim Schwendermarkt gesperrt (1221/FS: 6.6.)
- Regen schwemmte Öl aus Schacht auf die Straße (1222/FS: 6.6.)
- Umweltpolizei stellte Mopedfahrer im Naturschutzgebiet (1222/FS: 8.6.)
- Wiener Stadtrundfahrten: Programm unter Tonbanddienst 15 25 (1223/FS: 8.6.)
- Neubau des Sommerbades beim Hallenbad Simmering (1224/FS: 8.6.)
- Ausstellung „125 Jahre Margareten“ (1225/FS: 8.6.)
- Würfeluhr zeigt immer die richtige Zeit (1226/1227)
- 37. Österreichischer Städtetag in Graz (1228)
- Der Arbeitsmarkt im Mai (1229)
- Bio-Tonne: Gärtner erhalten nun ersten Teil des fertigen Komposts (1231)
- Mayr zur Spitalsfinanzierung (1232)
- Fischerzille wurde abgetrieben (nur FS/6.6.)
- Brand im Wohnhaus (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (1230)

Kultur:

- Prämien für Kleingalerien (1220/FS: 6.6.)

Schienenersatzverkehr für Linie „J“

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Betrieb der Straßenbahnlinie „J“ wird aufgrund der fortschreitenden Gleisbauarbeiten in der Ottakringer Straße am Dienstag, dem 9. Juni und Donnerstag, dem 11. Juni ab 20 Uhr bis Betriebsschluß eingestellt. Ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen zwischen Ottakring und dem Dr.-Karl-Renner-Ring wird eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe ersuchen die Fahrgäste, die Informationen an den Haltestellen zu beachten. (Schluß) red/bs

Bereits am 5. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Prämien für Kleingalerien

Wien, 6.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Rahmen der Prämienaktion für Wiener Kleingalerien erhielten im ersten Vierteljahr 1987 die Galerie Winter 32.727 Schilling und die Galerie Atelier 2000 27.273 Schilling. (Schluß)
gab/bs

Bereits am 6. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Gehsteig in der Mariahilfer Straße beim Schwendermarkt gesperrt

Wien, 6.6.(RK-LOKAL) In der Mariahilfer Straße im 15. Bezirk muß der Gehweg im Bereich des Schwendermarkts instandgesetzt werden. Er wird daher ab Dienstag im Abschnitt zwischen der Dadlergasse und der Dreihausgasse gesperrt. Wegen der unter dem Gehsteig liegenden Marktmagazine sind die Arbeiten etwas komplizierter und werden daher voraussichtlich acht Wochen dauern. Fußgänger können über die Schwendergasse, also über den Markt, ausweichen. (Schluß) sc/rr

Bereits am 6. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Regen schwemmte Öl aus Schacht auf die Straße

Umweltpolizei intervenierte

Wien, 6.6. (RK-LOKAL) Einen unübersehbaren Ölfilm entdeckten Anrainer dieser Tage auf dem Gehsteig vor dem Gelände einer Fabrik in Ottakring. Die herbeigerufenen Umweltpolizei der Stadt Wien stellte fest, daß starker Regen einen unsachgemäß gewarteten Ölauffangschacht zum Überlaufen gebracht hatte. Durch ein Leck in diesem Schacht drang ölverschmutztes Wasser ins Erdreich und sickerte von dort ans Tageslicht, wo das Öl von aufmerksamen Bewohnern und Passanten bemerkt wurde. Die Feuerwehr mußte den Schacht auspumpen und die kontaminierte Erde entfernen. Die Kosten dafür muß das Unternehmen zahlen. (Schluß)
and/bs

Bereits am 6. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Umweltpolizei stellte Mopedfahrer im Naturschutzgebiet

Wien, 8.6. (RK-LOKAL) Ein privates Trial veranstaltete ein Mopedfahrer vorerstensweise auf der Donauinsel: Er kurvte zwischen den Erholungssuchenden und schreckte auch nicht davor zurück, mit seinem Fahrzeug Jungpflanzen im Naturschutzgebiet „Toter Grund“ niederzumähen. Von Mitarbeitern der Wiener Umweltpolizei wurde er schließlich gestellt. Ihm droht eine Bestrafung nach dem Forstgesetz.

Bei ihren Streifen im Bereich der Donauinsel traf die Umweltpolizei auch etliche Wiener, die hier ihre Hunde ohne Beißkorb und Leine laufen ließen. Die meisten Hundebesitzer zeigten sich, darauf angesprochen, einsichtig, einige wenige allerdings fanden offensichtlich nichts daran, daß ihre Gefährten Menschen ebenso gefährden könnten wie das Wild, das im Bereich der Neuen Donau und der Lobau zu Hause ist. In Hinkunft will die Umweltpolizei verstärkt ihr Augenmerk auf solche „gefährlichen Hunde“ legen.

Die Umweltpolizei erreicht man werktags zwischen 7.30 und 18 Uhr über die Stadtinformation, Telefon 43 89 89. Außerhalb dieser Zeiten nennt ein Tonband die Telefonnummer jener Stelle, die für die Entgegennahme von Meldungen über akute Umweltgefährdungen zuständig ist. Weniger dringende Meldungen kann man auch auf Tonband deponieren. (Schluß)
and/bs

Bereits am 8. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Stadtrundfahrten: Programm unter Tonbanddienst 15 25

Auch in Bildschirmtext — 3180103

Wien, 8.6. (RK-LOKAL) Wer stets aktuelle Informationen über das Programm der „Wiener Stadtrundfahrten“ hören möchte, wählt am besten den Tonbanddienst 15 25 der Wiener Stadtinformation. Auch im Bildschirmtext ist das Rundfahrtenprogramm nachzulesen, und zwar auf Seite 3180103. Kartenbestellungen werden im Rundfahrtenbüro unter der Telefonnummer 42 800/2950 rund um die Uhr entgegengenommen. Bestellungen, die auf Anrufbeantworter deponiert wurden, werden, soweit möglich, am nächsten Werktag ebenfalls telefonisch bestätigt.

Informationen auch über Selbstschutzveranstaltungen

Der Tonbanddienst 15 25 enthält auch stets die Termine der Selbstschutzveranstaltungen. Im kommenden Herbst gibt es neue Selbstschutzkurse im 2., 5., 6., 7. und 21. Bezirk. Im Frühjahrssemester 1988 der Volkshochschulen werden Selbstschutzkurse im 4., 11., 14. und 20. Bezirk angeboten werden. Wer jetzt seinen Namen und seine Anschrift elektronisch speichern läßt, erhält das neue Programm zeitgerecht per Post. Bestellungen werden von der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, entgegengenommen. Die nächste zentrale Selbstschutzberatung im Rathaus, Schmidthalle, ist für Donnerstag, dem 2. Juli, 15.30 bis 18 Uhr, vorgesehen. (Schluß) and/gg

Bereits am 8. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neubau des Sommerbades beim Hallenbad Simmering

Wien, 8.6. (RK-LOKAL) Um knapp 82 Millionen Schilling wird nun auch das Hallenbad Simmering ein Sommerbad erhalten. Nach dem Beispiel der bestehenden Sommerbäder bei den Bezirkshallenbädern wird auch im 11. Bezirk eine Freibadeanlage mit Erlebnis- und Sportbecken, Wellenmaschine, Wasserkanone, Wasserrutschbahn und Kleinkinder- und Babybecken errichtet. Drei Sonenbäder ergänzen das Angebot. Für die Erwärmung des Beckenwassers wird, so wie in zahlreichen anderen städtischen Bädern, Sonnenenergie eingesetzt. Baubeginn wird im Herbst 1987 sein, das Bad wird im Frühjahr 1989 fertiggestellt werden.

Der entsprechende Akt wurde vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt. Ein weiteres Sommerbad beim Hallenbad entsteht derzeit auch beim Hallenbad Döbling.

Sommerbäder oder dem Hallenbad angeschlossene Kinderfreibäder gibt es bisher beim Theresienbad, Ottakringer Bad, Jörgerbad, Hietzinger Bad in der Großfeldsiedlung und in der Donaustadt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 8. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung „125 Jahre Margareten“

Wien, 8.6. (RK-LOKAL) Vor 125 Jahren wurde durch Teilung des ehemaligen 4. Bezirks aus den Vorstädten Hundsturm, Margareten, Matzleinsdorf, Nikolsdorf, Laurenzergrund, Reinprechtsdorf sowie Teilen von Hugelbrunn und Wieden der heutige 5. Bezirk, Margareten, geschaffen, der im Süden über den damaligen Linienwall, dem heutigen Gürtel, hinausreichte. Diesem Jubiläum, das während des ganzen Jahres im Bezirk durch zahlreiche und vielfältige Veranstaltungen gefeiert wird, hat das Bezirksmuseum Margareten eine Ausstellung gewidmet, die gemeinsam mit dem Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltet wurde. „125 Jahre Margareten“ ist im Amtshaus Wien 5, Schönbrunner Straße 54, (2. Stock, Sitzungssaal) vom 11. Juni bis 11. Juli Dienstag und Donnerstag von 16 bis 18 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr (Feiertag geschlossen) zu sehen.

Die Ausstellung wird am Mittwoch, dem 10. Juni, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher Johann WALTER nach einführenden Worten von Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. Sie zeigt die Entwicklung dieses Bezirks, bietet aber auch einen kleinen Blick in die Zukunft.

Die in diesem Bezirk zusammengeschlossenen Vorstädte erlebten einen starken wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel. Die zunehmende Industrialisierung im 19. Jahrhundert machte den Bezirk immer stärker zu einem Arbeiterbezirk. Innerhalb von 30 Jahren verdoppelte sich die Zahl der Bewohner und erreichte 1900 mit fast 107.000 Einwohnern ihren Höchststand. Da die Bautätigkeit mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnte, entstand in Margareten ein katastrophales Wohnungsdefizit. Dank der vorbildlichen Wohnbautätigkeit der Wiener Kommunalverwaltung nach dem Ersten Weltkrieg — gerade in Margareten wurden erste kommunale Wohnbauten errichtet — konnte die Wohnungssituation zwar verbessert werden, doch besteht in diesem Bezirk durch die gründerzeitliche Verbauung bis heute eine schwierige Wohnungsstruktur. (Schluß)
am/rr

Bereits am 8. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Würfeluhr zeigt immer die richtige Zeit

Funksteuerung und Kleincomputer machen es möglich

Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Als erste der 77 öffentlichen „Lichtmastuhren“ wurde Dienstag vormittag die Würfeluhr auf der Kreuzung Nußdorfer Straße — Heiligenstädter Straße auf Computersteuerung umgestellt. Sie wird sich nun nach einer Stromabschaltung oder einem Netzausfall innerhalb von längstens drei Minuten wieder auf die richtige Zeit einstellen. Bisher dauerte das wesentlich länger: Von der Meldung der Störung bis zum Nachstellen der Uhr mit der Hand oft einige Tage. Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, kommt das neue System nicht nur in der Anschaffung billiger als die fällige Erneuerung des jetzt verwendeten Systems, sondern wird — nach der Umrüstung aller Würfeluhr — auch bei den Wartungs- und Betreuungskosten jährlich Einsparungen von mehr als 400.000 Schilling ermöglichen.

Derzeit werden die Würfeluhr mit Funksignalen gesteuert, die von einer Sendeanlage der für die öffentlichen Uhren in Wien zuständigen Magistratsabteilung 33 ausgestrahlt werden. Der Empfänger in der Uhr nimmt das Signal auf, verstärkt es und wandelt es in einen Stromimpuls um. Dieser Impuls wirkt über vier elektromechanische Klinkenschaltwerke auf ein Getriebe, das den Minutenzeiger um eine Minute weiterbewegt. Nachteil: Bei einem Stromausfall oder einer Abschaltung bleibt die Uhr stehen, geht aber natürlich weiter, wenn der Strom wieder kommt. Allerdings geht sie dann um die Dauer des Ausfalls nach. Außerdem müssen die elektromechanischen Schaltwerke relativ häufig gewartet werden.

Neue Langwellenempfänger

Die Würfeluhr auf dem Gürtel wird nun von einem Langwellenempfänger gesteuert, der den Zeitzeichensender der Physikalisch-Technischen Prüf-anstalt Braunschweig empfängt. Die Auswertung des Zeitzeichensignals erfolgt durch einen Mikroprozessor, dessen Programm und Schaltung im Versuchslabor der MA 33 entwickelt wurden. Anstelle der Klinkenschaltwerke werden Schrittmotoren verwendet, die billiger sind und praktisch keine Verschleißteile aufweisen.

So stellt sich die Uhr nach

Wenn nach einem Stromausfall die Spannung wiederkehrt, werden zuerst die Zeiger der vier Uhrwerke auf 12 Uhr gestellt. Der Mikroprozessor gibt Impulse an die Schrittmotoren ab, bis ihm durch die Unterbrechung einer Infrarot-Lichtschranke gemeldet wird, daß die Zeiger auf 12 Uhr stehen.

Der Langwellenempfänger liefert dem Mikroprozessor die Sekundenimpulse des Zeitzeichensenders. Diese Impulse markieren nicht nur den Beginn jeder Sekunde, sondern übermitteln in verschlüsselter Form auch noch die Zeitinformation, wie spät es zur nächsten vollen Minute sein wird. Der Mikroprozessor entschlüsselt diese Information und speichert die Uhrzeit bis zur vollen Minute.

Dann rechnet der Prozessor auf Grund der Uhrzeit aus, wieviele Impulse erforderlich sind, damit die Motoren die Zeiger — ausgehend von 12 Uhr — auf die richtige Zeit stellen. 2.15 Uhr entspricht zum Beispiel $2 \times 60 + 15 = 135$ Impulsen. Und schon laufen die Zeiger. Dauer des ganzen Vorgangs: maximal drei Minuten.

Auch Sommerzeit automatisch

Der Prozessor prüft, ob der Zeitzeichensender in Braunschweig eine bevorstehende Umstellung auf die Sommerzeit — beziehungsweise die Rückstellung auf die Normalzeit — ankündigt. Wenn ja, dann werden zur nächsten vollen Minute entweder 60 Impulse (für die Sommerzeit) oder

11 x 60 = 660 Impulse (für die Winterzeit) ausgegeben.

Wie Stadtrat Hofmann erklärte, wurde das neue Steuerungssystem für die Wiener Würfeluhren länger als ein Jahr im Versuchslabor der MA 33 erprobt. Es wurden unzählige Stromausfälle und Funkstörungen „inszeniert“ — aber die Uhr funktioniert seit Februar 1986 einwandfrei. Außer der Würfeluhr am Gürtel werden 1987 noch die Uhren Am Hof, Am Tabor und auf dem Radetzkyplatz modernisiert. Der Umbau einer Uhr kostet rund 60.000 Schilling, rentiert sich aber wegen der wesentlich geringeren Wartungskosten in relativ kurzer Zeit. (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 1226

37. österreichischer Städtetag in Graz

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Am 11. und 12. Juni findet in Graz der 37. Österreichische Städtetag unter Beteiligung von rund 500 Delegierten aus 200 Gemeinden statt. Als prominente Gäste sind unter anderem Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM und die Bundesminister Dkfm. Ferdinand LACINA und Karl BLECHA angesagt.

Zentrales Thema des Städtetages wird die Steuerreform und ihre Auswirkungen auf die Gemeinde sein. Dazu referieren am Freitag, dem 12. Juni, aus der Sicht der drei Gebietskörperschaften, der Grazer Vizebürgermeister Dr. Alfred EDLER, der Vorarlberger Landesrat Dr. Guntram LINS und Finanzminister Dkfm. Ferdinand Lacina. Am Donnerstag, dem 11. Juni, wird nach der Eröffnung des Städtetages durch den Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Stadtrat Ingrid SMEJKAL über „Gemeinden und Jugendarbeit“ sprechen, danach folgt der Bericht von Generalsekretär Reinhold SUTTNER über das abgelaufene Jahr. (Schluß) roh/rr

Der Arbeitsmarkt im Mai

Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Ende Mai waren in Wien 40.339 Personen als arbeitslos gemeldet, um 2.707 weniger als im April, jedoch um 6.900 mehr als im Mai des Vorjahres. Die Wiener Arbeitslosenrate im heurigen Mai betrug 5,2 Prozent.

In den einzelnen Sparten gab es folgende Zahl von Arbeitslosen (in Klammer zunächst die Veränderung zum heurigen April, dann zum Mai des Vorjahres): Angestellte 14.974 (- 352; + 3.216), Bau-Holz 3.267 (- 935; + 267), Bekleidung-Textil-Leder 793 (- 48; + 184), Graphik-Papier 732 (- 30; + 225), Handel-Transport-Verkehr 6.141 (- 453; + 254), Jugendliche 248 (- 47; + 94), Berufliche Rehabilitation 894 (- 45; + 197), Lebensmittel 817 (- 40; + 161), Metall-Chemie 5.206 (- 298; + 1.368), Persönliche Dienste-Gastgewerbe 7.267 (- 459; + 1.328). (Schluß) sei/bs

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 9.6. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 10. Juni, findet um 17 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung 10, Keplerplatz 5, die 2. diesjährige Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten statt.

Ebenfalls am 10. Juni hält die Bezirksvertretung Simmering um 14 Uhr im kleinen Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 11, Enkplatz 2, eine Sitzung ab und am Donnerstag, dem 11. Juni, findet um 18 Uhr im Amtshaus, Wien 4, Favoritenstraße 18, 1. Stock, Zimmer 112, eine Sitzung der Bezirksvertretung Wieden statt. (Schluß) du/rr

Bio-Tonne: Gärtner erhalten nun ersten Teil des fertigen Komposts

Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Seit rund einem Jahr wird in der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost und West das Projekt „Bio-Tonne“ durchgeführt: Den Zielen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes entsprechend, werden dabei Küchen- und Gartenabfälle — die bis zu 25 Prozent des Mülls ausmachen können — in eigenen Behältern gesammelt und unter fachlicher Leitung des Ludwig-Boltzmann-Instituts kompostiert. Der nun entstandene Kompost wird den Siedlern natürlich wieder zurückgegeben. Umweltstadtrat Helmut BRAUN lädt die Teilnehmer am Projekt Bio-Tonne jetzt mittels Flugbattes ein, sich am kommenden Samstag, den ersten Teil des aus den Abfällen produzierten Komposts, der ein hochwertiger Dünge- und Nährstoff ist, kostenlos abzuholen. Insgesamt konnten durch die Bio-Tonne — die Aktion wird natürlich weitergeführt — im 10. Bezirk bisher 58 Tonnen Küchen- und Gartenabfälle gesammelt werden. (Schluß) hrs/rr

Mayr zur Spitalsfinanzierung

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) In der Vorwoche haben sich die Finanzreferenten der Bundesländer mit der Zukunft des KRAZAF befaßt. Dabei wurden Beschlüsse über den Probetrieb und die Eignung von Finanzierungssystemen für die Spitäler gefaßt, über die Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters berichtete.

So sehen die Beschlüsse im einzelnen aus:

- Im gegenwärtigen Zeitpunkt und aufbauend auf den derzeit vorhandenen Unterlagen ist keines der für die Erprobung vorgeschlagenen Finanzierungssysteme geeignet, Grundlage für die Finanzierung der österreichischen Krankenanstalten ab 1. Jänner 1988 zu sein.
- Es sollte versucht werden, die zwei Grundtypen der Finanzierungssysteme — das „DRG-System mit Normleistungsvergütung“ und das „Globale leistungsbezogene Kostenvorgabesystem“ bundesweit derart durchzurechnen, daß daraus Schlüsse für eine zukünftige Verteilung der Finanzierungsströme gezogen werden können.
- Die föderalistische Struktur des österreichischen Krankenanstaltenwesens sollte so wie bisher aufrechterhalten werden.
- Im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Abbau von Akutbetten soll eine Durchlässigkeit des Systems derart angestrebt werden, daß ein Ausgleich zwischen dem Akutbereich und dem Langzeitbehandlungsbereich herbeigeführt werden kann.

Ein Abbau von Akutbetten in öffentlichen und privaten gemeinnützigen Krankenanstalten ohne gleichzeitige bundesweite Limitierung der Betten in privaten, auf die Erzielung eines wirtschaftlichen Gewinnes gerichteten Krankenanstalten, darf nicht erfolgen.

Ein weiterer Beschluß befaßt sich mit der Verlängerung des KRAZAF. Die Länder können sich eine solche Verlängerung um zwei Jahre dann vorstellen, wenn

- vom Bund oder von den Sozialversicherungsträgern eine essentiell erhöhte Dotierung der Spitalfinanzierung gewährleistet wird; dies deshalb, weil durch Maßnahmen der Länder und der anderen Krankenanstalten-träger Einsparungsmöglichkeiten für die Sozialversicherungen (z. B. psychosoziale Dienste, Hauskrankenpflege usw.) eröffnet wurden;
- wenn eine völlige Abgeltung der Kosten für stationäre Behandlung ausländischer Patienten sichergestellt ist, welche aufgrund zwischenstaatlicher Verträge in Österreich Krankenhauspflege in Anspruch nehmen.
- Für den Fall des Auslaufens der KRAZAF-Vereinbarung erwarten die Länder, daß jene Gesetzeslage für die Krankenanstaltenfinanzierung wieder in Kraft tritt, die vor Errichtung des KRAZAF galt. (Schluß) sei/bs

chef vom Dienst:
2-300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Druckerei in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 10. Juni 1987

Blatt 1233

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Häuserl am Berg“: Ruine nun endlich beseitigt (1235)
- Gespenster-Spektakelzug in der Josefstadt (1236)
- 80 Jahre städtisches Strandbad Gänsehäufel (1237)
- Rathausempfang für internationale Tarifeure (1238)
- Neue Volksschule in Hetzendorf (1239)
- Sozialwissenschaftliche Studie „Fan-Projekt“ (1240)
- Neue Einbahnen in Meidling (1241)
- 32 Millionen Schilling für Wohnstraßen und Verkehrsberuhigung (1242)
- ÖVP-Kritik an Radwegen (1243)
- Sprung vor die U 1 (nur FS/9.6.)
- Vortrag „Karl V., Ferdinand I. und Wien“ (nur FS)
- Kaum mehr verseuchte spanische Erdbeeren im Handel (nur FS)

Sport:

- Über 1,3 Millionen für die kleinen Fußballvereine (1234)

Über 1,3 Millionen für die kleinen Fußballvereine

Wien, 10.6. (RK-SPORT) Auf eine Initiative von Sportstadtrat Franz MRKVICKA wird in diesem Jahr eine Sonderaktion „Jahr der kleinen Fußballvereine“ durchgeführt, die nunmehr voll zum Tragen kommt. Insgesamt stehen 1,360.000 Schilling zur Verfügung. Die Begünstigten erhalten 34 Klubs, die je 40.000 Schilling bekommen. „Diese Aktion“, so Franz Mrkvicka, „ist für die kleinen Wiener Fußballvereine gedacht, die aufgrund ihrer Pachtverträge verpflichtet sind, ihre Sportanlage auch zu erhalten.“ Der Sportstadtrat betont, daß die Sonderförderung ausschließlich für die Sanierung verwendet werden muß.

Folgenden Vereinen wird eine Subvention von je 40.000 Schilling zur Verfügung gestellt:

SC SGP Simmering, SC Columbia, SC Rapid Oberlaa, KDAG Phönix, Helfort-Teleges, UKJ-Marswiese, SC Siebenhirten, SC Landhaus, Nußdorfer AC, SR Donauefeld, 1. SC Kalksburg-Rodaun, SK Slovan-HAC, KSV der Wr. Verkehrsbetriebe, FC Union 12, SC Mautner Markhof, Sportverein Kagran, Austria XIII, SC Süssenbrunn, SC Triester, SC Nord-Wien, ASC Liesing, ESV Stadlau-Kaisermühlen, Admira-Wien, FAC, ESV Südost, 1. Simmeringer Sportclub, SV Donau, ESV Ostbahn, Wacker-Wien, FS Elektra, SV Eßling, SK Wiener Viktoria, SK RAG XX und LSV Persil.

Aus weiteren Sportförderungsmitteln der Stadt stehen in einer Sonderaktion dem Wiener Fußball-Verband 1,969.000 Schilling, sowie Vereinen und Verbänden Subventionsmittel in der Höhe von 2,032.750 Schilling zur Verfügung. Aus Beihilfen aus dem Wiener Sportfonds werden für das zweite Quartal 1987 weitere 2,020.000 Schilling bereitgestellt. (Schluß)
hof/rr

„Häuserl am Berg“: Ruine nun endlich beseitigt

Wiener Umweltpolizei arbeitete mit Stadt Klosterneuburg zusammen

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Die Ruine des „Häuserls am Berg“ in einem der beliebtesten Wiener Erholungsgebiete ist endlich beseitigt. Die Wiener Umweltpolizei und die Stadt Klosterneuburg haben gemeinsam für die Entfernung der traurigen Reste des ehemaligen Ausflugsgasthauses gesorgt, das, devastiert und eine Gefahr für spielende Kinder darstellend, in der Nähe von zwei Wiener Stadtwanderwegen lag.

Zuvor hatte allerdings ein kniffliges Problem gelöst werden müssen: Wien bemühte sich bereits seit Jahren um ein Verschwinden der Ruine, doch das Gebäude selbst befand sich bereits auf Klosterneuburger Gemeindegebiet, und die Stadtgemeinde konnte eine Beseitigung der Reste des Ausflugsgasthauses nicht erreichen. Es bedurfte schließlich einer Intervention von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK beim Klosterneuburger Bürgermeister, um das — nun abgeschlossene — Verfahren ins Rollen zu bringen.

Das „Häuserl am Berg“ war einmal ein beliebtes Ausflugsgasthaus gewesen. Auch eine Art Campingplatz hat früher hier bestanden. Dann stand das Gebäude lange leer und verfiel zusehends. Jetzt konnten die Überreste des Gasthauses abgetragen und wegtransportiert werden.

Erreichbar ist die Wiener Umweltpolizei über die Telefonnummer der Stadtinformation 43 89 89. (Schluß) and/gg

Gespenster-Spektakelzug in der Josefstadt

Volksschüler als Blumenelfen, Wassernixen, Frösche, Erdzwerge

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Einen großen Kinder-Spektakelzug gibt es Freitag, dem 12. Juni, in der Josefstadt. Unter dem Motto „Gespenster unserer Zeit — Umweltsch'm'utz“ werden sich die Schüler der Volksschule in der Pfeilgasse in selbstangefertigten bunten Kostümen mit den verschiedensten Problemen ihrer Umwelt auseinandersetzen. Schwerpunkte bilden dabei die vier Elemente Feuer, Wasser, Erde und Luft. Ursprünglich hätte dieser Spektakelzug bereits vor drei Wochen stattfinden sollen, war jedoch aufgrund des herrschenden Schlechtwetters abgesagt worden.

Abschlußfest am Jodok-Fink-Platz

Abmarsch des Spektakelzuges — bestehend aus Blumenelfen, Erdzwerge, Wassernixen, Wassermännern, Fröschen, Wasserbakterien, Feuerflammen usw. — ist um 9 Uhr von der Volksschule in der Pfeilgasse 42b. Ein Pferdefuhrwerk und Musikkapellen werden die Kinder auf ihrem Marsch durch die Stolzenthalergasse und über die Josefstädter Straße bis zum Jodok-Fink-Platz begleiten. Auf einer Bühne vor der Piaristenkirche werden sodann von verschiedenen Gruppen Tänze, Pantomimen und Szenen (Froschserenade, Feuertanz, Nixenreich...) dargestellt. Für das leibliche Wohl wird außerdem ein Buffet sorgen.

Die Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Kulturverein „Freunde der Josefstadt“ und dem Wiener Volksbildungswerk bzw. mit Unterstützung der Geschäftsleute der Josefstädter Straße im Rahmen der diesjährigen Festwochen durchgeführt. (Schluß) zi/rr

80 Jahre städtisches Strandbad Gänsehäufel

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Aus Anlaß seines 80. Geburtstages finden am kommenden Sonntag, dem 14. Juni, im Gänsehäufel verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten statt. Von 14 bis 16 Uhr ein „Riesenkinderfest“, an dem Ingrid Riegler & Taxilo, Zauberer Robert Steiner, Magierweltmeister Tony Rei, Clown Schnokofix, das Rock 'n' Roll-Center Mühlsiegl, Stelzengeher, der Clown und Zauberer Pit Pedro und der Österreichische Sport- und Akrobatikverband teilnehmen. Von 16 bis 19 Uhr gibt es ein Familiensommerfest mit Horst Chmela, Eva Oskera, dem Duo Viktor und Herbert, weiters einen Zigeunergrill, einen Jubiläumsbier-Anstich und einen Heurigen. Ergänzt wird die Feier durch Gratiseis, die Aktion „Schau auf Dich“, TSA-Musikgymnastik und viele Überraschungen. (Schluß)
ull/rr

Rathausempfang für Internationale Tarifeure

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Jubiläum „150 Jahre Eisenbahn“ steht auch in engem kausalem Zusammenhang das 75jährige Jubiläum des „Vereins der Tarifeure“.

Ausgehend von Wien wuchs die Bedeutung dieses Vereins mit der Zunahme des Schienenverkehrs. Initiator und Mitbegründer war Professor Alexander Freud, der Bruder des großen Psychoanalytikers.

Stadtrat Friederike SEIDL wies am Dienstag in ihrer Begrüßungsrede auf die Bedeutung der Eisenbahn hin, die gerade in unserer zunehmend von Umweltproblemen geprägten Zeit als umweltfreundliches Massenverkehrsmittel erneut an Bedeutung gewinne. (Schluß) pz/rr

Neue Volksschule in Hetzendorf

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Den grundsätzlichen Entschluß zum Neubau einer Volksschule, die die Volksschule Hetzendorfer Straße 138 ersetzen soll, faßte Mittwoch der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales. Der 15klassige Ersatzbau soll auf einem 11.000 Quadratmeter großen Grundstück zwischen Rohrwassergasse, Marschallplatz und Jägerhausgasse errichtet werden.

Da im Meidlinger Bezirksteil Hetzendorf die Schülerzahlen im Volksschulbereich ansteigen, kann das, aus dem Jahre 1867 stammende, Gebäude Hetzendorfer Straße 138 den Bedarf nicht mehr decken. Teilweise mußten Volksschulklassen die Hauptschule Hermann-Broch-Gasse als Ausweichquartier benützen, die Pausenflächen und der Turnsaal waren zu klein. Darüberhinaus hätte der Bauzustand der Schule eine Generalsanierung erforderlich gemacht. (Schluß) jel/rr

Sozialwissenschaftliche Studie „Fan-Projekt“

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 150.000 Schilling zugunsten des Forschungsprojektes „Fan-Projekt Wien“ der Gesellschaft für Jugend-, Subkultur und Freizeitforschung, beschloß Dienstag der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport. Die sozialwissenschaftlich und sozialpädagogisch konzipierte Studie beschäftigt sich mit dem Zuschauerverhalten vor allem jugendlicher Fußballplatzbesucher und bezieht sich damit auf einen wichtigen Teilaspekt des Freizeitbereiches in Wien. Das „Fan-Projekt Wien“ soll wissenschaftlich fundierte Grundlagen auch für die kommunalpolitische Praxis bieten und wird voraussichtlich im Herbst 1987 präsentiert. (Schluß) jel/bs

Neue Einbahnen in Meidling

Parkplätze und Verkehrsberuhigung

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Donnerstag früh tritt auf dem Hohenfelsplatz in Meidling eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Während bisher auf beiden Seiten der Grünfläche in beiden Fahrrichtungen gefahren werden konnte, gibt es jetzt eine Einbahnregelung im Sinne eines Kreisverkehrs. Das schafft nun Platz für das — bisher illegale — Längsparken.

Weitere Einbahnregelungen in diesem Gebiet:

Die Hasenhutgasse, die bisher in beiden Fahrrichtungen befahren werden konnte, wird Einbahn einerseits von der Brockmannngasse bis zur Stranitzkygasse und andererseits von der Brockmannngasse bis zur Schwenkgasse. Die Brockmannngasse, die bisher ebenfalls in beiden Fahrrichtungen befahrbar war, wird Einbahn von der Hohenbergstraße bis zur Hasenhutgasse. Diese Maßnahmen dienen der Verkehrsberuhigung. Sie sollen einen Schleichweg durch das Wohngebiet unterbinden. (Schluß) sc/rr

32 Millionen Schilling für Wohnstraßen und Verkehrsberuhigung

Planungsausschuß genehmigte Projekte

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 32 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Planung und Stadtentwicklung in seiner Sitzung Mittwoch vormittag für neue Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und für die Ausgestaltung von Wohnstraßen. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen Vorarbeiten für Bezirksentwicklungsplanungen, Straßen- und Brückenbauvorhaben, Neufestsetzungen von Flächenwidmungsplänen und Bausperren.

Die Rahlgasse im 6. Bezirk wird um 4,3 Millionen Schilling zu einer Wohnstraße umgebaut. Es werden die Gehwege verbreitert, neue Grünflächen angelegt — darunter ein Rosenbeet unterhalb der Rahlstiege — und fünf Bäume gepflanzt. Sezessionsgitter sollen die Grünflächen schützen, gußeiserne Poller die Gehsteige von illegalen Parkern freihalten. Es wird teils Längs- und teils Schrägparkplätze geben. 7,9 Millionen Schilling wird die Umgestaltung des Marschallplatzes in Meidling kosten. Zwar muß in der Herculugasse auch weiterhin der Autobus 63 A fahren, Teile der Hermann-Broch-Gasse, der Rohrwassergasse und der Hallensteingasse werden aber zu Wohnstraßen umgebaut. Ein Teil des Platzes vor der Kirche wird zum Fußgängerbereich mit Sitzplätzen, einem Trinkbrunnen und Kandelaber-Beleuchtung. Die Grünflächen werden um 200 Quadratmeter erweitert; auch 38 neue Bäume sorgen für mehr Grün. Der neue Kinderspielplatz wird mit Gummigranulatplatten („Fallschutzplatten“) ausgelegt.

Im 14. Bezirk wird ein 300 Meter langer Abschnitt der Breitenseer Straße verkehrsberuhigt. Die bestehenden Nebenfahrbahnen werden zugunsten breiterer Gehsteige und größerer Grünflächen aufgelassen. Es werden 24 neue Bäume gepflanzt, ein Trinkbrunnen errichtet, Sitzbereiche geschaffen und eine stimmungsvolle Kandelaber-Beleuchtung installiert. Die Kosten für dieses Projekt betragen 10 Millionen Schilling.

Da die oberste U-Bahn-Tunneldecke in der Landstraßer Hauptstraße zwischen der Vorderen Zollamtsstraße und der Gigergasse im 3. Bezirk nun geschlossen ist, kann in diesem Straßenstück und in der Gigergasse zwischen der Landstraßer Hauptstraße und der Henslerstraße nun die Straßenoberfläche um 10,2 Millionen Schilling wiederhergestellt werden. In der Landstraßer Hauptstraße werden im Anschluß an die bereits bestehende Fußgängerzone die Gehwege auf acht bis elf Meter verbreitert. Außerdem werden Sitzbänke aufgestellt, 21 Bäume gepflanzt und eine Kandelaber-Beleuchtung installiert.

Straßen- und Brückenbauvorhaben

Der Planungsausschuß bewilligte eine Reihe von Straßen- und Brückenbauvorhaben, darunter

- den Ausbau der Ottakringer Straße zwischen der Baldiagasse und der Wattgasse (7,2 Millionen Schilling),
- den Neubau der Stiegenanlage von der Stiegengasse zur Windmühlgasse in Mariahilf (2,8 Millionen Schilling),
- die Wiederherstellung der Straßenoberfläche nach der Fertigstellung der obersten U-Bahn-Tunneldecke in der Landstraßer Hauptstraße und in der Salmgasse beim neuen Augustinermarkt im 3. Bezirk mit Gehsteigverbreiterungen und Baumneupflanzungen (3,2 Millionen Schilling),
- den Umbau verschiedener Siedlungsstraßen im 10., 11., 13. und 18. Bezirk (4 Millionen Schilling),
- einen neuen Fahrbahnbelag für die Wasnergasse in der Brigittenau (2,6 Millionen Schilling) und
- die Behebung von Frostschäden in verschiedenen Siedlungsstraßen des 21. und 22. Bezirks (2,6 Millionen Schilling).

Im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung Donaustadt erhält eine Architektengruppe den Auftrag für eine Strukturanalyse (1,8 Millionen Schilling). Die Strukturanalyse für die Bezirksentwicklungsplanung Hernals soll ebenfalls von einer Architektengruppe erstellt werden (800.000 Schilling). (Schluß) sc/bs

rief vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 55), Rathaus 3, Sriedgasse 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Sriedgasse 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 11. Juni 1987

Blatt 1244

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bilanz der städtischen Kinderspitäler (1245)
- Stadtwerke: Winter ließ Energieverbrauch hochschnellen (1246)
- Gleisbauarbeiten in der Grinzinger Allee (1247)
- Spitäler: Arbeitszeitverkürzung einvernehmlich mit Pflegepersonal (1248)
- Western- und Country-Konzert (1249)
- Fachschule Dörfelstraße wird ausgebaut (1250)
- Goldenes Ehrenzeichen für Dr. Rupert Zimmermann (1253)
- Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Kühlmayer (1253)
- Ronacher: Projekt steht am 1. Juli (1254)
- Zilk: Mehr Mitsprache für Städte in Bundesangelegenheiten (1255/1256)
- Stacher gegen undifferenzierte Aussage zu Spitalskosten (1257)
- Arbeitsunfall bei U-Bahn-Baustelle (nur FS)

Bezirke:

- Dritter Simmeringer Haidelauf (1252)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1252)

Kultur:

- Fünf Millionen für Filmförderungsfonds (1251)

Bilanz der städtischen Kinderspitäler

Schaffung zusätzlicher Mutter-Kind-Zimmer

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung zusätzlicher Mutter-Kind-Zimmer in den städtischen Kinderspitälern und -abteilungen sowie verbesserte Aufnahmemöglichkeiten für Begleitpersonen durch eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes im kommenden Herbst kündigte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner gesundheitspolitischen Presserunde an. Laut Stacher zählen die Adaptierung und Modernisierung zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung in den letzten zehn Jahren. Neben Verbesserungen auf dem medizinischen Gebiet wurden auch eine Reihe von patientenbezogenen Maßnahmen im Sinne einer stärkeren Humanisierung, wie etwa eine Ausweitung der Besuchszeiten und die Schaffung von Mutter-Kind-Zimmern, durchgeführt.

Kürzere Spitalsaufenthalte

Obwohl es in allen Kinderspitälern zu einer Verminderung der Betten gekommen ist (von 2.529 auf 1.204) ist die Zahl der Aufnahmen in den letzten zehn Jahren von 24.417 auf 30.828 gestiegen, die Zahl der Pflage tage hingegen von 297.567 auf 250.393 zurückgegangen. Zurückgegangen ist auch die durchschnittliche Verweildauer von 12,2 auf 8,12 Tage. Dies ist, wie Stacher erklärte, auf das geänderte Krankheitsspektrum und hin vor allem auf den Rückgang der Infektionskrankheiten zurückzuführen.

Notwendige Rehabilitation

Sowohl StR. Stacher als auch Prim. Dr. Walter Potacs vom Mautner Markhof'schen Kinderspital unterstrichen die Notwendigkeit einer möglichst früh beginnenden Rehabilitation des Kindes im Spital. Prim. Potacs berichtete in diesem Zusammenhang über die von ihm Ende 1985 geschaffene Rehabilitationsstation im Rahmen der internen Abteilung des Mautner Markhof'schen Kinderspitals. Seit der Installierung dieser Einrichtung konnten bereits insgesamt 105 Kinder erfolgreich behandelt werden. Laut Stacher wäre es unbedingt notwendig, ähnliche Einrichtungen auch in anderen Kinderabteilungen zu schaffen.

Kinderfreundliche Atmosphäre und Bekleidung

Um kinderfreundliche Atmosphäre in den Kinderspitälern beziehungsweise -abteilungen bemüht man sich durch eine Reihe von Maßnahmen: von Spielzimmern über Aufenthaltsräume für begleitende Mütter, Spielzeug für alle Altersgruppen, Musikinstrumente zur Therapie, kindergerechte Möbel und vieles andere mehr. Zur Kinderfreundlichkeit gehört auch, daß für die kleinen Patienten bunte und farbenfrohe Bekleidung gekauft wurde.

Schule im Krankenhaus

Kleine Patienten, die längere Zeit im Spital behandelt werden müssen, brauchen deshalb nicht auf den Schulunterricht zu verzichten, sodaß sie nach ihrer Rückkehr nach Hause den Anschluß leichter wieder finden. Dafür gibt es seit 1948 die sogenannte „Heilstättenschule“, in der insgesamt 60 Lehrer in 13 Exposituren unterrichten. Geboten wird Unterricht für die Volks- und Hauptschulen sowie die AHS-Unterstufe. Darüber hinaus werden auch Schüler der Allgemeinen Sonderschule und der Spezialsonderschule betreut.

Kinderbesuch bei Erwachsenen heute selbstverständlich

Heute ist es bereits selbstverständlich, daß Kinder zu ihren kranken Eltern ins Spital dürfen — in Begleitung eines Erwachsenen und natürlich nur dann, wenn der Elternteil nicht an einer Infektions- oder Intensivabteilung betreut wird. Vor zehn Jahren hatte es über diese Frage noch große Diskussionen gegeben. (Schluß) zi/bs

Stadtwerke: Winter ließ Energieverbrauch hochschnellen

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren Bericht über das erste Quartal 1987 vorgelegt. Demnach ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres der Strombedarf um 6,4 Prozent gestiegen, die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer sogar um fast zehn Prozent. Das ist natürlich vor allem auf den strengen Winter zurückzuführen. Die Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe sind um 2,6 Prozent gestiegen.

Die E-Werke verzeichneten einen Bedarf von 2,2 Millionen Megawattstunden, in den ersten drei Monaten des Vorjahres waren es 2,07. Am 13. Jänner 1987 wurde mit 1.402 Megawatt die bisher größte Netzbelastung seit Bestehen der E-Werke registriert.

Die Gaswerke haben insgesamt rund 417 Millionen Kubikmeter Erdgas an Tarif- und Sonderabnehmer abgegeben, wobei der Wert bei den Sonderabnehmern gegenüber 1986 in etwa gleich blieb, während die Abgabe an Tarifabnehmer um 9,8 Prozent auf 335 Millionen Kubikmeter stieg. Allein im Jänner 1987 wurde aufgrund der tiefen Temperaturen um fast 30 Prozent mehr Erdgas als im Jänner 1986 abgegeben.

Die Wiener Verkehrsbetriebe verzeichneten im ersten Quartal 1987 154,6 Millionen „Beförderungsfälle“, eine Steigerung um 2,6 Prozent. Die Fahrleistung nach Platzkilometern ist um fast zwei Prozent gestiegen. Der Durchschnittserlös ist gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr leicht gesunken: auf 451,7 Groschen pro Beförderungsfall. Der Wagenpark der Verkehrsbetriebe wurde im ersten Quartal 1987 mit vier Triebwagen der Type „E2“, fünf Normalbussen, einem Gelenkbus und zehn Citybussen neu ausgestattet.

Die Zahl der Bestattungen ist mit 5.360 geringfügig gesunken. (Schluß)
roh/rr

Gleisbauarbeiten in der Grinzinger Allee

Wien, 11.6. (RK-LOKAL) Im Bereich der Grinzinger Allee müssen Gleisbauarbeiten durchgeführt werden. Die Straßenbahnlinie „38“ verkehrt deswegen am Freitag, dem 12. Juni, von 20 Uhr bis Betriebsschluß ab dem Gürtel über die Gleise der Linie „37“ zur Hohen Warte und über die gleiche Strecke zurück.

Zwischen der Stadtbahnstation Nußdorfer Straße und Grinzing wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „38“. (Schluß) roh/rr

Spitäler: Arbeitszeitverkürzung einvernehmlich mit Pflegepersonal

Durch Einführung der 40-Stunden-Woche steigt Personalbedarf um 14 %

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Eine stufenweise Reduktion der Wochenarbeitszeit des Pflegepersonals, wie sie derzeit in den städtischen Krankenanstalten versucht wird, kann nur schrittweise und nur im Einvernehmen mit den Betroffenen verwirklicht werden. Das erklärte der Leiter der städtischen Spitalsverwaltung Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS in einer Antragsbeantwortung im Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen. Mitglieder der Personalvertretung und des Anstaltenamtes beraten über die Arbeitszeitverkürzung und erörtern Regelungen, durch die finanzielle und soziale Härten vermieden werden sollen. Berechnungen der Spitalsverwaltung haben ergeben, daß bei Einführung der 40-Stunden-Woche um rund 14 Prozent mehr Schwestern und Pfleger benötigt werden. Derzeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in diesem Beruf noch vielfach 48 Stunden.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Verbesserungen mit dem Ziel durchgeführt, einerseits die bestmögliche Betreuung der Patienten sicherzustellen, andererseits die enorme Belastung des Pflegepersonals auf ein annehmbares Maß zu reduzieren. Die Personalbedarfsberechnungen sind nach der Pflegebedürftigkeit der Patienten kalkuliert und schließen auch eine Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit ein. Es gibt heute bereits um ein Fünftel mehr Abteilungshelferinnen und Bedienerinnen, sodaß das Pflegepersonal bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten entlastet werden konnte. Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, die die Stadt Wien für ihr Pflegepersonal anbietet, werden derart engagiert genutzt, daß das Kursangebot verdoppelt wurde. (Schluß) and/rr

Western- und Country-Konzert

Wien, 11.6. (RK-LOKAL) Ein spezielles Programmangebot mit Westernmusik und Countrysongs gibt es morgen, Freitag, in der Josefstadt. Im Rahmen der Festwochen findet am Schloßerplatzl (Ecke Wickenburggasse/Tulpengasse) ein Konzert mit Country- und Westernmusik statt. Ausführende sind die Mitglieder der Gruppe „Hard Times“ aus der BRD unter der Leitung von Lody van Flodrop. Veranstalter ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/gg

Fachschule Dörfelstraße wird ausgebaut

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Rund 8,8 Millionen Schilling genehmigte Mittwoch der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales zur Instandhaltung und Schaffung neuer Unterrichtsräume in der Fachschule für Wirtschaftliche Frauenberufe Dörfelstraße 1 in Meidling.

Durch eine Aufstockung des Gebäudes werden neue Unterrichtsräume für die Unterrichtsgegenstände Physik, Chemie und Biologie sowie ein EDV-Raum gewonnen. Der Medienraum und der Raum, in dem Servierkunde unterrichtet wird, werden adaptiert, die Wirtschaftsräume sollen umgebaut werden. (Schluß) jel/bs

Fünf Millionen für Filmförderungsfonds

Wien, 11.6. (RK-KULTUR) Fünf Millionen Schilling für den Wiener Filmförderungsfonds im Jahr 1987 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport. Damit erhielt der Fonds, der im Jahr 1976 gegründet und bisher seitens der Stadt Wien mit insgesamt rund 52,5 Millionen Schilling dotiert wurde, eine Million Schilling mehr als im Vorjahr. Die bisher finanziell erfolgreichste Produktion im Rahmen des Wiener Filmförderungsfonds Produktion war „Müllers Büro“ von Niki List. (Schluß) jel/rr

Dritter Simmeringer Haidelauf

Wien, 11.6. (RK-BEZIRKE) Den 3. Simmeringer Haidelauf veranstaltet die Bezirksvorstehung Simmering mit Unterstützung des Sportamtes der Stadt Wien am Samstag, dem 13. Juni. Der Starter erfolgt um 9.30 Uhr in Wien 11, Ecke Mitterweg/Oriongasse. Die Streckenlänge beträgt zwischen zwei und acht Kilometer. Es ist kein Nenngeld zu entrichten. Alle Teilnehmer, die die vorgeschriebene Wegstrecke innerhalb des Zeitlimits zurücklegen, erhalten Urkunden. Für die Sieger gibt es Pokale. Nähere Auskünfte unter Telefon 74 75 41/Klappe 222 oder 224 DW. (Schluß) du/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 11.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Mittwoch, dem 17. Juni, um 17 Uhr, im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, zu einer Sitzung zusammen.

Ebenfalls am 17. Juni, um 17 Uhr, hält die Bezirksvertretung Alsergrund im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 9, Währinger Straße 43, 1. Stock, eine Sitzung ab, und die Bezirksvorstehung Penzing hat auch am 17. Juni, um 16 Uhr, im Festsaal des Amtshauses Hietzing-Penzing, 13, Hietzinger Kai 1 ihre nächste Sitzung. (Schluß) sti/gg

Goldenes Ehrenzeichen für Dr. Rupert Zimmermann

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Stadtrat Friederike SEIDL Donnerstag vormittag an Ministerialrat i.R. Prof. Dr. Rupert ZIMMERMANN. Der Ausgezeichnete bekleidete zahlreiche leitende Funktionen in der verstaatlichten Industrie und war zuletzt Generalsekretär der Österreichischen Industrie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG). (Schluß) pz/bs

Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Kühlmayer

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte am Donnerstag das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Univ.-Prof. Dr. Robert KÜHLMAYER. Er war Vorstand der Chirurgischen Abteilung der Poliklinik und hat sich vor allem im Bereich der Chirurgie des Bauches profiliert. Seit Anfang dieses Jahres ist er im Ruhestand. (Schluß) and/bs

Ronacher: Projekt steht am 1. Jull

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Das endgültige Projekt für die Revitalisierung des Ronachers wird am 1. Juli dieses Jahres feststehen, erklärte Verwaltungsdirektor Franz HÄUSSLER Donnerstag bei einer Begehung mit Journalisten im Ronacher. Danach wird mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Die Fertigstellung und Eröffnung des Ronachers ist für die Jahreswende 1989/1990 geplant. (Schluß) sei/bs

Zilk: Mehr Mitsprache für Städte in Bundesangelegenheiten

37. Städtetag in Graz eröffnet

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) In Graz wurde heute, Donnerstag, der 37. Österreichische Städtetag durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, den Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste und Delegierter aus rund 200 österreichischen Gemeinden und Städte eröffnet. Zilk sprach in seiner Eröffnungsrede von einem neuen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Städte, die stärker als bisher auf ihrem Mitspracherecht auch in Bundesangelegenheiten bestehen sollten. So müßte das Spar- und Sanierungsprogramm der Regierung selbstverständlich von den Gemeinden mitgetragen werden, es sei aber gemeinsam mit dem Bund der richtige Mittelweg auszuloten. Vor dem Forum des 37. Österreichischen Städtetages richtete Zilk auch einen dramatischen Appell an die Großmächte, die Atomversuche einzustellen. Die Vorgangsweise, stattdessen gegenseitig Beobachtungsteams und Erfahrungen auszutauschen, bezeichnete Zilk als skurril und nicht zielführend.

Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM bezeichnete in seiner Ansprache den Städtetag als richtungsweisendes Instrument der österreichischen Kommunalpolitik. Bei der Sanierung des Staatshaushaltes stehe zu Unrecht der Bund in der Öffentlichkeit im Vordergrund, es gebe aber auch in den Ländern und Gemeinden eine Fülle ungelöster Probleme. Als eines der wesentlichsten Probleme bezeichnete Waldheim den Attraktivitätsverlust der Städte, die Abwanderung ins Umland und die damit verbundenen Finanzierungsprobleme durch die abwandernde Steuerleistung und Kaufkraft. Als Schritt zur Verbesserung der Situation bezeichnete Waldheim die Revitalisierung der Altstädte, die z.B. in Wien in den letzten Jahren vorbildhaft wie etwa am Spittelberg durchgeführt werde. Sie sollte beschleunigt fortgesetzt werden.

Thema „Jugendarbeit“ im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt des heurigen Städtetages steht das Thema „Jugendarbeit“. In ihrem diesbezüglichen Referat wies Wiens amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Familie und Soziales, Ingrid SMEJKAL, darauf hin, daß eine selbstbewußt gewordene Jugend ein faszinierender und enorm wichtiger Partner für die Politik sein muß. Der Prozentsatz an Jugendlichen gegenüber der Gesamtbevölkerung schwankt in Österreich zwischen 14 (Wien) und 19 Prozent (Tirol) und ist damit höher als in den Nachbarstaaten. Trotzdem werde dieser große Anteil in der Politik im Gegensatz zu vielen kleineren Gruppen kaum gehört. Aus dem von Vizebürgermeister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER initiierten Jugendbericht gehe unter anderem ein Ansteigen des politischen Interesses, verbunden mit einer Abnahme traditioneller Parteienbindungen, hervor. So stimmen bereits 68 Prozent der 15- bis 24jährigen selten oder nie mit den politischen Ansichten ihrer Eltern überein. Das Bild der Politiker habe sich deutlich verschlechtert. Es sei daher äußerst wichtig vor allem für die Gemeindepolitiker, den Dialog mit Jugendlichen von sich aus und direkt aufzunehmen, führte Smejkal aus.

„Agieren statt Reagieren“

Durch die steigende Lebenserwartung ändere sich die Bevölkerungsstruktur in Richtung einer „Seniorenengesellschaft“. Dabei dürfe das Jungsein kein Nachteil werden. Die Formen der politischen Information und Mitwirkung sind derzeit in allen Gebietskörperschaften auf das Erreichen der Volljährigkeit ausgerichtet, sollten jedoch, wie Smejkal forderte, schon auf die Zeit davor ausgedehnt werden. Auch müßte eine gezielte Unterstützung der Jugendlichen im Freizeit- und Konsumbereich erfolgen. Das wichtigste Motto für die Jugendarbeit müsse heißen „Agieren statt Reagieren“, das heiße, nicht auf Forderungen oder Demonstrationen zu warten sondern von selbst auf die Jugendlichen zuzugehen und sie möglichst früh einzubeziehen.

In diesem Sinne wurde in mehreren Sitzungen und Arbeitskreisen ein Jugendprogramm ausgearbeitet, das heute dem Städtetag zum Beschluß vorgelegt wird. StR. Smejkal stellte dieses Programm vor. Es sieht vor, daß Jugendarbeit als wesentliche Kompetenz der Gemeinden und Länder, wie etwa Sozial- oder Bildungsarbeit, durch Budgetansätze finanziell sicherzustellen ist. Jugendarbeit müsse sich aktiv mit Wünschen und Bedürfnissen junger Menschen befassen, wodurch sich einzelne Maßnahmen der Jugendwohlfahrt erübrigen könnten.

Dabei müßte sowohl die Loslösung aus der Familie und die Eingliederung in das Gemeinwesen unterstützt werden. Aktuelle Jugendpolitik müsse die Berücksichtigung berechtigter Anliegen junger Menschen zum Ziel haben und darf Jugendliche nicht in eine Oppositionshaltung drängen. Gesamtgesellschaftliche Probleme, wie etwa Alkohol-, Nikotin- oder Drogenmißbrauch würden derzeit oft fälschlicherweise auf Jugendliche reduziert. Zur Durchführung dieser Vorhaben müßten interessierte und qualifizierte Mitarbeiter gefunden und weitergebildet werden.

Suttner: Städte- und Gemeindebund verfassungsmäßig verankern

Zum Abschluß der heutigen Sitzung des Städtetages legte der Generalsekretär des Städtebundes, Reinhold Suttner, seinen Bericht vor. Suttner verglich dabei die Möglichkeiten des Österreichischen Städtebundes mit denen des Deutschen Städtetages, der 674 Städte mit insgesamt 33 Millionen Einwohner vertritt. Der Österreichische Städtebund hat natürlich eine geringere Dimension, ihm stehen aber auch vergleichsweise viel weniger Möglichkeiten zur Verfügung. So werden bei steuerlichen Maßnahmen die Stellungnahmen des Städtebundes zu wenig beachtet, unter anderem deshalb, weil die Präsenz in der Öffentlichkeit und das Bewußtmachen der Auswirkungen von Steuergesetzen auf die Gemeinden fehlen. Als Beispiel nannte Suttner das Grunderwerbssteuergesetz, das die Gemeinden benachteiligt, weil sie in Zukunft ebenfalls Grunderwerbssteuern werden zahlen müssen und über die Umlagen ein Teil davon an die Länder fließt. Das Verlangen des Städtebundes und auch des Österreichischen Gemeindebundes nach einem Steuersatz von fünf Prozent, der die Gemeinden entlasten würde, fand aber keinen Widerhall. In diesem Zusammenhang richtete Suttner den Vorwurf an die Medien, zu wenig über die Interessen der Gemeinden zu berichten, obwohl diese im direkten Kontakt mit den Bürgern finanziell die meisten Möglichkeiten für zielführende Maßnahmen hätten.

Als eines der wichtigsten anstehenden Probleme für die österreichischen Städte und Gemeinden nannte Suttner die Müllentsorgung. Nach der letzten Abfallerhebung betrug im Jahr 1983 die öffentlich zu entsorgende Menge an Hausmüll bereits über 1,6 Millionen Tonnen. Sie nimmt pro Jahr konstant um ein Prozent zu. Um dieses Problem bei der Wurzel anzufassen, hieße es, die Müllmenge zu reduzieren. Alle diesbezüglichen Wünsche und Forderungen des Österreichischen Städtebundes in bezug auf Einweggebinde oder ein Verbot von bestimmten Verpackungsmaterialien habe bisher beim zuständigen Bundesministerium zu keinerlei Erfolg geführt, stellte Suttner fest. Erst vergangene Woche wurde ein Entwurf eines Bundesgesetzes über die Vermeidung von Abfällen zur Begutachtung versendet. Aber schon gebe es seitens der Bundeswirtschaftskammer Querschüsse. Daher müßten hier die Gemeinden aktiv werden und die Öffentlichkeit mobilisieren, um allen, die in bezug auf Müllvermeidung guten Willens sind, entsprechenden Rückhalt zu bieten, forderte Suttner.

Nachdrücklich verlangte Suttner deshalb auch die verfassungsmäßige Verankerung der beiden Gemeindebünde als Gesprächs- und Verhandlungspartner, sodaß sie nicht mehr auf das Wohlwollen einzelner Ministerien oder Landesregierungen angewiesen sind. (Schluß) roh/bs/rr

Stacher gegen undifferenzierte Aussagen zu Spitalskosten

Kürzere Verweildauer bringt höhere Tageskosten

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gegen undifferenzierte und pauschale Aussagen im Zusammenhang mit der Verweildauer von Patienten in Spitälern und den Kosten des Spitalsaufenthaltes wendet sich Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. In Wien sei die durchschnittliche Verweildauer, bei gleichzeitig gebotener aufwendiger Spitzenmedizin, in den letzten Jahren deutlich verringert worden. Die Kosten des Aufenthaltes jedes einzelnen Patienten sind daher in die Höhe geschnellt. Aus diesem Grunde fordere er, sagte der Stadtrat, die Höhe der den Spitalserhaltern zugestandenen Kostenersätze adäquat anzuheben, wenn sie, wie in Wien die Verweildauer im Interesse von Patienten und Volkswirtschaft verkürzen.

Der Wiener Gesundheitsstadtrat nahm mit diesen Aussagen Bezug auf eine Erklärung des ÖVP-Gesundheitssprechers Dr. Günter Stummvoll. Stacher erinnerte daran, daß erst seit langem die Auffassung vertrete, durch eine verbesserte Außenversorgung, wie sie in Wien seit Jahren forciert werde, ließen sich die Kosten der stationären Leistungen oder der auch ambulanten Betreuung im Spital verringern. Hier stimme er mit Stummvoll überein. Die verbesserte Vor- und Nachsorge in Wien habe dazu geführt, daß die durchschnittliche Verweildauer pro Patient von 15,2 Tagen auf nunmehr 11,58 Tage reduziert werden konnte. Damit bleibt die Stadt Wien jedoch gerade auf den kostenintensiven ersten Tagen der Behandlung „sitzen“. Es müsse daher mit gutem Grund gefordert werden, die Anstrengungen Wiens auf diesem Gebiet dermaßen abzugelten, daß ein dem gestiegenen Aufwand für den einzelnen Patienten entsprechender Erhöhungsfaktor angerechnet werden. Das derzeit praktizierte System der Zahlung nach pauschalierten Tagsätzen, die auch unnötig lange Verweildauer „belohne“, sei für Wien auf Dauer nicht mehr tragbar. Für Wien sei es besonders wichtig, die teuren Spitzenleistungen weiter als bisher zu fassen und damit im Rahmen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds eine entsprechende Abgeltung zu erhalten. (Schluß) and/bs

Redaktion: Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Rothaus, Merzlinenhof, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rothaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rothaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 12. Juni 1987

Blatt 1258

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

FP-Pawkowicz: Probleme des kommunalen Wohnbaus wurden nicht beseitigt (1268)

Edlinger: Im kommunalen Wohnbau wurden viele Weichen gestellt (1268)

Kommunal/Lokal:

Gesundheitsausschuß: Neue Stellvertreterin (1259)

Stacher gegen Sterbekliniken (1260)

Jahr der Obdachlosen: Neue Aktivitäten (1261)

Fahrtreppen in der Opernpassage werden modernisiert (1262)

Straßenbauarbeiten in der Sandleitengasse (1263)

Donauraumplanung: Superstart für zweites Bürgervotum! (1265)

Gemeinden sollen als Finanzausgleichspartner verankert werden (1266/1267)

Terminvorschau vom 15. bis 28. Juni (1269/1270)

Würstelbude auf der Donauinsel abgebrannt (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Ferienspiel auf der Ringstraße (nur FS)

Sport:

„Komm zum Sport“: Volleyball-Cupfinale (1264)

Gesundheitsausschuß: Neue Stellvertreterin

Ilse Forster nach Karl Lacina

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen hat eine neue Vorsitzenden-Stellvertreterin: Ilse FORSTER folgte Karl LACINA, dem neuen Bezirksvorsteher des 20. Bezirks. Neues Mitglied des Gesundheitsausschusses wurde Anna Elisabeth HASELBACH. (Schluß) and/rr

Stacher gegen Sterbekliniken

Im Herbst Enquete über das Sterben im Krankenhaus

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Entschieden spricht sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegen die Einrichtung sogenannter „Sterbekliniken“ aus. Das entsprechende britische Modell (es gibt ähnliche Beispiele auch in anderen Ländern) sei abzulehnen, denn Schwerkranken, die hier aufgenommen würden, müßten sich als „hoffnungslos abgeschrieben“ betrachten, sagte der Gesundheitsstadtrat im zuständigen Gemeinderatsausschuß. Allerdings, so Stacher weiter, sei es durchaus angebracht, die Frage des Sterbens, insbesondere des Sterbens im Krankenhaus, umfassend zu diskutieren. Aus diesem Grund wird es im heurigen Jahr eine Enquete zu diesem Thema geben.

Unter dem Vorsitz von Stadtrat Stacher hatte sich das Österreichische Komitee für Sozialarbeit bereits in den Jahren 1979 und 1980 im Rahmen des Arbeitskreises „Humanität im Krankenhaus“ mit der Problematik des Sterbens im Krankenhaus befaßt. Der damalige Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales hat auch eine Sterbeklinik in London kennengelernt und ist damals zu dem Schluß gekommen, daß eine solche Klinik den Wiener Intentionen zuwiderlaufe. (Schluß) and/rr

Jahr der Obdachlosen: Neue Aktivitäten

Neues Projekt und „Tagesklub für Nichtseßhafte“ genehmigt

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Projekt „Straßensozialarbeit mit Nichtseßhaften“ und ein „Tagesklub für Nichtseßhafte“ sollen im Jahr der Obdachlosen 1987, die Betreuung alleinstehender und nichtseßhafter Erwachsener weiter verbessern. Dies beschloß Mittwoch der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales.

Präventiv arbeiten, informieren und motivieren, bestehende Hilfseinrichtungen besser zu nützen, das sollen drei diplomierte Sozialarbeiter des Wiener Sozialamtes — MA 12 — im Rahmen des Projektes „Straßensozialarbeit mit Nichtseßhaften“. Die Sozialarbeiter übernehmen damit die verstärkte Betreuung alleinstehender Erwachsener, die unterkunftslos sind, in deren unmittelbarem Lebensbereich, wie Straßen, Parks, U-Bahn-Stationen, usw.

Tagesklub für Nichtseßhafte

Eine weitere Unterstützungsmaßnahme stellt der „Tagesklub für Nichtseßhafte“ dar, der im 2. Bezirk eingerichtet werden soll. In einem geeigneten Gassenlokal werden Sozialarbeiter des Sozialamtes an drei Wochentagen jeweils von 10 bis 18 Uhr Obdachlose betreuen. Die Instandsetzung dieses Klubs, in dem neben Aufenthaltsräumen auch Küche und Sanitärräume, für Nichtseßhafte zur Verfügung stehen, wird rund 2 Millionen Schilling kosten. (Schluß) jel/bs

Fahrtreppen in der Opernpassage werden modernisiert

Elektronische Steuereinheiten erhöhen Betriebssicherheit

Wien, 12.6. (RK-LOKAL) Acht Rolltreppen in der Wiener Opernpassage erhalten jetzt elektronische Steuereinheiten. Damit ist es möglich, den Betrieb ständig zu überwachen und Störfälle zu melden. Für die Modernisierung der Fahrtreppen bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Planung und Stadtentwicklung in seiner letzten Sitzung vier Millionen Schilling.

Sechs der vierzehn Fahrtreppen in der Opernpassage wurden bereits mit Mikroprozessoren ausgestattet. Jetzt werden auch die restlichen acht Rolltreppen umgerüstet. Die Mikroprozessoren kontrollieren eine Reihe von „Zuständen“ der Rolltreppe, zum Beispiel die Bremseinstellung, die Bremswege, die Kettenspannung, den Handlauf oder die Temperatur von Motor und Getriebe. Fehler werden in der Folge ihres Auftretens festgehalten. Im Falle einer Störung wird durch eine Ziffernkombination gemeldet, aus welchem Grund die Anlage abgeschaltet wurde.

Durch die ständige Überwachung der Anlage wird die Sicherheit für die Benutzer wesentlich erhöht. Eine Störung kann aber auch schneller behoben werden, da die Störungsart ausgewiesen wird — die Fehler müssen also nicht mehr zeitaufwendig gesucht werden. Dadurch werden auch die Wartungskosten gesenkt.

Sobald alle Rolltreppen in der Opernpassage mit Mikroprozessoren ausgerüstet sind, werden sie an die zentrale Überwachungsanlage in der Schottenpassage angeschlossen. Dort können Zustands- und Fehlerdaten jeder Fahrtreppe auch ausgedruckt werden.

Noch in diesem Jahr werden die Fahrtreppen in der Opernpassage mit neuen Notstopeinrichtungen am oberen und unteren Ende jeder Treppe ausgestattet. Diese Nothaltegriffe sind besser sichtbar und auch leichter erreichbar als die jetzt montierten Nothalteknöpfe. Sie erhöhen also die Sicherheit für die Rolltreppenfahrer. (Schluß) sc/rr

Straßenbauarbeiten in der Sandleitengasse

Wien, 12.6. (RK-LOKAL) Ab Montag wird die Kreuzung Sandleitengasse — Wilhelminenstraße in Ottakring umgebaut. Während der Bauarbeiten, die voraussichtlich bis Mitte September dauern, muß der Verkehr in den beiden Straßenzügen zum Teil umgeleitet werden.

In der Sandleitengasse wird der Verkehr in Fahrtrichtung zum 17. Bezirk über die Konstantingasse — Odoakergasse — Seeböckgasse — zurück zur Sandleitengasse umgeleitet. Der Verkehr in der Fahrtrichtung zum 14. Bezirk bleibt in der Sandleitengasse. Die Wilhelminenstraße wird im Abschnitt zwischen der Odoakergasse und der Sandleitengasse gesperrt — die Zufahrt ist jedcch möglich. Die Umleitung in Richtung stadtauswärts erfolgt über Odoakergasse — Seeböckgasse — Sandleitengasse zurück zur Wilhelminenstraße. Stadteinwärts verläuft die Umleitungsstrecke über Sandleitengasse — Konstantingasse — Odoakergasse — zurück zur Wilhelminenstraße. (Schluß) sc/bs

„Komm zum Sport“: Volleyball-Cupfinale

Wien, 12.6. (RK-SPORT) Im Rahmen der Aktion „Komm zum Sport“ veranstaltet der WAT Kagran am 14. Juni das Herren-Cupfinale im Volleyball gegen Meister und Titelverteidiger Sokol V. Das Spiel beginnt um 10 Uhr in der Rundhalle Liebgasse. Im Vorjahr endete das Endspiel 3:2 für Sokol, auch die Meisterschaftsspiele der beiden Konkurrenten brachten dieses knappe Ergebnis. Beim Cupfinale — ermäßigte Eintrittspreise von 40 Schilling (Erwachsene) und 20 Schilling (Jugendliche) — sind nicht weniger als 11 Teamspieler im Einsatz. (Schluß) hof/bs

Donauraumplanung: Superstart für zweites Bürgervotum!

Bereits 1.000 Einsendungen, viele Detailvorschläge

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Superstart ermöglichten die Wienerinnen und Wiener dem zweiten Bürgervotum im Rahmen des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum Wien“: Innerhalb von nur drei Wochen langten bereits mehr als tausend ausgefüllte Fragebogen in der Projektleitung Donauraum ein.

Zum Vergleich: Beim ersten Bürgervotum, 1986, hatten in einem Zeitraum von rund einem halben Jahr mehr als 4.000 Menschen ihre Mitbestimmungsmöglichkeit genutzt. Der eintausendste Fragebogen stammt von einem Schüler aus Ottakring. Er wünscht sich unter anderem ein „Museum zum Angreifen wie z.B. in Toronto“, mehr „Kinderspielplätze auf Wiesen“, mehr „Bäume und Grünzonen“ und ein „Hundeverbots in Parks“.

Viele Detailvorschläge

Eine erste Auswertung der eingelangten Fragebogen zeigt, daß die Einsender noch stärker als beim ersten Bürgervotum Detailvorschläge einbringen. Besonders interessante Ergebnisse dürfte eine Auswertung der Vorschläge für den Wohnbezirk bringen.

Positive Tendenz für Kraftwerk Freudenau

Eine erste Zwischenauswertung der Frage zum Kraftwerksbau zeigt eine positive Tendenz für das Kraftwerk Freudenau. Genaue Ergebnisse können aber erst nach der Auswertung durch ein unabhängiges Institut veröffentlicht werden.

Wo man den Fragebogen bekommt

Die 16seitige Informationsbroschüre mit dem Fragebogen zum zweiten Bürgervotum ist derzeit bei folgenden Stellen erhältlich:

- Bei der Stadtinformation (Friedrich-Schmidt-Platz)
- Im INFO-Zentrum Donauraum (Messepalast Halle P, Eingang Burggasse, gegenüber Volkstheater)
- Bei der Wanderausstellung
- Telefonisch unter 42 800/3973 DW (Mo-Fr von 8-15 Uhr)

„Wanderausstellung“ bis Oktober unterwegs

Die informative Wanderausstellung, bei der man auch den Fragebogen zum zweiten Bürgervotum erhalten kann, wird bis Anfang Oktober an zahlreichen Stellen in Wien gezeigt. Nach dem Einsatz bei der Wissenschaftsmesse und in der U-Bahn-Station Stephansplatz ist die Ausstellung nun erstmals wieder am Sonntag, dem 14. Juni im Gänsehäufel und am Dienstag am Praterstern zu sehen. Sie wird im Sommer bei den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten, sowie in den Bädern gezeigt.

Informationsfahrten für Teilnehmer am Bürgervotum

Wie schon beim ersten Bürgervotum werden jene Teilnehmer, die Namen und Adresse bekanntgeben, im Herbst zu kostenlosen Informationsfahrten im Donauraum eingeladen. Das zweite Bürgervotum endet Mitte Oktober. Die Auswertung wird der internationalen Jury, die Ende Oktober wieder zusammentritt, zur Verfügung stehen. (Schluß) lf/rr

Gemeinden sollen als Finanzausgleichspartner verankert werden

Forderung des Österreichischen Städtebundes

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Abschluß der gestrigen Sitzung beschloß der 37. Österreichische Städtetag eine Resolution, die das Verhältnis zwischen den Gemeinden und den anderen Gebietskörperschaften auf eine neue Basis stellen soll. Veränderungen in der Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft machen ein neues, höheres Maß an gegenseitiger Rücksichtnahme und Solidarität notwendig.

Der Österreichische Städtetag fordert dazu die Verankerung der Österreichischen Gemeinden als Finanzausgleichspartner auf gesetzlicher Basis. In diesem Zusammenhang wird auch die verfassungsmäßige Verankerung des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes als Interessensvertretung sämtlicher österreichischer Städte und Gemeinden gefordert.

Ein Anlaß für diese Forderungen war die Vorgangsweise bei der parlamentarischen Behandlung des Grunderwerbssteuergesetzes, bei der ohne Mitwirkungsmöglichkeit der Gemeinden Entscheidungen getroffen wurden, die beträchtliche Einnahmeverluste für diese zur Folge haben. Der Städtebund fordert deshalb die Abgeltung dieser Verluste und verlangt die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Klärung dieser Frage, aber auch zur Realisierung jener Forderungen, die aus dem letzten Finanzausgleichs-Pakt offen sind. Gleichzeitig wird das dringende Ersuchen an den Bundesgesetzgeber gerichtet, besonders bei der vorgesehenen Steuerreform auf die Haushalte der Gemeinden entsprechend Bedacht zu nehmen.

Schwerpunkte Steuerreform und Finanzausgleich

In der heutigen Sitzung des Städtetages nehmen Vertreter aller drei Gebietskörperschaften zur Steuerreform und zum Finanzausgleich Stellung. Aus der Sicht der Gemeinden sagte der Grazer Vizebürgermeister Dr. Alfred EDLER, daß laut Finanzverfassungsgesetz die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften bei der Verteilung der Finanzmasse nicht überschritten werden dürfen. In dieser Hinsicht wurden die Forderungen der Gemeinden aus den Finanzausgleichen seit 1979 hinsichtlich der Landesumlage, einer Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und einer Regelung für entwicklungsbedürftige Gebiete in keinem einzigen Punkt erledigt.

Auch eine Reihe von Forderungen aus dem Finanzausgleich 1985 ist noch offen. Derzeit gibt es Verhandlungen mit dem Finanzminister in bezug auf das Grunderwerbssteuergesetz, das Abgabenänderungsgesetz und über den Terminplan für die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen. Dabei werden vor allem zwei wesentliche Schwerpunkte seitens Vizebürgermeister Dr. Edler verlangt: die seit langem vorgesehene Beseitigung der Landesumlage und die Festlegung eines Fixsatzes zur Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Budgetkonsolidierung nicht zu Lasten der Gemeinden

Aus der Sicht der Länder sagte der Vorarlberger Landesrat Dr. Guntram LINS, das österreichische Steuersystem sei weit weg von dem rationalen Ideal, das angestrebt werde.

Veränderungen könnten nur schrittweise erfolgen, weil es gegen jede einzelne Maßnahme Widerstände gebe. Die Steuerreform sollte das System nicht nur einfacher und gerechter machen, sondern zu einer Beseitigung der Leistungsfeindlichkeit führen. Während die Schuldenent

wicklung beim Bund „leichtfertig“ herbeigeführt worden sei, war sie bei Ländern und Gemeinden unvermeidliche Folge notwendiger Aufgaben, sagte Lins. Die Budgetkonsolidierung dürfe daher nicht die Länder und Gemeinden belasten, deren Anteil am Steueraufkommen ohnehin laufend sinke.

Finanzminister Lacina über Finanzausgleich

Wie Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA seitens des Bundes sagte, habe dieser den Grundsatz der ausgewogenen Lastenverteilung stets sehr ernst genommen und Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden dokumentiert. Das Finanzausgleichsgesetz 1985 habe auch eine wesentliche Verbesserung der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden gebracht, vor allem durch die Senkung der Landesumlage.

Für das Jahr 1987 werden die Gemeinden gegenüber 1983 um rund zwei Milliarden Schilling mehr, der Bund um 2,2 Milliarden Schilling weniger aus dem Finanzausgleich erhalten.

Heuer werden durch steuerliche Maßnahmen Mehreinnahmen für alle Gebietskörperschaften erwartet. Seine Zielsetzung sei, so Lacina, eine finanzielle Erholung aller Gebietskörperschaften, die aus dem Gesamtpaket gewährleistet sei.

Im Hinblick auf die Vielfältigkeit der anstehenden Probleme habe er bereits mit Ländern und Gemeinden die Gespräche über den neuen Finanzausgleich aufgenommen, sagte Lacina. Diese müsse aber unter der Zielsetzung der Budgetkonsolidierung stehen. Die finanzielle Lage stelle sich bei Bund und Gemeinden zu Beginn der Verhandlungen ungünstig dar, während die der Länder vergleichsweise besser sei.

Zur gesetzlichen Verankerung der Gemeindebünde sagte Lacina, daß diese aus seiner Sicht durchaus vorstellbar sei, obwohl auch bisher die Gesprächsführung selbstverständlich gewesen sei.

Die Gemeindebünde müßten dazu aber einen neuen rechtlichen Status erhalten, etwa als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Zwangsgliedschaft.

Lacina kündigte die Schaffung eines neuen Finanzkraftschlüssels zur Verbreiterung der Basis zur Erfassung der Finanzkraft der Gemeinden an, weiters die Berücksichtigung von Zweitwohnsitzen bei Volkszählungen, eine Umwandlung der Getränkesteuer in eine umsatzartige Verkehrssteuer, eine Abgeltung der Leistungen der Statutarstädte und eine mögliche Senkung der Landesumlage als Verhandlungspunkte für den kommenden Finanzausgleich an. Auch ein Fixsatz zur Aufteilung der gemeinwirtschaftlichen Bundesabgaben wäre laut Lacina geeignet, verschiedene Entwicklungen während einer Finanzausgleichsperiode außer Streit zu stellen. Als weitere wichtige Punkte für die Verhandlungen nannte Lacina die Besoldung der Landeslehrer, die Übertragung der Wohnbauförderung an die Länder, den Kostenersatz der Länder bei der Mitwirkung der Bundesgendarmerie zur Vollziehung von Landesgesetzen und eine Neuordnung der Aufgaben im Straßenbau. Zur bevorstehenden Steuerreform stellte Lacina fest, daß alle Maßnahmen nur in Abstimmung mit den Erfordernissen und Notwendigkeiten der öffentlichen Haushalte aller Gebietskörperschaften in Angriff genommen würden. Die richtige Balance zwischen „Kaputtsparen“ und „Öffentlicher Verschwendung“ könne nur gemeinsam gefunden werden. Vor allem bei der Aufklärung der Bürger über die erforderlichen Maßnahmen werden alle Gebietskörperschaften ihren Beitrag leisten müssen, stellte Lacina fest. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 1266

FP-Pawkowicz: Probleme des kommunalen Wohnbaus wurden nicht beseitigt

Wien, 12.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Nach einjähriger Tätigkeit habe der Wiener Wohnbaustadtrat die Probleme und gravierenden Schwachstellen des kommunalen Wohnbaus nicht beseitigen können, erklärte FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ Freitag in einer Pressekonferenz.

Nach Ansicht von Pawkowicz kommt es in den Bereichen Bauausführung, Wohnungsvergabe und Verwaltung der Wohnhäuser zu den spürbarsten Mißständen. Pawkowicz sprach sich gegen das Generalunternehmertum und für eine Trennung von Planung und Bauausführung aus. Ferner verlangte Pawkowicz ein Punktesystem zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen, wobei der zuständige Gemeinderatsausschuß über die Zuerkennung von Zusatzpunkten für Tatbestände, die nicht durch die bestehenden Vergaberichtlinien erfaßt sind, jeweils beraten und entscheiden solle. Schließlich begrüßte Pawkowicz das von der SPÖ vorgelegte Diskussionspapier zur Mietermitbestimmung, verlangte in diesem Zusammenhang aber auch Schritte zur teilweisen Privatisierung von Gemeindewohnungen. (Schluß) ah/rr

Edlinger: Im kommunalen Wohnbau wurden viele Weichen gestellt

Wien, 12.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) „Im kommunalen Wohnbau wurden im vergangenen Jahr wichtige Weichen gestellt, um vorhandene Probleme zufriedenstellend und im Interesse der betroffenen Bewohner zu lösen“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Ein im März des Jahres vorgestelltes Maßnahmenpaket werde sicherstellen, daß der Wohnungsneubau billiger, die Stadterneuerung flotter und die Wohnhäuserverwaltung unbürokratischer werde, sagte Edlinger.

Vorhandene Baumängel an Gemeindebauten seien für die Bewohner ebenso unangenehm wie für die Verwaltung. Wenig Erfahrung mit komplizierten Planungen einerseits und Bauaufsichtsprobleme andererseits haben zu technischen Problemen geführt. Die Sanierung der Mängel werde aber bis 1990 nach einem Konzept unter verstärkter Einbindung, jedoch ohne finanzielle Belastung der Mieter erfolgen, erklärte Edlinger. Man sei darüberhinaus in Verhandlung, Architekten mit der örtlichen Bauleitung zu beauftragen, um eine sorgsame Bauausführung zu gewährleisten. Ebenso in Diskussion befinden sich das Generalunternehmertum sowie das Billigstbieterprinzip, wobei Entscheidungen aber noch ausstehen. Und schließlich wurden durch eine Umorganisation der Bauabteilung MA 24 effizientere Baukontrollgruppen geschaffen.

Die Vergabe der Gemeindewohnungen erfolge, so Edlinger, streng nach den öffentlich einsehbaren Vergaberichtlinien. Die wenigen Ausnahmen werden durch die Wohnungskommissionen, die parlamentarisch besetzt sind und unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen stehen, zumeist einstimmig festgelegt.

Edlinger begrüßte die Zustimmung der Wiener Freiheitlichen zur Erweiterung der Mietermitbestimmung, stellte aber richtig, daß die Mieter bereits seit 1973 die Möglichkeit der bargeldlosen Mietenbezahlung hätten und dies auch nützen. Die Übergabe von Wohnbauten in die Verwaltung gemeinnütziger Wohnungsvereinigungen werde seit Jahren praktiziert, wenn dadurch möglich Probleme gelöst werden können, sagte Edlinger.

Im übrigen begrüße er das Interesse von GR. Dr. Pawkowicz, Diskussionsbeiträge zum kommunalen Wohnbau zu liefern, nachdem er 11 der bisher 15 Sitzungen des zuständigen Gemeinderatsausschusses ferngeblieben ist, schloß Stadtrat Edlinger. (Schluß) ah/rr

Terminvorschau von 15. bis 28. Juni

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit von 15. bis 28. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 15. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

10.00 Uhr, Pressefahrt „15 Jahre Ferienspiel“, StR. Smejkal

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Univ.-Prof. Dr. Tuppy und Bgm. Dr. Zilk „Eröffnung der Kernspintomographie-Anlage im AKH“ (Großer Hörsaal der Schule für den Medizintechnischen Dienst, 9, Lazarettgasse 14)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

DIENSTAG, 16. JUNI:

10.00 Uhr, Presseschau Modeschule Hetzendorf (12, Hetzendorfer Straße 79)

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Festakt für jubilierende Hochzeitspaare der Bezirke 15 bis 23, Bgm. Zilk (Festsaal, Rathaus)

18.00 Uhr, Bgm. Zilk und der Ephelant-Verlag: Vorstellung des Buches „Leopold Ungar — Die Weltanschauung Gottes“ von Franz Richard Reiter (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 17. JUNI:

12.30 Uhr, StR. Hatzl — „Festveranstaltung 15 Jahre MA 38“ (Festsaal, Rathaus) anschließend Baustellenbesichtigungen (Abfahrt mit Bussen vom Rathaus)

19.30 Uhr, Eröffnung Modeschau Hetzendorf (12, Hetzendorfer Str. 79)

DONNERSTAG, 18. JUNI:

vorläufig keine Termine

FREITAG, 19. JUNI:

12.00 Uhr, StR. Mrkvicka: Benennung des Gabor-Steiner-Weges (2. Enthüllung zweier Gedenktafeln zu Ehren von Gabor Steiner und Josephine Gallmeyer am Haus Praterstraße 56 sowie von Fritzi Massary am Haus Praterstraße 66)

SAMSTAG, 20. JUNI:

15.00 Uhr, Beginn des Blumenkorso im Prater

ca. 17.30 Uhr, Empfang, Bgm. Zilk (Wiese des Liliputbahn-Areals)

SONNTAG, 21. JUNI:

vorläufig keine Termine

AB MONTAG, 22., BIS MITTWOCH 24. JUNI:

Rechnungsabschluß

DIENSTAG, 23. JUNI:

8.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

nach Abschluß der Rechnungsabschlußdebatte folgt:
Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 24. JUNI:

8.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

DONNERSTAG, 25. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

10.00 Uhr, Eröffnung eines städtischen Kindertagesheimes durch StR. Smejkal (17, Röttergasse 21)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „80 Jahre städtische Bestattung“

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters durch Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

13.00 Uhr, Überreichung des Dekrets „Regierungsrat“ durch StR. Smejkal an OAR i. R. Karl HEINY (Arbeitszimmer Smejkal)

14.00 Uhr, Festakt 80 Jahre Städtische Bestattung (4. Goldeggasse 19)

18.30 Uhr, Eröffnung des Bestattungsmuseums (4. Goldeggasse 19)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen „Auf der Suche nach dem Gemeinsamen“ — Dr. Marion Gräfin Dönhoff: „Preußen in Europa. Vom Erhabenen zum Lächerlichen“ (Bgm. Zilk und StR. Mrkvicka) (Stadt-senatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 26. JUNI:

10.00 Uhr, Eröffnung des Huberparks durch StR. Braun und BV Barton (16, Hubergasse 15)

11.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Patriarchen der rumänisch-orthodoxen Kirche Seiner Seligkeit TEOCTIST, Bgm. Zilk (Roter Salon, Rathaus)

11.30 Uhr, Überreichung der Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille durch Bgm. Zilk an Ehrensensator Komm.-Rat Johann HRABAK (Arbeitszimmer, Bgm.)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Horst WINTER, Otto BRUNNHAUSER, Robert HAMMERL, Rudolf HECL, Karl MARTIN, Rudolf PANEC (Steinerner Saal, Rathaus)

SAMSTAG, 27. JUNI:

vorläufig keine Termine

SONNTAG, 28. JUNI:

von 10 bis 17 Uhr: Mitspielfest anlässlich „15 Jahre Wiener Ferienspiel“ Ringstraße, Familiensonntag

ab 14 Uhr: Bäderfest im Ottakringer Bad

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 1269

Redaktion: Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. Rothaus, Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rothaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rothaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Schriftart: Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 15. Juni 1987

Blatt 1271

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk zur Staustufe Wien (1275/FS: 13.6.)

Kommunal/Lokal:

- Computertomographie-Anlage für Franz-Josef-Spital (1272/FS: 13.6.)
- Wieder 18 Millionen für die Sanierung von Feuerwachen (1276/FS: 14.6.)
- Städtebauliches Gutachten für den Bereich „Wien Mitte“ (1279)
- Stadtrundfahrten: Zum Bundesheer am 30. Juni und 1. Juli (1280)
- Goldenes Ehrenzeichen für Akupunktur-Institutsleiter Bischko (1281)
- „Wiener Ferienspiel 1987“ (1282/1283)
- Strukturverbesserungsaktion aufgestockt (1284)
- Grundstücksverkäufe an gemeinnützige Wohnbauträger (1285)
- ÖVP fordert Privatisierungsdiskussion für Wien (1286)
- Gemüsemarkt am Donaukanal eröffnet (nur FS/12.6.)
- „Summer in the city“ — mehr als 70.000 in Wiens Bädern (nur FS: 14.6.)
- 80 Jahre Gänsehäufel (nur FS/14.6.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Neue Telefonnummer des Anstaltenamtes (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf (1273/FS: 13.6.)
- Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt (1278)

Kultur:

- Theatersubvention für Drachengasse (1274/FS: 13.6.)
- Hamburgerstraße 20: Sezessionistisches Haus wird renoviert (1277)

Computertomographie-Anlage für Franz-Josef-Spital

Gesamtkosten 16,5 Millionen

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Um 16,5 Millionen Schilling wird für das Franz-Josef-Spital eine mobile Computertomographie-Anlage gekauft. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalwesen. Durch den Verzicht auf einen fixen Einbau in ein Gebäude kann, wie Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER dazu betonte, einerseits durch einfachen Austausch einer künftigen Weiterentwicklung der Computertechnik ohne großen zusätzlichen Aufwand Rechnung getragen werden, andererseits werden die knappen Platzreserven in diesem Spital nicht zusätzlich in Anspruch genommen. Weiters hat die Herstellerfirma die Möglichkeit, einen derartigen Container in Funktion zu zeigen, um eventuell später mobile Container für andere österreichische oder europäische Spitäler herstellen zu können. In den USA ist es bereits üblich, teure Geräte in Containern von Spital zu Spital zu fahren. (Schluß)
and/rr

Bereits am 13. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf

Wien, 13.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf findet am Dienstag, 16. Juni, um 15 Uhr, im Amtshaus, 21, Am Spitz 1, Zimmer 200, statt. (Schluß) smo/bs

Bereits am 13. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Theatersubvention für Drachengasse

Wien, 13.6. (RK-KULTUR) Eine Betriebssubvention in der Höhe von 1,1 Millionen Schilling für das Theater Drachengasse 2 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport. Im Theater Drachengasse 2, das 1986 mit der „Courage“ fusioniert wurde, wurden unter der Leitung von Emmy Werner bisher so erfolgreiche Produktionen wie „Blut“, „Die bleierne Zeit“, „Lauter Emmys“, „Kindsmord“ usw. gezeigt. (Schluß) jel/bs

Bereits am 13. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Zilk zur Staustufe Wien

Wien, 13.6. (RK-POLITIK) Zur kürzlichen Stellungnahme des ÖVP-Klubs zum Thema Staustufe Wien stellte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Samstag fest: „Mir ist der Vorgang unbegreiflich, da ich seit mehr als einem Jahr die Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung des Planungskonzeptes Donaauraum und das Votum der Wienerinnen und Wiener als Voraussetzung für den Bau bezeichnet habe. Bekanntlich werden derzeit eine Reihe von wissenschaftlichen Fachgutachten erarbeitet, die u.a. die Umweltverträglichkeit, aber auch die Sohle-Eintiefung betreffen. Gerade in diesem Zusammenhang arbeiten die Mitarbeiter der Stadt mit zuständigen wissenschaftlichen Gremien, hier auch besonders mit Prof. Bernd LÖTSCH, zusammen. Die Befragung der Bürger kann — und das sollte doch logisch verständlich sein — nur Sinn haben, wenn alle Unterlagen vorliegen und die Voraussetzungen für den Bau geklärt sind. Diese Vorgangsweise ist den Wienerinnen und Wienern, allen Journalisten und wohl auch allen Abgeordneten des Wiener Landtages seit mehr als einem Jahr bekannt. Ich hoffe, daß mit dieser, übrigens schon oftmals wiederholten, Stellungnahme alle Mißverständnisse noch einmal und endgültig geklärt sind.“ (Schluß) ib/gg

Bereits am 13. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wieder 18 Millionen für die Sanierung von Feuerwachen

Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Für die Sanierung von Feuerwachen im Rahmen eines eigenen Sanierungsprogrammes stehen in nächster Zeit neuerlich Millionenbeträge zur Verfügung. Um 18 Millionen Schilling werden Instandsetzungsarbeiten in der Hauptfeuerwache Favoriten und im Übungshof der Hauptfeuerwache Hernals sowie in der Nebenwache Kahlenbergsdorf durchgeführt. Die entsprechenden Anträge wurden vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 14. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Hamburgerstraße 20: Sezessionistisches Haus wird renoviert

Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Das Haus Hamburgerstraße 20, das in seiner kubischen Architektur typisch für den Wiener Sezessionismus ist, wird mit Hilfe des Wiener Altstadterhaltungsfonds renoviert. Das weithin sichtbare Dreifrontenhaus von großer städtebaulicher Bedeutung wurde um die Jahrhundertwende von Oskar Marmorek erbaut, der zur ersten Generation der Wiener Sezessionsarchitekten zählte. Der Altstadterhaltungsbeirat genehmigte einen Zuschuß von 1,8 Millionen Schilling zur Renovierung des Hauses. (Schluß) gab/rr



Das Haus Hamburgerstraße 20, das in seiner kubischen Architektur typisch für den Wiener Sezessionismus ist, wird mit Hilfe des Wiener Altstadterhaltungsfonds renoviert.

Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt

Wien, 15.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung des 8. Bezirkes tritt am Donnerstag, dem 25. Juni um 17 Uhr in der Bezirksvorstehung 8, Schlesingerplatz 4, 3. Stock zu einer Sitzung zusammen. (Schluß) sti/bs

Städtebauliches Gutachten für den Bereich „Wien Mitte“

Auch verkehrstechnische Untersuchung beauftragt

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Für den Bereich „Wien Mitte“ wird nun ein städtebauliches und architektonisches Gutachten einschließlich einer verkehrstechnischen Untersuchung in Auftrag gegeben. Das Gutachten umfaßt einerseits das Gebiet zwischen dem Konzerthaus und den Bundes-Verwaltungsgebäuden in der Vorderen und Hinteren Zollamtsstraße und andererseits zwischen dem Heumarkt und der Ringstraße bis zum Schwarzenbergplatz. Das Gutachten soll die Anforderungen an die künftige Entwicklung von „Wien Mitte“ und die Erwartungen in wirtschaftlicher, sozialer und stadtgestalterischer Hinsicht festlegen. Der Gemeinderatsausschuß für Planung und Stadtentwicklung genehmigte in seiner letzten Sitzung 1,6 Millionen Schilling für dieses Gutachten, das von Architekt Professor Dr. Roland RAINER und Professor Dr. Hermann KNOFLACHER erstellt wird.

Es gibt in Wien kaum ein Gebiet, das sich derart dynamisch entwickelt hat wie der Bereich „Wien Mitte“. Bis zu den 60er Jahren dominierten hier noch die Markthallen. Danach trat innerhalb von 25 Jahren eine massive Konzentration von Dienstleistungsbetrieben auf: Es wurden zum Beispiel das Hilton-Hotel, die Z-Hauptanstalt, der Landstraßer Markt, das Rechnungshofgebäude, das Bundesrechenzentrum und das Ministeriumsgebäude errichtet. Das „Zentrum am Stadtpark“ befindet sich in Bau.

Der Prozeß der Konzentration ist noch nicht abgeschlossen, denn es gibt noch eine Reihe von Überbauungsprojekten, wie etwa die Überbauung des Autobus-Bahnhofs oder des Gleisdreiecks bei der Marxerbrücke. Hauptaufgabe des Gutachtens soll die funktionsgerechte Ordnung und Gestaltung dieses Stadtteils sein. Es soll Mängelkorrekturen vorschlagen und die Grenzen der noch vertretbaren baulichen Entwicklungen aufzeigen.

Ferner soll das Gutachten

- die vertretbare Höhe und Dichte der Bebauung für dieses bedeutende „Tor zur inneren Stadt“ festlegen;
- Vorschläge für die Verbesserung der Umweltverhältnisse machen: durch bauliche und gärtnerische Maßnahmen, Sanierung der Wohn- und Arbeitsstätten und ihrer Umgebung durch Begrünung, Schaffung von Dachgärten beziehungsweise einer Dachlandschaft;
- die derzeit vorhandenen, in Bau befindlichen und geplanten Bauten darstellen;
- eine Studie über die Gestaltung des Wienflusses in diesem Bereich enthalten und
- die wirtschaftlichen und sonstigen Auswirkungen aller vorgeschlagenen Maßnahmen auf die weitere Umgebung, vor allem auf die Bezirkszentren, aufzeigen. (Schluß) sc/gg

Stadtrundfahrten: Zum Bundesheer am 30. Juni und 1. Juli

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) In der Reihe „Spezielles Wien“ bieten die „Wiener Stadtrundfahrten“ am Dienstag, dem 30. Juni, und am Mittwoch, dem 1. Juli, jeweils um 10.30 Uhr und 13 Uhr einen Besuch in der Maria-Theresien-Kaserne des Bundesheeres. Zu sehen sind insgesamt 27 Stationen, bei denen sich die einzelnen Truppenteile vorstellen und auch eine Geräteschau — unter anderem auch Hubschrauber — präsentieren. Weitere Stationen informieren über UNO-Einsätze, Entseuchung und Bergen von Personen oder über Sport beim Bundesheer. Gast in der Maria-Theresien-Kaserne sind die Wiener Feuerwehr, das Rote Kreuz und der Wiener Zivilschutzverband, die mit eigenen Stationen vertreten sind.

Karten sind ab 16. Juni im Rundfahrtenbüro in der Schmidthalle des Rathauses (Montag bis Freitag 8 bis 15 Uhr) erhältlich und können auch unter 42 800/2950 rund um die Uhr telefonisch bestellt werden.

Die Fahrt dauert dreieinhalb Stunden. Karten kosten 50 Schilling für Erwachsene und 25 Schilling für Kinder bis 15 Jahre. Telefonisch reservierte Karten müssen spätestens drei Tage vor dem gewünschten Fahrttermin abgeholt werden. (Schluß) and/bs

Goldenes Ehrenzeichen für Akupunktur-Institutsleiter Bischko

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte am Freitag im Rahmen der 15-Jahr-Feier des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Akupunktur das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Prof. Dr. Johannes BISCHKO, dem international anerkannten Akupunkturspezialisten. Er hat das Ludwig-Boltzmann-Institut für Akupunktur im Jahre 1972 gegründet und ist seither dessen Leiter. Stadtrat Stacher erklärte anlässlich der Überreichung, wie wichtig Bischkos Pionierarbeit im Rahmen der Akupunktur war. Er sei ein Beispiel dafür, daß man in der Medizin — wenn man durch eigene Beobachtungen von etwas überzeugt ist — nicht sagen soll, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“. Man dürfe sich aber auch nicht nur auf „Glauben“ verlassen, sondern sollte alles daran setzen, unklaren Phänomenen wissenschaftlich nachzugehen, da sich oft — wie in der Akupunktur — dann exakte wissenschaftliche Beweise für die Wirkung erarbeiten lassen.

Prof. Dr. Bischko, seit 1954 Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Akupunktur und Auriculotherapie, betreute 1972 die erste Operation mit Akupunktur-Analgesie im westlichen Raum. Wien entwickelte sich zu dieser Zeit zum größten Ausbildungszentrum für Akupunktur außerhalb Chinas. 1979 folgte Bischko, der auch Universitätslektor für Akupunktur an der Universität Wien ist, einer Einladung der Weltgesundheitsorganisation zur Teilnahme am I. Nationalen Symposium über Akupunktur und Akupunkturanästhesie in Peking. (Schluß) and/bs

„Wiener Ferienspiel 1987“

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits zum 15. Mal verwandelt sich Wien in den Ferien in einen riesigen Spielplatz — den Wiener Ferienspiel-Platz. Freizeiteinrichtungen, Museen, Sportplätze, Bäder und viele interessante Aktionen bieten den Wiener Kindern von 6 bis 15 Jahren ein abwechslungsreiches Ferienprogramm, das Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL Montag vorstellte.

28. Juni: Ganz Wien spielt mit

Mitspielen steht bei dieser Riesengeburtstagsparty anlässlich des 15jährigen Bestehens des Ferienspiels von 10 bis 17 Uhr im Vordergrund. „Rund am Ring“ — auf 2,5 Kilometer Länge zwischen Schottentor und Schwarzenbergplatz — hat die Magistratsabteilung 13 — Landesjugendreferat Wien ungewöhnliche Spielmöglichkeiten und Attraktionen für diesen Tag organisiert.

Auf der Wiener Ringstraße und auf den Nebenfahrbahnen wird es nicht nur zahlreiche Sportaktivitäten geben, wie die Besteigung eines Mini-Gletschers und eine Sommer-Hindernislanglaufloipe, sondern auch ein Mitmach-Riesenroulette, ein lebendiges Maria-Theresien-Denkmal, eine Einkaufswagen-Rallye, Salettl-Konzerte vor dem Wiener Rathaus, ein historisches Riesenblumenbeet, das Kinder selbst anlegen können, ein Sonderpostamt vor dem Burgtheater, in dem man sich einen Holli-Knolli-Sonderstempel holen kann, lebende Tiere aus dem Haus des Meeres, ein Computerbus und vieles andere mehr. Die Kuffner Sternwarte wird in maßstabsgetreuer Form das Planetensystem präsentieren. In einer Goldwaschanlage kann echtes Gold „gewonnen“ werden, und Meeresatmosphäre gibt es auf echten Sandstränden an der Ringstraße. Zirka 20 Kindertheatergruppen spielen für die Geburtstagsparty-Besucher. Die besten Nachwuchsbands werden auf der Pop-Odrom-Bühne vor der Staatsoper zu hören sein. Auch die Experten der Magistratsabteilung 48 — Stadtreinigung machen mit und bitten die Familien, ihren Sondermüll mitzubringen, sie nehmen diesen entgegen und informieren genau über die Entsorgungsmöglichkeiten von Problemstoffen.

Größte Ferienaktion Europas

Auch heuer werden bei der größten Kinder-Ferienaktion Europas, dem Wiener Ferienspiel, zahlreiche schon traditionelle und viele neue und interessante Veranstaltungsangebote auf dem Programm stehen. Erweiterungen und Verbesserungen gibt es bei der „Großen Museums-Rallye“, bei der diesmal besonders viele Museen mit eigenen Spielangeboten dabei sind, bei der Aktion „Fahrt zum Spiel“, die um einen Spielplatz und einige Abfahrtsstellen erweitert wurde, und beim „Sportplatz der offenen Tür“, bei dem es erstmals Schwerpunkt-Sportanlagen für bestimmte Sportarten und eigene Familiensportanlagen geben wird.

Zu den Hits des diesjährigen Ferienspiels zählen sicher die Aufführungen des Holländischen Jugendzirkus „Santelli“, die Einsatzvorführungen der Wiener Feuerwehr auf der Donauinsel, ein Künstlerdorf der Gruppe „Spielinsel“ und die Aktion „Auf Wanderschaft“, bei der Gaukler, Artisten und Gelehrte als „fahrendes Volk“ durch Wiener Wohnsiedlungen ziehen. Auch das „Spielvelo“ kommt wieder in verschiedene Parks. Wanderungen, Computerkurse, Mitspielfeste, Umweltaktionen usw. runden das Ferienspielprogramm 1987 ab.

Für die älteren Kinder gibt es auch heuer wieder ein Spezialprogramm mit „Ferien-Disco“, „BMX-Schnuppertage“, „Rad-Rätsel-Rallye“ und anderen Angeboten.

Den Ferienspielpaß, der über dieses umfangreiche Veranstaltungsangebot informiert, erhalten alle Wiener Pflichtschüler über ihre Schulen. Informationen gibt es auch beim Ferienspielstand in der Stadtinformation, Montag bis Freitag, von 10 bis 18 Uhr, und über das Ferienspieltelefon unter 42 800/4100 DW.

„Jugend in Wien“-Sommerprogramm 1987

Eine bunte Freizeitpalette für alle daheimgebliebenen Wiener Jugendlichen gibt es bei der Aktion „Jugend in Wien“. Die Freizeithits reichen von Breiten- und Spezialsportangeboten bis hin zu Disco- und Tanzveranstaltungen, „Schnupperaktionen“ und Kleinkunst- und Kabarettangeboten. Die Eintritts- und Teilnahmepreise bei „Jugend in Wien“ reichen vom Preis für eine Melange bis höchstens zum Preis einer Doppel-LP.

Neu ist die „Jugend in Wien“-Infostelle in der Stadtinformation, die als Anlaufstelle für Informationen über Jugendaktionen der Stadt Wien und auch als Kartenvorverkaufsstelle für „Jugend in Wien“-Veranstaltungen dient. Die „Jugend in Wien“-Infostelle ist Montag bis Freitag in der Zeit von 10 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 1282

Strukturverbesserungsaktion aufgestockt

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Montag, den Förderungsrahmen für die Wiener Strukturverbesserungsaktion von derzeit acht Milliarden Schilling um eine Milliarde auf neun Milliarden Schilling aufzustocken. Die Aufstockung wurde notwendig, da das Volumen derzeit mit 7,8 Milliarden Schilling ausgeschöpft ist und bereits weitere Anträge in der Höhe von 840 Millionen Schilling in Behandlung sind.

Der Finanzausschuß beschloß weiter eine Verlängerung der Wiener Kleinbetriebe-Kreditaktion bis 30. Juni 1988. Im Rahmen dieser Aktion werden besonders zinsgünstige Betriebsmittel-Kredite gewährt.

18 Millionen für Erhaltung des Stephansdomes

Der Verein „Unser Stephansdom“ wird für die Jahre 1987, 1988 und 1989 nach einem Beschluß des Finanzausschusses einen Baukostenbeitrag von je sechs Millionen Schilling, zusammen 18 Millionen Schilling, bekommen. Damit leistet die Stadt Wien eine kräftige finanzielle Beihilfe im Rahmen der derzeit laufenden Aktion zur Rettung des Doms. (Schluß)
sei/rr

Grundstücksverkäufe an gemeinnützige Wohnbauträger

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung beschloß den Verkauf städtischer Liegenschaften im Gesamtausmaß von 73.197 Quadratmetern an verschiedene gemeinnützige Wohnbauträger, die darauf Wohnhausanlagen errichten werden. Die zwölf Grundstücke werden einen Verkaufserlös von 65,7 Millionen Schilling erzielen und die rasche Inangriffnahme von Wohnungsneubauten ermöglichen.

Weiters beschloß der Gemeinderatsausschuß den Verkauf von Grundstücken im Gesamtausmaß von 108.786 Quadratmetern für die Trasse des Marchfeldkanals an die Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal. (Schluß)
ah/rr

ÖVP fordert Privatisierungsdiskussion für Wien

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Wien sollte endlich in die Privatisierungsdiskussion einsteigen, umso mehr, als bei einer Umfrage im Frühjahr 64 Prozent der Wiener dem Gedanken der Privatisierung positiv gegenübergestanden sind, sagte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag im Pressegespräch der Wiener ÖVP, an dem auch der britische Parlamentsabgeordnete, Sir William CLARK, teilnahm.

Die Privatisierung des kommunalen Güter- und Leistungsangebotes sollte nach Meinung der Wiener ÖVP an mehrere Bedingungen geknüpft werden. So sind sozialschädliche Auswirkungen von Privatisierungen zu verhindern. Den Beschäftigten in den zu privatisierenden Betrieben sollten begünstigte Möglichkeiten zum Erwerb von Eigentum an ihren Betrieben geboten werden. Weiters müßten die Leistungsqualität auf Dauer gesichert und die Leistungsentgelte dem Bürger zumutbar sein.

Für die Volkspartei bieten sich gegenwärtig fünf große Privatisierungsbereiche an: Wohnungen, Holdingbetriebe, Städtische Eigenbetriebe, Kommunale Dienstleistungsbetriebe und Stadtwerke.

Vizebürgermeister Busek kündigte abschließend an, die Wiener ÖVP werde nicht nur entsprechende Anträge einbringen, sondern auch die Wiener Bevölkerung über ihre genauen Vorstellungen eingehend informieren. (Schluß) ull/bs

ab dem 1. Juni vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
Anrufzeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MFI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien, Druck: Oberhelvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 16. Juni 1987

Blatt 1287

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mayr: Keine Privatisierung von gut florierenden Holding-Betrieben (1288/FS: 15.6.)
- Modernstes Diagnosegerät im AKH in Betrieb genommen (1289/FS: 15.6.)
- Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf: „Modeschauplatz 87“ (1290)
- Aktion Hofbegrünung im Gemeindebau ein Erfolg (1292)
- Fahrverbot für LKW auf der Höhenstraße (1293)
- Wiener Altlastensanierung Beispiel für europaweite Konvention (1294)
- Stadtentwicklungskommission nahm Bericht 1986 zur Kenntnis (1295)
- Unfall bei Abbrucharbeiten (nur FS/15.6.)
- Arbeiter verschüttet (nur FS/15.6.)
- Erneute Verzweiflungstat in U-Bahn-Station (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Liesing (1297)

Kultur:

- Plakatpreise 1986 überreicht (1296)

Sport:

- Sportclub — Sturm Graz als „Komm-zum-Sport“-Aktion (1291)

Mayr: Keine Privatisierung von gut florierenden Holding-Betrieben

Stromkunden sollen nicht privaten Monopolisten ausgeliefert werden

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR sprach sich Montag gegen die von ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK geforderte weitreichende Privatisierung im Rahmen der Stadt Wien aus. Nach Mayr arbeiten die im Konzern der Wiener Holding zusammengefaßten Betriebe bereits nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen. Der überwiegende Teil dieser Betriebe befindet sich in der Gewinnzone, sodaß eine Privatisierung lediglich eine Verschleuderung von öffentlichem Kapital bedeuten würde. Gegen eine private Beteiligung von 75 Prozent bei den Wiener E-Werken sprechen, so Mayr, grundsätzliche Erwägungen: Durch diese Forderung würden die Wiener Stromkunden einem privaten Monopolisten, der bloß die Gewinne maximieren möchte, ausgeliefert. Öffentliche Versorgungsunternehmen mit Monopolcharakter eignen sich nicht zur Privatisierung, betonte Mayr abschließend. (Schluß) sel/bs

Bereits am 15. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Modernstes Diagnosegerät im AKH in Betrieb genommen

Stacher: Fortschritt und Menschlichkeit keine Gegensätze

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK übergab Montag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Hans TUPPY die neue und zugleich modernste Magnet-Kernspintomographieanlage am Zentralen Institut für Radiodiagnostik im AKH ihrer Bestimmung.

Wie Stacher betonte, zeige sich gerade bei diesem Gerät, daß modernste Technik und Humanität im Krankenhaus nicht in Widerspruch zueinander stehen müssen. Mit dieser Anlage sind zahlreiche lebensnotwendige Untersuchungen schmerz- und belastungsfrei möglich, aber auch rasche Diagnosen im Notfall. Die Angst der Patienten vor medizinischen Geräten wäre umso kleiner, je mehr Information es seitens der Ärzte darüber gäbe, meinte Stacher. In diesem Zusammenhang forderte Stacher die Ärzte auf, trotz aller Fortschritte der Medizin, nicht zu vergessen, wie groß die Einsamkeit eines Patienten werden kann, wenn er ohne Information mit den modernsten Geräten untersucht wird.

Stacher zur Kostendebatte

Zu der immer wieder geführten Kostendebatte erklärte der Gesundheitsstadtrat, daß die wachsende Lebenserwartung demographische Umwälzungen mit sich bringt, aber gleichzeitig auch höhere Kosten erfordert. So kostet etwa ein älterer Patient im Durchschnitt viermal soviel wie ein 35jähriger. Es sei daher notwendig, sich auch darauf einzustellen und einerseits alle Methoden in der Medizin zu verwenden, andererseits diese aber so rationell wie möglich einzusetzen, meinte Stacher. (Schluß) zi/bs

Bereits am 15. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Modeschule der Stadt Wien Im Schloß Hetzendorf: „Modeschauplatz 87“

Wien, 16.6. (RK-LOKAL) Die diesjährige Modeschau der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf und die Jahresausstellung, die täglich von 10 bis 19 Uhr zu besichtigen ist, zeigen die Kreativität und handwerkliche Ausbildung der Hetzendorfer Schülerinnen und Schüler. „Modeschauplatz 87“ ist vom 18. bis 29. Juni täglich um 19.30 Uhr im Schloßpark, 12, Hetzendorfer Straße 79, zu sehen. Kartenreservierungen sind unter der Telefonnummer 84 27 95 möglich.

Im Rahmen von „Modeschauplatz 87“ sind 205 in den letzten Wochen entstandene Kreationen zu sehen — sowie 44 Modelle, die im Rahmen verschiedener Wettbewerbe, an denen Schüler der Modeschule Hetzendorf teilnahmen, entstanden. Erfreulich für die „Hetzendorfer“ sind das steigende Publikumsinteresse und die rege Beteiligung der Textilindustrie, die Materialien zur Verfügung stellte. Ziel der Modeschule der Stadt Wien ist es in erster Linie, eine gute Grundausbildung zu vermitteln und den Schülern möglichst viele Gelegenheiten zum eigenständigen Arbeiten zu geben.

Die heurige Kollektion präsentiert Freizeit-, Tages- und Sportmode für Herbst und Winter 87 und Sommer 88 sowie Mode zu festlichen Anlässen. Mit der Krepppapier-Revue 1987 unter dem Motto „Frisch aus Hetzendorf“ geben die Studierenden der 2. Klassen eine Probe ihrer Fantasie und handwerklichen Geschicklichkeit.

Die Jahresausstellung der Modeschule Hetzendorf, die in der Aula zu besichtigen ist, präsentiert Entwürfe zur Modeschaukollektion, persönliche Zeichenkollektionen, sowie Abschlußarbeiten aus den Werkstättenklassen und einen Überblick aus der Textil-, Leder- und Modistenklasse. (Schluß) jel/gg

Sportclub - Sturm-Graz als „Komm zum Sport“-Aktion

Wien, 16.6. (RK-SPORT) Als letztes Frühjahrsspiel im Rahmen der diesjährigen Aktion „Komm zum Sport“ wird das Meisterschaftsspiel zwischen Sportclub und Sturm-Graz am 20. Juni, Beginn 16 Uhr, auf dem Sportklub-Platz ausgetragen. Besitzer eines VIP-Passes haben kostenlosen Eintritt. Stark ermäßigte Karten sind zum Preis von 70 Schilling (Erwachsene), 35 Schilling (Senioren und Jugendliche) sowie 5 Schilling (Kinder) an der Tageskasse erhältlich. (Schluß) hof/bs

Aktion Hofbegrünung im Gemeindebau ein Erfolg

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Aktion Hofbegrünung für Gemeindebauten wurde ein Erfolg: 84 Mietergemeinschaften aus nahezu allen Bezirken Wiens meldeten bei der Wohnhäuserverwaltung ihr Interesse an. Ab heute bis Ende Juni finden nun die Begehungen der jeweiligen Wohnhausanlagen durch Vertreter des Stadtgartenamtes, des Wohnbezirkes und durch die zuständigen Hausinspektoren statt, um gemeinsam mit den Mietern die „Grün-Wünsche“ zu besprechen. Geboten wird seitens der Stadt neben einer finanziellen Unterstützung auch die Zusammenarbeit mit erfahrenen Gärtnern. (Schluß) ah/rr

Fahrverbot für LKW auf der Höhenstraße

Umweltschutz für Wienerwald

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) In einer Verkehrsverhandlung, die am Montag stattfand, wurde der Geltungsbereich des Fahrverbots für Lastkraftfahrzeuge im Zuge der „Höhenstraße“ ohne Einspruch festgelegt. Das Fahrverbot wird für LKW mit mehr als 3,5 Tonnen Gesamtgewicht

- in der Amundsenstraße und in der Neuwaldegger Straße zwischen dem Schottenhof und dem Hanslteich sowie
- auf der Höhenstraße und in der Keylwerthgasse zwischen der Artariastraße und dem Sommerhaidenweg gelten.

Es tritt am 1. Juli in Kraft und soll zum Schutz der Umwelt den Durchzugsverkehr der schweren Brummer durch den Wienerwald unterbinden. Das gab Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Die Fahrverbotsbereiche wurden so ausgewählt, daß es keine negativen Auswirkungen auf den ortsgebundenen Wirtschaftsverkehr, also auf die Nahversorgung, gibt.

Große Informationstafeln, die auf das LKW-Fahrverbot hinweisen, werden aufgestellt

- in der Nußdorfer Lände vor der Anschlußstelle Döbling,
- in der Gunoldstraße vor der Heiligenstädter Straße,
- in der Billrothstraße vor der Krottenbachstraße,
- in der Krottenbachstraße vor der Siolygasse,
- in der Hernalser Hauptstraße vor der Wattgasse und vor der Güpferlingstraße,
- in der Wientalstraße vor der Bräuhausbrücke und
- in der Linzer Straße vor der Bergmillergasse.

Diese Informationstafeln zeigen das Verkehrszeichen „Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen“ und den Zusatz „Amundsenstraße, Höhenstraße“.

Außerdem werden einige Verkehrszeichen „Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen“ mit Zusatztafeln aufgestellt, aus denen ersichtlich ist, in welcher Entfernung das Fahrverbot beginnt. (Forts. mgl.)
sc/rr

Sehr geehrte Bezieher der "Rathaus - Korrespondenz" !

Wegen eines technischen Gebrechens an der Lichtsatz- Anlage war es uns leider nicht möglich, die auf der Titelseite angekündigten Meldungen "Sitzung der Bezirksvertretung Liesing", "Wiener Altlastensanierung: Beispiel für europaweite Konvention", "Stadtentwicklungskommission nahm Bericht 1986 zur Kenntnis" und "Plakatpreise 1986 überreicht" in der gewohnten Form zu liefern. Um Ihnen diese Meldungen dennoch zur Verfügung stellen zu können, wurden sie in Form unserer Fernschreiben vervielfältigt. Wir ersuchen Sie um Ihr Verständnis und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Dienstag, 16. Juni
Blatt 1294

Wiener Altlastensanierung Beispiel für europaweite Konvention
=Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Methode bei der Sanierung von Altlasten wird u.a. Basis für eine Bodenkonvention sein, die dem Europarat vorgeschlagen wird. Das berichtete Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Braun, der an der Europäischen Umwelt-Ministerkonferenz in Lissabon teilgenommen hatte, bei der es um Fragen des Bodenschutzes ging, hatte dabei über die Wiener Altlastenerhebung berichtet. Auf Antrag Liechtensteins soll nun dem Europarat eine Bodenkonvention vorgeschlagen werden, die sich u.a. auf die Altlastenerhebung und -sanierung nach Wiener Vorgangsweise stützt.****
(Schluß) hrs/rr

Stadtentwicklungskommission nahm Bericht 1986 zur Kenntnis
Utl.: Untertunnelung des Gürtels beim Europaplatz bleibt möglich
=Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtentwicklungskommission unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK nahm Dienstag vormittag den Stadtentwicklungsbericht 1986 zur Kenntnis. Dieser Bericht ist der Hauptteil der laufenden Fortschreibung des Wiener Stadtentwicklungsplans. Darüber berichtete Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.****

Stadtrat Hofmann nahm vor allem zu einem Mißverständnis der VP-Fraktion in der Stadterneuerungskommission Stellung und stellte klar, daß es über einen möglichen Gürteltunnel unter dem Europaplatz noch keine Entscheidung gibt. Die Gürtelkommission, die ihre Empfehlungen Ende 1987 vorlegen wird, hält zwar eine solche Lösung nicht für sinnvoll, doch gibt es darüber noch keine politische Entscheidung. Die Arbeiten für die U-Bahnlinie U 3 sind keine Präjudizierung einer Gürtellösung. Es wird nämlich sowohl die Möglichkeit einer Unterführung des Gürtels im Bereich Europaplatz wie auch die Möglichkeit eines Tunnel Gürtel - Felberstraße offengehalten. (Schluß) sc/bs

Plakatpreise 1986 überreicht

=Wien, 16.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Dienstag auf dem Wiener Rathausplatz die Preise des Plakatwettbewerbes 1986, der vom Kulturamt der Stadt Wien und der Gewista veranstaltet wurde. Im Rahmen des Plakatwettbewerbes werden seit 35 Jahren Preise für die künstlerische Gestaltung von Plakaten verliehen. Zu den besten Plakaten des Jahres 1986 wurden "MOTRONIC" und die "PLAKATSERIE DER WIENER FESTWOCHE" gewählt, die jeweils mit einem Preis von 20.000 Schilling ausgezeichnet wurden.****

Das mit dem Preis der Gewista ausgezeichnete Plakat "MOTRONIC" wurde im Auftrag der Motronic Elektronische Geräte Ges.m.b.H. von Richard Donhauser gestaltet. Die "PLAKATSERIE DER WIENER FESTWOCHE" gestaltete Klaus Erwarth, Agentur Demner & Merlicek. Als bestes Plakat für die Gestaltung von Ganzsäulen wurde "TRINK COCA COLA-Schutzmarke" ausgezeichnet, weiters wurden folgende Plakate als vorbildlich gestaltet prämiert: "LIEBER BLEIFREI", "WENN ES HÖCHSTE EISENBAHN IST", "SO LÄSST SICH'S LEBEN - MIR SCHEINT ICH BIN BEIM LEINER", "GEIST UND FORM XI", "BALLOGRAF", "HAGAN - Schöne Schi. Neue Welt.", "WO GIBT'S KREDIT - Kika", "ALLES IST MÖGLICH ... mit 6 aus 45", "HALT MICH FEST - Palmers AG", "WOYZEK" - Ensemble Theater, "ANIMA" - Serapions Theater. (Schluß) gab/rr

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Dienstag, 16. Juni
Blatt 1297

Sitzung der Bezirksvertretung Liesing

=Wien, 16.6. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 17. Juni, findet um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses Liesing, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. diverse Anträge, Berichte des Finanzausschusses und der Verkehrskommission sowie Flächenwidmungen und Bausperren. (Schluß) du/gg

Chief vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Son- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 17. Juni 1987

Blatt 1298

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Zilk: Weniger Dokumente für Amtswege (1299/FS: 16.6.)
- Krankenschwestern, die man nicht hat, kann man nicht einsetzen (1300/FS: 16.6.)
- Neuer Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Floridsdorf (1301/FS: 16.6.)
- Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Gemeinderat (1302)
- Trauersitzung für Generaldirektor Dr. Walter Koling (1303)
- „Wie ich mir meinen Park wünsche...“ (1304)
- Spielfest „Am Schöpfwerk“ (1305)
- Busumleitung wegen Maurer Kirtag (nur FS)
- Isisbrunnen vor Wiedereröffnung (nur FS)

Sport:

- Bewerbung für die Ruder-WM 1991 in Wien (1306)

Zilk: Weniger Dokumente für Amtswege

Arbeitsgemeinschaft zur Vereinfachung der Verwaltung

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK berichtete heute, Dienstag, in seinem Pressegespräch von der Einsetzung einer magistratsinternen Arbeitsgemeinschaft zur Vereinfachung der Verwaltung für den Bürger. Aufgabe des Gremiums ist es, vor allem die Zahl der bei bestimmten Verwaltungshandlungen vorzulegenden Dokumente und Unterlagen zu reduzieren. Dazu drei Beispiele:

1) Magistratsabteilung 17:

Spitalsaufnahme:

Bisher (lt. Handbuch der Stadt Wien, Ausgabe 1985/86):

- Staatsbürgerschaftsnachweis,
- Heiratsurkunde,
- Meldezettel,
- Geburtsurkunde,
- Versicherungskarte,
- Krankenschein,
- Arbeitsbestätigung des Dienstgebers

zukünftige Vorgangsweise

Nur

- Versicherungsbestätigung,
- Amtliche Legitimation mit Lichtbild

2) Magistratsabteilung 61:

Anzeige des Todesfalles in der Wohnung:

Bisher (lt. Handbuch der Stadt Wien, Ausgabe 1985/86):

- Geburtsurkunde,
- Staatsbürgerschaftsnachweis,
- Heiratsurkunde,
- Meldezettel des Verstorbenen,
- ev. Scheidungs- bzw. Sterbeurkunde von dessen Ehepartner,
- Personalausweis des Anzeigers

zukünftige Vorgangsweise:

Nur

- Amtliche Legitimation des Verstorbenen

3) Magistratische Bezirksämter und Magistratsabteilung 63:

Anmeldung eines Gewerbes:

Bisher:

- Urkunden, die dem Nachweis über Vor- und Familienname der Person, ihre Wohnung, ihr Alter und ihre Staatsangehörigkeit dienen, sowie
- Nachweise der Befähigung

zukünftige Vorgangsweise:

Nur

- Amtliche Legitimation des Antragstellers sowie
- Nachweise der Befähigung

Leistungsbilanz „1000 Tage Arbeit für Wien“

Darüberhinaus legte der Bürgermeister eine umfangreiche Leistungsbilanz seiner bisherigen Tätigkeit unter dem Titel „1000 Tage Arbeit für Wien“ vor. Anhand der Regierungserklärung vom 28. September 1984 werden darin die wesentlichsten Punkte zusammengefaßt, die in den einzelnen Ressorts seither erledigt bzw. in Angriff genommen worden sind. (Schluß)
red/rr

Bereits am 16. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Krankenschwestern, die man nicht hat, kann man nicht einsetzen

Stadtrat Stacher antwortet 2. Landtagspräsidenten Hahn

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Zu der Aufforderung des 2. Landtagspräsidenten Fritz HAHN, man müsse über einen neuen Personalschlüssel für das Pflegepersonal in Wiener Spitälern nachdenken, stellte Gesundheitsstadtrat Professor Dr. Alois STACHER gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ fest, daß alles geschieht, um den Patienten in den Spitälern der Stadt Wien die bestmögliche Pflege zu garantieren.

„Wir können aber“, so Stacher, „Schwestern, die wir nicht haben, nicht einsetzen. Wenn der Herr 2. Landtagspräsident Hahn fertig ausgebildete Schwestern zur Verfügung hat, soll er sie doch an uns weiterreichen. Wir werden sie gern einstellen.“

Präsident Hahn wisse sehr gut darüber Bescheid, in welchem Ausmaß in den vergangenen Jahren die Schwesternausbildung bei der Stadt Wien ausgeweitet wurde. Die Stadt Wien ist natürlich auch bestrebt, durch den Einsatz von mehr Personal eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu ermöglichen. Darüber könne sich jederzeit jedermann informieren.
(Schluß) sc/bs

Bereits am 16. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Floridsdorf

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Dienstag nachmittag wurde in Floridsdorf Fritz KANDL (SPÖ) von Stadtrat Friederike SEIDL in Vertretung des Bürgermeisters als neuer Bezirksvorsteher-Stellvertreter angelobt. Er tritt damit die Nachfolge von Franz PETRITSCH an. In dieser Sitzung erfolgte auch die Angelobung von Edith HOFMANN als neuem Bezirksrat. (Schluß) pz/bs

Bereits am 16. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Gemeinderat

Landtag berät Verfassungsänderung

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Am Montag beginnt die für drei Tage anberaumte Sitzung des Wiener Gemeinderates zum Rechnungsabschluß 1986. Die Sitzung am Montag wird mit einer Fragestunde eingeleitet. Im Anschluß daran hält Finanzstadtrat, Vizebürgermeister Hans MAYR, sein Referat, dem die Generaldebatte folgt. Am ersten Sitzungstag werden die Budgetkapitel Personal-, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie Bildung, Jugend, Familie und Soziales beraten. Im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates findet am Abend auch eine Sitzung des Landtages mit der ersten Lesung über die Änderung der Wiener Stadtverfassung statt.

Am Dienstag werden die Budgetkapitel Wohnbau und Stadterneuerung, Planung und Stadtentwicklung, Gesundheits- und Spitalswesen sowie Kultur und Sport behandelt.

Am Mittwoch tritt um 9 Uhr der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wird. Auf der Tagesordnung stehen das Statistikgesetz, das Tierschutzgesetz sowie eine Novelle zum Schulgesetz und die zweite Lesung der Änderung der Wiener Stadtverfassung. Im Anschluß an die Landtagssitzung wird die Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates mit dem Kapitel Umwelt und Bürgerdienst sowie dem Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. Weiters behandelt der Gemeinderat den Bericht des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 1986.

Nach der Rechnungsabschlußdebatte tritt der Gemeinderat nochmals zu einer Geschäftssitzung mit rund 140 Tagesordnungspunkten zusammen.
(Schluß) fk/bs

Trauersitzung für Generaldirektor Dr. Walter Koling

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Für den am 2. Juni unerwartet verstorbenen Generaldirektor der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA), Dr. jur. Walter KOLING, fand Dienstag nachmittag eine feierliche Trauersitzung statt.

An der Stelle, wo Dr. Koling fast auf den Tag genau drei Jahrzehnte hindurch tätig war, davon eineinhalb Jahrzehnte in leitender Stellung (seit dem Jahre 1983 schließlich als Generaldirektor), ergriffen Generaldirektor-Stellvertreter Arnold KARNER, Betriebsobmann Ingrid DVORAK, Präsident, Abgeordneter zum Nationalrat, Rudolf PÖDER und Stadtrat Friederike SEIDL das Wort: Die Redner würdigten die Persönlichkeit Dr. Kolings, dessen Initiative die KFA zahlreiche bauliche und organisatorische Neuerungen verdankt. (Schluß) pz/rr

„Wie ich mir meinen Park wünsche...“

Wien, 17.6. (RK-LOKAL) „Wie ich mir meinen Park wünsche...“ war der Titel eines Zeichenwettbewerbes, den die Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland an den Wiener Schulen ausgeschrieben hatte. Rund 400 Zeichnungen, Modelle und Collagen wurden von den Kindern an die Ingenieurkammer gesendet — die besten Werke wurden gestern, Dienstag, bei einer Preisverleihung mit Stadtrat Helmut BRAUN ausgezeichnet. Zu sehen sind alle Bilder zum Thema „Wie ich mir meinen Park wünsche“ bis 26. Juni an Werktagen von 9 bis 16 Uhr in der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, die ihren Sitz im 4. Bezirk, Karlsgasse 9, hat.

Den ersten Preis des Wettbewerbes — er war ebenso wie das „Frühstück im Grünen“ Teil einer Grünoffensive der Architekten —, einen Rundflug über Österreich, gewann die PRIM XIII, Schloßberggasse, die außerdem noch einen der beiden zweiten und zwei der vier dritten Preise zugesprochen erhielt. Ebenfalls einen zweiten Preis erhielt die IGS XIV, Spallartgasse, dritte Preise gingen an die HS XXI, Roda-Roda-Gasse und das BG XVIII, Kloster-gasse.

Für alle Teilnehmer am Wettbewerb gibt es außerdem ein kleines Geschenk — von T-Shirts über Bonbonnieren bis zu Bilderrahmen. (Schluß)
hrs/rr

Spielfest „Am Schöpfwerk“

Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Ein Spielfest veranstaltet die Sozialpädagogische Beratungsstelle des Wiener Jugendamtes gemeinsam mit dem Institut für Heimerziehung bis 20. Juni täglich ab 14 Uhr am Spielplatz der Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk“ in Meidling. Es gibt ein vielfältiges Programm, das die Studenten des Institutes in Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendamt, den städtischen Büchereien und dem Jugendzentrum erarbeitet haben.

Geboten werden Filme, Lesungen, ein Zeichenwettbewerb, Stehgreiftheater und eine Tauschaktion für Bekleidung und Gebrauchsgegenstände. Nicht nur Kinder sind zum Spielfest eingeladen — auch Erwachsene können mitspielen oder sich über Aktivitäten und Angebote im Rahmen des Wiener Jugendamtes informieren. (Schluß) jel/bs

Bewerbung für die Ruder-WM 1991 in Wien

Wien, 17.6. (RK-SPORT) Mit Zusage und Unterstützung der Stadt Wien wird sich der Österreichische Verband beim kommenden Kongreß in Kopenhagen um die Ausrichtung der Ruder-Weltmeisterschaften im Jahre 1991 auf der Neuen Donau bewerben. Gestern, Dienstag, besichtigte der Präsident des Internationalen Verbandes, der ehemalige Europameister Thomas KELLER, die Strecke und zeigte sich in einem Gespräch mit Sportstadtrat Franz MRKVICKA begeistert. „Die Ausrichtung dieser Titelkämpfe in unserem Freizeitparadies wäre sehr bedeutungsvoll und würde insbesondere den Wiener Rudersport stark beleben“, meinte dazu Mrkvicka.

Die Chancen, zum 100jährigen Bestehen des ÖRV diese WM zu erhalten, stehen gut. Mitbewerber sind Moskau, Luzern und Mailand. Thomas Keller, seit 29 Jahren Präsident der FISA, betonte, daß er sich persönlich für die Vergabe an Wien einsetzen werde.

Vor der Ruder-WM käme auf der Neuen Donau die Junioren-Weltmeisterschaft der Kanuten zur Austragung. Termin ist August 1991. (Schluß)
hof/rr

Freitag vom Dienst:
800/9971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/9971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 19. Juni 1987

Blatt 1307

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

FPÖ für Privatisierung von Gemeindebetrieben (1312)

Kommunal:

Neuer Personalkindergarten im Pflegeheim Lainz (1308/FS: 18.6.)

Wiener Gesundenuntersuchungsprogramm nun offiziell erweitert (1309)

Bauarbeiten in der Hütteldorfer Straße und der Guldengasse (1310)

Theresienmesse in der Piaristenkirche (1311)

Festveranstaltung „Erfolgreicher U-Bahn-Bau für Wien — 15 Jahre MA 38“ (1313/1314)

Straßenbahnfahrer bei Unfall schwer verletzt (nur FS: 18.6.)

Nächste Woche kein Bürgermeisterpressegespräch (nur FS)

Kultur:

Vom Praterstern zum Riesenrad jetzt Gabor-Steiner-Weg (1315)

Neuer Personalkindergarten im Pflegeheim Lainz

Gemeinderatsausschuß genehmigte zehn Millionen Schilling

Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Zehn Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen für die Errichtung eines Kindergartens im Bereich des Pflegeheim Lainz. Der Kindergarten soll den Kindern des im Pflegeheimes tätigen Personals zur Verfügung stehen. Eingerichtet wird das Kindertagesheim im Gebäude der sogenannten „Wild'schen Stiftung“, das früher als Personalwohnhaus diente.

Erst kürzlich ist ein neuer Betriebskindergarten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe in Betrieb genommen worden. Weitere Kindertagesheime für die Sprößlinge von Krankenhausbediensteten gibt es im Wilhelminenspital, in der Rudolfstiftung und im Allgemeinen Krankenhaus. Der neue Kindergarten in Lainz wird über vier Gruppen verfügen. (Schluß) and/bs

Bereits am 18. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Gesundenuntersuchungsprogramm nun offiziell erweitert

Für Früherkennung von Herz- und Lebererkrankungen

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Der Früherkennung von Herz- und Lebererkrankungen, aber auch von Gehör- und Sehfehlern und der besseren Erfassung von Lungenerkrankungen dient die Erweiterung des Wiener Gesundenuntersuchungsprogramms, das vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen beschlossen wurde. Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER verwies darauf, daß Wien im Rahmen des sogenannten „Wiener Programms“ der Gesundenuntersuchungen seit Jahren ein erweitertes Programm zur Verfügung stellt, die Untersuchungen stets an den neuesten Erkenntnissen orientiert und die Gesundenuntersuchung selbst der Bevölkerung kostenlos anbietet, soweit nicht die Sozialversicherung für die Kosten aufkommt.

„Wiener Programm“ der Gesundenuntersuchung beispielgebend

Der Wiener Gemeinderat hat im Jahre 1975 mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eine Vereinbarung über die Durchführung von Gesundenuntersuchungen geschlossen. In Wien wird sowohl nach den gesetzlichen Vorschriften als auch — darüber hinaus — nach einem eigenen Untersuchungsschema die Suche nach Krankheiten betrieben, die dem Untersuchungswilligen bisher vielleicht noch nicht bekannt sind, deren Früherkennung jedoch die Heilungschancen deutlich verbessert. Das „Wiener Programm“ der Gesundenuntersuchung bot bereits bisher zusätzlich eine Kehlkopfspiegelung, Untersuchungen auf Blut im Stuhl, Untersuchung des Magensaftes auf Salzsäuremangel, Bestimmung des Blutfarbstoffes, Tests zur Erkennung von Blutveränderungen, Untersuchungen zur Erkennung von Störungen des Fettstoffwechsels, Harnsäurebestimmung im Blutserum sowie Schirmbildaufnahmen des Brustkorbes, bei Frauen außerdem eine Untersuchung des Gebärmutterhalses.

Weitere Untersuchungen kommen hinzu

Die Häufigkeit des Auftretens von chronischen Lebererkrankungen und Störungen des Fettstoffwechsels in der Wiener Bevölkerung haben Gesundheitsstadtrat Stacher bewogen, eine Ergänzung der Laboruntersuchungen zu initiieren. Durch eine verbesserte Früherkennung von Herzerkrankungen lassen sich Spätfolgen vermeiden. Daher kommen nun auch EKG-Untersuchungen ins Untersuchungsprogramm. Weiters will man Hör- und Sehschäden möglichst früh erkennen, denn erst im Erwachsenenalter bemerkte Mängel und Leiden sind oft kaum oder nicht mehr behebbar. Weiters soll nun durch eigene Tests die chronische Bronchitis schon bei Vorsorgeuntersuchungen erkannt werden, und auch die freiwillige Untersuchung auf AIDS-Antikörper wird künftig Teil des Untersuchungsprogramms sein. (Schluß) and/gg

Bauarbeiten in der Hütteldorfer Straße und der Guldengasse

Sperre der Stiegenanlage Stiegengasse

Wien, 19.6. (RK-LOKAL) Nach Abschluß der Gleisbauarbeiten erhält nun die Hütteldorfer Straße im 14. Bezirk im Abschnitt zwischen der Ameisgasse und der Lützowgasse einen neuen Fahrbahnbelag. Die Bauarbeiten beginnen am Montag und werden bis Mitte Juli dauern. In der Fahrtrichtung stadteinwärts gibt es eine Umleitung über die Linzer Straße.

Ebenfalls am Montag beginnen Bauarbeiten in der Guldengasse in Penzing vor der Kreuzung mit der Hadikgasse. Dort wird ein zusätzlicher Fahrstreifen für den Geradeaus- und Rechtsabbiegeverkehr angelegt. Während der Bauarbeiten, die bis Ende Juli dauern werden, ist die Guldengasse Einbahn in der Fahrtrichtung zum 13. Bezirk.

Ab Montag kann die Stiegenanlage, die die Stiegengasse im 6. Bezirk mit der Windmühlgasse verbindet, nicht benützt werden. Die Stiegenanlage wird abgebrochen und anschließend neu errichtet. Bis Ende November müssen die Fußgänger den kurzen Umweg Gumpendorfer Straße — Windmühlgasse in Kauf nehmen. (Schluß) sc/rr

Theresienmesse in der Piaristenkirche

Wien, 19.6. (RK-LOKAL) Für Kenner und Liebhaber der Musik von Joseph Haydn gibt es am kommenden Sonntag, dem 21. Juni, um 20 Uhr in der Basilika Maria Treu, 8, Piaristengasse 43, ein spezielles Angebot. Der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volkswbildungswerkes, veranstaltet mit Unterstützung des Kulturamtes eine Aufführung der Theresienmesse.

Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor sowie Noriko Sasaki (Sopran), Ritsuko Hirota (Alt), Robert Holzer (Tenor) und Peter Jelosists (Baß). Die Leitung hat Philippe Entremont. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/rr

FPÖ für Privatisierung von Gemeindebetrieben

Wien, 19.6. (RK-POLITIK) Für einen „geordneten Rückzug“ von Gemeindebetrieben aus Wirtschaftsbereichen, die nichts mit der kommunalen Versorgung zu tun haben, sprach sich FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL Freitag in einem Pressegespräch aus. Dieser Rückzug solle aber nicht in einer Art Panik erfolgen, eine wirtschaftliche Beteiligung solle dort, wo sie ein privater Unternehmer ebensogut oder besser erfüllen könne, schrittweise beendet werden. Hirnschall nannte als Beispiel die Firma ODELGA, die jährlich 10 Millionen Schilling Verlust abwerfe. Er forderte auch einen Rückzug der Gemeinde aus dem Verlagsgeschäft und der Baubranche und bezweifelte die Notwendigkeit des starken Engagements im Gastronomiebereich. (Schluß) ull/gg

Festveranstaltung „Erfolgreicher U-Bahn-Bau für Wien – 15 Jahre Magistratsabteilung 38“

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Eineinhalb Jahrzehnte des Bestehens der für den U-Bahn-Bau zuständigen MA 38 waren der Anlaß für eine Jubiläumsveranstaltung im Wiener Rathaus, die gleichermaßen einen Blick in die Vergangenheit wie in die Zukunft des Wiener U-Bahn-Baues bot. An der Spitze der zahlreichen Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Technik: Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Präsident Nationalrat Rudolf PÖDER, der Wiener Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER sowie der Präsident der Ingenieurkammer für Wien, Arch. Dipl.-Ing. Manfred NEHRER.

Der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie Johann HATZL hob in seiner Begrüßungsrede hervor, daß gerade mit dem U-Bahn-Bau in unserer Stadt laufend gewaltige Investitionen getätigt werden, die der Wirtschaft und damit den Arbeitern und Angestellten zugutekommen.

Für die Menschen bringt die U-Bahn eine gewaltige Zeitersparnis, egal ob es darum geht, die Arbeitsstätte oder Freizeiträume zu erreichen. In wenigen Minuten kommt man vom Stadtkern in Erholungsgebiete, wodurch die Lebensqualität Wiens deutlich gesteigert wird.

Wie Stadtrat Hatzl betonte, könne man stolz darauf sein, die umfangreichen Bauarbeiten so korrekt, termingerecht und kostengünstig zu vollbringen. Er dankte allen — den Mitarbeitern der MA 38, den planenden Architekten und Ingenieuren sowie den bauausführenden Firmen, die zum Gelingen dieses Großvorhabens beitragen. Besonderer Dank für ihr Verständnis gebühre auch den Bewohnern und Geschäftsleuten in den von den Bauarbeiten betroffenen Bereichen. Man ist bauseits immer bestrebt, die Belastungen für die Wohn- und Geschäftswelt möglichst niedrig zu halten und mit der Bevölkerung laufenden Kontakt zu pflegen.

Bürgernahe Einrichtungen wie beispielsweise ein eigener Ombudsman für jeden Bauabschnitt sind dafür der beste Beweis.

Präsident Pöder sagte in seiner Ansprache, er betrachte es als Ehre und Auszeichnung, an dem Tag, da dieses Jubiläum gefeiert werde, die Grüße der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zu überbringen. Er erinnere sich noch an die seinerzeit sehr intensive Diskussion darüber, ob Wien eine U-Bahn bekommen solle.

Für die Bediensteten, die bei Feuchtigkeit und Hitze sowie unter Druckluft arbeiten, mußten erst Leitlinien für die Entlohnung entwickelt werden. Der U-Bahn-Bau werde in die Annalen der Stadt mit goldenen Lettern eingehen.

Bürgermeister Dr. Zilk betonte in seiner Rede, er wolle allen, wo und wie auch immer sie tätig seien, für 15 Jahre vorbildlicher Arbeit seine Reverenz erweisen.

Die U-Bahn habe auch für die geistige Struktur der Stadt eine große Bedeutung, da die Modernisierung in allen Lebensbereichen zur Maxime geworden sei. Es gebe keine Zeichen für eine depressive Grundstimmung, vielmehr zeige sich hier, was die österreichische Technik alles könne und auf was wir alle stolz sein dürfen.

Bürgermeister Zilk begrüßte die Bestrebungen der „U-Bahn-Bauer“, immer wieder sowohl das historische als auch das kulturelle Erbe Wiens mit moderner Technik zu verbinden.

Entwicklung der MA 38

Als in Wien in den 50er und 60er Jahren erstmals größere unterirdische Verkehrsbawerke zu errichten waren, wurde die MA 29, Brücke- und Wasserbau, damit betraut. Innerhalb dieser Abteilung wurde deshalb ein Team gebildet, das für Tiefbauangelegenheiten in Wien zuständig war.

Im Jahre 1967 mußten verschiedene Bohrungen und Baugrunduntersuchungen für den kommenden U-Bahn-Bau durchgeführt werden, weshalb innerhalb der MA 29 aus diesem Team eine eigenverantwortliche Unterabteilung „U-Bahn-Bau“ gebildet wurde.

Mit den Tunnelvortriebsarbeiten anfangs der 70er Jahre wurden die Aufgaben des U-Bahn-Baues immer umfangreicher und durch den damit steigenden Personalbedarf war die Größenordnung einer Unterabteilung bei weitem überschritten, sodaß vor fast genau 15 Jahren (im Mai 1972) die Gründung einer eigenen, für den U-Bahn-Bau zuständigen Magistratsabteilung erfolgte. In dieser waren anfangs 15 Diplomingenieure und 15 Ingenieure sowie 32 Werkmeister, Kanzleibedienstete, Beamte des technischen Dienstes tätig.

Im Jahre 1977 erreichten sowohl die Jahresausgaben für das Grundnetz mit 2,8 Milliarden Schilling, als auch der Personalstand der MA 38 mit 82 Bediensteten ihren Höhepunkt. Die Fertigstellung des Grundnetzes erfolgte dann 1982.

Die folgenden Jahre standen ganz im Zeichen des beginnenden Ausbaues der Linien U 3 und U 6; Baulos um Baulos wurden die Tunnelvortriebsarbeiten quer durch Wien ausgedehnt. Das Jahr 1986 brachte mit einer Jahresbaurrate von 3,4 Milliarden Schilling einen vorläufigen Höhepunkt bei den U-Bahn-Investitionen.

Derzeit sind 115 Magistratsbedienstete im Rahmen der MA 38 mit der Durchführung der Arbeiten beschäftigt. Es sind dies 23 Diplomingenieure, 31 Ingenieure, 60 Werkmeister, Kanzleibedienstete etc. sowie ein Verwaltungsbeamter.

Wirtschaftliche und technische Impulse

Die jährlichen Investitionen für den U-Bahn-Bau fielen seit Beginn der 70er Jahre nie unter eine Milliarde Schilling und lagen im Durchschnitt sogar bei 1,9 Milliarden. Damit wurde ein großer und vor allem kontinuierlicher Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes und der Bauwirtschaft geleistet. Bis einschließlich 1986 flossen bereits 32,6 Milliarden Schilling in den U-Bahn-Bau, weitere 28 Milliarden sind auf heutiger Preisbasis in den nächsten acht bis neun Jahren bis zur Fertigstellung der 2. Ausbauphase noch aufzuwenden.

Schon bei der Errichtung der ersten unterirdischen Verkehrspassagen in Wien gelangte eine in Österreich entwickelte Bauweise, die sogenannte „Schlitzwandmethode“ erstmals zur Anwendung. Sie gilt heute bereits als Gemeingut des Tunnelbaues in aller Welt.

Die besonders wegen der kurzen Behinderung des Oberflächenverkehrs günstige anrainerfreundliche „Deckelbauweise“ brachte immer wieder Techniker aus Europa und Übersee zu Studien nach Wien. Zahlreiche Städte, beispielsweise Berlin, Budapest, Köln, München, Prag, aber auch Rio de Janeiro und Sao Paulo nahmen in der Folge diese spezielle Baumethode mit Erfolg in ihr Tunnelbauprogramm auf.

Als vorläufiger Schlußpunkt der Entwicklung auf dem Sektor der Tunnelbautechnik ist die derzeit erfolgreich beim Bau der Linien U3 und U6 angewendete „Neue österreichische Tunnelbaumethode“ hervorstreichend.

Aber auch die bereits fertig gestellten U-Bahn-Stationen, deren heutiges Erscheinungsbild nach Durchführung eines Wettbewerbs von einer Architektengemeinschaft entworfen wurde, haben ein positives internationales Echo bewirkt und Nachahmer in verschiedenen U-Bahn-Städten auf der ganzen Welt gefunden.

So hat der U-Bahn-Bau in Wien, als eines der größten Vorhaben der Wiener Stadtverwaltung in unserem Jahrhundert, hervorragenden österreichischen Ingenieuren und Architekten die Gelegenheit geboten, ihre Kenntnisse in die Realität umzusetzen. Und damit den international guten Ruf österreichischer Planungsarbeit und Ingenieurkunst weltweit zu festigen.
(Schluß) pz/rr

Vom Praterstern zum Riesenrad jetzt Gabor-Steiner-Weg

Bauherr des Riesenrades

Wien, 20.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Anlässlich des 90jährigen Bestehens des Wiener Riesenrades wurde der Weg vom Praterstern zum Riesenrad nach dem Bauherrn des Riesenrades, Gabor Steiner, in Gabor-Steiner-Weg benannt. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, der die Benennung am Freitag vornahm, erinnerte an Gabor Steiner als Theaterimpresario, Gründer der legendären Vergnügungsstadt „Venedig in Wien“ und eben Initiator des Wiener Riesenrades, das heute zu den großen Wahrzeichen der Stadt zählt.

Im Anschluß an die Benennung des Gabor-Steiner-Weges enthüllte Mrkvicka zwei Gedenktafeln an den Häusern Praterstraße 56 und 66. Im Haus Nummer 56 wohnte neben Gabor Steiner auch Josefina Gallmeyer, die als fesche „Pepi“ der Wiener Operette und des Volksstückes zum Publikumsliebling der Stadt in den Sechziger- bis Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts wurde.

Im Haus Praterstraße 66 wohnte Fritzi Massary, die gleichermaßen in Wien wie in Berlin die Operettendiva der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts war. Die Gedenktafeln, die an Gabor Steiner und die beiden Künstlerinnen erinnern, wurden in den Obhut die Stadt Wien übernommen. (Schluß) gab/rr

ab vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Anrufzeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
oder Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 22. Juni 1987

Blatt 1316

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Städtebund protestiert gegen neues Grunderwerbssteuergesetz (1323)

Kommunal/Lokal:

Goldener Rathausmann für Professor Rappaport (1317/FS: 19.6.)

65. Geburtstag von Alfred Auer (1317/FS: 20.6.)

Stacher: Suchtgiftkonferenz ist unmißverständliches Signal (1319/FS: 20.6.)

Im Herbst weitere Selbstschutzkurse (1320/FS: 21.6.)

Ottakringer Huberpark wird am Freitag eröffnet (1321)

„Fahrten ins Grüne“ (1322)

Wiener Gemeinderat (1324-1335)

Wiener Landtag (1335/1336)

Straßenabspernung im 7. Bezirk (nur FS/19.6.)

Mit dem Moped in Garage der Verkehrsbetriebe (nur FS)

Verbesserung einer Verkehrsampel in Ottakring (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing (1318/FS: 20.6.)

Kultur:

Isisbrunnen in der Josefstadt wiedereröffnet (1318/FS: 20.6.)

Goldener Rathausmann für Professor Rappaport

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Den Goldenen Rathausmann überreichte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Vertretung des Bürgermeisters am Freitag an Prof. Dr. Henry RAPPAPORT. Dieser ist ein international anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Hämatopathologie, der jetzt in den USA lebt. Die Überreichung erfolgte anlässlich der Verleihung des Goldenen Doktordiploms der Medizinischen Fakultät. Stadtrat Stacher betonte in diesem Zusammenhang, die Auszeichnung der Stadt Wien beweise, wie wichtig für uns die Wissenschaftler sind, die Wien in einer Zeit, als Österreich seine Freiheit verloren hatte, die Stadt aus politischen Gründen verlassen mußten, und wie stolz sie darauf ist, daß diese den Kontakt zu dieser Stadt weiter aufrechterhalten. (Schluß) and/rr

Bereits am 19. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

65. Geburtstag von Alfred Auer

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Alfred Auer wurde am 28. Juni 1922 in Wien geboren. Er ist Absolvent der Gartenbaumittelschule Eisgrub.

Am 5. August 1943 trat er seinen Dienst beim Wiener Stadtgartenamt an. Er fungierte zunächst als Leiter des gartentechnischen Referates, 1950 wurde er Stadtgartendirektor. Zwischen 1945 und 1950 bemühte sich Auer erfolgreich um die Wiederinstandsetzung der zerstörten Grünflächen Wiens. Bis 1965 entstanden 5 Millionen Quadratmeter Grünflächen nach seinen Entwürfen, 1963 arbeitete er das Grünflächenkonzept von Djakarta aus, 1964 führte er die Planung und künstlerische Leitung der WIG durch. Seit 1969 ist er auch Kurdirektor des Kurzentrums Oberlaa. 1974 war er der Hauptverantwortliche für die WIG 74; aus diesem Anlaß erschien auch sein Buch „Wien und seine Gärten“.

Im März 1975 wurde er von der MA 42 auf unbestimmte Zeit karenziert, um seiner Aufgabe als Geschäftsführer der Heilquelle Oberlaa Kurbetriebe Ges.m.b.H. voll nachkommen zu können. (Schluß) red/gg

Bereits am 20. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Isisbrunnen in der Josefstadt wiedereröffnet

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA hat den Isisbrunnen auf dem Albertplatz im 8. Bezirk wiedereröffnet.

Der Brunnen, der große Bedeutung für das örtliche Stadtbild hat, stammt aus dem Jahr 1833. Er ist der einzige gußeiserne Brunnen Wiens und besteht aus einem achteckigen, blumengeschmückten Becken, in dem sich auf viereckigem Sockel die Statue der Göttin Isis erhebt. Der Brunnen wurde nun in halbjähriger Arbeit mit Sandstrahl gereinigt und im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt mit einem mehrfarbigen Anstrich versehen. (Schluß) gab/gg

Bereits am 20. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Wien, 20.6. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 24. Juni, findet um 15.30 Uhr im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 2. Stock eine außerordentliche Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung statt. (Schluß) sti/gg

Bereits am 20. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher: Suchtgiftkonferenz ist unmißverständliches Signal Stets die Sucht und nicht den Süchtigen bekämpfen

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Ein unmißverständliches Signal solle die jetzt in Wien stattfindende Suchtgiftkonferenz der Vereinten Nationen setzen. Vorrangiges Ziel müsse stets sein, die Sucht und nicht den Süchtigen zu bekämpfen. Das forderte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag abend bei einem Empfang für die Teilnehmer an dieser Konferenz, bei dem er die Veranstaltungsteilnehmer in Vertretung des Bürgermeisters begrüßte. Stacher unterstrich in diesem Zusammenhang, daß Wien ein gut ausgebautes Netz an Therapieeinrichtungen besitzt. Die Abhängigkeit von illegalen Drogen liege in der Bundeshauptstadt hinter Alkohol und Medikamenten erst an dritter Stelle der Suchten. Für die Zukunft werde es wichtig sein, die Aufklärung zu forcieren. Sie sollte jedenfalls Vorrang vor einer Bestrafung abhängiger Menschen haben. Die Härte einer Strafe solle jedoch jene unnachsichtig treffen, die Geschäfte zulasten der Gesundheit und des Lebens machen, forderte der Gesundheitsstadtrat. Aufklärung sei ohne Zweifel nicht nur Sache der öffentlichen Stellen, sondern jedenfalls gleichermaßen verpflichtend für Eltern und Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter. (Schluß) and/rr

Bereits am 20. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Im Herbst weitere Selbstschutzkurse

Jetzt Adresse bekanntgeben – Informationen folgen

Wien, 21.6. (RK-LOKAL) Die nächsten Selbstschutzkurse sind ab Herbst im 2., 5., 6. beziehungsweise 7. und im 21. Bezirk geplant. Im Frühjahrssemester 1988 der Volkshochschulen gibt es weitere Kurse im 4., 11., 14. und 20. Bezirk. Wer jetzt seinen Namen und seine Anschrift elektronisch speichern läßt, erhält jeweils aktuelle Unterlagen per Post. Eine entsprechende Bestell-Postkarte sendet die Stadtinformation (Telefon 43 89 89) gerne zu.

Die beiden nächsten zentralen Selbstschutzberatungen finden am 2. Juli und am 6. August, das ist jeweils Donnerstag, von 15.30 bis 18 Uhr in der Schmidthalle des Rathauses (bei der Stadtinformation) statt. (Schluß) and/rr

Bereits am 21. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Ottakringer Huberpark wird am Freitag eröffnet

Neue Grünfläche im Stadterneuerungsgebiet

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Der Huberpark, eine neue, 4.200 Quadratmeter große Grünfläche im Stadterneuerungsgebiet Ottakring, ist nun fertig. Stadtrat Helmut BRAUN und Bezirksvorsteher Alfred BARTON werden den neuen Park in der Hubergasse 15 am kommenden Freitag, dem 26. Juni, um 10 Uhr eröffnen.

Die neue Erholungsfläche entstand an der Stelle des 1985 abgebrochenen Hauses Hubergasse 15. Gemeinsam mit den Anrainern, der Bezirksvorsteherung Ottakring und der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes hat das Stadtgartenamt um 2,8 Millionen Schilling den neuen Park gestaltet. Die schon früher vorhandenen alten Bäume blieben erhalten; neue Laub- und Nadelbäume und Sträucher kamen dazu. Für die Kleinen steht ein Kinderspielplatz zur Verfügung, Grillplatz und Trinkbrunnen sind ebenfalls vorhanden.

Zur Eröffnung der neuen Parkanlage wird es den ganzen Tag hindurch ein Parkfest geben: Um 9.30 Uhr beginnt's mit Blasmusik, um 10 Uhr wird der Park eröffnet, ab 13 Uhr stehen das Kabarett „Trittbrettl“, später der Kasperlbus, ein Kindertheater, Vorführungen einer Türkischen Volkstanzgruppe und weitere Attraktionen auf dem Programm. Auch Radio Wien wird von 15 bis 16 Uhr live vom Parkfest im Huberpark berichten. (Schluß)
hrs/rr

„Fahrten ins Grüne“

Aktion im Rahmen der Seniorenbetreuung

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer gibt es im Rahmen der Seniorenbetreuung der Stadt Wien im Juli und August wieder kostenlose „Fahrten ins Grüne“ für Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher aus den Bezirken 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9.

Ziel dieser Aktion ist es, Menschen aus grünarmen Bezirken die Möglichkeit zu Ausflügen in die am Stadtrand gelegenen Erholungsgebiete zu geben. Die „Fahrten ins Grüne“ finden Montag bis Freitag, jeweils von 13.30 bis 18 Uhr, per Autobus statt. Karten für diese Aktion gibt es im zuständigen Sozialreferat.

Bereits in den Vorjahren ausgestellte Teilnehmerkarten für die „Fahrten ins Grüne“, deren Ausflugsziele in einem Umkreis von 30 bis 40 km rund um Wien führen, behalten auch 1987 ihre Gültigkeit. Die Betreuung der Fahrtteilnehmer erfolgt durch geschultes Begleitpersonal.

Die Abfahrtsstellen für die „Fahrten ins Grüne“ sind für den

- 1. Bezirk: 1, Schwertgasse/Ecke Wipplingerstraße
- 4. Bezirk: 4, Favoritenstraße 18
- 5. Bezirk: 5, Rechte Wienzeile 107
- 6. Bezirk: 6, Amerlingstraße 11
- 7. Bezirk: 7, Hermannsgasse 24
- 8. Bezirk: 8, Schlesinger Platz 4
- 9. Bezirk: 9, Währinger Straße 43.

(Schluß) jel/gg

Städtebund protestiert gegen neues Grunderwerbssteuergesetz

Zilk-Brief an alle Abgeordneten zum Nationalrat

Wien, 22.6. (RK-POLITIK) In einem Brief an alle Abgeordneten zum Nationalrat protestieren der Präsident und der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Reinhold SUTTNER, schärfstens gegen das Grunderwerbssteuergesetz 1987, das nunmehr im Nationalrat beschlossen werden soll. Kritisiert wird der neue Steuersatz von 3,5 Prozent, der zu einem jährlichen Einnahmenverlust der Gemeinden von ca. 900 Millionen Schilling führen würde (die Gemeinden sind am Ertrag dieser Steuer zu 96 Prozent beteiligt und erhielten 1986 daraus 2,6 Milliarden Schilling). Um Aufkommensneutralität zu erreichen, müßte laut Städtebund der neue Steuersatz bei mindestens 4,6 Prozent liegen.

Die Zustimmung zu dem neuen Gesetz wäre — so heißt es in dem Protestbrief — eine „Verletzung der Verpflichtung des § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1985“, demzufolge vor steuerpolitischen Maßnahmen, die mit einem Steuerausfall verbunden sind, mit den betroffenen Gebietskörperschaften Verhandlungen zu führen sind. „Der Österreichische Städtebund sieht sich daher veranlaßt, namens der von ihm vertretenen Gemeinden das Bedauern über dieses Vorhaben auszudrücken und gegen die erneute Schmälerung ihrer Existenzgrundlage schärfsten Protest zu erheben. Er appelliert an die Damen und Herren Abgeordneten, die Gesetzesvorlage noch einmal zu überdenken und ihn in seinem Bemühen um Aufrechterhaltung und Verteidigung der verfassungsrechtlich gewährleisteten Gemeindeautonomie zu unterstützen, der ohne Sicherung einer ausreichenden finanziellen Grundausstattung der Gemeinden nur ein sehr geringer Stellenwert zukommt“, schreiben Zilk und Suttner abschließend. (Schluß)
chr/gg

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), welchen Einfluß die Ergebnisse der kürzlichen Klausur der Bundesregierung auf den möglichen Baubeginn der Staustufe Wien haben, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß diese Klausur weder unmittelbare noch mittelbare Einflüsse hat. Zunächst sind alle Voraussetzungen zu schaffen, die Ergebnisse des Wettbewerbs sowie verschiedene Gutachten abzuwarten, bevor diese Frage der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt wird, sagte Zilk.

Auf die Fragen, welche Art der Befragung vorgesehen sowie welcher Zeitpunkt dafür in Aussicht genommen wird, sagte Zilk, daß dies geprüft und erst nach Vorliegen aller Voraussetzungen entschieden wird. Wahrscheinlicher Termin für die Befragung ist 1988, sagte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. MAIER (ÖVP), ob er sich dazu bekenne, die Ergebnisse von öffentlichen Stellenausschreibungen im Bereich der Stadt Wien grundsätzlich einzuhalten, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß diese Ergebnisse selbstverständlich einzuhalten sind, darüberhinaus aber die jeweiligen Stellen mit den besten Personen zu besetzen sind.

Auf die ZUSATZFRAGE von Dr. MAIER, welche Qualifikation der neue Flughafendirektor erbringe, sagte Dr. Zilk, daß Dr. KOTRBA die beste Besetzung sei. Er war seit 13 Jahren Leiter eines gewinnbringenden Unternehmens, ist Jurist, Absolvent eines Lehrgangs für internationales Luftfahrtrecht und verfügt über entsprechende Fremdsprachenkenntnisse.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte unternommen werden, um die unlautere Konkurrenzierung der gemeindeeigenen Firma Odelga durch die hochsubventionierte verstaatlichte VEW zu unterbinden, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß Verhandlungen über eine Produktionsabgrenzung derzeit unterbrochen sind, da seitens der VEW kein Verhandlungspartner bestehe. Es seien aber Versuche unternommen worden, auf Ebene der Eigentümer zu einer Klärung der Frage zu kommen. Bisher allerdings ist es zu keiner Entscheidung gekommen, erklärte Mayr.

Die VIERTE ANFRAGE von GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) betraf die Auswirkungen der schwierigen Situation der österreichischen Bauwirtschaft auf die Wiener Bauwirtschaft. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte fest, daß die Wiener Bauwirtschaft 1986 im Gegensatz zur österreichweiten Entwicklung eine nominelle Steigerung von 14,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte. Trotzdem sei die Strukturanpassungskrise, die 1970 eingesetzt habe, nur teilweise überwunden. Die größte Steigerung mit rund 100 Prozent verzeichnete in Wien der Tiefbau. Es werde überlegt, ob Maßnahmen zur Preisdämpfung gesetzt werden müßten. Nach Auskunft der Stadtbaudirektion sei es derzeit vielfach notwendig, Ausschreibungen zu wiederholen, da sich zu wenig Firmen daran beteiligten. Es sei zu hoffen, daß diese Situation bald von der Bauwirtschaft durch Kapazitätsausweitungen verbessert werde, sagte Mayr. Durch die beabsichtigte Verlängerung der Wohnbauförderung seien auch im Wohnbau wesentliche Verbesserungen zu erwarten. Da aus terminlichen Gründen die entsprechende Änderung des Bundesgesetzes erst im Herbst durchgeführt werden könne, werde derzeit in Absprache mit dem Verfassungsdienst überlegt, vorübergehend dem neuen Verfassungsgesetz über die Wohnbauförderung als Landesgesetz Gültigkeit einzuräumen, bis entsprechende Ländergesetze erlassen werden können.

In der FÜNFTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) über Maßnahmen gegen die Lärmbelastigungen, die durch die Eröffnung der Vorortelinie notwendig geworden seien. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte, daß mit den österreichischen Bundesbahnen schon 1985 entsprechende Maßnahmen erörtert wurden. Da die Errichtung von Lärmschutzwänden nicht möglich war, einigte man sich auf den Einbau von Schallschutzfenstern, wobei Wien 20 Prozent der Kosten zu tragen hätte. Ein entsprechendes Gutachten über jene Objekte, die besonders dem Lärm ausgesetzt sind, liege vor. Im März 1987 haben die ÖBB jedoch die ursprüngliche Zustimmung mit der Begründung zurückgezogen, über keine gesetzlichen Grundlagen für diese Investition zu verfügen. Die versprochene Gesetzesänderung, die die Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen ermögliche, lasse jedoch noch auf sich warten.

Die SECHSTE ANFRAGE stellte GR. DAMPIER (SPÖ): Wie sind die bisherigen Ergebnisse der Müllsortierung in der neuen Anlage bei der Deponie Rautenweg? Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte, daß seit der Übernahme der Anlage im Dezember 1986 Müll angeliefert und sortiert werde. Aus dem angelieferten Gewerbe- und Sperrmüll wurden allein von Jänner bis Mai 1987 90 Tonnen Problemstoffe aussortiert. Durch das Aussortieren konnten 5.500 Kubikmeter Deponieraum eingespart werden.

Auf eine ZUSATZFRAGE erklärte BRAUN, daß diese Ergebnisse zwar zufriedenstellend seien, aber das Interesse von privaten Gewerbe- und Industriefirmen an wiederverwertbaren Rohmaterialien noch zu wünschen übrig lasse.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. DALLER (SPÖ), erklärte Stadtrat BRAUN (SPÖ), daß die Zusammensetzung des Mülls, der in Sperrmüllmulden in den Stadtrandsiedlungen gesammelt wird, durch die Eingangskontrollen und die Aussortierung bekannt sei. Durch die Aussortierung bestehe die Möglichkeit, die Problemstoffe auszusondern, darüber hinaus habe man der Bevölkerung zahlreiche Möglichkeiten anzubieten, Sondermüll zu entsorgen. Wie ein Beispiel im 22. Bezirk zeige, werde aberteilweise auch Mißbrauch in Form rücksichtsloser Ablagerungen in der Nähe von Sperrmüllcontainern getrieben. An einem flächendeckenden Angebot an Sperrmüllmulden werde gearbeitet.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Budgetmittel für die Sanierung des Ronachers zur Verfügung gestellt werden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), es sei nicht sinnvoll darüber vor dem Abschluß des Wettbewerbes und bei noch nicht feststehenden Baukosten zu diskutieren. Sicherlich aber müßten die Wünsche zum Beispiel hinsichtlich einer Probebühne an Hand einer Wirtschaftlichkeitsrechnung und im Zusammenhang mit den beiden anderen Theatern auf ein realistisches Ausmaß beschnitten werden.

Die Bettenauslastung der Wiener Hotellerie, erklärte Vizebürgermeister MAYR, auf die NEUNTE ANFRAGE von Gr. LANGHAMMER (ÖVP), habe im Fremdenverkehrsjahr 1985/86 durchschnittlich 46,2 Prozent betragen. Im einzelnen seien die Fünfsterne- und Viersterne-Hotels zu 49,6 Prozent, die Dreisterne-Kategorie zu 48,8 Prozent und die Zwei- und Einsternebetriebe zu 34,2 Prozent ausgelastet gewesen. Österreichweit habe die Auslastung 27,6 Prozent betragen. Der Mai 1987 habe gegenüber dem Mai 1986 und 1985 eine positive Entwicklung genommen, so seien die Übernachtungen von US-Urlaubern in Wien im Mai 1987 gegenüber dem Mai 1986 um 43 Prozent gestiegen. Auch der Preisrückgang werde eine langfristig positive Entwicklung zeitigen.

Ende der Fragestunde.

Forts. von Blatt 1324

Forts. auf Blatt 1326

Rechnungsabschluß - Generaldebatte

In seiner Rede zum Rechnungsabschluß 1986 stellte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) fest, daß die Einnahmen 76,3 Milliarden und die Ausgaben 82 Milliarden Schilling ausmachen. Die Einnahmen erhöhten sich dank vorsichtiger Voranschlagspolitik und relativ guter Wirtschaftsentwicklung mehr als die Ausgaben, sodaß der Abgang um eine halbe Milliarde geringer als präliminiert ausfiel. Mehreinnahmen gab es bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, bei den eigenen Steuern und Abgaben und anderen. Überschreitungen der vorgesehenen Ausgaben gab es beim eigenen Schuldendienst durch Rückzahlung von ungünstigen Krediten, beim Schuldendienst für Dritte, durch die Aufstockung der Rücklagen der Stadt Wien und durch die Bewältigung des Vortrags aus dem Jahre 1985, somit nur auf finanzpolitischem und finanztechnischem Gebiet, erläuterte der Vizebürgermeister. Der Schuldenstand blieb im wesentlichen stabil. Ziel des städtischen Finanzmanagements sei es, sagte Mayr, die günstigste Finanzierungsform für die Stadt Wien zu erhalten.

Gegenüber 1985 konnten die Investitionen stark ausgeweitet werden, betonte Mayr. Diese vermehrte Investitionstätigkeit sei ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Wien und für das ganze Land. Bei den staatlichen Investitions- und Strukturprogrammen müsse sichergestellt sein, daß diese Programme wirtschaftlichst durchgeführt werden, daß sie zu Strukturveränderungen und nicht zu einer Strukturkonservierung führen und daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben einzuschränken und Schulden abzubauen haben. Mayr unterstrich die Bedeutung langfristig orientierter Investitions- und Modernisierungsprogramme, zu denen Umweltschutzinvestitionen ebenso gehören wie auch der Bau der U-Bahn und von Spitälern.

Von allen Bundesländern Österreichs habe Wien im Jahr 1986 das höchste Wirtschaftswachstum gehabt. Das gehe aus einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes hervor, wobei der Schwerpunkt in Wien vor allem beim U-Bahn-Bau lag. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Arbeitsplätze überdurchschnittlich an. Und die positive Wanderungsbilanz habe auch eine Verjüngungswirkung für die Bevölkerung der Stadt.

Ergänzend berichtete Mayr über das positive Wirtschaftsergebnis der Wiener Holding mit mehr als 30 Tochtergesellschaften, die 6.000 Mitarbeiter beschäftigt und im Jahr 1986 einen Gewinn von 40 Millionen erzielte. Er sehe weder politisch noch wirtschaftlich einen Grund, Holding-Betriebe zu privatisieren, erklärte Mayr. Er warnte davor, einem Privaten Betriebe mit Monopolstellung zu übertragen und dabei zu erwarten, daß dieser seine Funktion anders als zum eigenen Vorteil nutzen werde. Der Vizebürgermeister spielte damit auf die Forderung nach einer Privatisierung der E-Werke an.

Zum Fremdenverkehr merkte Mayr an, daß die Strategie der Risikostreuung im Jahr 1986 ihre Bewährungsprobe bestanden habe. Der Ausfall bei den Amerikanern habe durch Steigerungen aus anderen Ländern kompensiert werden können. Die Chancen Wiens in der internationalen Konkurrenz des Städtetourismus bewertete Mayr als gut.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) zeigte sich besorgt um die Wiener Finanzen: Die Investitionen seien um 600 Millionen Schilling unter dem Voranschlag zurückgeblieben, das Rekorddefizit betrage 5,7 Milliarden Schilling. Wie bei der finanziellen Lage des Bundes und auch Wiens Projekte wie die Weltausstellung oder der Zentralbahnhof zu finanzieren wären, sei nicht klar. Die nunmehr auf 6 Milliarden angewachsenen Rücklagen im Wohnbereich zeigen hingegen das Unvermögen, mit den derzeitigen Strukturen Stadterneuerung zu betreiben. Hirnschall kritisierte den Verlust industrieller Arbeitsplätze in Wien und die Innovationschwäche der Wiener Wirtschaft. Auch die Beseitigung behördlicher Hemmnisse im Dienstlei-

Forts. von Blatt 1325

Forts. auf Blatt 1327

stungsbereich wie etwa die Änderung der derzeitigen Ladenschlußzeiten lasse auf sich warten. Im Spitalswesen sei die Limitierung von Privatbetten unverständlich, da diese zu einer Kostenverbesserung im Spitalswesen beitragen könnten. Generell sei gerade auf diesem Gebiet keine Verbesserung der Kostenstruktur zu sehen. Schließlich forderte Hirnschall auch im Bereich der Stadt Wien die Privatisierung von Firmen, die mit dem kommunalen Versorgungsauftrag nichts zu tun hätten. Hier sei ein geordneter Rückzug angebracht. Dem Rechnungsabschluß 1986 könne die FPÖ aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß der tatsächliche Schuldenstand per 31.12.1986 53,7 Milliarden Schilling betrage und sich aus den Finanz- und den Verwaltungsschulden zusammensetze. Vizebürgermeister Mayr habe daher nur einen eingeschränkten Bericht über den Rechnungsabschluß gebracht. Es erhebe sich daher die Frage, ob Mayr den Gesamtschuldenstand künftig präziser berichten werde und ob das Kontrollamt den Begriff des Gesamtschuldenstandes klarer definieren sollte. Es sei in besseren Zeiten zu wenig gespart worden, um eine antizyklische Budgetpolitik finanzieren zu können. Zudem liege sehr viel Geld brach und sei den Rücklagen zugewiesen worden, kritisierte Wöber. Vielmehr seien nun Investitionen notwendig, etwa im Bereich der Stadterneuerung. Hier sei das Regierungsprogramm von Bürgermeister Dr. Zilk nicht erfüllt worden. Drei Milliarden Schilling Sonderrücklagen, schleppende Bürokratie und eine verzögerte Grundstückspolitik würden einen Nachholbedarf, eine „Zweite Stadterneuerungs-Offensive“ notwendig machen. Die Konjunktur werde sich 1987 weiter abschwächen, sagte Wöber. Die wirtschaftliche Dynamik sei im Westen Österreichs stärker, und Wien habe in den letzten fünf Jahren die größten Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen. Daher sei der Rechnungsabschluß ein Zeichen und Anlaß für einen „SOS-Ruf“, um neue Initiativen einer engagierten Stadtverwaltung zu veranlassen.

Dem Versuch der ÖVP, bedingungslos auf den Privatisierungszug nach ausländischem Vorbild aufzuspringen, werde die Wiener SPÖ vehement entgegentreten, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ). Eine Zweidrittel- oder gar Eindrittelgesellschaft müsse mit aller Kraft verhindert werden. Für eine Privatisierung in größerem als geplantem Ausmaß bestehe kein Anlaß, vielmehr müsse die Politik den veränderten Zeit-, Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen angepaßt werden. Ein wirksames Instrumentarium sehe er in der Ausweitung der Dezentralisierung wie beispielsweise im Bereich der Verwaltung der städtischen Wohnhäuser und in der Aufwertung der Bezirke, sagte Swoboda. Ein Verkauf der Gemeindebauten, wie dies die ÖVP verlangt, ginge ausnahmslos auf Kosten der sozial Schwachen. Im Gesundheitsbereich habe sich die Ergänzung der Verwaltung durch Selbsthilfegruppen, wie sie bereits in Wien erfolgreich arbeiten, sehr positiv ausgewirkt. In der Wirtschaft sei ebenfalls nicht die Privatisierung vorrangig, sondern die Schaffung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

In Wien werde auch in Zukunft die bereits eingeschlagene Politik fortgesetzt: Forcierung der Stadterneuerung, Bewältigung der Umwelt- und Verkehrsprobleme sowie weitere Maßnahmen zur Hebung der Lebensqualität. Es sei der ÖVP unbelassen, einen Privatisierungswahlkampf zu führen, seine Fraktion werde sehr deutlich auf die in Zukunft notwendigen Maßnahmen — basierend auf den Leistungen der Vergangenheit — aufmerksam machen. Abschließend verwies Swoboda auf die 1986 sehr positive wirtschaftliche Entwicklung, die sowohl auf die gelungene Wirtschaftspolitik der Wiener Sozialisten als auch auf die Anstrengung Aller zurückzuführen sei. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Rechnungsabschluß zustimmen — und auch in den nächsten Jahren die Arbeit nach den gleichen sozialen Grundsätzen unter Anpassung an geänderte Bedingun-

Forts. von Blatt 1326

Forts. auf Blatt 1328

gen weiterführen.

Die Abwicklung der Wohnbauförderung und Wohnbausanierung in Wien sei einer der vielen Kritikpunkte, deretwegen die ÖVP den Rechnungsabschluß 1986 ablehne, erklärte GR. HAHN (ÖVP). So bestehe nach wie vor das Problem der Rücklagen im Wohnbaubereich, die 1984 940 Millionen, 1985 1.670 Millionen und 1986 3.590 Millionen betragen hätten. Während die Bauwirtschaft über die schwierige Lage klage, gebe es steigende Rücklagen, führte Hahn aus. Man müsse ein neues System überdenken, um sowohl der Bauwirtschaft als auch den Wohnungswerbern Rechnung zu tragen und Bauarbeitslosigkeit und zunehmende Schwarzarbeit zu verhindern. Offensichtlich sei eine bessere und lebendigere Architektur zu angemessenen Gesamtbaukosten nicht mehr finanzierbar, was auch mehrere Konkurse in der Baubranche im Zusammenhang mit Neubauvorhaben gezeigt hätten. Hahn brachte einen RESOLUTIONSANTRAG für eine Enquete zur Frage der Ausschreibungen im Baubereich ein. Auch im Bereich der Stadterneuerung liege vieles im Argen. Man werde Schwerpunkte setzen müssen und die politische Koordination zwischen Finanzstadtrat, Planungsstadtrat und Wohnbaustadtrat unkomplizierter gestalten müssen. Eine bedauerliche Entwicklung, erklärte Hahn, zeichne sich auf dem Sektor der Eigentumswohnungen, die zunehmend unerschwinglicher werden, ab. Auch bei der Rücklage nach der Parkometerabgabe gebe es Probleme, die durch fehlende Garagenkonzepte beziehungsweise nicht durchgeführte Garagenbauvorhaben verursacht werden. Die Parkplatzsituation im innerstädtischen Bereich werde zunehmend prekär. Ein weiteres negatives Beispiel sei die Abwicklung des Wasserwirtschaftsfonds, der 1986 439 Millionen Schilling veranschlagt, aber nur 202 Millionen abgerechnet habe. Erschwert werde die Arbeit des Wasserwirtschaftsfonds durch die Zusammenlegung mit dem Umweltfonds.

Ein Desaster zeichne sich aufgrund des neuen Meldegesetzes auch für die Finanzausgleichsverhandlungen ab, sagte Hahn. Die Stadt Wien werde aufgrund der ungeklärten Frage des ordentlichen Wohnsitzes Einnahmeverminderungen zu verzeichnen haben. Abschließend kritisierte Hahn die ungeklärten Fragen der Neugestaltung des Donauraumes, des Zentralbahnhofes und der Weltausstellung 1996.

GR. EDER (SPÖ) beleuchtete die Ursachen der positiven Konjunktorentwicklung im vergangenen Jahr und erläuterte, daß entscheidende Impulse von Handel und Bauwirtschaft ausgegangen seien. Zum Thema Ladenschluß erklärte Eder, die Handelsangestellten würden der Diskussion um eine Änderung der Ladenschlußzeiten positiver gegenüberstehen, wären bereits bisher alle Vereinbarungen eingehalten worden. Umsatz eines Betriebes und Öffnungszeiten in unmittelbarem Konnex zu bringen, entspreche nicht den Tatsachen. Was den Arbeitsmarkt betrifft, sei die Arbeitslosenzahl im übrigen Österreich deutlich stärker als in Wien gestiegen, doch seien in Wien besonders viele Jugendliche betroffen. Nicht zuletzt sei dies darauf zurückzuführen, daß Betriebe nur ausgebildete Mitarbeiter aufnehmen wollen und nicht bereit sind, junge Mitarbeiter selbst auszubilden. Die mangelnde praktische Ausbildung sei der Grund für die Jugendarbeitslosigkeit. Auch haben die Unternehmen auf die Wirtschaftsbelebung nicht durch zusätzliche Personaleinstellungen reagiert, sondern Rationalisierungen vorgezogen. Die Stadt Wien werde Arbeitsplätze für Jugendliche Arbeitslose zu schaffen haben.

Eder wies den Vorwurf überhöhter Gebühren und Tarife in Wien zurück. So werde durch die Einnahmen aus der Wassergebühr sichergestellt, daß Wien nahezu vollständig mit Hochquellenwasser versorgt werden könne.

Der ÖVP warf Eder Konzeptlosigkeit hinsichtlich der Pläne für die Zukunft vor und warnte auch, die Privatisierung öffentlichen Eigentums fälschlich als Gewinn für den Steuerzahler darzustellen. Vielmehr bedeute die Privatisierung Abgabe des Eigentums der Österreicher.

Forts. von Blatt 1327

Forts. auf Blatt 1329

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) sprach sich für verstärkte Privatisierungsbemühungen auch im Bereich der Stadt Wien aus. Man müsse sich auch der Holdingdoktrin erinnern, die das kommunale Interesse zur Bedingung für Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wien mache. Bei den derzeitigen Holdingbetrieben sei dieses Kriterium vielfach nicht gegeben. Maier kritisierte auch Schlamperei und Managementfehler im Bereich der Holding und nannte dabei verschiedene Betriebe wie die GEWISTA, die EKAZENT, die GUSTANA, Jugend & Volk und Augarten-Porzellan. Als konkreten Vorschlag für die Privatisierung führte er die Teilprivatisierung der Zentralsparkasse an, wo man etwa zu 50 Prozent an die Börse gehen könnte. Generell sollte die Stadt Wien, anstatt eigene Betriebe zu führen, besser die Gegebenheiten für das Wiener Wirtschaftsklima ändern und dieses den Erfordernissen der Zeit anpassen.

GR. SRAMEK (SPÖ) erklärte, daß Wien eines der wenigen Bundesländer ist, wo 1986 die Arbeitsplätze zunahmen.

Wien hält bei der vergleichsweise geringen Arbeitslosenrate von 4,8 Prozent. Einen besonderen Impuls für die Wiener Wirtschaft brachte der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds durch seine Informations- und Serviceleistungen. Ihm ist es zu verdanken, daß zwischen 1982 und 1986 177 Betriebe angesiedelt, 14.400 Arbeitsplätze dadurch geschaffen und 7,25 Milliarden Schilling investiert wurden. Wien sei der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ost-Region. Bemerkenswert seien darüber hinaus, so Sramek, die enormen Zuwächse im Fremdenverkehr. Wien liege an der vierten Stelle im europäischen Städtetourismus und an der fünften Stelle beim Kongreß-Tourismus, schloß Sramek.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen könne. Ein Grund dafür seien die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1986. Daß es zu gewissen Abweichungen kommen könne, liege in der Natur der Planung, die Abweichungen müßten sich jedoch in vorhersehbaren und politisch vertretbaren Grenzen bewegen. Auch die Erläuterungen zum Rechnungsabschluß enthalten eine erhebliche Zahl von „No-Na-Erklärungen“ beziehungsweise falsche Begründungen, weshalb es zu Abweichungen kam. So wurden beispielsweise entgegen der Ankündigung von Bürgermeister Dr. Zilk die Ausgaben für den PID nicht reduziert, sondern angehoben.

Die Führung der öffentlichen Spitäler, erklärte Vizebürgermeister MAYR zum Debattenbeitrag von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) werde durch die Aufstockung von privaten Spitalsbetten nicht billiger. Man dürfe außerdem private Betten nicht additiv zu den Betten öffentlicher Spitäler sehen. Zwei Drittel der Spitalsausgaben liegen auf dem Personalsektor. Die Beschlüsse der Landesfinanzreferenten bezüglich einer Kostenreduktion bei der medizinischen Versorgung der österreichischen Bevölkerung beruhen nicht auf ideologisch motivierten Überlegungen, sondern seien als konkrete Schritte hinsichtlich der Schaffung eines finanziellen Verbundes bei der Gesundheitsversorgung zu sehen. Die Kostensenkung im Gesundheitsbereich sei ein Problem, das nur im Gesamtzusammenhang der medizinischen Versorgung überhaupt zu lösen sei. Zum Vorwurf von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bezüglich einer unpräzisen Berichterstattung sagte Mayr, er lehne Diskussionen dieses Stils ab und werde sich weiter um eine vollinhaltliche Information bemühen. Zur Diskussion um die Parkometerabgabe merkte Mayr an, daß Milliardenbeträge für die Unterbringung von zwei Drittel der 600.000 Wiener Kraftfahrzeuge in Garagen erforderlich wären. Er könne der ÖVP-Argumentation auch in diesem Bereich schon aus rein finanztechnischen Gründen nicht folgen. Bezüglich des Meldegesetzes regte Mayr eine „Landesbürgerschaft“ an, die eine wesentliche Erleichterung bei der Frage des ordentlichen Wohnsitzes bringen könnte.

Forts. von Blatt 1328

Forts. auf Blatt 1330

Zur Privatisierungsdebatte sagte Mayr, daß unabhängig von den Eigentumsverhältnissen eines Betriebes hauptsächlich Managementfehler den Ausschlag für Fehlentwicklungen geben. Dies gelte für die Privatwirtschaft gleichermaßen wie für Verstaatlichte Betriebe.

Die Stadt Wien habe, unterstrich Mayr die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses 1986, wie auch schon in den Vorjahren entsprechend den Gegebenheiten gut und sparsam gewirtschaftet.

Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, bisher hätten sich Voranschlag und Rechnungsabschluß bei den Personalaufwendungen nur unwesentlich unterschieden. Doch nun strebe die Gewerkschaft einen Generalkollektivvertrag an, der mit einer Arbeitszeitverkürzung auch den öffentlichen Dienst betreffen soll. Daraus ergebe sich die Frage, wieviele zusätzliche Dienstposten zu schaffen sein werden, und vor allem welche Auswirkungen sich in den Spitälern zeigen werden, wo jetzt vielfach die 40-Stunden-Woche noch nicht eingeführt ist.

Außerdem stellte Hirnschall an die Personalstadträtin die Frage, welche Initiativen sie für die nächste Zeit hinsichtlich der Objektivierung der Postenvergabe anstrebe. Er befaßte sich schließlich noch mit der geplant gewesenen Delogierung des Stadtgartenamt-Mitarbeiters Urbancik, gegen den die Stadt Wien sowohl dienstrechtlich als auch bei der Staatsanwaltschaft Verfahren anstrebte. Obwohl die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Verleumdung der Stadt Wien zurückgelegt habe, befließigte sich die Stadtverwaltung einer unverständlichen Härte gegen den Beamten, der den Dienstweg nicht eingehalten habe. Das „Trauerspiel“ sollte endlich beendet werden, forderte Hirnschall.

GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) wies auf die Leistungen der Wiener Gemeindebediensteten und generell auf den Nutzen des Berufsbeamtentums hin. Gerade in diesem Bereich sei es jedoch notwendig, jeder Verpolitisierung entgegenzuwirken. In Wien scheine hingegen noch immer die Einstellung in den Gemeindedienst im Zusammenhang mit dem entsprechenden Parteibuch zu stehen, was sich auch in entsprechenden Fragebögen manifestiere, in denen nach politischen Interessen gefragt werde. In diesem Zusammenhang stellte Engelmayer den ANTRAG, bei Aufnahmegesprächen in jedem Fall die Befragung nach der Parteizugehörigkeit zu unterlassen, die bestehenden Formblätter mit dieser Frage aus dem Verkehr zu ziehen und die Freiheit der politischen Meinung im Bereich der städtischen Verwaltung zu gewährleisten. In einem weiteren ANTRAG forderte Engelmayer die Einführung einer überparteilich zusammengesetzten Objektivierungskommission für Gemeindebedienstete nach dem Modell anderer Bundesländer und die Bindung der Vergabe leitender Positionen an ein Ausschreibungsverfahren.

Kritik äußerte Engelmayer auch am bestehenden Disziplinarrecht, das verfassungsrechtlich bedenklich sei. Zur Bekräftigung seiner Argumentation legte Engelmayer gemeinsam mit den ÖVP-Abgeordneten Mag. KAUER, GUNDACKER und HELMER sein Mandat als Mitglied der Disziplinarkommission zurück.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) kritisierte an Hand der Personalpolitik des Landes Niederösterreich die ineffizienten Objektivierungsmaßnahmen des Nachbarbundeslandes. Ein Politisieren und Schlechtmachen des öffentlichen Dienstes lehne er ab, sagte Huber. Vielmehr sei gegenseitiges Verständnis erforderlich. Die Privatisierungsdiskussion habe allerdings Unruhe unter den öffentlich Bediensteten hervorgerufen, und er werte dies als Kampfansage an die sozialistischen Gewerkschafter. Eine generelle Privatisierung öffentlicher Dienste komme deswegen nicht in Frage, weil durch ihn viele wichtige, oft nicht gewinnbringende, aber sozial gerechtfertigte Aufgaben

Forts. von Blatt 1329

Forts. auf Blatt 1331

erbracht werden. Der öffentliche Dienst vermindere jenes Risiko, daß durch Alter, Krankheit oder Einkommensschwäche entstehen kann, erklärte Huber. Gerade in Wien gebe es viele Beispiele gut funktionierender und gewinnbringender Betriebe in öffentlicher Hand. Das Prinzip, Verluste zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren, liege nicht im Interesse der Erhaltung und des Ausbaues des Wohlfahrtsstaates, schloß Huber.

Die Dezentralisierung habe auch in die EDV Einzug gehalten, stellte GR. Ing. WORM (ÖVP) fest. Die Stadt Wien verfüge mit der MD-ADV über eine gewaltige Anlage, die einem Neuwert von 1,5 Milliarden Schilling entspricht. Die Datenverarbeitung sei pyramidenförmig aufgebaut. Die Schwierigkeit liege darin, daß die einzelnen Ebenen wegen des Einsatzes verschiedenster Typen inkompatibel sind. Durch diesen „Typensalat“ sei die Gemeinde gezwungen, immer wieder neue Plattenkapazitäten anzukaufen, und er bewirke überdies den extrem hohen Personaleinsatz von 400 Bediensteten, weil die Wartungsarbeiten enormen Umfang angenommen haben. In absehbarer Zeit werde es daher notwendig sein, die gesamte MD-ADV zu sanieren, wobei die Kosten dafür enorm höher sein werden als die Kosten für die Sanierung der EBS.

Er begrüße eine von Sachwissen getragene Diskussion um die Ausstattung von Dienststellen der Stadt Wien mit Personalcomputern, erklärte GR. Mag. ZIMA (SPÖ). Es sei legitimes Recht der Politik, diese Sachfragen zu diskutieren. Zu dem Debattenbeitrag von GR. Ing. Worm entgegnete Zima, daß es sich bei dem Ankauf von 160 Personalcomputern nicht um einen Versuch zur Lösung von Speicherproblemen der MD-ADV, sondern um einen Probelauf zur Beseitigung des Programmrückstaus handle. So biete der Einsatz der PC möglicherweise Lösungen für Probleme der Stadt Wien, die sich im Personal- und Kapazitätsbereich manifestiert hätten. Ein Personalcomputer könne sowohl als eigenständiger Rechner als auch als Terminal im Verbund mit einem Zentralen Datensystem arbeiten und biete damit zwei völlig differente Verwendungsmöglichkeiten. Zima regte weitere Diskussionen um die EDV in zweckentsprechender Weise an.

GR. LEHNER (SPÖ) sagte, Taxis seien die Visitkarte einer Stadt. Durch eine Verordnung wurden die Voraussetzungen für eine einheitliche Ausstattung der Fahrzeuge und die Verpflichtung der Fahrer zu einem gepflegten Aussehen festgelegt. Der Nationalrat hat durch ein Gesetz die Landeshauptleute ermächtigt, Vorschriften für die Zahl von Fahrzeugen entsprechend der Zahl und Lage von Standplätzen zu erlassen. Die derzeitige Wiener Rechtslage sei ein Garant dafür, daß es in Zukunft zu keiner unkontrollierten Entwicklung bei den Taxis komme, und in Zukunft sei auch damit zu rechnen, daß selbst bei ungünstigen Voraussetzungen (z.B. schlechtes Wetter) ausreichend Taxis verfügbar sind. Lehner bekannte sich zum Vorrang für den öffentlichen Verkehr und unterstrich die Vorteile der bereits erreichten Verkehrsberuhigung etwa auch durch das Lkw-Nachfahrverbot. Weitere positive Auswirkungen sollen sich durch die Zonen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen ergeben, die Bestandteil einer Novelle zur Straßenverkehrsordnung sein sollen, welche zur Beschlußfassung ansteht.

Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) nahm zu den Ausführungen ihrer Vordränger Stellung. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung sagte Seidl, daß diese im Bereich der Verwaltung durch Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung egalisiert werden könne, in anderen Bereichen sei die Situation schwieriger: So müsse man in den Spitälern daran denken, das Pflegepersonal von Arbeiten zu entbinden, die auch andere Bedienstete leisten können. Zur objektiven Postenvergabe sagte Seidl, daß die Aufnahmen nach objektiven Kriterien im Bereich der Stadt Wien gesichert sei. Der von GR. Ing. Engelmayr zitierte Fragebogen sei ihr und allen zuständigen Beamten unbekannt, der offizielle Fragebogen der MA 2 beinhalte selbstverständlich keine Fragen nach der Parteipräferenz. Sie sei jedoch bereit,

Forts. von Blatt 1330

Forts. auf Blatt 1332

gemeinsam mit der ÖVP ein Modell zur Reform der Postenvergabe zu diskutieren. Zum Fall von Ing. Urbancic sagte Seidl, daß dieses Verfahren aufgrund des komplizierten Sachverhaltes lange Zeit in Anspruch genommen habe. Im übrigen sei der Rechnungsabschluß kein geeignetes Forum, um diesen Fall zu diskutieren. Die Mandatsrücklegung der ÖVP-Gemeinderäte in den Disziplinarkommissionen nahm Seidl zur Kenntnis. Die entsprechenden Folgerungen müßten diskutiert werden. Abschließend dankte StR. Seidl allen Bediensteten der Stadt Wien für die von ihnen geleistete Arbeit.

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

Die Vergabe von Lehrerposten an öffentlichen Schulen in Wien kritisierte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Die Skepsis der FPÖ gegen die Bewerbungsbogen und das Objektivierungsmodell sei begründet gewesen, sagte Hirnschall. Die Objektivierung werde auf Ebene des Stadtschulrates unterlaufen. An der Praxis habe sich nichts geändert, alte Mißstände bestehen weiter. In einem Schreiben habe der Wiener Bürgermeister die Transparenz der Postenvergabe gegenüber der FPÖ zwar zugesichert, dennoch sei bei der Ausschreibung von vier leitenden Stellen ein Vierteljahr nach der Ankündigung der Objektivierung durch den Bürgermeister offensichtlich nicht viel verbessert worden. Es werde „Sand ins Getriebe“ der Objektivierung gestreut, und dies grenze an Sabotage, meinte Hirnschall.

Hirnschall verwies außerdem auf die Kritik der Ärzte am Fortbestand der Raucherzimmer in Schulen.

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte das Klima, welches wieder in das Landesjugendreferat Einzug gehalten habe. So seien einseitige Subventionsvergaben an SPÖ-nahe Organisationen wieder an der Tagesordnung, Projekte anderer Organisationen (Jungschar, Junge ÖVP usw.) werden durch bürokratische Schikanen abgewürgt oder erschwert. Diese Praxis entspreche nicht den hohen Ansprüchen von Bürgermeister Dr. Zilk, der das Jugendressort als erste Anlaufstelle mit Impulsgeberfunktion für alle bezeichnete. Der Redner kritisierte weiters die finanzielle Gebarung des Vereines für soziale Bildungsarbeit. Von Jänner bis August des vergangenen Jahres wurden keine Aufzeichnungen getätigt, es wurde jedoch um 4,7 Millionen Schilling mehr ausgegeben als geplant.

Einem vorliegenden Antrag zufolge benötigen die Jugendzentren weitere 20,3 Millionen Schilling zur Finanzierung. Diese Kostenexplosion sei auch auf die unkoordinierte Bautätigkeit beziehungsweise auf eine Explosion der Personalkosten, die bereits 63 Prozent des Gesamtaufwandes verschlingen, zurückzuführen. Gerade in diesem Bereich spreche der Kontrollamtsbericht Bände. Vor allem sei jedoch eine inhaltliche Kritik angebracht. Zu erwähnen seien hier, stellvertretend für viele Aktivitäten, die einseitige Propaganda für das Sandinisten-Regime in Nicaragua oder die Durchführung antifaschistischer Wochen ohne Einbeziehung der Situation der Menschen im Ostblock.

Abschließend meldete Prochaska Bedenken gegen einzelne Programmpunkte im Rahmen der Sexualitätswochen an.

Jugendarbeit und Jugendpolitik, erklärte GR. Margarete DUMSER (SPÖ) seien gleichrangig mit allen anderen Bereichen der Stadt zu sehen. Jugendpolitik sei aber nicht nach wirtschaftlichen Kriterien meßbar und müsse vom Grundsatz „agieren statt reagieren“ geprägt sein. Es gebe drei Problembereiche des Lebens Jugendlicher in der Stadt, die sich aus dem Zusammenleben, der Schule bzw. der Ausbildung und der Freizeit zusammensetzen. So sei im Bereich Zusammenleben vor allem eine Beseitigung der latenten Kinder- und Jugendfeindlichkeit notwendig. Zum Problem Schule und Ausbildung sagte Dumser, daß die Entwicklung der

Forts. von Blatt 1331

Forts. auf Blatt 1333

Hauptschule zur Restschule die Forderung nach einer gemeinsamen Schule der 10 bis 14jährigen und einer umfassenden Mittelstufenregelung unterstreiche. Alternativen zu dieser negativen Entwicklung könnten nur eine Wiedereinführung der Aufnahmeprüfung, die nicht erwünscht sei, oder die Einführung der Gesamtschule sein. Das Freizeitverhalten der Jugendlichen sei zunehmend konsumorientiert, was nicht begrüßenswert erscheine. Wien habe sich gerade auf diesem Sektor besonders viel einfallen lassen und der Notwendigkeit geeigneter Begegnungszentren für junge Menschen mit einem flächendeckenden Netz an Jugendzentren entsprochen. So hätten die vielen Jugendzentren der Stadt Wien verschiedenartigste Zielsetzungen und Aufgabenstellungen, vor allem aber eine Drehscheibenfunktion im sozialen Gefüge der Stadt. Jugendzentren setzen heute, sagte Dumser, sozial-, kultur- und bildungspolitische Akzente, agieren themenzentriert entsprechend der Bevölkerungsstruktur und bieten, neben Animation, Betreuung und Unterstützung für Jugendliche und Jugendgruppen, auch die Möglichkeit, eine Brücke zwischen den Jugendlichen und den Einrichtungen der Stadt zu schlagen.

Gemeinderat Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP), seit kurzem im Vorstand der Volkshochschule Margareten, kritisierte, beim Kursprogramm seien die Forderungen nach Demokratie und Überparteilichkeit oftmals nicht erfüllt. Er verwies auf Veranstaltungen über Karl Marx, Anarchismus und die Gestaltung einer „alternativen Buchwoche“. Die ÖVP fordere endlich ein Mitspracherecht im Präsidium, das bisher von der SPÖ abgelehnt worden sei. SPÖ-Veranstaltungen, so König, seien in der Volkshochschule fehl am Platz.

GR. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte verschiedene Verbesserungen im Sozialbereich. So sei etwa das Anspruchsalter für die Blindenhilfe von 15 auf 6 Jahre herunterzusetzen, und generell die Mobilitätsmöglichkeit für Behinderte zu verbessern. Dazu seien auch die Ausstattung der U-Bahn mit weiteren Aufzügen und die Adaptierung älterer öffentlicher Gebäude für Behinderte zu zählen. Unbürokratischer Hilfe bedürfen auch die Nichtseßhaften, denen das Jahr der Obdachlosen 1987 gewidmet sei. Hier müßte verstärkt versucht werden, Arbeitsplätze zu schaffen und die Resozialisierung der betroffenen Personen voranzutreiben. Zur Lösung des Wohnproblems der Obdachlosen forderte Schilling in einem ANTRAG ein geeignetes Wohnprogramm mit Übergangswohnungen und menschenwürdigen Herbergen. Insgesamt — so Schilling — wären die vorhandenen Mittel im Sozialbereich sicherlich durch bessere Organisation und effizienteres Vorgehen im Einzelfall besser einzusetzen. In diesem Sinn forderte sie den Einsatz der Datenverarbeitung im Sozialbereich und untermauerte diese Forderung mit einem ANTRAG.

GR. KÖNIG (SPÖ) stellte fest, daß die Sozial-, Familien- und Behindertenpolitik neben gut ausgebildeten Mitarbeitern auch den engagierten Mitbürger braucht. Dieser Weg der öffentlichen Hilfe, gepaart mit privatem Engagement, habe etwa 1986 dazu geführt, daß weniger Kinder als je zuvor — nämlich 729 — in Heimen und viel mehr in privaten Pflegefamilien untergebracht werden konnten. Der Wiener Weg der Jugendwohlfahrt, ihr Modell der Schulung und Beratung, sei international vorbildlich, sagte König. König sprach sich daher gegen eine Privatisierung von Risiken, gegen ein Kürzen von Förderungen und Leistungen und für den Rechtsanspruch auf eine bestmögliche öffentliche Hilfe für sozial Schwache aus. Um bestgeschultes Betreuungspersonal für Behinderte zu bekommen, wird im Herbst ein Ausbildungslehrgang für Fachkräfte seine Tätigkeit aufnehmen. Das Ziel dieser Maßnahme ist eine bessere Integration der Behinderten, die Verbesserung ihrer Chancen und die Ermöglichung eines eigenverantwortlichen Lebens der Behinderten. Beihilfen allein seien zu wenig, eine entsprechende Organisation, Schulung, Beratung und Rehabilitation muß eine wirkliche Hilfe für die sozial Schwachen gewährleisten.

Forts. von Blatt 1332

Forts. auf Blatt 1334

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) setzte sich mit der schwierigen Situation der Hauptschule in Wien auseinander. In manchen Bezirken besuchen 80 Prozent der Schüler eines Jahrganges die AHS-Unterstufe. Diese besorgniserregende Situation könne nicht einfach mit der Gesamtschule gelöst werden. Es liege auf der Hand, daß die Begabungen nicht so einseitig gestreut sind, daß beispielsweise im Gegensatz dazu in kleineren Orten 100 Prozent der Schüler eines Jahrganges die Hauptschule besuchen. Aus diesem Grund forderte Petrik, daß die Mitsprache der Länder ausgeweitet werde, weil nur dadurch auf regionale Bedürfnisse Rücksicht genommen werden könne. Wien brauche eine eigene Großstadtpolitik, die auf die Gegebenheiten Rücksicht nimmt, erklärte der Redner. Dies bedeute mehr Freiheit für die Länder, für die Schulen und auch für die einzelnen Lehrer.

Weiters forderte Petrik, daß schon bei der Lehrerausbildung auf die Anforderungen der Wirtschaft Rücksicht genommen werde, und daß es Aufgabe der pädagogischen Institute sein müsse, bestehende Wissensdefizite der Lehrer auszugleichen.

Abschließend erklärte Petrik, daß es sehr bedauerlich sei, daß im kommenden Schuljahr bei der Gemeinde Wien keine Uhrmacherlehrlinge im ersten Lehrjahr ausgebildet werden. Der dafür angegebene Grund, es hätten sich dafür zu wenig junge Menschen interessiert, könne nur ein Scheingrund sein.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dankte dem Redner für die sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Bildungspolitik, die in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen oft nicht möglich war. Er sehe darin die beste Voraussetzung für eine intensive, fruchtbare Auseinandersetzung mit dieser Thematik. „Wir werden noch viel über die Schule reden müssen“, betonte Zilk.

Die Vergabe von Lehrerposten, kündigte StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) in ihrem Schlußwort an, werde nach der Prüfung des Fragebogens durch die zuständigen Fachausschüsse nun ab Herbst 1987 nach den neuen Objektivierungsmodellen gehandhabt. Zum Thema Raucherzimmer erklärte Smejkal, daß ein Verbot allein zu nichts führen könne, hingegen müsse das Thema für Jugendliche verständlich aufbereitet werden und über die Schädlichkeit des Rauchens grundsätzlich informiert werden. Im Wiener Pflichtschulbereich gebe es außer in den Berufsschulen keine Raucherzimmer, für den AHS-Bereich laufe derzeit eine diese Problematik betreffende Umfrage. Die Berufsschule für Uhrmacher werde im Schuljahr 1986/1987 aufgrund eines Mangels an Bewerbern keine erste Klasse führen; dies sei bereits einmal der Fall gewesen. Smejkal wies auf die schlechten Zukunftschancen dieser Berufssparte hin und führte aus, daß neun Lehrlinge, die 1986 ihre Ausbildung abgeschlossen haben, derzeit noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Sie verzeichne es als einen Pluspunkt in der Entwicklung der Debatte um die Wiener Jugendzentren, merkte Smejkal an, daß die ÖVP-Kritik an dieser Einrichtung geringer geworden sei. Die Notwendigkeit der Jugendzentren sei sicherlich unumstritten. Inhaltliche und personelle Umstellungen seien aber weiter zu diskutieren. Dies gehe auch in die Richtung der „Arbeit für das Gemeinwesen“, die die Jugendzentren nicht ausschließlich für Jugendliche zu leisten haben. Es sei aber nicht das Ziel einer Weiterentwicklung der Jugendzentren, daraus soziale Zentren zu machen. Zur Kritik von GR. PROCHASKA (ÖVP) an einseitigen Subventionsvergaben sagte Smejkal, man habe 1986 mit erheblichem Finanzaufwand für viele Bereiche und zahlreiche Jugendorganisationen Erhebliches geleistet. Die Summe zur Sanierung des Vereins für soziale Bildungsarbeit sei nicht vergeblich angelegt, unterstrich Smejkal ihren Standpunkt.

Forts. von Blatt 1333

Forts. auf Blatt 1335

Geld könne nur eine Soforthilfe für Nichtseßhafte sein, besonders wichtig sei aber die Langzeitbetreuung durch Sozialarbeiter. Gerade hier müsse aber, betonte Smejkal, möglichst früh Hilfe angeboten werden. Besonders bei Jugendlichen beginne dies schon während beziehungsweise vor dem Strafvollzug, das Gleiche gelte für das Arbeitsplatz- und Wohnungsproblem bei Obdachlosen. Man werde, sagte Smejkal, noch intensivere Bemühungen setzen müssen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Problematik der Bevölkerung ins Bewußtsein zu rufen. Smejkal machte in diesem Zusammenhang auf die Tatsache aufmerksam, daß die Hälfte aller in Wien gemeldeten Obdachlosen aus den Bundesländern komme. Zum Abschluß sprach Smejkal den Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie und Soziales den Dank für die 1986 erfolgreich geleistete Arbeit aus.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 20.55 Uhr unterbrochen und wird Dienstag mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung fortgesetzt. (Schluß)

Wiener Landtag

Verfassungsänderung

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von 2. Landtagspräsident HAHN (ÖVP) zu einer Sitzung zusammen.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novelle zur Wiener Stadtverfassung, die u.a. eine Aufstockung der Zahl der Bezirksräte, Regelungen zur Mitwirkung der Bezirksbevölkerung und solche über die Abhaltung von Bürgerversammlungen vorsieht. Die Aufstockung der Zahl der Bezirksräte begründete Seidl mit der Fülle neuer Aufgaben, die durch die Dezentralisierung den Bezirken erwachse. Die Zahl der Bezirksräte richtet sich nicht nach der Zahl der Wahlberechtigten, sondern der gesamten Wohnbevölkerung.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, die Aufstockung der Bezirksräte würde nicht die gewünschte Entlastung bringen, weil eine Vielzahl zusätzlicher Sitzungen in neuen Gremien zu besetzen ist. Wichtiger wäre es, wenn die Sitzungen, an denen die — meist berufstätigen — Bezirksräte teilzunehmen haben, außerhalb der Arbeitszeit stattfänden. Die Orientierung an der Wohnbevölkerung sei innerhalb der österreichischen Rechtsordnung systemfremd, und man hätte diese Frage vielleicht mit den anderen Bundesländern diskutieren müssen. Über die Novelle zur Stadtverfassung verlangte Hirschall eine nach Punkten getrennte Abstimmung und erklärte, seine Fraktion werde der Aufstockung der Zahl der Bezirksräte nicht zustimmen. In einem ANTRAG forderte Hirschall, der zuständige Stadtrat solle vom Landtag beauftragt werden, eine Novelle zur Wiener Gemeindewahlordnung zu erstellen und diese zeitgerecht vor der nächsten Wahl zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Novelle solle das Verhältniswahlrecht mit Elementen eines Persönlichkeitswahlrechtes verbinden.

LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) stellte in Zweifel, ob der SPÖ wirklich um eine gravierende Änderung der Stadtverfassung zu tun sei. Die Wiener Verfassung sei auf die Mehrheit der SPÖ zugeschnitten und diene der Herrschaft der SPÖ. Nun ginge es der SPÖ nur um die Aufstockung der Zahl der Bezirksräte, jedoch nicht um mehr Bürgerrechte in den Bezirken und um die Dezentralisierung an sich. Abgesehen von gewissen Ansätzen bringe die Novelle nichts Neues: Volksbefragung, Abstimmungen in den

Forts. von Blatt 1334

Forts. auf Blatt 1336

Bezirken, Bürgerbüros und andere Vorschläge der ÖVP wurden abgelehnt. Die SPÖ stelle eben nach wie vor die repräsentative Komponente der Demokratie in den Vordergrund, einen Partecipatortismus, der angesichts der Hinwendung der Bevölkerung zur direkten Demokratie und zur Mitverantwortung des Bürgers überholt sei. Die ÖVP werde sich jedoch weiterhin für diese Werte einsetzen.

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) drückte seine Enttäuschung über das Verhalten der ÖVP in der Frage der Dezentralisierung der Wiener Stadtverwaltung aus. Zima begründete den Initiativantrag der SPÖ und sprach sich für eine Fortsetzung der Verfassungsgespräche über die Bürger-, Kontroll- und Minderheitsrechte aus. Die im Initiativantrag vorgesehene Aufstockung der Zahl der Bezirksräte sei erforderlich, weil zum notwendigen Geld auch die personellen Ressourcen hinzukommen müssen. Durch die anfallende Mehrarbeit in den Bezirksvertretungen ist eine Aufstockung unbedingt notwendig, wenn der Gefahr eines Mißlingens der Dezentralisierung wirksam vorgebeugt werden soll. Darüber hinaus sieht der Initiativantrag mehr Bürgermitbestimmung durch verpflichtende Bürgerversammlungen sowie die verpflichtende Abhaltung von Sprechstunden vor. Obwohl beide Oppositionsparteien bereits Verständnis für die Dezentralisierung als politische Maßnahme ersten Ranges gezeigt haben, drücken die Aussagen der ÖVP in letzter Zeit eine gewisse Abwertung demokratischer Einrichtungen und Parteien aus, sagte Zima. Viele Fragen und Diskrepanzen läßt die ÖVP unbeantwortet, frei nach dem Motto „Alles oder Nichts“, sodaß ein Konsens zwar wünschenswert aber schwer vorstellbar ist.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesvorlage wurde in 1. und 2. Lesung mit Mehrheit beschlossen. Der Antrag der FPÖ zur Novellierung der Wiener Gemeindewahlordnung wurde einstimmig zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 21.55 Uhr. (Schluß)

Forts. von Blatt 1335

Freitag vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Papier: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 23. Juni 1987

Blatt 1337

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wiener Stadtschulrat bietet Hilfe bei schlechten Noten (1339)
- Gasexplosion in einem Friseurgeschäft (1340)
- Wiener Gemeinderat (1341-1352)
- Wien-Tourismus im Mai deutlich stärker (1353)
- Lkw fuhr in „18 A“ (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt (1338)
- Sitzungen der Bezirksvertretungen Rudolfsheim-Fünfhaus und Ottakring (1338)

Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt

Wien, 23.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt findet am Donnerstag, dem 25. Juni, um 15 Uhr, im Amtshaus 22, Schrödingerplatz 1, 1. Stock, Zimmer 104 statt. Auf der Tagesordnung steht die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Groß-Enzersdorfer-Straße und Pilotengasse sowie der Entwurf einer Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen. (Schluß) smo/bs

Sitzungen der Bezirksvertretungen Rudolfshelm-Fünfhaus und Ottakring

Wien, 23.6. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 25. Juni, findet um 16 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfshelm-Fünfhaus statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. der Entwurf einer Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, Personelles sowie ein Flächenwidmungsplan.

Die Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet ebenfalls am 25. Juni um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 16, Richard-Wagner-Platz 19, statt. (Schluß) du/rr

Wiener Stadtschulrat bietet Hilfe bei schlechten Noten

Zilk-Aufruf an Eltern und Kinder zum Schulschluß

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Angesichts des bevorstehenden Schulschlusses appelliert Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Eigenschaft als Präsident des Wiener Stadtschulrates an Eltern und Schüler, sich von schlechten Noten nicht zu Kurzschlußreaktionen verleiten zu lassen. Ein „Nicht genügend“ sei kein Grund zur Resignation und dürfe keine familiäre Katastrophe auslösen, da es kein Werturteil über einen Menschen darstelle, betonte Zilk. Vielmehr sei es wichtig, die Ursachen für ein schulisches Versagen im Gespräch herauszuarbeiten. Zilk erinnert in diesem Zusammenhang an die breite Palette von Beratungs- und Informationsmöglichkeiten im Rahmen des Wiener Stadtschulrates:

- Gezielte Vorbereitung zur Wiederholungsprüfung
- Gespräche mit den Lehrern und den Mitarbeitern der Schulservicestelle des Wiener Stadtschulrates (93 46 16/222)

Der Schulpsychologische Dienst bietet:

- therapeutische Hilfestellung bei persönlichen Schwierigkeiten
- Beratung bei der Erarbeitung geeigneter Lerntechniken
- Beratung bei entwicklungsbedingten Schwierigkeiten.

Zur Krisenintervention stehen die Schulpsychologischen Beratungsstellen (43 15 61/331 oder 315) jederzeit zur Verfügung. Am Tag der Zeugnisverteilung sind die Beratungsstellen von 7.30 bis 18 Uhr geöffnet. Diese Dienste können auch während der Ferien in Anspruch genommen werden. (Schluß) chr/rr

Gasexplosion in einem Friseurgeschäft

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Dienstag vormittag war es in einem Friseurgeschäft in der Leopoldstadt, Taborstraße 44, zu einer Gasexplosion gekommen. Dadurch entstand im Friseurgeschäft ein Totalschaden. In den angrenzenden Geschäftslokalen war durch umgestürzte Zwischenwände erheblicher Sachschaden zu beklagen. Die Ursache ist noch nicht genau geklärt, vermutlich trägt ein Arbeiter die Schuld, der während Wartungsarbeiten an der Gasanlage eine Zigarette geraucht hat. Wie sich entgegen ersten Meldungen herausgestellt hat, sind acht, zum Teil schwerverletzte Personen zu beklagen: Natascha LINDNER, 21 Jahre, 11, Pretschgasse 21 (Verbrennungen I. und II. Grades Hand und Gesicht, AKH, I. Hautklinik), Gertrude WEISS, 38 Jahre, 2, Schiffamtsgasse 17 (Verbrennungen II. Grades, AKH), Claudia NIEDERHOFER, 21 Jahre, 2, Rotenkreuzgasse 5 (Verbrennungen I. und II. Grades an Händen und Fußgelenk, Wilhelminenspital), Ekrem EYUEPOGLU, 28 Jahre, 20, Rauscherstraße 8 (Verbrennungen am ganzen Körper II. und III. Grades, AKH), Peter WEISS, 45 Jahre, 2, Schiffamtsgasse 17 (Rippenprellung links, I. Unfallstation), Gerda JARIC, 81 Jahre, 2, Taborstraße 46 (Verbrennungen am Schenkel und Ellenbogen, Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhaus), Herta PAZELT, 65 Jahre, 2, Obere Augartenstraße 70 (Verbrennungen am Rücken und im Gesicht, AKH). Außerdem wurde Maria STRNAD, näheres unbekannt, ins Lorenz-Böhler-Krankenhaus gebracht. (Schluß) ull/gg

Wiener Gemeinderat

Wohnbau und Stadterneuerung

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Montag abend unterbrochene Rechnungsabschlußdebatte des Wiener Gemeinderates wurde am Dienstag unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit dem Sachbereich „Wohnbau und Stadterneuerung“ fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die Tätigkeit des Stadterneuerungsfonds, bezeichnete ihn als „Pfründebereitstellungsfonds“ und sprach von mangelnder Effizienz. Die Tätigkeit des Fonds könnte im Rahmen der Stadtverwaltung mindestens gleich gut erfüllt werden und wäre außerdem billiger. In einem ANTRAG verlangte Pawkowicz, der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds solle zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Zielplan und am Ende dieses Geschäftsjahres einen Geschäftsbericht zur Genehmigung vorlegen.

Ein weiterer Kritikpunkt von Pawkowicz war der städtische Wohnbau, dessen Qualität unter der zu breiten Streuung der Verantwortungen leide. Im Rahmen der Baubetreuung würden Genossenschaften bloß Geld kosten, aber nichts bringen. Planung und Ausschreibung von städtischen Wohnbauten sollten in eine Hand zusammengelegt werden, nach der öffentlichen Ausschreibung sollten die Aufträge an das Baugewerbe direkt vergeben werden, und, so Pawkowicz in einem ANTRAG, die Bauaufsicht sollte beedeten Ziviltechnikern übertragen werden. Hinsichtlich der Wohnungsvergabe verlangte Pawkowicz in einem weiteren ANTRAG, daß die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen sowie die Wartezeit punktemäßig zu bewerten und EDV-mäßig zu erfassen seien, wobei zusätzliche Punkte nur durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß vergeben werden könnten.

Der vierte ANTRAG von GR. Pawkowicz betraf die Wohnhäuserverwaltung. Er sieht vor, daß sich Gemeindewohnungsmieter im Rahmen der Mitbestimmung ihren Hausverwalter auch selbst aussuchen können, wobei die Auswahl aus dem Angebot interessierter Hausverwaltungen getroffen werden soll, die sich an einer öffentlichen Ausschreibung für diese Aufgabe beteiligt haben. Abschließend vertrat Pawkowicz die Ansicht, Gemeindemieter sollten ihre Wohnungen auch erwerben können.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte, daß es gerade im städtischen Wohnhausbau aufgrund mangelnder Kontrolle zahlreiche Schäden gebe. Als Beispiel nannte Fuchs die Wohnhausanlage Neilreichgasse, wo sechs Jahre nach der Errichtung bereits Sanierungskosten in der Höhe bis zu 80 Millionen Schilling aufgelaufen seien. Trotzdem gebe es nach wie vor kein Sanierungskonzept für diese Anlage. Im Bereich der Stadterneuerung stehe der Erfolg in keinem Verhältnis zum Aufwand des dafür eingesetzten Instrumentariums, sagte Fuchs. Zur Frage der Fernheizung sagte der Redner, dieser müsse Vorrang eingeräumt werden, allerdings, ohne Zwangsmaßnahmen für die Mieter zu setzen. Fuchs stellte diesbezüglich einen ANTRAG, die betroffenen Mieter umfangreich und detailliert über Funktion und Kosten der Fernheizung zu informieren. Schließlich forderte Fuchs die verstärkte Mitbestimmung der Mieter in den städtischen Wohnhäusern. Diese sei nicht gegeben, die Zwangsmitgliedschaft in der SPÖ-nahen Mietervereinigung diene eher Parteizwecken als den Mietern.

Er wolle durch die Aufzählung von Akten Halbwahrheiten richtigstellen beziehungsweise Unterstellungen entkräften, die in der Diskussion vorgebracht wurden, erklärte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Für den Wohn- und Stadterneuerungsbereich scheinen im Rechnungsabschluß Ausgaben von 14,12 Milliarden Schilling auf, das sind 18 Prozent der Gesamtausgaben. Daß auch im kommunalen Wohnbau in den vergangenen 20 Jahren Fehler passiert sind, sei unbestritten. Nicht zuletzt durch junge Technolo-

gien und neu eingesetzte Materialien kam es zu nicht vorhersehbaren Mängeln, die jetzt saniert werden müssen. Es wäre aber zu billig, die Schuld allein der Stadtverwaltung zuschieben zu wollen, vielmehr bestehe auch die Verpflichtung zur Eigenkontrolle der bauausführenden Firmen.

Die Mängelfeststellung sowie Sanierungsvorschläge werden gemeinsam mit den Mietern, Architekten, Zivilingenieuren und Gutachtern erarbeitet und besprochen, wobei es durch diese Mängelbehebung zu keiner Belastung der Mieter kommen dürfe. Diese Vorgangsweise soll sicherstellen, daß die Bauüberwachung besser als in der Vergangenheit funktioniert. In diesem Zusammenhang sollte die Praxis, daß der Billigstbieter als Bestbieter gilt, überlegt werden. In all diesen Entscheidungen müsse die Transparenz der Vorgänge Priorität haben, erklärte der Abgeordnete.

Während der vergangenen Landtagssitzung brachte die SPÖ einen Antrag ein, durch den den Gemeindemietern ein umfassendes Mitspracherecht an der Wohnhäuserverwaltung eingeräumt werden soll. Die ÖVP habe diesen Antrag abgelehnt, obwohl sie diese Forderung permanent erhebt. Damit lehne sie die Stellung der Mieter als gleichberechtigte Partner der Stadtverwaltung ab. Die ÖVP sehe allein im Verkauf der Wohnungen die beste Mietermitbestimmung. Diesem Ausverkauf des kommunalen Wohnbaues könne aus Gründen der sozialen Verantwortlichkeit unter keinen Umständen zugestimmt werden.

Die Verunglimpfung von bauausführenden Firmen weise er auf das Schärfste zurück, betonte StR. NEUSSER (ÖVP), ebenso die Behauptung, daß die ÖVP Firmen in ihrem Besitz hätte. Eine der Ursachen der Baumängel im kommunalen Wohnbau seien die Ausschreibungsmodalitäten, die eine sorgfältige Ausarbeitung des Anbots durch zu kurze Fristen verhindere. Unter der Voraussetzung, daß der Billigstbieter für den Magistrat auch als Bestbieter gelte, sei eine sorgfältige Bauausführung nicht immer zu erwarten, sagte Neusser. Die ÖVP fordere deshalb neue Wege zu einer unabhängigen Kontrolle im Bereich der Ausschreibung und der Auftragsvergabe.

Die Wiener SPÖ, rief GR. Rosa HEINZ (SPÖ) in Erinnerung, habe bereits 1923 ein kommunales Wohnbauprogramm, das die Schaffung von 25.000 Wohnungen in fünf Jahren umfaßte, beschlossen. Der kommunale Wohnbau sei eine Großleistung, welche die Lebensqualität zahlreicher Menschen positiv beeinflusst habe. Der kommunale Wohnbau müsse, wenn auch in beschränktem Ausmaß, weitergeführt werden, schon allein deshalb, weil es auf dem privatem Wohnungssektor noch rund 80.000 Substandardwohnungen in Wien gebe. Weitere große Aufgaben seien im Bereich der Wohnraumversorgung für Behinderte und der Integration alter Menschen, zum Beispiel durch Aufzugseinbauten in Wohnhäusern, sowie bei der Mietermitbestimmung, bei der Erleichterung im Falle eines Wohnungstausches und der Schaffung von Selbsthilfwohnungen für sozial Benachteiligte zu sehen. Verbesserungen habe man bei Delogierungsfällen erreicht, indem alte Mietrückstände bei zuverlässiger Bezahlung neuer Mieten erlassen wurden. Zur Privatisierung im kommunalen Wohnbau sagte Heinz, dies hieße den sozialen Aspekt zu vernachlässigen, dem Spekulantentum Vorschub zu leisten und nicht administrierbare Verhältnisse zu schaffen.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) stellte fest, daß die Sanierung der städtischen Wohnhäuser im Rechnungsabschluß nicht ausgewiesen sei. Teure Wohnungen seien nicht qualitativ, Luxuswohnungen zeigen Baumängel, und umfangreiche Mängelerhebungen seien erforderlich. Es sei daher festzustellen, wo die Ursachen für diese Baumängel liegen und wer verantwortlich ist. Hotter brachte einen ANTRAG ein, mit dem eine Erhebung der Baumängel, ein Sanierungskonzept sowie Konsequenzen daraus gefordert werden. Desinformation, fehlende Koordination und mangelnde Kontrolle müßten verhindert werden. Darüber hinaus müsse für die Vergabe

Forts. von Blatt 1341

Forts. auf Blatt 1343

leerstehender Wohnungen und für durchschaubare Abrechnungen gesorgt werden, wofür Hotter den Weg der „dezentralen Privatisierung“ vorschlug.

StR. EDLINGER (SPÖ) unterstrich die Bedeutung der Wohnungspolitik in der Gesellschaftspolitik, die vor allem die sozial Bedürftigen berücksichtigen müsse. Der hohe Anteil des kommunalen Wohnbaues mache es möglich, in dieser Stadt soziale Wohnbaupolitik zu betreiben. Wenn man sich dazu bekenne, der Stadterneuerung den Vorrang vor der Stadterweiterung einzuräumen, müsse man sich dennoch auch dazu entschließen, neben der Erneuerung bestehender Substanz neue Wohnungen außerhalb des derzeit bebauten Stadtbereiches zu errichten, um einer weiteren Schrumpfung der Wohnbevölkerung entgegenzuwirken, die Attraktivität des Wirtschaftsraumes zu erhalten und Wien für Zuwanderer einladend zu machen.

Was den Vorwurf betrifft, die in der Regierungserklärung des Bürgermeisters angekündigte Zahl von 1000 Totalsanierungen sei bei weitem nicht eingehalten worden, erläuterte der Wohnbaustadtrat, daß die negativen Erfahrungen (Spekulant) mit den Totalsanierungen dazu geführt haben, diese Absicht zu revidieren, weil sie als sozial unrichtig erkannt wurde. Hingegen wurde die vorgesehene Zahl von Neubauten und Erneuerungen bei weitem übertroffen. Kritik an ungenützten Rücklagen für die Wohnbauförderung trat Edlinger mit dem Hinweis entgegen, daß derzeit oft zugesicherte Mittel lange Zeit nicht in Anspruch genommen würden. Durch das Setzen entsprechender Fristen werde in Hinkunft eine kontinuierliche Mittelvergabe sichergestellt werden. Sollten andere Wohnbauträger die Mittel nicht fristgerecht in Anspruch nehmen, würden sie vom kommunalen Wohnbau genützt. Abgesehen davon übersteigen bereits jetzt die Zusagen die zurückgelegten Mittel. Im übrigen müsse damit gerechnet werden, daß es in zwei Jahren zu einem Finanzierungsengpaß kommen werde, und derzeit ließen sich auch noch keine Aussagen darüber treffen, wie die Wohnbauförderung des Bundes in Hinkunft gestaltet sein werde. Die Einladung der ÖVP zu einer zweiten Stadterneuerungsoffensive wertete Edlinger als Anerkennung dafür, daß eine erste Offensive erfolgreich läuft. Er verwies darauf, daß die Realisierungszeiten für die Erledigung von Anträgen deutlich verkürzt wurden und Verzögerungen häufig durch die Förderungswerber selbst verursacht werden. Unzufrieden zeigte sich Edlinger hinsichtlich der geltenden Regelung bei Ausschreibungen, die dem Billigstbieter den Vorzug gebe. Er zeigte sich interessiert an einer gemeinsamen Änderung der Ausschreibungskriterien. Zur Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum merkte Edlinger an, daß nach den Vorschlägen der ÖVP öffentliches Eigentum um wenig Geld verschleudert würde. In Großbritannien habe sich nach der Umsetzung dieser Forderung Obdachlosigkeit und Ausbreitung des Untermietwesens verbreitet.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, es gebe im Bereich der Wohnbaupolitik durchaus eine Reihe von positiven sachpolitischen Ansätzen von StR. Edlinger. Diese dürften nun nicht der Parteipolitik geopfert werden. Der Wille zur Mietermitbestimmung, zur Verwaltung in kleineren Einheiten, das Umdenken in Planungs-, Grün- und Wohnungsfragen seien hier zu nennen. Vielleicht werde es dieses Umdenken seitens der SPÖ in einigen Jahren auch bei der Privatisierung von Wohnungen geben, die aufgrund ihrer Struktur ohnedies nicht mehr als Sozialwohnungen bezeichnet werden könnten. Generell kritisierte Petrik die Trennung des Ressorts Planung und Wohnen. Er hoffe, daß dadurch nicht auch die Priorität der Stadterneuerung vor der Stadterweiterung in Frage gestellt sei. Zur Frage der aufgelaufenen Rücklagen sagte Petrik, daß hier das Grundproblem die Zurverfügungstellung von Baugrund sei, was auch für den Stadterneuerungsfonds zutrefte. Bei diesem liege es jedoch auch an der langsamen, durch

Forts. von Blatt 1342

Forts. auf Blatt 1344

bürokratische Hürden bedingten, Durchführung von Sanierungen, daß die Maßnahmen nicht so gegriffen haben wie gewünscht. Eine sinnvolle Entwicklung sei hier noch nicht abzusehen. In der Frage der Mietermitbestimmung könne man nicht mit billiger Polemik agieren. Tatsache sei, daß die Gemeindebaummieter automatisch Mitglieder der SPÖ-nahen Mietervereinigung seien, und über den Mietzins auch der Mitgliedsbeitrag entrichtet werde.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, daß die SPÖ die Privatisierung von Gemeindewohnungen ablehne, weil dies zutiefst unsozial wäre. Sollte dem Wunsch der ÖVP nachgegeben werden, hieße dies die Schaffung von zwei verschiedenen Bewohnerkategorien. Weiters stellte der Abgeordnete fest, daß die Mietervereinigung im Rahmen der Mietermitbestimmung niemals einen Alleinvertretungsanspruch geltend gemacht habe. Er habe sich immer dafür eingesetzt, im Bereich des Wohnbaues und der Stadterneuerung mit der ÖVP zusammenzuarbeiten, weil ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Es reiße ihm jedoch die Geduld, wenn sein Vorredner als Vizepräsident des Stadterneuerungsfonds ständig die Doppelstrategie verfolge, intern zwar mitzudiskutieren und mitzuarbeiten, aber nach außen hin nichts als Schuldzuweisungen an die SPÖ zu betreiben, schloß Swoboda.

StR. Edlinger bedauerte in einer zweiten Wortmeldung, daß die ÖVP erst so spät und nicht zuerst im Gemeinderat ihre Standpunkte zur Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik vorgebracht habe. Er vertrete die Überzeugung, daß Wohnungspolitik mit einem Maximum an Kenntnissen und nach klaren Grundsätzen orientiert gemacht werden soll. Für ihn habe die Hilfe für den sozial Schwachen Priorität, sagte Edlinger. Er lehne die Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen deshalb ab, weil sie unsozial sei. Er stelle darüberhinaus eine Angst der ÖVP vor einer Weiterentwicklung oder Föderalisierung von Mietrechtsbestimmungen, die ein Mehr an Mietermitbestimmung bedeuten, fest. Das Mietermitbestimmungsstatut für die Wiener Gemeindebauten sieht vor allem die freie und demokratische Wahl von Vertrauenspersonen vor. Dies liege sowohl im Interesse der Mieter wie auch einer funktionierenden Verwaltung. Jeder, der bei der Bewältigung der Probleme konstruktiv mithelfe, sei ihm willkommen, schloß Edlinger.

Planung und Stadtentwicklung

Das Fehlen langfristiger Planungen und konkreter Zielvorstellungen kritisierte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung. So scheine ihm die Stadtplanung etwas außer Tritt geraten und eine Fülle von Projekten nur „Seifenblasen“ zu sein. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs habe man die U-Bahn zum Beispiel am Südbahnhof vorbeigeplant, das Konzept „Bahn 2000“ verspreche nun, da die U 3 sich dem Westbahnhof nähere, eine Verlegung dieses Bahnhofes. Ebenso ungeklärt sei die Frage des Zentralbahnhofes und seines Standortes, sagte Pawkowicz.

Ein Paradebeispiel für die Vermengung von Politik, Geschäft und Kunst sei die Baulücke des Haas-Hauses, die nun, vermutlich mit Hilfe einer Änderung der Bauordnung, durch eine „solitäre“ Konstruktion Architekt Holleins gefüllt werden solle. Man habe mit dem Abbruch des Haas-Hauses ein großangelegtes Spekulationsgeschäft zugunsten der Zentralsparkasse gefördert und mit einer Änderung der Flächenwidmung den Baugrund um 40 Prozent bzw. 280 Quadratmeter erweitert, was eine weitere Wertsteigerung des Grundstücks bedeute.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) beleuchtete kritisch die Stellung der Stadtentwicklungskommission, deren Aufgabe die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes und die Beurteilung aller relevanten Projekte ist. Sie nehme Berichte zur Kenntnis oder auch nicht, die Entscheidungen über

Forts. von Blatt 1343

Forts. auf Blatt 1345

wichtige Vorhaben fielen jedoch anderswo. Das betreffe beispielsweise die Zukunft des Europaplatzes, über den ein politisches Gremium der SPÖ (Amtsrat) unbefriedigend entschieden habe: Die nun ins Auge gefaßte Variante würde lange Aufgrabungszeiten bescheren, ohne ein zukunftsweisendes Projekt jedoch zu verwirklichen. Unbefriedigend sei auch die Entscheidungsfindung beim Zentralbahnhof — auch hier seien noch viele wichtige Details ungeklärt. Was die Ostregion Österreichs betreffe, sei es wichtig, die Planungsgemeinschaft Ost aufzuwerten. Sinnvoll könnte es vielleicht sein, ein Drei-Länder-Parlament ins Leben zu rufen, in dem die drei Landtage von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland nach der politischen Zusammensetzung vertreten sein könnten. Dies könnte die Demonstration einer Zusammenarbeit innerhalb der Ost-Region sein.

GR. FAYMANN (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Planungsarbeit und im besonderen des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum“ für die Zukunft Wiens und die Verbesserung der Lebensqualität der Stadt hin. Faymann betonte die interdisziplinäre Durchführung des Wettbewerbes und die Möglichkeit, damit verschiedene Zielgruppen anzusprechen und die Bevölkerung in den Planungsablauf einzubeziehen. Der Wettbewerb lasse sich nicht auf die Frage des Kraftwerkes reduzieren, sondern er biete — und das habe bereits die erste Phase gezeigt — die Chance visionärer Planungen in städtebaulicher und ökologischer Hinsicht. Grünraumgestaltung, die Fragen der neuen Bahn, Wohnbau und Sportstätten seien in dieser Konzeption als komplexes Ganzes zu sehen. Nach dem Abschluß der ersten Phase, die neben den Vorschlägen der Fachleute Beiträge von 4.000 Wienerinnen und Wienern gebracht hat, seien die Aussichten für die weitere Entwicklung des Wettbewerbes sehr gut. Bezüglich des Donaukraftwerkes Wien sagte Faymann, daß hier alle Unterlagen geprüft, alle Fragen erörtert und alle Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden sollten und dann die Entscheidung, ob und wann gebaut werden soll, gemeinsam mit der Wiener Bevölkerung getroffen werden sollte. Faymann wies schließlich noch auf die Versuche mit Tempo 30 in verschiedenen Wohngebieten und den weiteren Ausbau der Radwege hin.

GR. ZIGMUND (ÖVP) nahm zur Bezirksentwicklungsplanung am Beispiel Ottakring Stellung. Er habe diesen Bezirksentwicklungsplan im Ausschuß nicht in erster Linie deshalb abgelehnt, weil er mit dem Inhalt und der Planung nicht einverstanden sei, sondern aus Kostengründen. Für die nun vorliegende zweite Fassung wurden Ausgaben von 1,55 Millionen Schilling genehmigt. Durch die Bezirksentwicklungsplanung sollten vor allem eine Dezentralisierung und die aktive Mitarbeit der Bürger sichergestellt und Visionen als Ausdruck des politischen Willens entwickelt werden.

Der Bezirksentwicklungsplan Ottakring enthalte allerdings verschiedene Mängel: Er gibt keine Antwort auf Fragen der Finanzierung, es fehlen langfristige politische Perspektiven, die Schließung des Grüngürtels wird nicht erreicht, es fehlen Lösungen für die Neugestaltung der Westeinfahrt sowie für andere wichtige Verkehrsfragen. Bei Planungsausgaben von über 1,5 Millionen Schilling dürften diese wichtigen Details nicht fehlen, schloß Zigmund.

GR. OBLASSER (SPÖ) merkte an, daß für die Erstellung der Bezirksentwicklungspläne die weitestgehende Erfassung aller offenen Probleme Voraussetzung ist. Erst dann könne man an die Verwirklichung von Vorhaben gehen. Die ÖVP berufe sich wohl jetzt immer wieder auf Stadtentwicklungsplan und Verkehrskonzeption, doch als beide zur Beschlußfassung vorlagen, habe die ÖVP dagegen gestimmt und die Möglichkeit zur Mitarbeit nicht genutzt.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) würdigte die Bemühungen der MA 19 — Stadtgestaltung um zeitgemäße Architektur, die sich in das Stadtbild einfügt. Bei den Maßnahmen für den Gürtel sowie die Süd- und die Westeinfahrt gehe es darum, die Lebensqualität zu heben und die Voraussetzun-

Forts. von Blatt 1344

Forts. auf Blatt 1346

gen für eine Erneuerung zu schaffen. Die Gürtelkommission werde bis zum Ende des heurigen Jahres ihre Vorschläge unterbreiten, die Bezirke arbeiten an diesen Vorschlägen mit. Wesentlich ist, daß die Möglichkeiten des Machbaren beachtet werden und daß gleichzeitig die Verwirklichung von Projekten für einen überschaubaren Zeitraum offengehalten wird. Große Bedeutung besitze auch die Schaffung von Park-and-Ride-Standorten, für deren Errichtung sich Wien nicht nur im eigenen Stadtgebiet starkmachen solle, sondern auch intensive Verhandlungen mit Niederösterreich zu führen habe, wo ebenfalls Park-and-Ride-Standorte — im Bereich von Bahnhöfen — zu errichten wären.

Im Bauloch des Haas-Hauses stecke das Geld zahlreicher Sparer der Zentralsparkasse und Versicherungsnehmer der Wiener Städtischen Versicherung, sagte GR. NEUMANN (ÖVP). Abgesehen von dem Schaden, der dem Wiener Fremdenverkehr aus diesem überstürzten Abbruch entstanden sei, seien die Ereignisse um das Hollein-Projekt ein Beispiel für die Vorgangsweise der Rathaus-Mehrheit gegen die Interessen der Bürger und Geschäftsleute des 1. Bezirkes. Ein weiteres Beispiel sei die Gestaltung des Albertina-Platzes, zu der die ÖVP die Ausschreibung eines Wettbewerbes für gärtnerische Gestaltung fordere. Auch die Parkplatzpolitik in der Inneren Stadt sei verfehlt, das „Parkplatz-Pickerl“ für die Bevölkerung werde von der SPÖ vehement abgelehnt. Ein weiterer Wunsch der Menschen des 1. Bezirkes, nämlich das Verbot von Reisebussen innerhalb des Ringes, scheitere am politischen Widerstand im Rathaus.

GR. GLÜCK (ÖVP) stellte fest, daß die Wiener Kleingartenpächter für die Erhaltung des 6,8 Millionen Quadratmeter umfassenden öffentlichen Grünraumes sehr viel Pacht bezahlen müssen. 312.000 Obstbäume, 200.000 Beeresträucher und 53.000 Nadelbäume bilden einen wesentlichen Bestandteil des öffentlichen Grüns. Die ÖVP sei stets für die Erhaltung der Kleingärten eingetreten. Darüber hinaus strebe sie eine objektive und soziale Vergabe, eine Geringhaltung der Kosten sowie ein Vermeiden unsozialer Absiedlungen von Kleingärtnern an. Den Ankündigungen der SPÖ über die Kleingartenaktion 2000 stehe die ÖVP skeptisch gegenüber, schloß Glück.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) nahm zu den von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen Stellung. Zur Feststellung, die U-Bahn führe in Wien an den Bahnhöfen vorbei, sagte Hofmann, daß der Südbahnhof bereits durch einen Zugang mit der U 1 verbunden ist. Einen zentralen Fernbahnhof könne er sich — ebenfalls wegen U- und S-Bahn-Anbindung — am Südtiroler Platz vorstellen. In der Frage der Gestaltung des Europaplatzes gebe es noch keine definitive Entscheidung der Gürtelkommission, aufgrund des derzeitigen Entscheidungsstandes sei jedoch kein Tunnel zu erwarten. Eine Flötzersteig-Schnellstraße wird es nicht geben, eine Weiterführung der jetzigen Flötzersteig-Straße sei jedoch wünschenswert. Zum Haas-Haus gebe es durchaus auch positive Stimmen aus dem konservativen Lager und aus dem 1. Bezirk. Laut einem Gutachten von Prof. Winkler könnten sich die von der ÖVP geforderten Grünen Zonen als verfassungswidrig erweisen. Zur Kleingartenplanung sagte Hofmann, daß eine breite Palette von Kleingartensiedlungen bis hin zur Gartensiedlung und damit zum Wohnen im Grünen sinnvoll sei. Zu vor einiger Zeit geäußerten Vorwürfen, es sei in Wien bei der Errichtung von Ampelanlagen zu Uregelmäßigkeiten gekommen, betonte Hofmann, daß sich diese Vorwürfe als falsch erwiesen haben. Schließlich nahm Hofmann auf die bevorstehenden Entscheidungen im Bereich Gürtel Bezug und sagte, daß die entsprechenden Planungen auch mit den budgetären Realisierungsmöglichkeiten in Einklang stehen müßten. Abschließend dankte er allen Bediensteten seines Bereiches für ihre Arbeit.

Forts. von Blatt 1345

Forts. auf Blatt 1347

Gesundheits- und Spitalswesen

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies auf die vor drei Wochen in einer österreichischen Wochenzeitung aufgedeckte Protektion von Jungärzten in verschiedenen Wiener Spitälern. In diesem Artikel wurde zwar bestätigt, daß die Einstellung von Turnusärzten in gemeindeeigenen Spitälern relativ gut nach dem Wartelistensystem funktioniere, die Situation an den Universitätskliniken und im Hanusch-Krankenhaus jedoch zu wünschen übrig lasse. Hirschall forderte die Stadtverwaltung auf, darauf Einfluß zu nehmen, daß auch in diesen Spitälern das Wartelistensystem eingeführt werde.

Es gebe noch eine Reihe von Einsatzmöglichkeiten für ausgebildete Ärzte in Wien. Die langen Wartezeiten in den Spitalsambulanzen und dieschwierige Situation, am Wochenende einen dringenden Hausbesuch zu erreichen, sprechen für sich. Auch seien die Probleme des ärztlichen Notdienstes während der Nacht wie an Sonn- und Feiertagen noch immer nicht gelöst. Eine Neuorganisation dieser Einrichtung sei dringend notwendig, wobei es auch denkbar sei, daß niedergelassene Ärzte verstärkt in den ärztlichen Notdienst einbezogen werden. Im Sinne einer verbesserten Hauskrankenpflege sei ein dichteres Netz der ärztlichen Versorgung wünschenswert. Hirschall verwies auch auf seine bereits vorgebrachte Forderung, einen Teil des Turnusdienstes in die ärztlichen Praxen zu verlegen.

In Zusammenhang mit der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung wies Hirschall auf die Schwierigkeiten hin, die vor allem im Spitalsbereich auftreten werden. Das Fehlen von Arbeitskräften mache es jetzt schon notwendig, daß erhebliche Überstundenleistungen erbracht werden müssen. Diese Situation wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Es wäre deshalb vernünftig, daß Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, verstärkt in den Pflegedienst miteinbezogen werden.

GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) kritisierte den Spitalszielplan als für die Praxis unbrauchbar und bedauerte die Auswirkungen einer extrem zentralen und autoritären Führung im Gesundheitsbereich der Stadt Wien. So habe sich die MA 17 eine „bürokratische Selbstfesselung“ auferlegt, die sie weit vom Ort der Handlung in den Spitälern entferne.

Es sei nichts für eine Verbesserung der Situation der niedergelassenen Ärzte, die immer mehr von Spitalsambulanzen konkurrenziert würden, getan worden, sagte Wagner. Eine Aufwertung der niedergelassenen Ärzte sei im wichtigen Bereich Vorsorgemedizin unterblieben, statt dessen habe man teure Aktionen initiiert, die von der Bevölkerung nur zögernd in Anspruch genommen würden. Zur Ärzteausbildung erklärte Wagner, daß die Situation sich verschärfe. Habe es 1984 646 arbeitslose Jungärzte gegeben, so seien es derzeit rund 2.400, die auf einen Turnusplatz warten. Zum Einsatz von Jungärzten in der Krankenpflege regte Wagner eine Pflegeausbildung an. Erfolglos sei der Zielplan auch bei einer Verbesserung der Organisation in den Spitälern, bei mehr Autonomie und einer entscheidungsorientierten Betriebsführung und bei der Verbesserung der medizinischen Struktur gewesen. Es sei nicht gelungen, die Wiener Spitäler an modernen Therapie- und Diagnosemöglichkeiten anzupassen, im betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bereich habe ein „unorganisierter Wildwuchs“ Platz gegriffen. Das Krankenpflegepersonal leide nach wie vor unter bürokratischen Hemmnissen und einer nachteiligen Arbeitszeitregelung, dazu komme, daß zahlreiche medizinische Geräte aufgrund der Arbeitseinteilung der Ärzte nachmittags ungenutzt bleiben. Nach wie vor sei auch das Problem der Pflegebetten ungelöst. Derzeit seien drei Prozent der Wiener Akutbetten mit Pflegefällen belegt, auf internen Abteilungen betrage dieser Prozentsatz 20 Prozent.

Forts. von Blatt 1346

Forts. auf Blatt 1348

Forts. von Blatt 1347

GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) zeigte sich überzeugt davon, daß die Stadt Wien eine bestmögliche Versorgung im Krankenhaus- und Pflegesektor gewährleistet. Die Magistratsabteilung 17 und ihre Beschäftigten haben 1986 in den 17 Krankenanstalten, zwei Psychiatrischen Krankenhäusern und sechs Pflegeheimen täglich mehr als 15.000 Menschen medizinisch betreut, davon viele Nichtwiener Patienten. Das Jahr 1986 stand außerdem im Zeichen einer intensiven Fortführung von Umstrukturierungsmaßnahmen. Zwei Pavillons des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe wurden in Pflegeheime umgewidmet. Die Fortsetzung der Psychiatriereform fand in einer Verringerung der Zahl der stationären Patienten ihren Ausdruck. Die Bauarbeiten am Sozialmedizinischen Zentrum Ost und am Neuen AKH schreiten termingerecht voran. Beträchtlichen Kostensteigerungen stehen im Krankenhauswesen auch beträchtliche Leistungsverbesserungen gegenüber, wie etwa neue Methoden der Krankenversorgung, intensive Forschungsbemühungen und eine vorbildliche Ausbildung. Wien beschäftigt überdurchschnittlich viele Ärzte in seinen Krankenanstalten und weist überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze auf, sodaß das Krankenhauswesen, aber auch das gesamte Sozialsystem der Stadt Wien als international vorbildlich bezeichnet werden kann.

GR. CVETKOVIC (ÖVP) kritisierte, daß im Gesundheitsressort wohl Umbauten, Installationen und Reparaturen behandelt werden, Neubauten jedoch auf der Tagesordnung anderer Ausschüsse stehen. Darunter leide die Transparenz. Es sei auch nicht einzusehen, warum beim Krankenhaus im SMZ-Ost ein Bettentrakt um 45 Millionen Schilling ohne Ausschreibung vergeben wurde. Welche Leistungen die im Jahre 1982 beauftragte Firma Sutter und Sutter bisher um 5,5 Millionen Schilling erbracht habe, sei ebenfalls unklar. Der Spitalsausschuß solle für alle Auftragsvergaben bei Krankenhausbauten zuständig sein, forderte Cvetkovic.

Bei der Medizinerqualifikation liege Österreich weltweit an 79. Stelle hinter zahlreichen Entwicklungsländern, sagte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Man könne daher nicht behaupten, Österreich sei ein Zentrum des Gesundheitswesens. Sie sprach dann über sieben Hauptsünden im Gesundheitswesen, darunter als erste das Allgemeine Krankenhaus, aus dem seit der Übernahme der Baubetreuung durch die VAMED nur mehr nichtsagende Berichte bekannt würden. Dies sei eine Verschleierungstaktik, mutmaßte Schlick. Eine begleitende Kontrolle habe bis jetzt nicht einsetzen können. Das Krankenhaus im SMZ-Ost präsentiere sich ähnlich wie das Allgemeine Krankenhaus, es werde außerdem zu spät und viel zu teuer, wahrscheinlich auch zu groß gebaut. Ein Angebot, das Spital in der halben Zeit um den halben Preis zu bauen, sei ausgeschlagen worden. Die Kosten im Gesundheitswesen stiegen überproportional. Die Koalitionsregierung habe sich zu einer Reduktion von Akutbetten bekannt, aber was geschehe in Wien? Patienten blieben länger als notwendig im Spital, und es gebe keinen Anreiz zu wirtschaftlichem Verhalten. Ergebnisse der Untersuchung über den Einsatz eines leistungsbezogenen Systems liegen noch nicht vor, aber jedenfalls dürfe nicht einfach die KRAZAF-Vereinbarung verlängert werden. Daß AIDS bei uns noch nicht zu einem besonders großen Problem geworden ist, führte Schlick unter anderem auf einen geringen Ausländeranteil und eine geringe Anzahl von Drogenabhängigen zurück. Hinsichtlich des Krankenhausmülls stellte Dr. Schlick den ANTRAG, in den Wiener städtischen Spitälern, Pflege- und Pensionistenheimen Maßnahmen zur Müllvermeidung, Mülltrennung und Müllentsorgung (getrennt nach Haushalts- und Sondermüll) einzuleiten und einheitliche Richtlinien zu erlassen. Daß so viele arbeitslose Jungmediziner auf einen Turnusplatz warten, bedeute den Verzicht auf ein investiertes Kapital von vier Milliarden Schilling. Das sei ein Symbol einer verschlammten Gesundheits- und Bildungspolitik.

Forts. auf Blatt 1349

GR. Hertha SLABINA (SPÖ) wies auf die breitgestreuten Erfolge der Stadt Wien in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung hin. So konnten mit einem Ansteigen der Gesundenuntersuchungen um 2.000 Fälle die Aktivitäten im Bereich der Vorsorge wesentlich verstärkt werden. Erfolge gab es unter anderem auch bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, beim Risikokinderprogramm für gefährdete Neugeborene, bei der Betreuung von Risikoschwangerschaften und generell bei der gesundheitlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie im Bereich der Schutzimpfungen. Die Kontrolle der Qualität von Luft und Trinkwasser trug ebenso zur Gesundheit der Bevölkerung bei wie die Untersuchungen auf Radioaktivität, die im Gefolge von Tschernobyl besondere Bedeutung erlangten. Generell wurden die Bemühungen im Zivil- und Katastrophenschutz verstärkt. Die Entsorgung von Spitalsmüll wurde in umweltgerechter Weise durchgeführt. Slabina betonte die große Bedeutung der praktischen Ärzte für das Wiener Gesundheitswesen und die damit verbundene Möglichkeit, die Behandlungen der Patienten nach Möglichkeit zu Hause durchzuführen. In gleicher Weise solle der Psychosoziale Dienst dafür sorgen, daß viele Patienten nach Hause oder in Wohngemeinschaften entlassen werden können. Generell wurde gerade auf dem Gebiet der Psychiatrie ein weiterer Schritt zu modernen Behandlungsmethoden getan. Bei der Bekämpfung von AIDS sei auch die humane Behandlung der Erkrankten ein wichtiges Kriterium.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) nahm zu verschiedenen ÖVP-Vorwürfen Stellung. Zur Verkürzung der Warteliste der Jungärzte habe Bürgermeister Dr. Zilk zugesagt, auch an die privaten Spitäler heranzutreten, das bei der Stadt Wien übliche Listensysteme zu übernehmen. Im heurigen Sommer werden in den Spitälern 75 Jungärzte zusätzlich für den Pflegedienst eingesetzt. Obwohl die ÖVP vor einem dreiviertel Jahr diese Praxis gefordert habe, lehne sie sie heute aus unverständlichen Gründen ab. Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, werden auch im Rahmen der MA 17 und der ADV eingesetzt. Mit der Ärztekammer werden auch künftig Seminare für Jungärzte durchgeführt, damit diese durch die jahrelange Wartezeit nicht den Anschluß an die medizinische Entwicklung verlieren.

Viele Forderungen von Univ.-Prof. Dr. Wagner (ÖVP) lassen erkennen, daß dieser die Kompetenzen von Bund und Land Wien nicht kenne, sagte Stacher. Auch unterschwellig angebrachte Bemerkungen, daß es bei der Postenbesetzung nicht mit rechten Dingen zugehe, seien striktest zurückzuweisen. Die Ernennung eines schlechten Arztes zum Primarius nur aufgrund seines Parteibuches sei nicht nur bei der Stadt Wien, sondern auch bei anderen Spitalserhaltern undenkbar. Das Projekt „Medizin 2000“ finde großen Anklang. Bis jetzt haben sich 950 Ärzte, 200 Schwestern und 160 medizinisch-technische Assistentinnen zur Mitarbeit bereit erklärt, weil sie an der künftigen Entwicklung der Medizin größtes Interesse haben.

Zu Vorwürfen, die von der Opposition aufgrund des Kontrollamtsberichtes vorgebracht werden, sagte Stacher, daß viele Unklarheiten in der Diskussion im Kontrollausschuß aufgeklärt werden konnten. Das Stationen mit 60 bis 80 Betten wirtschaftlich gesehen erstrebenswert sind, muß bejaht werden. Nach dem Krankenanstaltengesetz müssen jedoch Schwerpunktspitäler beispielsweise auch über Kinder- und Hals-Nasen-Ohren-Abteilungen verfügen, die aber mit einer kleineren Bettenanzahl auskommen. Zur Forderung, daß die Ärzte in den Spitälern länger Dienst machen sollten, sagte Stacher, daß die Sekundärärzte eine 40-Stunden-Woche in Form von Blockarbeitszeit leisten. Überstunden seien aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Forts. von Blatt 1348

Forts. auf Blatt 1350

Obwohl in sechs Jahren auch der Operationssaal der Poliklinik verlegt werden wird, sind verschiedene Arbeiten notwendig, die den medizinischen Standard erhöhen. Die sekundäre Rehabilitation sei Aufgabe der Versicherungen, die primäre Rehabilitation werde von den Wiener Spitälern intensiv durchgeführt. Stacher erinnerte daran, daß es im Mautner Markhof'schen Kinderspital die einzigen Kinderrehabilitationseinrichtungen Österreichs gebe. Zur Finanzierung der Spitäler werden neue Modelle mit dem KRAZAF ausgearbeitet.

Die freihändige Vergabe von Aufträgen für das SMZ-Ost erfolgte aus finanziellen Überlegungen, weil es sich um einen Anschlußauftrag gehandelt habe. Dieses Vorgehen wurde jedoch von allen zuständigen Dienststellen eingehend geprüft und als einwandfrei erklärt. Die Aufforderung der ÖVP, die Zahl der Spitalsbetten zu reduzieren, sei verspätet, da dies bereits geschehen sei, erklärte Stacher weiter. In den vergangenen Jahren wurden 740 Akutbetten und 1.500 Betten in Psychiatrischen Anstalten — im Gegensatz zu den Spitälern in den anderen Bundesländern — abgebaut. Volkswirtschaftlich sei diese Maßnahme unerläßlich, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen seien ja hinlänglich bekannt. Die kürzere Verweildauer der Patienten verteuere die einzelnen Pflagetage und vermehre dadurch die Abgänge eines Spitals.

Zur Abfallentsorgung in den Spitälern sagte Stacher, daß viele Stoffe einer Wiederverwertung zugeführt werden auch die ordnungsgemäße Entsorgung des Sonderabfalles berücksichtigt werde. Die Wiener Spitäler machen mehr als die meisten anderen in Österreich und stellen vor allem das Wohl des Patienten in den Mittelpunkt. Vor allem sei den 22.000 Bediensteten der in diesem Bereich Beschäftigten uneingeschränkter Dank für ihre Leistungen auszusprechen.

Kultur und Sport

Wien habe gegen die verfehlt Kulturpolitik des Bundes aus falsch verstandener Loyalität in weiten Bereichen nichts zu sagen, kritisierte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Er bedaure dies außerordentlich, zumal Wien und die hier betriebene Kulturpolitik einmal daran gemessen werden würden, wieviel Engagement und budgetäre Mittel für die Bundeshauptstadt und ihre Kultureinrichtungen egal von wem aufgebracht worden seien. Während andere mitteleuropäische Städte mit dem Ankauf von Sammlungen, erweiterten Öffnungszeiten etc. museumspolitische Offensiven setzten, schließen die Wiener Museen Sammlungen und seien kunden- und kunstfeindlich. Wien müsse aktiv werden, schloß Pawkowicz, um den Bund zur Einlösung seiner Verpflichtungen gegenüber der österreichischen Bundeshauptstadt zu bewegen.

Die Verwendung des Wiener Kulturschillings, kritisierte GR. CZERNY (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Habe der Kulturschilling ursprünglich Zwecken der Altstadterhaltung und Sanierung gedient, so habe man im Laufe der Zeit aus diesem Budget immer neue und immer weniger mit der ursprünglichen Materie zusammenhängende Projekte gefördert. Nach einer Einigung über die prozentuale Aufteilung des Kulturschillings, 60 Prozent für die Altstadterhaltung, 40 Prozent für andere kulturelle wichtige Projekte, müsse man nun umgekehrte Vorzeichen bei diesem Verteilerschlüssel feststellen. So seien 1986 75 Millionen der Altstadterhaltung zugeflossen, während rund 80 Millionen für andere Projekte zur Verfügung standen. Unter anderem seien aus diesem finanziellen Topf Projekte wie Studienaufenthalte, Ausfallhaftungen, Subventionen für Betriebskosten finanziert worden. Man möge sich des ursprünglich vereinbarten Verteilungsschlüssels besinnen, forderte Czerny.

Forts. von Blatt 1349

Forts. auf Blatt 1351

GR. STEINBACH (SPÖ) meinte, daß Wien als Seele Europas Kulturaktivitäten in besonderem Maße vorzeigen könne. Diese Stadt ist „in“, betonte Steinbach.

Als Beispiele für das reiche Kulturleben der Stadt führte Steinbach die Wiener Festwochen und die Ausstellung „Traum und Wirklichkeit“ an, die Wien in der Welt einen besonderen Ruf geschaffen haben. Ein besonderer Schwerpunkt der Wiener Festwochen 1986 galt Mozart. Die Besucherzahlen im Messepalast konnten verdoppelt werden. Große Erfolge verzeichneten auch die Freien Gruppen. Das Ballettfestival „Tanz '86“ sowie der Musikalische Sommer waren Musikschwerpunkte des Jahres 1986. Die Literatur im März sowie die laufenden Veranstaltungen im Zentrum in der Alten Schmiede waren Zeichen des reichen Literaturangebotes der Stadt. Wiens Museen sind europäische Spitze, und sie verzeichneten fast 430.000 Besucher im Vorjahr. Reiches Leben ließen die Großbühnen und die Kleingruppen erkennen. Im Bereich des Theaters wurden umfassende bauliche Verbesserungen wie die Generalrenovierung des Volkstheaters und des Raimundtheaters, sowie personelle Veränderungen durchgeführt. Mit der Renovierung der Secession, der Werkbundsiedlung und vieler Kirchen und denkmalgeschützter Gebäude wurde ein wertvoller Beitrag zur Altstadterhaltung geleistet. „Wer den Stellenwert der Kultur in unserer Gesellschaft betrachtet, der muß die Förderung regionaler Kulturinitiativen als Ergänzung zur Hochkultur anerkennen“, betonte Steinbach. Die Menschen zu mehr Aktivität zu ermutigen und somit zu sinnvoller Freizeitgestaltung anzuregen, sei ein Ziel der Kulturpolitik.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) setzte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Wiener Festwochen auseinander. Ihm gehe es nicht darum, einzelne Projekte zu kritisieren, sondern die Gestion in Frage zu stellen. Die Festwochen haben ein Defizit von 10 Millionen Schilling im Jahre 1986 erwirtschaftet, ohne daß es dafür eine ausreichende Deckung durch die Organe des Vereines Wiener Festwochen gebe. Man müsse sich auch fragen, ob das Motto der Wiener Festwochen „Kultur für alle“ tatsächlich haltbar sei. Während für die Festwocheneröffnung auf dem Rathausplatz allein mehr als sechs Millionen Schilling ausgegeben worden seien, belaufe sich die gesamte Literaturförderung der Stadt Wien auf ganze zwei Millionen. Zwei Drittel des gesamten Kulturbudgets fließen in Großveranstaltungen und zu Institutionen. Es sei auch zu überdenken, ob alle Kulturveranstaltungen im Rahmen der Festwochen auch aus dem Kulturbudget zu bedecken seien oder nicht eigentlich auf Kosten der Fremdenverkehrsförderung gehen sollten. Kauer regte an, die Festwochen zu einer Leistungsschau für das Beste aus dem künstlerischen Bereich zu machen und sie vor allem jenen zur Verfügung zu stellen, denen der weitere Raum Mitteleuropas nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehe, wie die Prager, die Belgrader oder die Krakauer Szene.

GR. WIMMER (SPÖ) betonte die Bedeutung des Sports für das moderne Leben. Die Stadt Wien werde dieser Bedeutung mit der Sportförderung voll gerecht. Wimmer nannte die Errichtung und Zurverfügungstellung von Sportanlagen und die finanzielle Unterstützung der Vereine als wichtige Aufgaben der Sportförderung. Der Bedeutung der Sportstadt Wien entsprächen Ereignisse wie die Wiedereröffnung des Stadions mit Vollüberdachung und besten Sicherheitsmaßnahmen sowie der Parallelschlalom Anfang 1986, der jährliche Frühlings-Marathon, die Eishockey-WM 1987 und die bevorstehenden Bahnbewerbe der Rad-WM im Dusika-Stadion. Eine besondere Aufgabe sei es, junge Menschen zum Sport zu animieren. Die Stadt Wien biete diesbezüglich eine breite Palette von Aktivitäten an, die der Jugend auch außerhalb der Schule die sportliche Betätigung ermöglichen. Alles in allem sei die Sportstadt Wien vorbildlich in den verschiedensten Bereichen. Der Dank dafür gebühre auch den Beamten der MA 51 und den Funktionären in den Vereinen.

Forts. von Blatt 1350

Forts. auf Blatt 1352

Aus dem Kulturschilling werden zu 60 Prozent Aufgaben der Altstadterhaltung bestritten, führte StR. MRKVICKA (SPÖ) aus. Die Beträge können oftmals nicht in einem Jahr zur Auszahlung gelangen, weil sich Altstadterhaltungsprojekte oft über Jahre hinziehen. So haben beispielsweise allein die Vorarbeiten für die Renovierung des Hauses Getreidemarkt 1 vier Jahre gedauert (Verhandlungen mit Hausverwaltung, Eigentümern, Einreichungen, Prüfung der Kostenvoranschläge, usw.). Beträge, die in einem Jahr nicht zur Auszahlung gelangen, stehen im nächsten Jahr zur Verfügung. Aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden bisher 2419 Projekte gefördert. Für den Stephansdom werden heuer noch sechs Millionen Schilling flüssig gemacht, in den nächsten zwei Jahren insgesamt weitere 12 Millionen.

Es sei erfreulich, daß die Sportstadt Wien mit der Durchführung von Großveranstaltungen in zunehmendem Maß Anerkennung und internationale Reputation findet.

Die Wiener Kulturszene erfreue sich steigender Beliebtheit und Anerkennung. Die Kritik an den Subventionen und Defiziten sei daher nur schwer verständlich, weil das eingesetzte Geld auch dazu beitrage, das internationale Ansehen der Stadt zu fördern und nicht zuletzt dem Fremdenverkehr nutze.

Zur Kritik, daß zwei Drittel des Kulturbudgets an große Institutionen vergeben werden, sagte Mrkvicka, daß beispielsweise an den Theatern kontinuierlich eine große Anzahl von Menschen beschäftigt seien. Die Festwochen können auch nur indirekt als einzige große Veranstaltung gesehen werden, weil in deren Rahmen auch viele kleinere Gruppen Engagements bekommen. Die Produktion des Musicals „Cats“ am Theater an der Wien sei so erfolgreich, daß bereits jetzt 4,32 Schilling pro Karte eingespielt werden. Das Theater an der Wien habe jedoch auch die Aufgaben, für rund 50 Vorstellungen des Theaters der Jugend und als Veranstaltungsort der Festwochen zur Verfügung zu stehen sowie alle zwei Jahre das Tanzfestival durchzuführen, schloß Mrkvicka.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 21.15 Uhr. Sie wird Mittwoch nach der Sitzung des Landtages mit der Rechnungsabschlußdebatte über das Kapitel Umwelt und Bürgerdienst fortgesetzt. (Schluß)

Forts. von Blatt 1351

Wien-Tourismus im Mai deutlich stärker

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Im Wiener Fremdenverkehr wurden, wie Vizebürgermeister Hans MAYR erklärte, im Mai um neun Prozent mehr Übernachtungen registriert als im Mai 1986. Mit diesem Resultat wurde auch das Mai-Ergebnis im „Rekordjahr“ 1985 noch übertroffen.

Von den insgesamt 561.000 Gästeübernachtungen entfielen mit 317.000 mehr als die Hälfte auf die Luxus- und Erstklass-Hotellerie, die mit 15 Prozent auch den stärksten Zuwachs verbuchen konnte.

In der Nationenwertung legten im Mai die Spitzenreiter Deutschland (plus acht Prozent), Österreich (plus 20 Prozent) und USA (plus 43 Prozent) deutlich zu, bei den anderen Ländern ergaben sich Schwankungen nach oben und unten. Die Übernachtungen aus Portugal stiegen — Kuriosum am Rande — um 1.191 Prozent.

Seit Jahresbeginn ist der Wien-Tourismus um drei Prozent gewachsen, seit Beginn des Fremdenverkehrsjahres (1.11.1986) um vier Prozent. (Schluß) wfv/rr

Arbeitszeiten:
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. W. Rothaus, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 24. Juni 1987

Blatt 1354

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk und Ludwig: Intensivere Zusammenarbeit Wien — Niederösterreich (1371)

Kommunal/Lokal:

Wiener Landtag (1355-1360)

Hatzl: Parteibuch spielt bei Aufnahme überhaupt keine Rolle! (1361)

Wiener Gemeinderat (1362-1370)

Körner-Ausstellung noch bis 30. Juni (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling (1361)

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch fand eine Sitzung des Wiener Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident HAHN (ÖVP) statt. Sie begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte die Stadt Wien beim Umweltministerium setzen will, um nach Beseitigung des selbstständigen Umweltfonds die Förderungen von Emissionsschutzmaßnahmen im gewerblichen und industriellen Bereich wieder zu aktivieren, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), er habe keinen Zweifel daran gelassen, daß dieser Fonds unbedingt dotiert werden muß, auch deshalb, um Abflüsse von nicht genützten Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds zu vermeiden. In letzter Zeit seien 76 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden. Für die Bedeckung noch offenen Förderungsbedarfes werden unter Umständen Anleihen aufzunehmen sein, ergänzte Braun.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Peter MAYR (ÖVP), ob eine Novelle zur Wiener Bauordnung zu erwarten sei, die die Stellungnahme der Bezirksvertretung zu Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen erst im Anschluß an die öffentliche Auflage reihen würde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), dies wäre nicht sinnvoll, weil dann die Bevölkerung mit einem unausgereiften Planentwurf konfrontiert würde. Die Novelle zur Wiener Stadtverfassung gebe jedoch den Bezirken ausreichend Gelegenheit, bereits frühzeitig die Bevölkerungswünsche zu erforschen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Ing. SVOBODA (SPÖ) nach den vordringlichsten Problemen, die vom Umweltressort an die Bundesregierung herangetragen wurden, antwortete StR. BRAUN, die wesentlichsten Punkte seien Bodenschutz (unter anderem Altlasten), Chemikaliengesetz, österreichweites Luftmeßnetz (Erfassung des Imports von Schadstoffen), Müllvermeidungsgesetz, Sonderabfallgesetz-Novelle, Smogalarmgesetz des Bundes, Sonderabfalldeponien, Sonderabfallentsorgungsanlagen und Emissionsgesetz. Auf die Müllvermeidung werde in Hinkunft besonderes Gewicht gelegt werden, und es bestehe starker Druck auf Industrie und Handel. Dennoch werde sich die volle Wirksamkeit erst 1992 oder später erreichen lassen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. BRIX (SPÖ), was Wien bisher gegen die Gefahr des Waldsterbens unternommen hat, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß es vor allem Grundlagenforschung, eine gezielte Emissionsminderung, ökologische Raumordnungsmaßnahmen sowie forstliche Maßnahmen zur Hebung der Vitalität des Waldes und zur Senkung von Schadstoffeinflüssen sind. Ein Bioindikatorennetz umfaßt 21 Kontrollpunkte. Der SO_2 -Gehalt der Wiener Luft wurde drastisch gesenkt. Maßnahmen gegen das Waldsterben sieht auch die Grünlanddeklaration vor. Weiters wurden verkehrspolitische sowie forstliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur gesetzt.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Mag. KAUER (ÖVP), aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage von der Magistratsabteilung 4 Veranstaltungsmeldungen an die AKM weitergegeben werden, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß eine derartige gesetzliche Grundlage nicht besteht. Auf die ZUSATZFRAGE, welche sonstige Grundlage dafür bestehe und daß durch diese Praxis Schwierigkeiten für kleine Kulturvereine entstehen würden, antwortete Mayr, daß grundsätzlich das Einverständnis des Veranstaltungsanmelders eingeholt wird, damit die Anmeldung an die AKM weitergegeben werden kann.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um die ordnungsgemäße Abrechnung der Vergnügungssteuer bei Unterhaltungsspielapparaten sicherzustellen, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß die Revisionsstelle der MA 4 die Richtigkeit der An- und Abmeldung durch Stichproben und ein internes Kontrollsystem überprüft. Die Steuermoral sei gut. Bei den 11.142 überprüften Apparaten gab es nur 470 Beanstandungen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Gespräche es nach dem Großbrand in der Spittelau gegeben hat, um gemeinsam mit Niederösterreich an einem Ersatzstandort eine neue Müllverbrennungsanlage zu errichten, sagte StR. BRAUN, daß es für ein derartiges Projekt auf Grund der Umweltsensibilität der Bevölkerung auch in Niederösterreich keine Basis geben kann. Es sind jedoch Gespräche mit Niederösterreich zur Lösung der Müllfragen auf gemeinsamer Basis im Gang.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP), wieviele Personen sich bisher an den Naturschutzbeirat in seiner Funktion als sogenannte Naturschutzanwaltschaft gewandt haben, sagte StR. BRAUN, daß es seit dem Inkrafttreten dieser Regelung am 28. Mai 1986 keine entsprechende Vorsprache gegeben hat. Braun betonte, daß dies eher ein Indiz für die gute Arbeit des Naturschutzbeirates ist. Durchentsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll jedoch weiterhin die Funktion des Beirates als Naturschutzanwaltschaft bekannt gemacht werden.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Dr. GOLLER (ÖVP), wann die Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird, sagte StR. BRAUN, daß das interne Begutachtungsverfahren zur Novelle am 9. Juni 1987 zu Ende gegangen ist. Die teilweise kontroversiellen Standpunkte, die die Dienststellen dazu eingebracht haben, müssen nun abgeklärt werden, bevor das externe Begutachtungsverfahren beginnt. Trotz dieser Verzögerung ist beabsichtigt, die Novelle im Herbst dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Erhaltung historischer Gartenanlagen ist in der Novelle nicht enthalten, da diese Bundeseinrichtungen sind.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. HAAS (SPÖ), ob die Übertragung der Überwachung der Kurzparks an private Unternehmen überlegt wird, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß eine derartige Regelung jedenfalls verfassungsrechtlich unbedenklich wäre. Vor der Realisierung ist jedoch eine Prüfung in bezug auf Kosten, Nutzen und psychologische Verträglichkeit einer solchen Lösung vorzunehmen.

Wiener Statistikgesetz

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) legte einen Gesetzentwurf über die Landes- und Gemeindestatistik in Wien (Wiener Statistikgesetz) vor. Durch ein Bundesverfassungsgesetz ist klargestellt worden, daß den Ländern das Recht zukomme, für ihren Bedarf Statistiken zu erstellen. Im Wiener Statistikgesetz werden daher die Vorgangsweisen für Erhebungen, die für den Bund durchgeführt werden, sowie für eigene Erhebungen geregelt. Da die Statistik ein sehr sensibler Bereich sei, wurde besonders darauf geachtet, vor allem den Rechten des Bürgers auf Schutz der Privatsphäre und Wahrung der Geschäftsinteressen Rechnung zu tragen.

So sind eigene Landeserhebungen nur dann durchzuführen, wenn die notwendigen Daten nicht anders ermittelt werden können und wenn der neu-eingerichtete Statistische Beirat zustimmt. Weitere Voraussetzungen sind eine entsprechende Verordnung der Wiener Landesregierung sowie die öffentliche Ankündigung. Statistische Erhebungen dürfen in Geschäften und Betrieben nur während der Geschäftszeiten durchgeführt werden. Einzeldaten müssen so anonymisiert werden, daß keine Rückschlüsse auf

Forts. von Blatt 1355

Forts. auf Blatt 1357

Personen oder Geschäftsvorgänge gezogen werden können. Sollte gegen die Bestimmungen des Wiener Statistikgesetzes verstoßen werden, können Strafen bis zu 30.000 Schilling festgelegt werden.

Die Beratungen über dieses Gesetz dauerten beinahe zwei Jahre, resümierte Seidl, weil für diese heikle Materie eine möglichst breite Einigung erzielt werden sollte. Es sollte garantiert werden, daß jeder Wiener absolut sicher sein kann, daß die Stadtverwaltung kein Interesse daran habe, Daten mißbräuchlich zu verwenden.

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) berichtete, daß der Entwurf zum Wiener Statistikgesetz auf breite Zustimmung innerhalb der Landtagsfraktionen gestoßen sei und auch von den Medien nicht mehr angegriffen wird. Dies war in der Vergangenheit nicht so, das Schlagwort „Schnüffelgesetz“ sei hinlänglich bekannt. In zweijährigen Beratungen und durch Einsetzung eines Unterausschusses wurde deshalb erfolgreich versucht, alle Unklarheiten auszuräumen. Zima dankte den Beteiligten aller Fraktionen für die fruchtbare Zusammenarbeit und vor allem Stadtrat Seidl für die großen Bemühungen, eine klare, rechtlich einwandfreie Grundlage für die Statistik zu schaffen bei gleichzeitigem, möglichst weitgehendem Schutz der Privatsphäre des einzelnen Bürgers. Wie die Vorgänge in der BRD zeigten, sei heute die Statistik ein Gebiet, dem die Gesellschaft skeptisch gegenüberstehe. Andererseits sind für die Verwaltung und für politische Entscheidungen immer mehr Informationen notwendig, um richtige Schlüsse ziehen zu können. Der leitende Gedanke des Gesetzes war: So viel Statistik wie notwendig, so wenig Statistik wie nur möglich. Abschließend erklärte Zima, daß dieses klar und einfach formulierte Gesetz dazu beitragen werde, Konfliktsituationen zu vermeiden, und daß es gelungen sei, Maßstäbe für die künftige Rechtsentwicklung zu setzen.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz

Die Vorlage des Gesetzes über den Schutz von Tieren vor Quälerei und mutwilliger Tötung sowie die Haltung von Tieren bedeute eine Erweiterung der Belange des Tierschutzes und eine umfassende Regelung der Beziehung Mensch-Tier in Wien, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ). Das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz, das das alte Gesetz aus dem Jahre 1949 ersetzen wird, entstand unter Mitarbeit der Tierschutzvereinigungen und -organisationen, was bereits in der Diskussionsphase zu größtmöglicher Transparenz geführt und das Eingehen auf alle Interessen und Wünsche erlaubt habe. Wichtig sei in diesem in sieben Abschnitte unterteilte Gesetz auch die übersichtliche Gestaltung und die Bezugnahme auf die Umwelt. Das Gesetz diene, sagte Seidl, dem Schutz und dem Wohlbefinden der Tiere sowie dem Schutz des Menschen gegen Gefahren, die sich aus der Tierhaltung ergeben. In diesem Sinne habe man die Haltung von gefährlichen Wildtieren für Privatzwecke verboten und eine Meldepflicht bei der Mitwirkung von Tieren bei Veranstaltungen eingeführt. Neuland wird auch mit der Bestellung von Tierschutzorganen, die über spezielle Eignung und Vertrauenswürdigkeit verfügen müssen, betreten. Das Strafmaß bei dem Delikt der Tierquälerei sei auf bis zu 100.000 Schilling erhöht worden.

Die jüngere Generation der Tierschutzgesetze, dem auch das Wiener Gesetz angehöre, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), basiere auf dem Prinzip eines „Grundgesetzes der Tiere“. Das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sei ein Knigge für den Umgang mit Tieren. Problem dieses Gesetzes werde die Vollziehung und Befolgung dieser Normen sein, man habe daher vor allem Erziehungsaufgaben zu bewältigen.

Forts. von Blatt 1356

Forts. auf Blatt 1358

Besonderer Dank gelte der Veterinärmedizinischen Universität, deren Kollegium sich zu 80 Prozent für einen Verbleib in Wien ausgesprochen habe. Gerade diese Einrichtung trage zu einem erheblichen Teil die Sorge für die Pflege der hohen Zahl der Wiener Heimtiere. Man müsse, sagte Welan abschließend, so wie beim Umweltschutz auch im Tierschutz und in der Tierhaltung zu einer Anerkennung des Eigenwertes der Natur und in der Folge zur Zubilligung eines Eigenrechtes gelangen.

Wesentlich an dem Gesetz, sagte LAbg. HOLUB (SPÖ), sei die Einhelligkeit, mit der die Bestimmungen ausgearbeitet worden seien. Das Gesetz biete vor allem Hilfe und Unterstützung für Tiere, aber auch für jene Menschen, die Tiere halten. Von seiten der Tierhalter seien Rücksichtnahme und Verständnis für die Bedürfnisse des Menschen erforderlich. In diesem Sinne sei auch die Informations- und Aufklärungskampagne „Hunde in der Großstadt“, die die Stadt Wien im April dieses Jahres begonnen habe, zu verstehen. Es gebe rund 52.500 Hunde in Wien, davon die meisten im 22., 23. und 19. Bezirk. Holub machte auch auf die sozialmedizinische Bedeutung der Haustiere aufmerksam und appellierte im Zusammenhang mit der beginnenden Urlaubssaison an die Vernunft und Rücksichtnahme von Tierhaltern gegenüber den ihnen anvertrauten Tieren.

Ein Prinzip des neuen Gesetzes, erklärte StR. SEIDL in ihrem Schlußwort, sei, „daß Tiere so zu halten sind, daß der Mensch weder gefährdet noch belästigt werde“. Deshalb seien alle Einzelaktionen, wie Informationsveranstaltungen zur korrekten Tierhaltung, wichtig. Seidl regte abschließend Gespräche an, einen neuen gesetzlichen Begriff für das Tier, das derzeit gesetzlich als Sache gilt, auszuarbeiten.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Novelle zum Wiener Schulgesetz

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) beantragte eine 5. Novelle zum Wiener Schulgesetz. Anlaß dafür sei nicht nur die Ausführungsgesetzgebung zur 9. Schulorganisationsgesetznovelle, sondern die Novelle bringe auch wichtige Neuerungen im Bereich der Berufsschulen und Sonderschulen.

LAbg. STEINBACH (SPÖ) erläuterte, daß durch die neuen Bestimmungen die Klassenschülerhöchstzahlen reduziert werden. Vorteile ergeben sich auch beim praktischen Unterricht, weil die Teilungszahlen (die maßgeblich sind für die Abhaltung von Unterricht in verschiedenen Nebegenständen) ebenfalls auf eine geringere Höhe reduziert werden. Die Leistungsgruppen, die eine intensivere Beschäftigung mit Schülern erlauben, sind nun auch in den Wiener Berufsschulen möglich. Entsprechende Verbesserungen gibt es auch bei den Sonderschulen, und all dies sowie die Abhaltung eines Förderunterrichts in den Unterstufen und den Sonderschulen tragen dazu bei, die Schule humaner zu machen.

Er appellierte an die Fachleute, einer Erweiterung des fachtheoretischen Unterrichts zuzustimmen. Ergänzend gab Steinbach bekannt, daß in 34 Wiener Berufsschulen 28.000 Schüler unterrichtet werden und die Stadt Wien beträchtliche Anstrengungen auch im Bereich des Sach- und Bauaufwandes unternehme. Die Schule der Zukunft dürfe nicht die Schule von gestern sein, schloß Steinbach.

StR. NEUSSER (ÖVP) bekannte sich prinzipiell zu einer Schulzeitverlängerung dort, wo es notwendig sei, doch müßte auch der Stundenplan „entstaubt“ werden. Keinesfalls dürfe die praktische Ausbildung im Betrieb zu kurz kommen. Die ÖVP wolle jedenfalls im Bereich des Schulwesens stets ein kooperationsbereiter Partner sein.

Forts. von Blatt 1357

Forts. auf Blatt 1359

In ihrem Schlußwort begrüßte StR. SMEJKAL die Kooperationsbereitschaft der ÖVP, wies jedoch darauf hin, daß von den Arbeitgebern eine fundierte theoretische Ausbildung sehr geschätzt werde. Sie sei sicher, betonte Smejkal, daß Lösungen gefunden werden können, die für beide Seiten zufriedenstellend sind. Die heutige Novelle sei ein ganz wichtiger Schritt zur Erneuerung der Berufsschule.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Naturschutzbericht 1986

StR. BRAUN legte den Naturschutzbericht 1986 vor, der unter anderem zahlreiche Forschungsprojekte enthält, ferner einen Überblick über die Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung eines Nationalparks Lobau sowie über 1986 getroffene rechtliche und gesetzliche Maßnahmen.

LAbg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) zweifelte die gelungene Biberansiedlung in der Lobau an, begrüßte aber als „Liebhaber von Amphibien“ die tatsächlichen Erfolge bei der Amphibiensicherung. Pawkowicz bedauerte das Sterben alter Bäume sowie Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete und stellte fest, daß sich ein Donaukraftwerk, ein Nationalpark und Öltanklager gegenseitig ausschließen.

LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) meinte, daß der Naturschutzbericht 1986 bestenfalls der Geschäftsbericht einer Magistratsabteilung sei, der nicht aufzeige, welche Probleme bestehen und welche Lösungen und politischen Maßnahmen gesetzt werden müssen. Der Stadtentwicklungsbericht gehe in seiner Kritik weiter. Dr. Hawlik sprach von „ungeheurer Verharmlosung“, da die wesentlichen Probleme ausgeklammert bleiben.

LAbg. Dr. HÄUPL (SPÖ) stellte fest, daß der Naturschutzbericht eine gelungene Synthese aus theoretischen Überlegungen, praktischen Forschungsvorhaben und einem Bericht über die Umsetzung ist. Zur Kritik von Dr. Hawlik meinte er, daß andere rechtliche Vorgaben für die Erstellung des Naturschutzberichtes bestehen als für den Stadtentwicklungsbericht. Mediales Verwertungsinteresse dürfe nicht Grundlage einer Beurteilung des Naturschutzberichtes sein. Er akzeptiere das Einmahlen notwendiger Maßnahmen durch die ÖVP, verlangte aber auch ein ehrliches Bemühen um Umsetzungsmöglichkeiten und appellierte an die Mitverantwortung der ÖVP. Da die Umsetzung vieler Fragen auch Bundessache ist, sei ein wechselseitiges Schuldzuweisen nicht im Interesse der Sache. Vielmehr müßte es gemeinsames Interesse sein, die rechtliche und materielle Unterstützung durch die zuständige Bundesministerin zur Verwirklichung einer sinnvollen Stadtökologie zu bekommen.

ABSTIMMUNG: Der Naturschutzbericht 1986 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Novelle zur Wiener Bauordnung

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novelle zur Wiener Bauordnung. Demnach soll der Fachbeirat für Stadtplanung zur Beurteilung von für das Stadtbild wichtigen Bauvorhaben einen oder zwei Architekten beiziehen können. Die Gutachten des Fachbeirates sollen öffentlich aufgelegt werden und der Fachbeirat selbst aufgrund seiner Bedeutung „Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung“ genannt werden. Durch die Änderung des Paragraphen 85, Absatz 5, soll verdeutlicht werden, daß nicht nur Stilkopien, sondern auch Gebäude, die sich auf zeitgemäße Weise in das Stadtbild einordnen, in Altstadtbereichen errichtet werden können.

LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete diese Formulierung als nicht unproblematisch. Die Gesetzesnovelle sei unter Zeitdruck wegen des geplanten Hollein-Hauses vorgelegt und nicht eingehend vorbereitet worden.

Forts. von Blatt 1358

Forts. auf Blatt 1360

Forts. von Blatt 1359

LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP) wies auf die Bedeutung der 1972 im Rahmen der Altstadterhaltungsnovelle entstandenen Gesetzesregelung hin, die sich gegen die Verschandelung der Altstadtbereiche richtet. Die Änderung des Paragraphen 85, Abs. 5, die nun auf Betreiben von Bürgermeister Dr. Zilk durchgepeitscht worden sei, sei rechtspolitisch bedenklich, die sensible Materie hätte einer breiten Konsensfindung bedurft. Es sei auch unrichtig, daß der Paragraph 85, Absatz 5, nur Stilkopien erlaube, das Projekt von Hans Hollein widerspreche eigentlich dem Paragraphen 85, Absatz 1, wonach der Baustoff eines Neubaus dem der Umgebung angepaßt sein müsse. Die Neuformulierung und damit Abschwächung des Paragraphen 85, Absatz 5, lasse eine mißbräuchliche Auslegung für die Zukunft erwarten.

LAbg. HAAS (SPÖ) wies darauf hin, daß die Gebäude auf dem exponierten Platz des Haas-Hauses schon immer umstritten gewesen seien. Insgesamt hätten jedoch frühere Generationen mehr Mut zur Erneuerung der Stadt gehabt. Die Bauordnung habe den technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen und sich damit auch immer wieder zu verändern. Die nunmerige Änderung ermögliche zeitgemäßes Bauen in Altstadtbereichen unter Anpassung an die alte Substanz und diene damit der harmonischen Vereinigung des alten und des modernen Wiens.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, die Änderung des Paragraphen 85, Absatz 5, richte sich gegen die Geschmacksbürokratie und fördere ein Klima der Liberalität im baukünstlerischen Bereich, einer Liberalität, die die ÖVP zwar immer auf den Lippen habe, gegen die sie sich jedoch in der Praxis immer wieder stelle.

In einer zweiten Wortmeldung wandte sich LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP) gegen den Vorwurf der Geschmackslenkung. Es seien jedoch in einer Demokratie gewisse Normen für das Zusammenleben nötig, und die Qualität dieser Normen, respektive Gesetze, hängen eben auch von der dafür aufgewandten Vorbereitungszeit ab.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) sagte, daß die Novellierung des Paragraphen 85, Absatz 5, schon seit langem unabhängig vom Projekt des Hollein-Hauses von führenden Architekten verlangt werde. Nun sei auch die Voraussetzung dafür geschaffen, daß qualifizierte Architekten ihre Vorstellungen besser verwicklichen könnten.

In ihrem Schlußwort betonte StR. SEIDL, daß die Novellierung kein Gelegenheitsgesetz sei. Der Baubewilligungsbescheid für das Hollein-Haus sei bereits am 4. Juni 1987 ausgestellt worden, die Novelle sei von den zuständigen Gremien geprüft worden. Zur Äußerung von LAbg. Dr. Krasser, das Hollein-Haus richte sich gegen den Paragraphen 85, Absatz 1, sagte Seidl, dies sei nicht der Fall, da Baustoffgleichheit nicht vorgeschrieben sei. Das Problem der Formulierung des Paragraphen 85, Absatz 5, sei schon lange in Diskussion gewesen, die Änderung habe unter anderen auch der Kunstsenat für notwendig gehalten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ in erster und zweiter Lesung angenommen.

Gesetz zum Schutze der persönlichen Ehre

LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP) legte einen Gesetzesentwurf zum Schutze der persönlichen Ehre und zur Regelung der Ehrenkränkung vor. Seit Änderung der Rechtsverhältnisse mit 1.1.1975 falle der Schutz gegen Ehrenkränkung in Landeskompentenz. Seit diesem Zeitpunkt sei Wien säumig gewesen, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf basiere auf einem Initiativantrag aller drei im Landtag vertretenen Fraktionen und trage dem Recht jedes Einzelnen auf Schutz der persönlichen Ehre Rechnung.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete kurz vor 15 Uhr.

Hatzl: Partelbuch spielt bei Aufnahme überhaupt keine Rolle!

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Johann HATZL nahm Mittwoch zu Vorwürfen Stellung, wonach bei Einstellungsgesprächen bei den Wiener Stadtwerken Fragen nach der Parteizugehörigkeit gestellt würden. Hatzl stellte fest, daß das von ÖVP-Gemeinderat Ing. Günther ENGELMAYER vorgelegte Papier keineswegs ein „amtliches Formular“ sei. Vielmehr hätte sich der Obmann des Dienststellenausschusses im Kraftwerk Donaustadt ausschließlich zum privaten Gebrauch auf einen hektographierten Zettel Notizen gemacht. Dies sei deutlich und für jedermann unschwer zu erkennen — andere Behauptungen wären eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Es gebe auch im gesamten Bereich der Stadtwerke keine Kopien, Vermerke oder ähnliches. Dennoch lehne er, Hatzl, diese Vorgangsweise ab. Er betonte, daß bei Einstellungsgesprächen bei den Stadtwerken die Politik keinerlei Rolle spiele. Obwohl erwiesen sei, daß keine einzige Aufnahme durch das Verhalten dieses Mitarbeiters ermöglicht oder verhindert worden sei, werde er dafür sorgen, daß solche Verhaltensweisen im Bereich der Stadt Wien künftig unterbleiben. (Schluß) ull/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling

Wien, 24.6. (RK-BEZIRKE) Eine Sitzung der Meidlinger Bezirksvertretung findet am Freitag, dem 26. Juni, um 14 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, statt. Die Sitzung ist öffentlich. (Schluß) smo/rr

Wiener Gemeinderat

Umwelt und Bürgerdienst

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages wurde die Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) urgierte die Inbetriebnahme der dritten Wiener Wasserleitung. Der für das Wiener Wasser verantwortliche Stadtrat scheinere resigniert zu haben, denn auf seine Anfrage, wann mit der Inbetriebnahme dieser Wasserleitung gerechnet werden könne, konnte er noch immer keinen Termin in Aussicht stellen. Wenn man bedenke, daß in dieses Projekt 900 Millionen Schilling investiert wurden, könne man mit dieser Antwort nicht zufrieden sein, sagte Pawkowicz. Es sollte überlegt werden, ob nicht die dritte Wiener Wasserleitung als Nutzwasserleitung Verwendung finden könnte.

Dem Bericht der Stadtentwicklungskommission sei zu entnehmen, daß die Fortschritte bei der Müllvermeidung unbefriedigend sind. Zur Verbesserung der Situation werde die getrennte Müllsammlung nach dem System „Grüne Tonne“ empfohlen. Der Redner forderte, daß dieser Empfehlung Folge geleistet werde. Weiters forderte Pawkowicz, mit dem Land Niederösterreich über einen gemeinsamen Standort für eine neue Müllverbrennungsanlage zu verhandeln.

Pawkowicz brachte fünf Anträge ein:

- Die Wiener Finanzverwaltung möge prüfen, inwieweit Getränkehersteller, die ihre Produkte in Einweggebinden auf den Markt bringen, im Sinne des Verursacherprinzips mit einer Abgabe besteuert werden könnten.
- Die Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst solle in Verhandlungen mit dem Handel erwirken, daß vor allen in Lebensmittelmärkten Getränkedosenrücknahmeautomaten aufgestellt werden.
- Als weitere Maßnahme zur Müllvermeidung und Altstoffwiederverwertung solle die „Grüne Tonne“ eingeführt werden.
- StR. Braun solle die erforderlichen Schritte setzen, die dem Wunsch vieler Konsumenten nach Verwendung von Glasflaschen beim Verkauf von Milch und Milchprodukten Rechnung tragen.
- Der Wiener Stadtsenat solle erwirken, daß Geschäfte und Lebensmittelmärkte Trockenmüll (aufwendige Verpackungen) zurücknehmen müssen.

Die Prinzipien der Wiener Umweltpolitik kritisierte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Beschönigende Öffentlichkeitsarbeit statt dem Hervorrufen des wichtigsten Problembewußtseins bei der Bevölkerung, ein „Feuerwehrprinzip“ der punktuellen Schadensbehebung statt ganzheitlicher und vorausschauender Planung, das Ignorieren großer ökologischer Zusammenhänge, die Entdramatisierung anstehender Probleme und damit deren Verharmlosung sowie die Vernachlässigung der Vorbildaufgabe der Stadt seien die Faktoren, von denen die Wiener Umweltpolitik geprägt sei. Es gelte gerade im Umweltbereich langfristige Überlegungen anzustellen und Probleme nicht nur kurzfristig zu lösen. Als Beispiel nannte Hawlik die Müllentsorgung, die auf den Säulen Deponierung und Verbrennung ruhe. Gerade im Bereich der Müllverbrennung aber sehe man sich seit Jahren immer zahlreicher werdenden Problemen gegenüber. So seien die Kessel der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig veraltet, die Rauchgasreinigungsanlage der Müllverbrennungsanlage Spittelau wurde durch den Brand zerstört, die Rauchgasreinigungsanlage der EBS noch immer nicht installiert. Die Sturmschäden des Rinter-Zeltes seien laut Gutachten nicht mehr zu beheben. Zur Müllvermeidung sagte Hawlik, man müsse den Rahmen dieses Konzeptes endlich konkret ab-

stecken und Maßnahmen in Angriff nehmen. Dazu gehöre, daß die Stadt Wien den Bürger über die tatsächlichen Probleme informiere und ihn damit konfrontiere sowie Möglichkeiten zur Müllsortierung und damit Müllvermeidung anbiete. Hawlik stellte den ANTRAG, bei der Beschaffung des Amtsbedarfes der Gemeinde Wien sowie bei Ausschreibungen neben der Preiswürdigkeit auch die Umweltfreundlichkeit der Produkte in Betracht zu ziehen und somit ein volkswirtschaftlich beachtliches Nachfragepotential zur Durchsetzung des vorbeugenden Umweltschutzes zu aktivieren.

GR. REITER (SPÖ) bezeichnete die Umweltpolitik als einen der wesentlichsten Bestandteile der kommunalen Entwicklungspolitik. Der ÖVP warf Reiter vor, sich nicht zu informieren, bevor sie längst verwirklichte Maßnahmen fordere. Er berichtete über den Ausbau des Luftmeßnetzes durch Vermehrung der Meßstellen und der erfaßten Komponenten sowie über die Schlagkraft der Umweltpolizei und deren Inanspruchnahme durch die Bevölkerung. Es gebe zahlreiche Maßnahmen zur Verhinderung von Umweltbelastungen durch städtische Großemittenten, die nachweisbar wirksam sind. Im Naturschutzbeirat sei grundsätzlich Einigung über die Schaffung eines Nationalparks, zu dem die Lobau gehören soll, gefunden worden. Zu den ersten Maßnahmen gehört die Umstellung der Landwirtschaftsbetriebe auf biologisch-dynamische Bewirtschaftung. In einem ANTRAG, der gemeinsam mit der FPÖ gestellt wurde, verlangt die SPÖ, im Hinblick auf den künftigen Nationalpark sollten alle rechtlichen und umweltpolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um langfristig alle umweltgefährdenden Betriebe aus der Lobau auszusiedeln. Abschließend berichtete Reiter über den weiteren Ausbau der Wiener Wasserversorgung, die sich künftig so gut wie ausschließlich auf Hochquellenwasser stützen wird, das Kanalsanierungsprogramm, die starke Zunahme der Aufgaben des Stadtgartenamtes durch viele zusätzliche Grünflächen bei nahezu gleichbleibendem Personalstand sowie über das Neubau- und Instandhaltungsprogramm der städtischen Bäder, die heuer ihr hundertjähriges Bestehen feiern.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) kritisierte den Altlastenbericht der Magistratsabteilung 45 und stellte fest, daß die Deponie Rautenweg ein Symbol für die Gefährlichkeit von Altlasten sei. Neubert wies auf den erhöhten Schwermetallgehalt des Wiener Wassers hin und sprach von einem Skandal, weil keine Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Neubert verlangte sofort Untersuchungsergebnisse über das Grundwasser und kritisierte, daß modernste Ergebnisse von Forschungsarbeiten nicht wahrgenommen werden. Die schlechte personelle und finanzielle Ausstattung der Magistratsabteilung 22 zeige, so Neubert, die „Vernachlässigung des eigenen Ressorts“ durch den zuständigen Stadtrat. Weil nur reagiert, nicht saniert und untersucht werde, brachte GR. Dr. Neubert einen BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem die Sanierung der Altlasten forciert, die Untersuchung des Grundwassers nördlich der Donau Priorität erhalten und ein Zeit- und Kostenplan erstellt werden soll. Wertvollstes Trinkwasser versickere, weil die Wasserrohrsanierung versäumt werde. Weil die Mißstände seit Jahren bekannt seien, brachte GR. Dr. Neubert einen weiteren BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem ein Sanierungsprogramm für das Wasserrohrnetz gefordert wird. Weil kein Grundwasserwerk gefahrlos funktioniere, brachte Neubert schließlich einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach die Errichtung einer Destillationsanlage in der Lobau unterbunden werden und eine Umwidmung unbebauter Industrieflächen erfolgen soll.

GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) wies auf die Erfolge des Abfallwirtschaftskonzeptes bei der Vermeidung, Verminderung und Verwertung von Müll hin. So ist die gesamte Müllmenge in Wien von 1985 auf 1986 um 3 Prozent zurückgegangen, die getrennte Altstoffsammlung in den Bezirken 10, 19 und 20 ist von der Bevölkerung ebenso sehr gut angenommen worden wie die 26 Problemstoffsammelstellen. Für die erfolgreiche Erweiterung des

Forts. von Blatt 1362

Forts. auf Blatt 1364

Wald- und Wiesengürtels spricht das Ansteigen der Wiener Waldfläche von 16,8 auf 18 Prozent der Gesamtfläche, sagte Dittrich. Auf dem Sektor der Deponien sind jene Konzepte, die die ÖVP fordert, bereits in Arbeit.

Zum Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien sagte die Rednerin, daß dieser mit modernen Informationsmethoden Bürgernähe demonstrierte und damit dem Wort von der Information als Bringschuld gerecht wird. Die Aktion „Schau auf Dich“ des Pressedienstes trug wesentlich zum Ansteigen der Gesundenuntersuchungen in Wien bei, der Bürgerdienst, der 1986 mit 300.000 Personenkontakten eine 11-prozentige Steigerung erzielen konnte, stellte damit seine wichtige Rolle im Rahmen einer bürgernahen Verwaltung unter Beweis.

GR. Ing. WORM (ÖVP) kritisierte eingangs die Inhalte der Zeitung „Unser Wien“. Besonders anzukreiden sei die in der Vorschlagsaktion „Um Ideen besser“ betriebene Verniedlichung der Wiener Müllsituation. Diese Zeitung hätte — gerade nach dem Brand in der Spittelau — dafür werben sollen, daß Müll eingespart werde. Einer Studie des Österreichischen Ökologieinstitutes zufolge könnte bis zu einem Drittel des Mülls eingespart werden. Realität sei aber, so Worm, daß in Wien nur in drei Bezirken Müll getrennt gesammelt werde.

Wie Untersuchungen zeigen, sei die Verbrennung von BRAM (Brennstoff aus Müll) die schädlichste Art der Müllentsorgung. Diese Tatsache rechtfertige einmal mehr die ablehnende Haltung der ÖVP vor drei Jahren gegenüber dem Ankauf des Rinterzeltes durch die Stadt Wien. Dazu komme, daß das Rinterzelt statistische und architektonische Mängel aufweise, die kaum behoben werden können. Worm forderte ein Gesamtkonzept für eine wirksame Mülltrennung und erklärte, daß auch für Wien das Modell der „Grünen Tonne“ in modifizierter Weise praktikabel sein müßte.

Nach dem Brand in der Müllverbrennungsanlage Spittelau hätte zuerst überlegt werden müssen, ob diese Anlage überhaupt notwendig sei, zumal die erwähnte Studie festgestellt habe, daß der Müll um ein Drittel verringert werden könnte. Ohne Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung habe man sich zum Wiederaufbau entschlossen, obwohl der Schaden nicht zur Gänze durch die Versicherung gedeckt sei.

Die von der ÖVP zum Rechnungsabschluß 1986 geleisteten Debattenbeiträge könnten als „Themenverfehlungen“ bezeichnet werden, sagte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ). So seien weder Maßnahmen im Grünbereich, wie die Pflanzung von 335.550 Bäumen, noch die umfangreichen Sanierungen in den Wiener Bädern, der Ausbau des Bürgerdienstes oder die Einführung der Umweltpolizei erwähnt worden. Dies gelte auch für die zahlreichen Reparaturarbeiten im Wiener Kanalnetz und für das 5-Jahres-Programm zur Sanierung der Wasserrohrleitungen. In diesem Zusammenhang erklärte Braun, daß Wien als einzige Landeshauptstadt eine rückgehende Entwicklung beim Wasserverlust registriert habe. Derzeit halte der meßbare Verlust bei unter 12 Prozent, was ein erstes Ergebnis der Rohrnetzsanierung sei. Zur Dritten Wiener Wasserleitung sagte Braun, man habe 10 Jahre lang versucht, dieses Problem zu lösen, sei aber durch nachweislich verzögernde Entscheidungen der Bundesdienststellen und der geänderten Anrainersituation behindert gewesen.

Zur Kritik an der Zeitschrift „Unser Wien“ erklärte Braun, daß gerade dieses Medium sich regelmäßig darum bemühe, Anregungen und Tips zur Thematik „Mülltrennung und -entsorgung“ zu geben.

Zum Rinterzelt merkte Braun an, daß die Kritik bezüglich des Kaufpreises, aufgrund des geschätzten Wertes von rund 500 Millionen Schilling und des tatsächlichen Kaufbetrages von 48 Millionen Schilling, sicher nicht gerechtfertigt sei. Darüber hinaus sei man nach einem Jahr des Probebetriebes und sechs Monaten in Eigenregie betriebener Müllsortierung bei 28 Prozent wiederverwertbarem Müll angelangt. Die getrennten Müll-

Forts. von Blatt 1363

Forts. auf Blatt 1365

sammlungen in den Bezirken 10, 18 und 20 seien erfolgreich und nur der Beginn des Aufbaus eines flächendeckenden Netzes. Das Modell der „Grünen Tonne“ sei im großstädtischen Raum sicher nicht praktikabel. Zum Wiederaufbau der Müllverbrennungsanlage Spittelau sagte Braun, daß der Wasseraufwand von 42.000 Liter/Stunde für den Betrieb der Rauchgaswäsche keinen anderen Standort als jenen am Donaukanal zulasse.

Schlußwort und Abstimmung

Vizebürgermeister MAYR wies im Schlußwort darauf hin, daß insgesamt 22 Anträge im Zuge der Debatte des Rechnungsabschlusses eingebracht wurden. Mayr dankte für die Würdigung der Arbeit und bat um Zustimmung zum Rechnungsabschluß.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß 1986 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Alle 22 Beschlüßanträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

Die Schwerpunkte der Arbeit der Wiener Stadtwerke lagen 1986 in erfolgreichen Umweltschutzaktivitäten, hochqualitativen Maßnahmen zur Sicherung der Energie, Rekordzahlen an Fahrgästen und in Investitionsspitzen beim U-Bahn-Bau, sagte StR. HATZL als Berichterstatter über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke.

Die Wiener Stadtwerke als das größte kommunale Unternehmen Österreichs erbringen Leistungen, die für das tägliche Leben von eminenten Bedeutung sind. Die E-Werke lieferten 1986 7.087 Gigawattstunden Strom, die Gaswerke haben 855 Millionen Kubikmeter Erdgas abgegeben, die Verkehrsbetriebe verzeichneten rund 600 Millionen Fahrgäste.

Der Personalstand blieb gegenüber 1985 mit 15.444 Bediensteten gleich. Die Wiener Heizbetriebe lieferten um sechs Prozent mehr Wärme. Rund 83.000 Wohnungen wurden mit Fernwärme versorgt. Zurückgegangen ist hingegen die Erdgasabgabe. Mit Ende 1986 waren 745.324 Gaszähler montiert. Durch besondere Umweltschutzaktivitäten konnten die Stadtwerke in den 80er Jahren den Schwefeldioxidausstoß in die Wiener Luft um 110.000 Tonnen senken. Der SO₂-Ausstoß wird 1987 nur noch 15 Prozent des Wertes von 1980 betragen. Zu den indirekten Umweltschutzmaßnahmen gehören der Ausbau der Fernwärme, die Propagierung der Gasheizung und der Aufschwung des öffentlichen Verkehrs. Ein interessantes Projekt ist ein Gasbezugsvertrag mit Norwegen.

Positiv ist der Trend zu längerfristigen Zeitkarten bei den Verkehrsbetrieben. Wesentliche Verbesserungen sind die 8-Tage-Umweltstreifenkarte sowie der Fahrradtransport in der U-Bahn und die Nachtautobusse.

1986 wurden mehr als 3,3 Milliarden Schilling in den U-Bahn-Bau investiert, wodurch durchschnittlich 2.800 Arbeitnehmer — ohne Magistratsbedienstete — beschäftigt wurden. Auf der Linie U 3 können 1987 bereits erste Innenausbauarbeiten vorgenommen werden. Auf der Linie U 6 ist der Bau einer Station im Bereich Michelbeuern im Gange.

Nach vier positiven Rechnungsabschlüssen mußten die Wiener Stadtwerke 1986 einen Verlust in der Höhe von 392,3 Millionen Schilling in Kauf nehmen, verursacht vor allem durch die Abwertung der Heizöl- und Erdgasvorräte, Senkungen des Gastarifes und Ausgaben für den Umweltschutz.

Zur jüngsten Diskussion um die Personalaufnahme bei den Wiener Stadtwerken erklärte StR. Hatzl, daß es keine amtlichen Aufnahmeformulare gibt, die nach einer politischen Gesinnung fragen. Eine entsprechende Behauptung der ÖVP sei völlig unrichtig. Vielmehr wurde bei einem einzi-

Forts. von Blatt 1364

Forts. auf Blatt 1366

gen Personalvertreter einer einzelnen Dienststelle ein selbstgestaltetes Papier aufgefunden. Der Bedienstete wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Weg unrichtig ist. StR. Hatzl zeigte sich empört darüber, daß die ÖVP bewußt in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken wollte, daß es sich um ein amtliches Formular handelt. Daß die ÖVP diesen Zettel den Journalisten nicht zeigen wollte, habe seine offensichtliche Ursache darin, daß es eindeutig als ein nicht amtliches Formular erkennbar ist. Überdies kam kein Beamter der Personalaufnahme mit einem derartigen Zettel in Berührung. Hatzl forderte die ÖVP auf, den Sachverhalt richtigzustellen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezweifelte, daß die Stadtwerke die Einstandspreissenkungen bei der Energie zur Gänze an den Verbraucher weitergegeben haben. Er habe eher den Eindruck, daß durch buchhalterische Maßnahmen eine Abwertung der Gas- und Ölbestände eingetreten sei. Heuer sei auch der Eigenkapitalanteil erhöht worden. Es sei weiters fraglich, ob die Verquickung der städtischen Unternehmen im Interesse der Konsumenten liege und nicht über die Energiepreise die Straßenbahn mitbezahlt werde. Eine klare Trennung wäre wünschenswert. Angesichts der allenfalls bevorstehenden Errichtung von neuen Donaukraftwerken sei die Frage zu stellen, ob sich Wien bereits den zu erwartenden Verbundstrom gesichert habe.

GR. STRATIL (ÖVP) erklärte, seine Fraktion lehne den Rechnungsabschluß ab, unter anderem deshalb, weil sie mit der Verlustausweisung nicht einverstanden sein könne. Es gehe dabei um die Bewertung der Rohstoffvorräte ebenso wie um die Rücklage nach dem Energieförderungsgesetz, die Subventionen der E-Werke an die Verkehrsbetriebe und die Schuldentilgung der Verkehrsbetriebe durch die E-Werke. Stratil kalkulierte, daß die Verbilligung der Energiekosten nicht in gleicher Weise an den Konsumenten weitergegeben worden sei, wie es der bilanzmäßigen Abwertung der Rohstoffvorräte entsprochen hätte. Die zugekauften Rohstoffe hingegen seien zu teuer bilanziert worden. Bei den Verkehrsbetrieben sei der Wirtschaftsplan nicht eingehalten worden, und zweiseitige Transferzahlung zwischen Verkehrsbetrieben und Hoheitsverwaltung verwischten die tatsächlichen Leistungen der Stadt Wien an ihre Transportunternehmen. Bei den Quartalsberichten seien die Aufwendungen der E-Werke drei Quartale lang nicht richtig dargestellt worden, sonst hätte es eine Strompreissenkung geben müssen. Zu prüfen sei die Möglichkeit der Einführung des Salzburger Tarifmodells, denn es sei nicht einzusehen, daß Stromkunden oft mehr Grundpreis als Arbeitspreis bezahlen. Mit diesem Rechnungsabschluß sei der eindeutige Beweis erbracht, fügte Stratil hinzu, daß die Stadtwerke ihre Monopolstellung dazu verwenden, die Konsumenten „nach Strich und Faden auszunehmen.“

GR. Eleonora HOSTASCH (SPÖ) wies auf die hervorragende Arbeit aller Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke hin, wobei die Versorgungssicherheit, die Verbesserung der energiemäßigen Eigenversorgung, die Fortführung der Umweltschutzprogramme und die weiteren Verbesserungen im Kundendienst im Vordergrund stehen. Hostasch wies auf die Gaspreissenkungen im Jahre 1986 um insgesamt 23,7 Prozent sowie im Mai 1987 um weitere fünf Prozent sowie auf die Senkung des Stromtarifes im Februar 1987 um ca. sechs Groschen pro Kilowattstunde hin. Das Investitionsprogramm der Stadtwerke mache diese aber auch zu einem wichtigen Impulsgeber für die Wiener Wirtschaft. 1986 wurden Investitionen in der Höhe von 2,8 Milliarden Schilling getätigt, wobei im Rahmen des Umweltschutzprogrammes weitere Senkungen der SO₂- und NO_x-Werte erreicht werden konnten. Auch als Arbeitgeber für 15.000 Beschäftigte und Ausbildner von fast 400 Lehrlingen bilden die Stadtwerke einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in Wien. Hostasch wies auf die Wasserkraft als einzige Energiereserve in Österreich hin und sprach sich in diesem Sinne für den

Forts. von Blatt 1365

Forts. auf Blatt 1367

weiteren Ausbau, insbesondere der Donau, aus. Die Wiederherstellung der Müllverbrennungsanlage Spittelau bezeichnete die Rednerin aus betriebswirtschaftlichen, umweltpolitischen und versorgungspolitischen Gründen als notwendig. Die endgültige Wiederherstellung des Werkes könnte in zwei Jahren erfolgen, eine provisorische Inbetriebnahme in ca. 9 Monaten.

GR. KIENDL (ÖVP) führte aus, daß die Aufwendungen für Energieimport von 1985 auf 1986 um 45 Prozent gesunken seien. Diese Entwicklung bedeutet, daß die Wiener Stadtwerke statt 3.210 Schilling pro Tonne Heizöl im Jahr 1985 im November 1986 nur mehr 1.420 Schilling bezahlen mußten. Dieser Preisverfall wirkte sich über den Ölcocktail auch auf die Einstandspreise für Erdgas aus. Auch wenn der Einstandspreis nicht der einzige Faktor für die Höhe des Endverbraucherpreises ist, sei festzuhalten, daß die erfolgten Gaspreissenkungen zu gering ausgefallen seien. Die im Mai erfolgte Senkung (5 Prozent) hätte mindestens 10 Prozent betragen müssen. An dem zu hohen Gaspreis lag es auch, daß der Gasverbrauch der Sonderabnehmer um 5,5 Prozent zurückging, weil aus Kostengründen mehr Heizöl eingesetzt wurde. Auch die erfolgte Strompreissenkung sei wesentlich zu gering ausgefallen.

Obwohl die Müllverbrennungsanlagen Spittelau und Flötzersteig mit Rauchgaswaschanlagen ausgestattet sind, werden immer noch jährlich 750 Tonnen Stickoxide emittiert, weil diese Anlagen noch immer über keine Entstickungsanlagen verfügen. Er forderte deshalb, daß beim Neubau der Spittelau alle Vorkehrungen getroffen werden, um die NOx-Emissionen so niedrig wie nur möglich zu halten.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) gab seiner Überzeugung Ausdruck, die Tarifpolitik der Wiener Stadtwerke sei stets verantwortungsbewußt gewesen. Ihre Versorgungsgarantie habe sich nicht zuletzt bei den Verkehrsbetrieben bestätigt, die auch bei größter Schneelage funktionierten. Der Rechnungsabschluß zeige deutlich, daß die Tarife vertretbar sind. Die Forderung nach einer Privatisierung, die mit angeblich günstigeren Tarifen begründet werde, sei nicht zu halten, wie das Beispiel des privaten Energieversorgungsunternehmens Essen zeige, welches eine Dividende ausschütete und dafür höhere Energiekosten zu Lasten der Konsumenten verrechne. Das West-Ost-Gefälle bei den Strompreisen beginne sich zu verflachen, nachdem in Wien zwei Verbundstrompreiserhöhungen nicht weitergegeben wurden. Die Tarife der Verkehrsbetriebe seien, gemessen am Leistungsangebot, besonders günstig. Die Umweltstreifenkarte sei hervorragend angenommen worden, und die Frequenzsteigerung bei den Verkehrsbetrieben signalisiere einen Trend zum bewußten Umweltschutz. Beim Beschleunigungsprogramm gebe es teilweise Erfolge, teilweise in manchen Bezirken Widerstände. Bei der Abgasreinigung auf dem Flötzersteig und in der Spittelau wurde das technisch Machbare verwirklicht, und auch in Zukunft sollen erprobte Verbesserungsmöglichkeiten genützt werden. Entstickungsanlagen sind in Wiener Kraftwerken eingebaut worden, im übrigen Österreich habe man sich bei bestehenden Anlagen noch nicht dazu entschließen können. Der U-Bahn-Bau werde in diesem und im nächsten Jahr seinen budgetären Höhepunkt erreichen.

Die Ablehnung der ÖVP-Privatisierungsvorschläge, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP), sei ohne stichhaltige Argumente erfolgt. Die Privatisierungsdiskussion sei aber im Sinne des Koalitionsübereinkommens der Regierungsparteien. Die Wiener SPÖ habe zu dem Vorschlag einer Teilprivatisierung der E-Werke keine Argumente, sondern nur kategorische Ablehnung und heftige Reaktionen seitens der E-Werke-Betriebsräte. Die Privatisierung sei eine Möglichkeit, Strom zu verbilligen, und würde die Betriebsführung der E-Werke effizienter gestalten.

Forts. von Blatt 1366

Forts. auf Blatt 1368

Man müsse, erklärte GR. HIRSCH (SPÖ), die demokratischen Grundregeln und damit die Meinung einer Mehrheit akzeptieren. Die ÖVP wolle mit dieser Diskussion, zu der die Gewerkschaft der E-Werks-Bediensteten ihre Meinung abgegeben habe, das „Gespenst der Privatisierung“ mit Leben erfüllen. Ziel jedes Privateigentümers müsse es sein, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, die wiederum entsprechende Tarife und damit hohe Preisbelastungen der Konsumenten bedeuten. Die Privatisierung nach ÖVP-Muster würde eine Verschleuderung des Vermögens aller Wiener bedeuten.

StR. HATZL (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort zur Frage der Privatisierung fest, daß diese gerade im Bereich der Energieversorgung nur zu Lasten der Konsumenten ausgehen kann. Private Anleger sind am Gewinn orientiert. Wo kein Gewinn mehr zu machen ist, wäre ein Rückzug zu erwarten. Es gebe auch kein Übereinkommen der Bundesregierung über eine Privatisierung von Wiener kommunalen Unternehmungen. Er wehre sich dagegen, den Bürger nach den Privatisierungsvorstellungen der ÖVP zur „Melkkuh“ zu machen, betonte Hatzl.

Außer Wien habe nur Niederösterreich in den letzten Jahren seinen Strompreis gesenkt. Bei einem geplanten Fernwärmeanschluß würden Bewohner städtischer Wohnhäuser in Wien rechtzeitig informiert, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Der Brand der Müllverbrennungsanlage Spittelau werde keine Auswirkungen auf den Fernwärmepreis haben. Als positiv vermerkte Hatzl, daß die ÖVP bereit sei, über eine Sanierung der Anlage und nicht bloß über deren Abbruch zu diskutieren, zumal der Standort vom Gemeinderat seinerzeit einstimmig beschlossen wurde. Noch 1987 soll ein größeres Beschleunigungspaket für den öffentlichen Verkehr beschlossen werden. Der Rechnungsabschluß sei gewissenhaft erstellt worden. Das Ziel der Wiener Stadtwerke ist in besonderem Maß, die Preise für den Konsumenten niedrig zu halten.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kontrollamtsbericht

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses, GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), legte dem Gemeinderat den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes zur Kenntnisnahme vor. Hirnschall verwies auf die umfangreiche Arbeit des Kontrollamtes mit insgesamt 238 Teilberichten im Geschäftsjahr 1986. Als besonderen Schwerpunkt bezeichnete Hirnschall die Initiativen im Bereich der Sicherheitskontrolle, wo unter anderem auch die Badewasserqualität der Hallenbäder kontrolliert wurde. Im Bereich der Gebarungskontrolle wies Hirnschall auf verschiedene Kontrollen wie bei der Auftragsvergabe für Verkehrslichtsignalanlagen oder beim Ankauf von Heizöl hin, wo das Kontrollamt durch mangelnden Wettbewerb verursachte Mehrkosten aufdeckte. Auch das starke Ansteigen der Mietzinsrückstände in den städtischen Wohnbauten, teilweise überlange Dauer von Aktenerledigungen in verschiedenen Bereichen, überflüssige Provisionszahlungen für Geschäfte zwischen Gemeindefirmen, die Unregelmäßigkeiten um die Vergabe von Bonifikationstickets im Flughafen Schwechat und das Vorhandensein überhöhter und mit ungerechtfertigten Privilegien ausgestatteter Verträge im Stadterneuerungsfonds wurden vom Kontrollamt aufgezeigt. Hirnschall schlug schließlich vor, nach dem Beispiel der Steiermark eine obligatorische Projektkontrolle als Kompetenzerweiterung des Kontrollamtes zu prüfen. Abschließend dankte er allen Bediensteten des Kontrollamtes für ihre Arbeit.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete die Tätigkeit des Kontrollamtes als außerordentlich segensreich und — wie die Praxis zeige — notwendig. Allein durch die Existenz des Kontrollamtes und dessen Prüftätigkeit werde im Regelfall in den einzelnen Magistratsdienststellen die

Forts. von Blatt 1367

Forts. auf Blatt 1369

Arbeit so verrichtet, daß es keine Beanstandungen gebe. Zu großen politischen Fehlleistungen komme es jedoch dort, wo die beiden großen Rathausparteien in eine Bereichskoalition treten. Als Beispiele nannte Pawkowicz die skandalösen Vorfälle im Bereich des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sowie bei der Flughafenbetriebsgesellschaft Wien. In diesem Zusammenhang forderte Pawkowicz, daß auch der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, der von den Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Freitickets gewußt haben müsse, zur Rechenschaft gezogen werde.

Es werde immer wieder Fehlleistungen geben, erklärte GR. Dr. KRASSER (ÖVP), die aber durch die verdienstvolle und auch in finanziellem Sinn wertvolle Arbeit des Kontrollamtes aufgedeckt und beseitigt würden. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang die seit 1. Mai 1987 gültige Bestimmung, daß im Kontrollbericht aufgedeckte Mängel innerhalb eines Jahres nachweislich beseitigt werden müßten. Diese analog dem Rechnungshof ausgelegte Bestimmung erhöhte die Wirksamkeit der Kontrolle und trage zur Effizienz der Arbeit des Kontrollamtes wesentlich bei. Mängel gebe es immer wieder bei der Ausschreibungs- und Vergabepaxis. Zum Beispiel in bezug auf die Aufgliederung in Teilaufträge und dem Entfall von Ausschreibungen oder beschränkten Ausschreibungen, wo öffentliche Ausschreibungen vorgesehen seien. So habe sich der Verdacht von Preisabsprachen bei der Errichtung und dem Umbau von Verkehrslichtsignalanlagen bestätigt. Bei getrennter Ausschreibung, sagte Krasser, hätte man 25 bis 30 Prozent der Kosten sparen können. Aufgrund des Kontrollamtsberichtes würden nun nurmehr getrennte Ausschreibungen vorgenommen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) würdigte die Tätigkeit des Kontrollausschusses und des Kontrollamtes, durch die es zu zahlreichen wünschenswerten Veränderungen innerhalb der Verwaltung gekommen und deren Effizienz gesteigert worden sei. Es werde großer Wert auf eine breite Informationsbasis gelegt, und es sei zu unterstreichen, daß die Sitzungen des Kontrollausschusses in gutem Klima stattfänden und nicht den Anscheines eines Tribunals hätten. Die Erkenntnisse führten dazu, daß Fehler vermieden und Mängel abgestellt sowie die Verwaltung optimiert werde. Das Sicherheitskontrollamt sei in Österreich ebenso wie im deutschsprachigen Raum ohne Beispiel. Es wäre sinnvoll, fügte Svoboda hinzu, nicht unbedingt durch spektakuläre Berichte aus dem Kontrollausschuß in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern eher auf eine Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung hinzuwirken. Der 1978 geschaffene Kontrollausschuß habe die in ihn gesetzten Erwartungen jedenfalls erfüllt, schloß Svoboda.

In seinem Schlußwort dankte Hirschnall für die kooperative Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung des Gemeinderates, die am Montag begonnen hatte, endete um 22.45 Uhr. Unmittelbar anschließend folgte eine zweite Gemeinderatsitzung. (Schluß)

Zweite Sitzung des Gemeinderates

Subvention für die Jugendzentren der Stadt Wien

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) wurde die zweite Sitzung des Wiener Gemeinderates eröffnet.

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte als Berichterstatterin eine Subvention in der Höhe von 20,29 Millionen Schilling für den Verein „Jugendzentren der Stadt Wien“. Nachdem GR. PROCHASKA (ÖVP) seine Wortmeldung zurückgezogen hatte, wurde das Geschäftsstück durch den Gemeinderat mit Mehrheit beschlossen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung der Flächenwidmungspläne für zwei Gebiete beiderseits der Westbahn im 15. Bezirk.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß die neuen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne im Gebiet nördlich der Westbahn Probleme für Klein- und Mittelbetriebe mit sich bringen würden, während in dem anderen Gebiet südlich der Bahn eine Durchzugsstraße geplant sei, der die ÖVP nicht zustimmen könne, auch wenn die früher vierspurige Planung zurückgenommen worden sei.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) entgegnete, daß die geplante Straße nicht die von Wöber so apostrophierte Gürtelparallele werden solle, daß aber eine Straßenverbindung von der Schmelzbrücke durch den Bezirk notwendig sei, um den durch die Wohngebiete sickernden Verkehr aufzufangen. Man müsse eine sinnvolle Lösung für die Bewohner und für den Verkehr finden. Was die weitere Unterbringung der Klein- und Mittelbetriebe in den Höfen des anderen Gebietes betreffe, so sei diese gesichert, generell solle jedoch durch die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes die Qualität des Wohngebietes verbessert werden.

ABSTIMMUNG: Beide Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Grundstücksverkäufe

Eine Reihe von beantragten Grundstücksverkäufen an Gemeinnützige Wohnbauträger wurde gemeinsam behandelt.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß diese große Zahl an Verkäufen unter dem Aspekt gesehen werden müßte, daß am 1. Juli das neue Grunderwerbssteuergesetz in Kraft trete. Mit diesen 18 Grundstückstransaktionen noch vor diesem Zeitpunkt verzichte die Stadt Wien auf Millionen von Steuereinnahmen, da die Grunderwerbssteuer zu 96 Prozent Wien zugute komme. Die Verkäufe lehne seine Fraktion aber auch deshalb ab, weil die vor zwei Jahren vereinbarten Rabatte bei Grundstücksverkäufen an Gemeinnützige Wohnbauträger bis zu 25 Prozent nicht einsichtig seien. Es sei auch nicht sichergestellt, daß und in welcher Höhe die Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften die Rabatte an die Wohnungswerber weitergeben, zumal für die Gemeinde Wien keine Kontrollmöglichkeit besteht.

StR. EDLINGER (SPÖ) führte aus, daß die Zustimmung von Vizebürgermeister Mayr zu den Grundstücksverkäufen vor dem 1. Juli einmal mehr die Bedeutung, die dem Wohnbau in Wien zugemessen werde, ausdrücke. Ob Wohnbaugesellschaften die Rabatte an die Wohnungswerber weitergeben, sei aus den Bauabrechnungen ersichtlich. Die gegenwärtige Praxis, bei Verkäufen an Gemeinnützige Wohnbauträger einen 25prozentigen Rabatt zu gewähren, sei für die Gemeinde Wien überdies wirtschaftlicher als die frühere Praxis der Vergabe von Baurechtsgründen, schloß Edlinger.

ABSTIMMUNG: Alle Geschäftsstücke wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Ende der Sitzung 23.20 Uhr. (Schluß)

Zilk und Ludwig: Intensivere Zusammenarbeit Wien - Niederösterreich

Themenkatalog für Staatsvertrag mit Bund

Wien, 24.6. (RK-POLITIK) Die Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich, Dr. Helmut ZILK und Siegfried LUDWIG, präsentierten am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Wien einen Katalog von acht Themenkreisen, bei denen eine intensive Zusammenarbeit und eine gemeinsame Vorgangsweise vorgesehen sind. Die angeführten Punkte sollen Eingang in einen Staatsvertrag gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung zwischen dem Bund sowie den Ländern Wien und Niederösterreich finden. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter Leitung der Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR und Dr. Erwin PRÖLL zur Lösung laufender Probleme ins Leben gerufen.

Die acht Punkte umfassen die Bereiche Zukunft der Verstaatlichten Industrie (Einrichtung einer regionalen Konzernverwaltung), Ausbau des ÖBB-Netzes, Abhaltung einer Weltausstellung, Fremdenverkehr (Einrichtung von Donaufestspielen), Wohnbau (neue Formen der Wohnbaufinanzierung etwa durch Partizipationsscheine), Entsorgung (Schaffung einer Sondermülldeponie in Ergänzung zur EBS), weiterer Ausbau der Donau sowie die Dritte Wiener Wasserleitung (rechtliche Voraussetzung für die Inbetriebnahme).

Zilk und Ludwig betonten, daß es sich bei dem Programm um einen wesentlichen Schritt zur Aktivierung der Ostregion Österreichs handle. Der Wiener Landeshauptmann sprach von einer „historischen Stunde“. Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sei auch als „Absage an das Floriani-Prinzip und die gegenseitige Schuldzuweisung“ zu verstehen, erklärte Zilk abschließend. (Schluß) red/gg

ab dem 1. Juni vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Mechanihof, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (IPR 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Druck: Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile, Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 25. Juni 1987

Blatt 1372

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neues Kindertagesheim im 17. Bezirk (1373)
- „Wie wohnen wir morgen?“ (1374/1375)
- Radweg Ring-Rund wird fertig (1376)
- Hedwig-Lehnert-Hof in Floridsdorf (1377)
- Berufstitel „Regierungsrat“ verliehen (1378)
- 550 Millionen Schilling für die Bauwirtschaft (1379)
- Informationsfest über Stadterneuerung in Margareten (1380)
- 80 Jahre Städtische Bestattung (1381/1382)
- U 3 erreichte den Stephansplatz (1383)
- 4,1 Millionen für die medizinische Forschung (1384)
- Stacher: Kein Geheimnis um Beratungsauftrag für SMZO-Spital (1386)
- Mozart-Wohnung: Ein Raum eine Woche gesperrt (nur FS)
- Wiens städtische Bäder feiern Geburtstag (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Neubau (1379)

Kultur:

- Begräbnis von Adrienne Gessner (1385)

Neues Kindertagesheim im 17. Bezirk

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Kindertagesheim im 17. Bezirk, Rötzer-
gasse 21, eröffnete Donnerstag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL.
Smejkal wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Bildungs-
einrichtung „Kindertagesheim“ hin, die der Bevölkerung besonders im
Frühjahr, der Zeit der Anmeldung, zu Bewußtsein komme. Der neue
Kindergarten befindet sich in einer Wohnhausanlage und bietet 68 Kindern
in einer Krippen- und zwei Kindergartengruppen Platz. (Schluß) jel/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau

Wien, 25.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Neubau tritt am 30. Juni
um 16 Uhr im Amtshaus 7, Hermanngasse 24-26, zu einer Sitzung zu-
sammen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Vorschläge für die
Bodenmarkierungen auf den Straßen des Bezirks. (Schluß) sti/gg

„Wie wohnen wir morgen?“

Internationales Symposium über Lebensqualität in der Großstadt In Vorbereitung

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Mehrere europäische Großstädte sind heute im Bereich des Wohnbaus auf der Suche nach neuen Wegen, nach Wohnformen, die den veränderten Ansprüchen an Wohnqualität, Architektur und Wohnumfeld zu finanzierbaren Bedingungen gerecht werden. In Berlin beispielsweise läuft gegenwärtig die Internationale Bauausstellung, Wien hat in jüngster Zeit unter anderem mit der Beauftragung namhafter in- und ausländischer Architekten im Rahmen des Programms „Vollwertiges Wohnen“, aber auch mit experimentellen Einzelprojekten wie dem „Hundertwasser-Haus“ vielbeachtete Akzente gesetzt. Auf Initiative von Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN bereitet Wien nun ein großes, mehrtägiges internationales Symposium über die Zukunftsperspektiven des Wohnbaus und der Gestaltung des Wohnumfelds vor, das im September in der Akademie der Wissenschaft stattfinden wird. Veranstalter ist das Institut für Stadtforschung, für die wissenschaftliche Betreuung konnten Univ.-Prof. Dr. Irenäus EIBL-EIBESFELDT, Univ.-Prof. Dr. Kurt FREISITZER, Dipl.-Ing. Ernst GEHMACHER und Prof. Dr. Hans HASS gewonnen werden. Den Ehrenschatz hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK übernommen, der das Symposium am 14. September eröffnen wird.

Großes internationales Interesse

Wie Hofmann dazu gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ erklärte, ist das internationale Interesse für diese Veranstaltung schon jetzt außerordentlich groß. Unter dem Motto „Wie wohnen wir morgen? Lebensqualität in der Großstadt — Wohnbau und Wohnumfeld unter Einbeziehung biologischer Aspekte“ werden namhafte Experten interdisziplinär die wesentlichen Fragen des künftigen Wohnungsbaues diskutieren. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Entwicklung von interdisziplinären Methoden für künftige Vergleichsuntersuchungen über Wohnzufriedenheit zu, mit der seitens der Stadt Wien eine Projektgemeinschaft (Institut für Stadtforschung, Forschungsstelle für Humanethologie in der Max Planck-Gesellschaft, Institut für Empirische Sozialforschung) beauftragt wurde. Hofmann: „Ich erwarte mir von dem wissenschaftlichem Symposium bedeutende Impulse für die künftige Wohnbaupolitik, und zwar nicht nur hinsichtlich theoretischer und architekturkritischer Erkenntnisse und Bewertungen, sondern auch für die unmittelbare Praxis des Planungs- und Baugeschehens.“

Das Symposium wird drei Themenschwerpunkte umfassen:

- Zukunftsperspektiven der Stadt und des Wohnens sowie der Raumstruktur,
- Theorie des Wohnens sowie
- Konsequenzen und Anregungen für Architektur und Städtebau.

Referenten sind unter anderem:

- Dr. Heik AFHELDT (Prognos-AG, Basel) / Sozioökonomische und technologische Rahmenbedingungen für den Weg ins dritte Jahrtausend
- Univ.-Prof. Dr. Winfried MOEWES (Tübingen) / Raumbezogene Bedürfnisstruktur des Menschen als Aspekt zukunftsorientierten Städtebaus
- Dr. Dietrich HENCKEL (Institut für Urbanistik, Berlin) / Auswirkungen neuer Technologien auf Wohnen und Stadtentwicklung
- Univ.-Doz. Bernd LÖTSCH (Wien) / Zersiedelung und Verdichtung aus ökologischer Sicht
- Prof. Dr. Hans HASS (Wien) / Das Organ Stadt — Evolutionstheoretische Perspektiven

- Prof. Dr. Irenäus EIBL-EIBESFELDT (Max Planck-Gesellschaft, Seewiesen) / Humanethologische Konstanten und Determinanten des Wohnverhaltens
- Dipl.-Ing. Ernst GEHMACHER (Wien) / Zielkriterien der Wohnsoziologie — Wohlbefinden und soziale Einbindung
- Univ.-Prof. Dr. Gert GRÖNING (Berlin) / Vollständiges Wohnen und die Bedeutung des individuellen Freiraums
- Arch. Prof. Josef P. KLEIHUES (Dortmund, Berlin) / Ästhetik und Funktion im Wohnbau
- Arch. Univ.-Prof. Anton SCHWEIGHOFER (Wien) / Wohnen in der Stadt
- Arch. Dr. Harry GLÜCK (Wien) / Das gestapelte Einfamilienhaus
- Arch. Prof. Thomas SIEVERTS (Darmstadt) / Menschengerechte Stadtfunktion und Stadtgestalt
- Univ.-Prof. Dr. Kurt FREISITZER (Graz) / Wege zu einem vollwertigen Wohnen.

Hofmann: Attraktiver Wohnbau Strategie gegen Abwanderung und Zersiedelung

Ein attraktiver Wohnbau sowie Wohnungen und Wohnumfeld, mit denen sich die Bewohner voll identifizieren können, sind nicht nur ein entscheidendes Kriterium für die Lebensqualität in der Großstadt, sondern auch eine unbedingt notwendige Strategie gegen Abwanderungstendenzen und gegen die landschaftszerstörende Zersiedelung des Umlandes, begründete Hofmann seine Initiative zur intensiveren Beschäftigung mit den Grundlagen des Wohnens in der Stadt. Die Diskussion aller Aspekte des Wohnens auf wissenschaftlicher Basis sei eine Voraussetzung für sinnvolle praktische Konsequenzen hinsichtlich der künftigen Wohnbaupolitik und -architektur.

Hofmann wies auf den hohen Stellenwert der Wohnzufriedenheit für die Lebensqualität insgesamt hin und betonte, daß schon aus diesem Grund kurzfristige sozioökonomische „Zwänge“ nicht Überlegungen hinsichtlich langfristig notwendiger Entwicklungserfordernisse behindern dürfen. Längerfristige Tendenzen — Arbeitszeitverkürzung, neue Technologien — werden den Stellenwert des Wohnens in Zukunft zweifellos noch weiter erhöhen. Hält die Entwicklung städtischer Strukturen mit der Entwicklung von Gesellschaft und Technik dabei nicht Schritt, so würden längerfristig Gefahren für die Stadt als Ganzes entstehen. Es muß verhindert werden, daß wir heute die „Problembauten“ von morgen realisieren, betonte Hofmann. (Schluß) ger/gg

Forts. von Blatt 1374

Radweg Ring-Rund wird fertig

Freitag Erstbefahrung mit dem Bürgermeister

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) 6.260 Meter wird Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Freitag nachmittag mit dem Radl zurücklegen, wenn er — gemeinsam mit vielen Wienerinnen und Wienern — den soeben fertiggestellten Radweg Ring-Rund befährt. Nur ein etwa 150 Meter langer Abschnitt des Radweges bei der Kreuzung des Rings mit der Weiskirchnerstraße kann erst nach dem Abschluß der U-Bahn-Bauarbeiten in diesem Bereich hergestellt werden. Der Start zur Ring-Rund-Radfahrt erfolgt um 15 Uhr vor dem Burgtheater.

Die letzten Teile des Radwegs Ring-Rund, die jetzt gebaut wurden, sind die 1.500 Meter lange Strecke vom Burgtheater bis zum Franz-Josefs-Kai und die 600 Meter lange Strecke von der Maria-Theresien-Straße bis zur Salztorbrücke. Die Herstellung der ganzen Rundlinie kostete 11,2 Millionen Schilling. Knapp 2 Millionen davon wurden von den Firmen Schöps und Coca-Cola gesponsert. Ein Laufmeter Radweg kam im Durchschnitt auf 1.800 Schilling. Allein für den Umbau der Verkehrslichtsignalanlagen mußten 4,8 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Mit der Fertigstellung des Radwegs Ring-Rund stehen den Radlern in Wien nun schon 182,6 Kilometer Radverkehrsanlagen zur Verfügung. In der zweiten Hälfte 1987 sollen noch mindestens 7,6 Kilometer dazukommen, so daß zum Jahresende die Netzlänge mehr als 190 Kilometer betragen wird.

1987 wurden bereits zur Benützung freigegeben

- die Radroute Gumpendorfer Straße zwischen der Köstlergasse und der Hofmühlgasse (Radroute gegen die Einbahn, Mitbenützung der Busspur, 850 Meter)
- der Radweg Ring-Rund zwischen Johannesgasse und Urania (ausgenommen die Querung der Weiskirchnerstraße, 1.000 Meter),
- der Laxenburg-Radweg in den Abschnitten zwischen Schwarzenbergplatz und Argentinierstraße (810 Meter), Querung des Verteilerkreises Favoriten (200 Meter) und Verteilerkreis Favoriten bis Ober-Laaerstraße (2.500 Meter) sowie
- der Radweg Simmering „Seeschlachtgraben“ im Abschnitt Simmeringer Hauptstraße — Artillerieplatz — Lautenschlägergasse (8.100 Meter).

Auf dem heurigen Ausbauprogramm stehen noch

- der Rosenhügel-Radweg im Abschnitt zwischen Opernring (Anschluß an den Radweg Ring-Rund) und Margaretenstraße/Freundgasse (870 Meter),
- der Liesingbach-Radweg in den Abschnitten zwischen der Breitenfurter Straße und dem Wohnpark Alt-Erlaa (1.900 Meter), zwischen Liesinger Platz und Willergasse (2.100 Meter) und zwischen Willergasse und Haselbrunnerstraße (600 Meter),
- die Radroute in der Freihofsiedlung in der Donaustadt (1.800 Meter) und
- die Verbindung zwischen dem Laxenburg-Radweg und dem Rosenhügel-Radweg über den Resselpark und die Treitlstraße (350 Meter).

(Schluß) sc/bs

Hedwig-Lehnert-Hof in Floridsdorf

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhausanlage in Wien 21, Prager Straße 92-96, wird in Hedwig-Lehnert-Hof benannt. Die offizielle Benennung wird Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Freitag, dem 26. Juni, um 17 Uhr, vornehmen. Hedwig Lehnert (1898-1977) war von 1945 bis 1963 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates. (Schluß) ger/gg

Berufstitel „Regierungsrat“ verliehen

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Den Berufstitel „Regierungsrat“ verlieh Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL Donnerstag dem langjährigen Verwalter des Pensionistenheimes „Laaerberg“, Oberamtsrat i. R. Karl HEINY.

Smejkal würdigte die Leistungen Heinars, der 1986 in den Ruhestand trat, und hob seine besonderen Bemühungen um die Belange älterer Menschen in Wien hervor. (Schluß) jel/gg

550 Millionen Schilling für die Bauwirtschaft

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Aufträge im Gesamtwert von 549,5 Millionen Schilling vergab der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung an die Bauwirtschaft. Allein für den Neubau städtischer Wohnhäuser werden davon 435,5 Millionen Schilling aufgewendet. Diese Neubauten sind zwei kleinere Vorhaben im 3. Bezirk, Dietrichgasse 35-37 im Wert von 37 Millionen Schilling und im 5. Bezirk, Jahngasse 34 im Wert von 17,3 Millionen Schilling. Ein Auftrag im Gesamtwert von 380 Millionen Schilling wurde zur Errichtung der Wohnhausanlage im 10. Bezirk, Wienerberggründe, 2. Bauteil Ost, an eine Arbeitsgemeinschaft von vier großen Bauunternehmungen vergeben. Außerdem wurden nachträgliche Aufzugseinbauten in Gemeindebauten im Wert von 50 Millionen Schilling durch den Gemeinderatsausschuß genehmigt. (Schluß) ah/gg

Informationsfest über Stadterneuerung in Margareten

Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Mit einem reichhaltigen Informationsfest über Stadterneuerung feiert die Gebietsbetreuung Margareten am Freitag, dem 26. Juni, den 125. Geburtstag ihres Bezirkes. Zwischen 14 und 18 Uhr wird es rund um die Gebietsbetreuung in der Margaretenstraße 105 eine Fußgängerrallye geben, bei der wertvolle Preise zu gewinnen sind (Start: 13.30 Uhr), Pflastermalerei und eine Kinder-Schmink-Aktion, die Musikgruppe „Fourmation“ wird abwechselnd mit Charly Hloch Swing, Dixie, Boogie und Blues zum besten geben. Ab 15.30 Uhr spielt das Kabarett „Kabrettl — Frantisek & Jerry“, ab 16 Uhr das Kindertheater „Clown Ges.m.b.H. & Co. KG“. Außerdem gibt es viel Information über die Stadterneuerung in Margareten. Eröffnet wird das Informationsfest um 14 Uhr durch Bezirksvorsteher Johann WALTER. (Schluß) ah/gg

80 Jahre Städtische Bestattung

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Am 1. Juli 1987 kann die Städtische Bestattung auf eine 80jährige Tätigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß zog Stadtrat Johann HATZL am Donnerstag in einem Pressegespräch Bilanz, in dem er vor allem auf die schwierige Aufgabe hinwies, die trauernden Angehörigen zu unterstützen und den letzten Weg des Verstorbenen würdevoll zu gestalten. Über die Anfänge des Bestattungswesens bis zur Gegenwart informierte der Direktor des Unternehmens, Dkfm. Franz KNISPEN. Einen Überblick über die Geschichte der Bestattung bietet das Bestattungsmuseum, das am 25. Juni wiedereröffnet wurde.

Der erste Leichenbestattungsunternehmer in Wien war Franz Josef GRÜLL, ein Händler mit Trauerwaren und Aufbahrungsgegenständen. Vor 120 Jahren — am 16. Juni 1867 — wurde ihm die Bewilligung zur Gründung eines Leichenbestattungsunternehmens in Wien erteilt. Kurz darauf wurden zwei weitere private Unternehmen gegründet, 1894 zählte die Genossenschaft der Leichenunternehmer bereits 83 Mitglieder.

Der heftige Konkurrenzkampf und die hohen Preise weckten den Unmut der Wiener Bevölkerung, die Forderung nach der Kommunalisierung des Leichenbestattungswesens wurde immer lauter. Nach einer Novellierung der Gewerbeordnung, die den Gemeinden ein Vorrecht bei der Verleihung einer Konzession einräumte, wurden zwei große private Unternehmungen aufgekauft und mit 1. Juli 1907 unter der Bezeichnung „Gemeinde Wien — Städtische Leichenbestattung“ der Betrieb aufgenommen. 1919 wurde dem gemeindeeigenen Wiener Bestattungsunternehmen ein Sargerzeugungsbetrieb angeschlossen. Im Jahr 1951 war die Kommunalisierung des Bestattungswesens abgeschlossen. Mit 1. Jänner 1953 wurde die Städtische Bestattung als viertes Teilunternehmen in die Wiener Stadtwerke eingegliedert und das Bestattungswesen reformiert. Die Fahrzeuge des Totentransportes sowie die Uniformen wurden der neuen Zeit angepaßt, das Filialnetz auf zehn Standesamtsbezirke eingeschränkt, der Sargerzeugungsbetrieb an einen neuen Standort verlegt und in Zusammenarbeit mit den kirchlichen Stellen ein neues Trauerzeremoniell eingeführt. Eines der größten Bauvorhaben der Städtischen Bestattung war der Umbau der Aufbahrungshalle I auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Unter dem Titel „Zur Geschichte des Bestattungswesens in Wien“ hält Direktor Dkfm. Knispel am Donnerstag, dem 25. Juni, um 18.30 Uhr im Vortragssaal der Städtischen Bestattung, Wien 4, Goldeggasse 19 einen Vortrag. Anschließend erfolgt eine Besichtigung des Bestattungsmuseums.

„Rettungswecker und Retoursarg“

Eines der ungewöhnlichsten Museen Wiens ist das der Städtischen Bestattung in der Goldeggasse 19 im 4. Bezirk. Es wurde im Jahr 1967 anlässlich des 60jährigen Bestehens des Unternehmens geschaffen und präsentiert die Geschichte des Bestattungswesens. Es umspannt einen makabren, aber kulturhistorisch interessanten Bogen vom Leichenwagen des Herzogs von Reichstadt zu den Bahrtüchern der verschiedenen Berufsstände, die anlässlich eines Begräbnisses Verwendung fanden, vom Trauerzeremoniell des Österreichischen Kaiserhauses bis zu Kuriosa, wie den „Rettungswecker“ für Scheintote. Im Geiste der Aufklärung wurde von Kaiser Joseph dem II. ein wiederverwendbarer „Retoursarg“ eingeführt, wegen des Widerstandes der Bevölkerung gegen diese spartanische Reform aber bald wieder abgeschafft. Ein solcher Sarg ist im Bestattungsmuseum ebenso zu sehen, wie die Sterbeurkunde Franz Schuberts oder die Totenmaske Joseph Haydns.

Vor etwa einem Jahr begann man mit der Renovierung des Museums. Die Ausstellungsfläche wurde vergrößert und damit Raum für zusätzliche Exponate, die bisher in den Magazinen deponiert waren, geschaffen. Neue „Attraktionen“ des Bestattungsmuseums sind unter anderem ein beweglicher, musikalisch untermalter Militärkondukt aus der Biedermeierzeit, eine Sammlung von Totenwappen sowie ein bemalter Totenschädel aus Hallstatt. Die Wiedereröffnung des Museums erfolgt zum 80jährigen Bestehen am 25. Juni. In den Monaten Juli und August ist das Museum an jedem Donnerstag von 12 bis 19 Uhr geöffnet. Ein Besuch des Museums ist außerdem nach telefonischer Anmeldung unter der Nummer 65 16 31/227 Durchwahl in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 12 und 15 Uhr möglich. Der Eintritt ist frei. (Schluß) ba/gg

Forts. von Blatt 1381

U 3 erreichte den Stephansplatz

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Bei einem wichtigen Verbindungsglied im Wiener U-Bahn-Netz fand Donnerstag vormittag der Durchschlag der ersten eingleisigen Streckenröhre zur bestehenden Station Stephansplatz statt. Im Bauabschnitt U 3/6+7 „Stubentor“ wurden die Vortriebsarbeiten an jenen Tunnelröhren, die unter Druckluft hergestellt werden mußten, erfolgreich beendet.

Beim Stollendurchschlag konnte U-Bahn-Stadtrat Johann HATZL zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter Vizebürgermeister Hans MAYR und Landtagspräsident Fritz HAHN. Als Stollenpatin fungierte Frau Edith MAYR, die Gattin des Wiener Vizebürgermeisters.

Die unterirdische Verbindung der beiden U-Bahn-Stationen „Landstraße“ und „Stephansplatz“ ist somit geschaffen. Die Bauloslänge des Abschnittes U 3/6+7 beträgt 876 Meter. Unter extrem schwierigen Bedingungen, wie komplizierte geologische Verhältnisse, Einsatz von Druckluft bis zu 0,6 bar Überdruck, historische Bebauung (alte Stadtmauer, aufgelassene Brunnen, tiefe Keller etc.), Unterquerung von Hauptsammelkanälen und des Wienflusses, konnten in den vergangenen 18 Monaten 1.500 Laufmeter Tunnel hergestellt werden.

Auch in diesem Bauabschnitt wird die im Wiener U-Bahn-Bau bewährte „Neue Österreichische Tunnelbaumethode“ erfolgreich eingesetzt. Ohne Unterbrechung trieben 146 Arbeiter in Tag- und Nachtschichten, auch Samstag und Sonntag, die Tunnel voran. Termingemäß sollen bis Ende 1987 in diesem Bauabschnitt alle Tunnel im Rohbau fertiggestellt werden. (Schluß) pz/bs

4,1 Millionen für die medizinische Forschung

Stadtrat Stacher überreichte Förderungsmittel

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Entwicklung einer Maschine zur mechanischen Herzunterstützung, Möglichkeiten zur Verringerung der Belastung des Personals bei Narkosen oder die Erforschung des Verlaufs von bestimmten schweren Stoffwechselerkrankungen bei Kindern: Das sind Forschungsprojekte, die im Rahmen des „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ gefördert wurden. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Donnerstag aus diesem in Österreich einzigartigen Fonds für insgesamt elf Projekte fast 4,1 Millionen Schilling. Die geförderten Forschungsprojekte betreffen nahezu alle Bereiche der Medizin. Seit der Schaffung des Fonds vor neun Jahren wurden insgesamt 282 medizinische Forschungsvorhaben mit einem Gesamtaufwand von 101 Millionen Schilling durch die Auszahlung von Förderungsmitteln unterstützt. Stadtrat Stacher wies bei der Überreichung darauf hin, es sei der Wunsch des Bürgermeisters, daß sich die Ärzte auch mehr mit umweltbezogenen Projekten beschäftigen sollen.

Das Spektrum der geförderten Vorhaben ist breit gefächert. Projekte über Herz-, Gefäß- und Kreislauferkrankungen gehören ebenso dazu wie die Untersuchung sozialmedizinischer und psychosozialer Probleme aus dem Bereich der Rehabilitation und Frühgeburt, die Tumorforschung ebenso wie die Akupunktur, die Nachsorge bei Karzinompatienten in gleicher Weise wie die Leukämieforschung und die Probleme der Wirbelsäulenveränderungen bei der Schuljugend. Die seit 1978 geförderten Projekte wurden durch das Kuratorium des Fonds aus insgesamt 562 Arbeiten ausgewählt, wofür rund 1.160 Gutachten eingeholt wurden.

Die Überreichung am Donnerstag betraf fünf medizinische Projekte mit gesundheitspolitischen Aspekten (Förderung 1.604.000 Schilling), vier klinisch-medizinische Forschungsprojekte (1.793.830 Schilling) und zwei Projekte mit reiner Grundlagenforschung (691.000 Schilling). Unter ihnen sind quantitative Untersuchungen zur Erfassung der Belastung des Anästhesie- und OP-Personals durch Narkosegase, die Entwicklung einer Pumpe zur mechanischen Herzunterstützung, Möglichkeiten und Grenzen eines interdisziplinären Teams in der Allgemeinpraxis unter besonderer Berücksichtigung des Symptomkomplexes Kreuzschmerzen, die diätetische Verlaufskontrollen bei Kindern mit Mukopolysaccharidosen und andere. (Schluß) and/bs

Begräbnis von Adrienne Gessner

Wien, 25.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Adrienne Gessner wird am Dienstag, dem 30. Juni, beigesetzt. Um 15.30 Uhr findet die feierliche Verabschiedung im Burgtheater statt, im Anschluß daran das Begräbnis im Familienkreis. Adrienne Gessner wird im Ehrengrab ihres Gatten Ernst Lothar beigesetzt, das von der Stadt Wien 1974 gewidmet wurde. (Schluß) gab/gg

Stacher: Kein Geheimnis um Beratungsauftrag für SMZO-Spital

Suter-und-Suter-Beauftragung brachte wertvolle Erkenntnisse

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Beauftragung der international anerkannten Krankenhausberatungsfirma Suter und Suter im Zusammenhang mit der Überprüfung der Planung für den Neubau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost hat für die Stadt Wien wertvolle Anregungen gebracht. Das erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Donnerstag im Zusammenhang mit Vorwürfen der ÖVP, bei der Planung und dem Bau dieses Krankenhauses käme es zu Ungereimtheiten. Suter und Suter hat auch, so Stacher, mit seinen Erfahrungen dazu beigetragen, die Zahl der Strahlenschutzbetten gegenüber der ursprünglich geplanten Anzahl zu vergrößern, für eine zweckmäßige Unterteilungsmöglichkeit für die Krankenzimmer Vorsorge zu treffen und die baulichen Vorkehrungen für ein automatisches Transportsystem zu schaffen.

Die ÖVP hatte im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates die Vermutung geäußert, daß die beauftragte Firma ihren Auftrag nicht erfüllt hätte. Tatsächlich, so konnte Stadtrat Stacher nachweisen, wurde jedoch die Vereinbarung mit der Stadt Wien von den zuständigen politischen Gremien genehmigt. Auch die von Suter und Suter eingebrachten Vorschläge wurden den Entscheidungsträgern vorgelegt und von ihnen akzeptiert. Der Nachweis einer bereits ordnungsgemäß erbrachten Leistung als auch der Nutzen der Beauftragung seien für jeden ersichtlich, sagte Stadtrat Stacher.

Stacher erläuterte im einzelnen, Zielsetzungen und Aufgabenstellung für die Beiziehung eines international anerkannten Konsulenten zu Planungsfragen sei die Überprüfung der Vorentwurfsplanung bezüglich der optimalen Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms, die Berücksichtigung neuer Entwicklungen im Krankenhauswesen, die Beratung bei Ausbau und Gestaltungskonzepten sowie die Gewährleistung gewesen, daß der Neubau den anerkannten Regeln der Technik entspricht, daß die funktionellen, wirtschaftlichen und qualitativen Anforderungen zweckmäßig gelöst und somit günstige Voraussetzungen für einen vorbildlichen Krankenhausbetrieb geschaffen werden. Die Gesamtkosten für diese Leistungen, die Ende 1983 abgerechnet wurden, betragen knapp vier Millionen Schilling — ein Betrag, der, so Stadtrat Stacher, gemessen an den Kosten des gesamten Bauprojektes, nicht nur einen marginalen Teil ausmache, sondern vor allem auch dazu diene, vermeidbare kostspielige Aufwendungen in ungleich größerer Höhe zu verhindern. (Schluß) and/gg

Abend vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PIA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 (Durchwahl), Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile, auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 26. Juni 1987

Blatt 1387

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal:

- Bauarbeiten auf der Heiligenstädter Hangbrücke (1388)
- Enquete über „Fahrtendienste“ (1389)
- Wiener Rathaus wird Filmdrehort (1390)
- Terminvorschau von 29. Juni bis 10. Juli (1391)
- Konstituierende Sitzung des neuen Landessanitätsrates (1394)
- Huberpark in Ottakring — Viel Platz für Kinder (1395)
- Hietzinger Hauptstraße: Schnurbäume müssen wegen Schäden entfernt werden (1395)
- Rumänisch-orthodoxer Patriarch im Wiener Rathaus (1396)
- Tandler-Medaille in Gold für Komm.-Rat Hrabak (1396)
- Wiens Mediziner proben die Zukunft (1397-1399)
- Rohrbruch verursacht Verkehrsstörung (nur FS/25.6.)
- Sonntag keine Tramway am Ring (nur FS)

Kultur:

- Benefizkonzert der „Musikfreunde Stadlau“ für Stephansdom (1392)
- Dr. Marion Dönhoff bei „Wiener Vorlesungen“ (1392)
- Eröffnung des „Wiener Musik-Sommers“ (1393)

Bauarbeiten auf der Heiligenstädter Hangbrücke

Nur ein Fahrstreifen in jeder Richtung

Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Montag abend beginnen die Bauarbeiten zur Instandsetzung der Kuchelauer Hafnbrücke und der Heiligenstädter Hangbrücke im Zuge der Heiligenstädter Straße (B 14) zwischen dem Kahlenbergerdorf und der Stadtgrenze. Die Arbeiten werden in drei Bauphasen abgewickelt und insgesamt bis in den Sommer 1988 dauern.

Auf der Kuchelauer Hafnbrücke werden die Feuchtigkeitsabdichtungen, die Fahrbahn- und Gehwegbeläge neu hergestellt und Arbeiten in den Widerlagerbereichen und an den Randbalken durchgeführt. Auf der Klosterneuburger Hangbrücke werden neue wasserdichte Dehnfugenkonstruktionen montiert, Feuchtigkeitsabdichtungen, Fahrbahnbelag und Randstreifenkonstruktionen mit Leiteinrichtungen und Geländer erneuert. Außerdem wird eine Schutzwand gegenüber den Gleisanlagen der ÖBB angebracht, um die Fahrdrähte gegen Spritzwasser von der Straße abzuschildern.

Die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten erfordern die Sperre eines Fahrstreifens in jeder Fahrtrichtung, sodaß also jeweils nur ein Fahrstreifen pro Richtung zur Verfügung steht. In Fahrtrichtung Klosterneuburg bleibt jedoch die Linksabbiegespur in das Kahlenbergerdorf erhalten. Die Arbeiten werden im Winter unterbrochen. In dieser Zeit gibt es keine Verkehrsbehinderungen. Von Frühjahr bis Sommer 1988 kann dann wieder jeweils nur ein Fahrstreifen in jeder Fahrtrichtung benützt werden. (Schluß)
sc/rr

Enquete über „Fahrtendienste“

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Mit den von der Stadt Wien eingerichteten Fahrtendiensten für behinderte Menschen, denen die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht möglich ist, beschäftigte sich Freitag eine Enquete „Fahrtendienste“, die von Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL eröffnet wurde.

Ziel der Enquete ist es, die durch die ständig steigenden Anforderungen an die Fahrtendienste auftretenden Probleme zu diskutieren und die Koordination der Fahraufträge und deren Effizienz weiter zu steigern. Die Einrichtung der Fahrtendienste hat, erklärte Smejkal, die Mobilität der Behinderten gesteigert; die Ansprüche, damit aber auch die Probleme, seien gewachsen.

Wien besitzt zweifellos das dichteste Fahrtendienstnetz in Österreich. Derzeit werden vom Regelfahrtendienst täglich rund 600 Personen von ihrer Wohnung zum Zielort und zurück befördert. 3.500 Personen können beim Freizeitfahrtendienst zum Preis eines Straßenbahnfahrtscheines monatlich 60 Fahrten pro Person absolvieren.

Interessierte und Betroffene haben bei der Enquete „Fahrtendienste für behinderte Menschen“ Gelegenheit, Probleme, Wünsche und Anregungen in großem Rahmen zu diskutieren. (Schluß) jel/bs

Wiener Rathaus wird Filmdrehort

Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Anfang Juli wird unter der Regie von Damiano Damiani in Wien und Umgebung ein Fernsehfilm gedreht werden. Am 1. und 2. Juli ist das Wiener Rathaus Schauplatz der Dreharbeiten: Der Aufgang der Feststiege I wird im Film das elegante Foyer eines Zürcher Hotels darstellen. Für die Dauer der Drehzeit soll die Einbahnregelung für Ein- und Ausfahrt im Rathaus aufgehoben werden. Die Rathauswache wird für einen reibungslosen Ablauf sorgen.

Der vierstündige Fernsehfilm mit dem Titel „The Train“ hat die Reise Lenins im April 1917 aus seinem Schweizer Exil nach St. Petersburg zum Inhalt. In der Rolle Lenins wird der Ghandi-Darsteller Ben Kingsley zu sehen sein. Weitere Hauptrollen sind mit Leslie Caron und Dominique Sanda besetzt. (Schluß) red/rr

Terminvorschau vom 29. Juni bis 10. Juli

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 29. Juni bis 10. Juli hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 29. JUNI:

11.00 Uhr, Pressegespräch des Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Gleichfeier für Pensionistenheim mit StR. Ingrid Smejkal (7, Schottenfeldgasse 25-27)

11.30 Uhr, Eröffnung des Spielgeländes Wienerberg-Ost mit StR. Braun (10, Neilreichgasse, vis-a-vis Sibeliusstraße)

19.00 Uhr, Bilanzpressekonferenz der Wiener Holding (Rathauskeller, Ziehrerstüberl)

DIENSTAG, 30. JUNI:

10.00 Uhr, Präsentation „Das Plakat“ (Aktion Stephansdom), Bgm. Zilk (Stephansplatz)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

DONNERSTAG, 2. JULI:

10.00 Uhr, Presseführung Schloß Wilhelminenberg (Schloß Wilhelminenberg 16, Savoyenstraße 2)

FREITAG, 3. JULI:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Komm.-Rat Mag. Dkfm. Dr. Walter H. SCHWARZ (Arbeitszimmer, Braun)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher (Wilhelminenspital, Zentralröntgeninstitut)

14.00 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien für Architektur, Musik und Publizistik durch StR. Mrkvicka an Hochschulprof. Dipl.-Ing. Dr. Günther Feuerstein, Hochschulprof. Heinz Kratochwil und Dr. Franz Schuh (Steinerner Saal I, Rathaus)

ab 13 Uhr, Bäderfest im Laaer-Berg-Bad

MONTAG, 6. JULI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. JULI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien für Malerei, Grafik, Bildhauerei und Angewandte Kunst durch StR. Mrkvicka an Franz Ringel, Prof. Hildegard Joos, Erwin Reiter, Hochschulprof. Erich Wonder (Steinerner Saal I, Rathaus)

FREITAG, 10. JULI:

10.00 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und für Volksbildung durch StR. Mrkvicka an Univ.-Prof. Sir Ernst Gombrich, Univ.-Prof. Dr. Erich Heintel, Univ.-Prof. Dr. Walter Swoboda, Univ.-Prof. Dr. Helmuth Zapfe, Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner (Roter Salon, Rathaus)

(Schluß) red/gg

Dr. Marlon Dönhoff bei „Wiener Vorlesungen“

„Preußen in Europa. Vom Erhabenen zum Lächerlichen“

Wien, 26.6. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Reihe „Wiener Vorlesungen“ hielt die Herausgeberin der „Zeit“, Dr. Marion Gräfin DÖNHÖFF, am Donnerstag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses den Vortrag „Preußen in Europa. Vom Erhabenen zum Lächerlichen“. Dr. Dönhoff zeichnete in ihrer Vorlesung ein Bild der Geschichte und Geistesgeschichte Preußens, seines Aufstieges und Unterganges. Maß, Bescheidenheit, geistige Werte nannte Dönhoff als Kriterien des Alten Preußens, das sich zur einigenden Leitmacht des Deutschen Reiches entwickelte. Die Pervertierung der alten Ideale—Maßlosigkeit, Materialismus, Militarismus als reines Machtinstrument habe zum Untergang von Preußen als Staat und Idee geführt.

Dönhoff nannte als symbolisches Datum der Wende die Krönung Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser. Mit dem Boom der Gründerzeit sei die allmähliche Auflösung der alten idealistischen Werte parallel zum materiellen Aufstieg einhergegangen. Preußen habe seine geistige Identität verloren.

Das alte Preußen habe seinen Aufstieg einer Reihe genialer Herrscher, aber vor allem einer geistigen und politischen Haltung des Maßes in allen Dingen verdankt. Dazu seien „Toleranz aus Vernunft“ — aber auch als Wert an sich, die Werte der Glaubensfreiheit und des Rechtsstaates, weiters die „Staatsräson in einer aufgeklärten Gesellschaft“ mit der gegenseitigen Ergänzung von Menschenrechten und königlicher Macht, sowie der Begriff einer „Loyalität ohne Willfährigkeit“ zu zählen. Diese Werte, Selbstbeschränkung und ein hoher Ehrbegriff seien die Träger des preußischen Aufstieges zur europäischen Großmacht gewesen. Anfang des 19. Jahrhunderts habe die napoleonische Unterdrückung den nationalen Gedanken wachgerufen, ethische Ideale im politischen Denken hätten ihren Niederschlag in verschiedenen gesellschaftlichen Reformen gefunden. Freilich sei bereits in dieser Zeit mit der Idealisierung des Staates ein Grundstein zur Umkehrung der alten Werte gelegt worden, das Gleichgewicht zwischen den Rechten des Einzelnen und der Macht des Staates sei in der Folge mehr und mehr gestört gewesen. So etwa durch die innenpolitische Maßlosigkeit Bismarcks, der mit seinem Kampf gegen den politischen Katholizismus und mit dem Sozialistengesetz die Macht des Staates zur politischen Unterdrückung genutzt habe. Die weitere Entwicklung habe unter Wilhelm II. in Umkehrung alter preußischer Ideale zu „Macht ohne Geist, Kadavergehorsam, Urteilslosigkeit und Untertanengeist“ geführt. Absolutismus, Militarismus und Spießbürgertum seien eine unheilvolle Allianz eingegangen. Ein Staat ohne geistige Zielsetzung und ohne moralische Maximen sei schließlich den Weg vom Erhabenen zum Lächerlichen gegangen. Noch einmal, vor dem endgültigen Untergang, am 20. Juli 1944, seien — in den Männern des Aufstandes gegen Hitler — die Ideale und Ehrbegriffe des alten Preußens wach geworden. (Schluß) gab/bs

Benefizkonzert der „Musikfreunde Stadlau“ für Stephansdom

Wien, 26.5. (RK-KULTUR) Am Sonntag, dem 28. Juni, 19 Uhr veranstaltet der „Verein der Musikfreunde Stadlau“ bei Schönwetter vor dem Stephansdom ein Benefizkonzert für die Renovierung des Domes. Das Kinder-Jugendorchester Stadlau wird gemeinsam mit dem Stadlauer und dem Straßhofer Kirchenchor die „Missa brevis“ von J. Haydn und das Oratorium für Chor, Soli und Orchester „PSALM 111 Ich danke dem Herrn von ganzem Herzen“ von G. Ph. Telemann zur Aufführung bringen. Die Spenden des Publikums werden zur Gänze für die Renovierung des Stephansdomes verwendet. (Schluß) gab/rr

Eröffnung des „Wiener Musik-Sommers“

Konzert im Großen Musikvereinssaal

Wien, 26.5. (RK-KULTUR) Der Wiener Musik-Sommer 1987 wird am Samstag, dem 27. Juni, um 20 Uhr, mit einem festlichen Konzert im Großen Saal des Wiener Musikvereins eröffnet. Auf dem Programm stehen die Messe Es-Dur D 950 von Schubert und die „Erste Walpurgisnacht op. 60“ von Mendelssohn. Ausführende sind die Wiener Symphoniker und die Gächinger Kantorei unter Helmuth Rilling.

Neben einer Reihe weiterer festlicher Konzerte bis zum Schlußkonzert mit dem London Symphony Orchestra unter Rafael Frühbeck de Burgos bietet der Musik-Sommer im Arkadenhof des Rathauses vier Konzerte mit den Wiener Symphonikern, sowie Abende mit den Bamberger Symphonikern, der Philharmonia Hungarica, den Tonkünstlern, der Slowenischen, der Slowakischen und der Kattowicer Philharmonie.

Die Schönbrunner Schloßkonzerte bieten unter anderem Klavierkonzerte mit Walter Klien, Philippe Entremont und Oleg Maisenberg und Schubert-Liederabende mit Robert Holl, Marjana Lipovsek, Josef Protschka und Christa Ludwig. Im Rahmen der Palais-Konzerte soll vor allem jungen österreichischen Künstlern ein Forum geboten werden.

Das Festival Orgelkunst in der Augustinerkirche, das seit seiner Einführung zu den attraktivsten Programmen des Musik-Sommers zählt, wird mit internationaler Besetzung fortgesetzt.

In der Secession finden fünf Konzerte des Zyklus „Musik des 20. Jahrhunderts“ statt, wobei die Programmlinie von der österreichischen Musik auf die internationale Ebene erweitert wurde.

Von den fünf Gedenkstättenkonzerten finden zwei im Schubert-Haus und drei im Haydn-Haus statt.

Im Rahmen der Schrammel-Abende sind auch Ensembles mit zeitgenössischer Schrammel-Musik, wie die Neuwirth-Schrammeln, zu hören.

Wie im Sommer 1986 dürften auch 1987 die Vorstellungen der Volksoper — „Die Fledermaus“ und „Die Zauberflöte“ —, die diesmal in der Staatsoper gezeigt werden, zu den großen Attraktionen des Sommerprogrammes gehören.

Die frei zugänglichen Promenadenkonzerte werden auch 1987 fortgesetzt, das sommerliche Theater- und Ausstellungsprogramm ergänzt wie jedes Jahr das Wiener Kulturangebot in diesem Zeitraum.

Einen besonderen Höhepunkt des Musik-Sommers stellt schließlich das Jazzfestival „Blue Danube Summit“ dar, das vom 15. bis 26. Juli 1987 mit einer breitgestreuten Konzertpalette im Arkadenhof, in der Szene Wien, auf den Schiffen „Johann Strauß“ und „Schönbrunn“ sowie in einer Reihe von Klubs stattfindet. Unter anderem zählen Astrud Gilberto, Dizzy Gillespie, Oscar Peterson und das Modern Jazz Quartett zu den Stars des Festivals. (Schluß) gab/gg

Konstituierende Sitzung des neuen Landessanitätsrates

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag, dem 25. Juni, fand unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK und in Anwesenheit von Stadtrat Friederike SEIDL, Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Landesamtsdirektor Dr. Josef BANDION sowie Landessanitätsdirektor Hofrat Oberstadtphysikus Dr. Ermar JUNKER die konstituierende Sitzung des für die Funktionsperiode 1987 bis 1990 neu bestellten Landessanitätsrates für Wien statt. Der Landessanitätsrat ist das beratende und begutachtende Organ für die dem Landeshauptmann obliegenden Sanitätsangelegenheiten und hat eine jeweils dreijährige Amtsdauer.

Ihm gehören außer dem Landessanitätsreferenten als ordentliche Mitglieder an:

Dekan o.Univ.-Prof. Dr. Arnulf FRITSCH, o.Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, Primarius Dr. Kristian KOLLER, Stadtrat a. D. Dr. Gertrude KUBIENA, Primarius Dr. Michael NEUMANN, ao. Univ.-Prof. Primarius Dr. Anton NEUMAYR, ao. Univ.-Prof. Primarius Dr. Otto WAGNER, o. Univ.-Prof. Dr. Klaus WOLFF.

Zu außerordentlichen Mitgliedern wurden ernannt:

Mag. pharm. Dr. Paul BELOHLAVY, ao. Univ.-Prof. Primarius Dr. Karl DINSTL, Chefarzt Dr. Hubert HRABCIK, Chefarzt Dr. Stephan RUDAS, o. Univ.-Prof. Primarius Dr. Georg ZEHETBAUER. (Schluß) pz/rr

Huberpark In Ottakring – viel Platz für Kinder

Park ist für Hunde nicht erlaubt!

Wien, 26.6. (RK-LOKAL) „Kinder haben oft weniger Lobbies als Hunde; und das tut uns allen weh“. Damit begründete Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag bei der Eröffnung des Huberparks in Ottakring das Hundeverbot, das für diese neue Grünanlage in der Hubergasse 15 ausgesprochen wurde. Der neue Park, der um 2,8 Millionen Schilling anstelle eines Abbruchhauses im Stadterneuerungsgebiet Ottakring entstand, bietet Kleinkinder- und Kinderspielplatz, viel Grün, alte Bäume, Grillplatz und Trinkbrunnen.

Eröffnet wurde der Huberpark, der in den Nachtstunden geschlossen ist, Freitag mit einem Parkfest. Bezirksvorsteher Alfred BARTON konnte dabei unter anderem Landtagspräsident Fritz HAHN, den früheren Vizebürgermeister Hubert PFOCH, Alt-Bezirksvorsteher Josef SRP und den Wiener Militärkommandanten Karl MAJCEN begrüßen. In seiner Rede wies Barton darauf hin, daß Ottakring zwar ein Bezirk mit großem, jedoch ungleichmäßig verteiltem Grünanteil sei. (Schluß) hrs/gg

Hietzinger Hauptstraße: Schnurbäume müssen wegen Schäden entfernt werden

Wien, 26.6. (RK-LOKAL) In der Hietzinger Hauptstraße zwischen Bossigasse und Schrutkagasse sind 31 japanische Schnurbäume (Sophora jap.) abgestorben. Wie der Pflanzenschutzdienst feststellte, war das Absterben der Bäume — ähnliche Schäden gibt es vereinzelt auch in anderen Bezirken — Folge eines Winterschadens mit anschließendem Pilzbefall. Um eine weitere Ausbreitung der Pilze zu verhindern, ist eine rasche Entfernung der Bäume erforderlich. Die Schnurbäume werden daher bereits in nächster Zeit entfernt, im Herbst werden dann neue Bäume gepflanzt. (Schluß) hrs/gg

Rumänisch-orthodoxer Patriarch im Wiener Rathaus

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Patriarch der rumänisch-orthodoxen Kirche, Seine Seligkeit TEOCTIST, besuchte anlässlich seines Aufenthalts in Wien heute, Freitag, das Rathaus, wo er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt wurde. Der Patriarch trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein und würdigte die Rolle der österreichischen Bundeshauptstadt als Stätte des internationalen Dialogs. (Schluß) chr/bs

Tandler-Medaille in Gold für Komm.-Rat Hrabak

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Freitag, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Kommerzialrat Johann HRABAK die Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold. Zilk würdigte in seiner Rede das soziale und karitative Engagement des Geehrten. Hrabak überreichte dem Bürgermeister einen Scheck über 50.000 Schilling für die Krebsforschung im St.-Anna-Kinderspital. Der Feier wohnte auch Bundeskammerpräsident Rudolf SALLINGER bei. (Schluß) chr/bs

Wiens Mediziner proben die Zukunft

Blick in den medizinischen Alltag des Jahres 2000

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Kaum ein Bereich unseres Lebens und kaum eine Wissenschaft entwickelt sich so rasant wie die Medizin. Beinahe täglich werden neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden entwickelt. Wohin geht diese rasante Entwicklung? Was hat der einzelne Patient davon? Welchen medizinischen Fortschritt können und wollen wir uns leisten? Wird alles, was medizinisch möglich sein wird, auch sinnvoll und menschlich sein?

Mit diesen faszinierenden Fragen beschäftigt sich das Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“, das im Jänner dieses Jahres vom Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER ins Leben gerufen wurde. Die Einladung zur Mitarbeit an diesem Projekt erging an alle Ärzte und Gesundheitsmitarbeiter Wiens. Etwa 1.500 Ärzte aller Fächer, Krankenpfleger, medizinisch-technische Angestellte, Psychologen und Therapeuten in Wien sind der Einladung zur aktiven Mitarbeit gefolgt. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher berichtete Freitag darüber in einem Pressegespräch im Anschluß an eine Tagung der Arbeitsgruppenleiter des Projekts.

im Herbst Kontakte mit der Sozialversicherung

Für den Herbst kündigte Gesundheitsstadtrat Stacher an, es werde Kontakte mit der Sozialversicherung auf Grund der Ergebnisse des Projekts geben. Ärztekammerpräsident Neumann unterstrich die Zweckmäßigkeit, vorerst zu einer einhelligen, ausdiskutierten Meinung darüber zu kommen, welche Maßnahmen und Wünsche sinnvoll sind. In diesem Sinne betonte auch Projektkoordinator Rudas, daß die Voraussetzung für die Klärung der Finanzierung eine konkrete fachliche Aussage über Notwendigkeiten ist.

Gesundheitsstadtrat Stacher begrüßte das Engagement der Teilnehmer an diesem Projekt, die bereit seien, auch ihren eigenen Wirkungsbereich kritisch zu hinterfragen. Ärztekammerpräsident Univ.-Prof. Dr. Michael NEUMANN, Leiter eines Arbeitskreises dieses Projekts, erklärte, er habe diese Initiative des Gesundheitsstadtrates sehr positiv aufgenommen, und die Wiener Ärzte seien der Einladung zur Teilnahme gerne gefolgt. Die in den Arbeitsgruppen geführten grundsätzlichen Debatten zeigten, daß gemeinsame Ziele verfolgt werden. Projektkoordinator und Chefarzt des Kuratoriums Psychosoziale Dienste Dr. Stephan RUDAS unterstrich die enorme Herausforderung, die darin besteht, die Summe der geäußerten Vorschläge so vollständig zusammenzufassen, daß sie ein ganzheitliches Bild ergeben.

Fachübergreifende Expertengruppen

In rund 80 einzelnen Arbeitsgruppen wird ein Bild der medizinischen Versorgung der 1 1/2-Millionen-Stadt Wien zu Beginn des 3. Jahrtausends entworfen. In unzähligen — ehrenamtlichen — Arbeitsstunden wird in gemischten Teams ein wissenschaftlich fundierter Blick in das Jahr 2000 erarbeitet. Da viele Fragen über rein medizinische Probleme hinausgehen, nehmen auch Juristen und Soziologen an der Arbeit teil. Unter den teilnehmenden Ärzten sind namhafte Professoren und Primärärzte ebenso wie Jungärzte, aber auch Medizinstudenten.

Alle medizinischen Teilfächer sind vertreten, eigene Arbeitsgruppen befaßten sich mit der alternativen Medizin, mit der Psychosomatik, mit der Entwicklung der Patientenrechte und der medizinischen Selbsthilfegruppen, mit den Fragen der Menschlichkeit, der Ethik und der Moral in der Medizin.

Natürlich wird auch über die Probleme der Finanzierung der modernen Medizin gesprochen.

Thematische Gliederung

Die über 70 Arbeitsgruppen sind in sechs Themenbereichen (Arbeitskreise) zusammengefaßt:

1. Organisation und Strukturen
2. Prävention und Prophylaxe
3. Fachliche Entwicklungen
4. Psychosoziale und psychosomatische Medizin
5. Komplementäre (alternative?) Medizin
6. Medizin und Gesellschaft.

Erste Zwischenergebnisse – Endbericht über das Projekt wird in Buchform veröffentlicht

Nun liegen erste Zwischenergebnisse vor, die endgültigen Ergebnisse sollen in Buchform veröffentlicht werden. Die Arbeitsgruppen arbeiten innerhalb ihres Gebietes weiterhin selbständig, alle Gruppen hatten aber zunächst zehn vorgegebene gemeinsame Fragen zu beantworten. (Eine elfte Frage, die sich mit der Ausbildung befaßt, wird in einer eigenen Arbeitsgruppe behandelt).

Die Antworten auf die zehn Fragen liegen nun in der Rohfassung vor, nach der Endredaktion sollen sie auch schriftlich publiziert werden.

Die zehn Fragen

Die folgenden zehn Fragen wurden zunächst allen Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen gemeinsam vorgelegt:

1. Welche Aufgaben und welche Probleme werden das Gesundheitswesen des Jahres 2000 „prägen“?
2. Erwarten Sie bis zum Jahr 2000 das Auftreten neuer Massenerkrankungen (Epidemiologie)? Welche?
3. Erwarten Sie in Ihrem Bereich die Einführung grundlegend neuer diagnostischer und therapeutischer Verfahren? Auf welchem Gebiet?
4. Erwarten Sie eine Veränderung des Versorgungsbedarfes bzw. Inanspruchnahmeverhaltens?
5. Soll es eine „neue Gewichtung“ und weitere Differenzierung der medizinischen Fächer geben?
6. Ist eine grundlegende Veränderung der Strukturen des Gesundheitswesens möglich — notwendig — wünschenswert — wahrscheinlich? (Welche?)
7. Welcher Anteil am Brutto-Nationalprodukt für Gesundheitswesen ist „zumutbar“?
8. Geht die Entwicklung des medizinischen Fortschrittes mit einer entsprechenden Entwicklung einer medizinischen „Alltagsethik“ einher?
9. Kann der „Konsument“ in die „Qualitätskontrolle“ eingebunden werden?
10. Ethische und finanzielle Grenzen einer einzelnen lebensverlängernden Behandlung und wie werden Entscheidungen darüber getroffen?

Einige Schwerpunkte der Antworten

- Probleme der Zukunft: Alte pflegebedürftige Kranke, Haltungsschäden, umweltbedingte Krankheiten, Psychosomatik, Suchtkrankheiten und das Wiederauftauchen „vergessener“ Krankheiten.
- Völlig neue Untersuchungsmethoden — Chance für die Vorsorgemedizin
- Verstärkter Psychotherapiebedarf
- Mehr Ganzheitsmedizin und alternative (komplementäre) Methoden

Forts. von Blatt 1397

Forts. auf Blatt 1399

- Neue Organisationsformen, neue Finanzierungsformen, Ausbau der Patientenrechte (Konsumentenschutz) und der medizinischen Selbsthilfe.
- Medizin soll nicht immer alles machen, was technisch möglich ist. Fragen der Ethik werden immer wichtiger.

Die Ergebnisse des Projektes sollen nicht nur die Grundlage für die Planung des künftigen Gesundheitswesens in Wien darstellen, sondern auch anderen Städten und Ländern zugänglich gemacht werden.

Weltweit dürfte es bisher einmalig sein, daß sich die Mitarbeiter des Gesundheitswesens einer Millionenstadt zu einer derartigen Zukunftsschau zusammengeschlossen haben. (Schluß) zi/and/gg

Forts. von Blatt 1398

ab dem 1. Juli vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Anrufzeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stock, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 29. Juni 1987

Blatt 1400

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 50. Herztransplantation im AKH (1402/1403/FS: 26.6.)
- Ausstellung „Chancen für den Donauraum“ erweitert (1404/FS: 27.6.)
- Stadtgeschichte: „Beethovens Wiener Originalverleger“ (1405)
- Wiener Stadtrundfahrten: Wien von unbekanntem Seiten sehen (1406/1407)
- Mit Ferienbeginn: „Sportplatz der offenen Tür“ (1408/1409)
- Wiener Wasser selbstverständlich nicht gefährdet (1410)
- Braun: MVA Spittelau unbedingt notwendig (1411)
- Vizebürgermeister Mayr: Aufruf an die freundlichen Wiener (1412)
- Gleichenfeier für Pensionistenheim Schottenfeldgasse (1413)
- ÖVP: Keine Eile beim Zentralbahnhof (1414)
- AIDS: Private Versicherer decken erwartungsgemäß unangenehme Risiken nicht ab (1415)
- „73 A“: Geänderte Streckenführung in Simmering (nur FS: 27.6.)
- Kinderfest am Ring: 300.000 Geburtstagsgäste feierten (nur FS: 28.6.)
- Sturm auf Wiens Bäder (nur FS: 28.6.)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau (1413)

Kultur:

- Ehrung für Horst Winter (1401/FS: 26.6.)

Ehrung für Horst Winter

Wien, 26.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Freitag dem Kapellmeister der Hoch- und Deutschmeister, Horst WINTER, der den Musikfreunden auch mit seinem früheren Wiener Tanzorchester, als Solist und als Komponist ein Begriff ist, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Weiters wurden die langjährigen Mitglieder der Deutschmeister-Kapelle Otto Brunnhauser, Robert Hammerl, Rudolf Hecl, Karl Martin und Rudolf Panec mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

50. Herztransplantation im AKH

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) An der II. Chirurgischen Universität-Klinik im Allgemeinen Krankenhaus (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Ernst WOLNER) wurde vor kurzem die 50. Herztransplantation durchgeführt. Aus diesem Anlaß fand Freitag ein Pressegespräch statt, bei dem Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit dem Klinikvorstand über die bisher durchgeführten Transplantationen bzw. über die Leistungen Wiens auf diesem speziellen medizinischen Gebiet berichteten. Laut Univ.-Prof. Dr. Wolner wurden bisher seit dem Jahre 1984 bei insgesamt 49 Patienten Herztransplantationen — davon 3 bei Kindern — durchgeführt, wobei von diesen Patienten heute noch 31 leben. Das Durchschnittsalter der erwachsenen Transplantationspatienten betrug 40,67 Jahre, die längste Überlebenszeit bisher 2 Jahre und 3 Monate. Bei zwei Kindern konnte eine volle Rehabilitation erzielt werden. In Gesamt-Österreich wurden an den drei Universitätskliniken 77 Herztransplantationen an 74 Patienten durchgeführt.

250 Transplantationen

Der Gesundheitsstadtrat unterstrich die Stellung Wiens als Zentrum für medizinische Spitzenleistungen für Gesamt-Österreich und informierte bei dieser Gelegenheit darüber, daß allein seit 1986 im Allgemeinen Krankenhaus insgesamt 250 Transplantationen durchgeführt wurden. Die erste Stelle nahmen dabei 174 Nierentransplantationen ein, wobei der Großteil davon, nämlich 105, an Nicht-Wiener-Patienten vorgenommen wurde. Im gleichen Zeitraum gab es ferner 37 Herztransplantationen, 22 Lebertransplantationen, 13 Knochenmarksübertragungen und eine Verpflanzung der Bauchspeicheldrüse. Insgesamt wurden an 96 Wiener-Patienten Transplantationen vorgenommen, über 150 waren Nicht-Wiener-Patienten. Österreichweit gesehen erbringt Wien bei den Transplantationen mit 35,8 Prozent mehr als ein Drittel der medizinischen Spitzenleistungen.

Pro Operation: Fast 500.000 Schilling

Mit dreieinhalb Wochen Spitalsaufenthalt für den Empfänger ist die erforderliche stationäre Betreuung relativ kurz. Sie setzt sich aus 12 Tagen Intensivbetreuung und 13 Tagen Normalaufenthalt nach der Operation zusammen. Die Gesamtkosten sind beachtlich: Fast 500.000 Schilling kosten Operationen, Vor- und Nachbehandlung, Medikamente, Medizintechnik, Verbrauchsmaterialien und natürlich auch Personal, berichtete Stacher. Was die Sozialversicherung betrifft, so leistet diese vergleichsweise nur einen verschwindend geringen Kostenbeitrag entsprechend dem geltenden Tagsatz (912 Schilling). Wien muß als Spitalserhalter hingegen nahezu die vollen Kosten tragen. So mußten für Herztransplantationen in diesem Zeitraum insgesamt 18,3 Millionen aufgewendet werden — davon 9,4 Millionen für Nicht-Wiener-Patienten.

Knochenmark, Leber und Niere

Spitzenreiter bei den Kosten für Transplantationen sind die Knochenmarksübertragungen, die pro Patient durchschnittlich 835.000 Schilling kosten und durchschnittlich einen 51 Tage dauernden Spitalsaufenthalt notwendig machen. Auf etwas mehr als die Hälfte dieses Betrages belaufen sich die Kosten für eine Lebertransplantation (456.000 Schilling). Nierentransplantationen kosten „nur“ 287.000 Schilling pro Patient. Von den knapp 50 Millionen Schilling Gesamtkosten für die seit 1986 im AKH durchgeführten 174 Nierentransplantationen entfielen allerdings 30 Millionen auf Nicht-Wiener-Patienten.

Bereits am 26. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet

40 Herztransplantationen jährlich

Laut Univ.-Prof. Dr. Wolner liegt die derzeitige Kapazität bei 35 bis 40 Herztransplantationen pro Jahr. Als besonderes Problem nannte er in diesem Zusammenhang das „Organisieren“ geeigneter Organspender. Was die derzeitige Überlebenschance von herztransplantierten Patienten betrifft, so liegt diese nach einem Jahr bei 80 Prozent bzw. hat der Patient dann eine Lebenserwartung von weiteren fünf Jahren. (Schluß) zi/bs

Bereits am 26. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 1402

Ausstellung „Chancen für den Donauraum“ erweitert

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Info-Zentrum Donauraum (Messepalast, Halle P, Eingang gegenüber dem Volkstheater) wurde die laufende Ausstellung zum Wettbewerb „Chancen für den Donauraum Wien“ erweitert. Ab sofort kann man dort auch eine Ausstellung zum Projekt Marchfeldkanal und die Planungen zur Verlängerung der A 23 (Südosttangente) Richtung Norden sehen. Öffnungszeiten während der Sommermonate:

Montag 9-16 Uhr, Dienstag 9-19 Uhr, Mittwoch, Donnerstag und Freitag 9-16 Uhr und Sonntag 9-12 Uhr. An Samstagen und Feiertagen bleibt die Ausstellung geschlossen.

Wanderausstellung im Franz Josefs-Bahnhof

Die Wanderausstellung zum Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“, bei der auch die Informationsbroschüre mit Fragebogen zum 2. Bürger-votum erhältlich ist, wird in der kommenden Woche vom 30.6. bis 3.7. 1987 im Franz Josefs-Bahnhof in der Zeit von 11.30 bis 19.00 Uhr gezeigt. Während der Sommermonate wird die Wanderausstellung an allen wichtigen Knoten des öffentlichen Verkehrs gezeigt.

2. Bürgervotum: Bereits 1500 Teilnehmer

Grosses Interesse findet bei den Wienerinnen und Wienern des 2. Bürgervotum im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens. Bis heute sind bereits 1500 sehr ausführlich ausgefüllte Fragebogen in der Projektleitung Donauraum (Doblhoffgasse 9, 3. Stock, 1082 Wien) eingelangt, wo man auch die Informationsbroschüre mit Fragebogen telefonisch anfordern kann (Telefon 42 800/3973 DW). Mitte August wird eine 1. Zwischenauswertung des Bürgervotums vorliegen, die den Teilnehmern am Wettbewerb zur Verübung gestellt wird. (Schluß) lf/bs

Bereits am 27. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Stadtgeschichte: „Beethovens Wiener Originalverleger“

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Im Rahmen der „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte“, einer Publikationsreihe des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, ist soeben Band 17 „Beethovens Wiener Originalverleger“ von Friedrich SLEZAK, im Verlag Franz Deuticke, Wien, erschienen. Der Band ist im Buchhandel zum Preis von 168 Schilling erhältlich.

Der Autor beschäftigt sich in dem Werk mit 17 Wiener Musikverlagen, die Beethovens Kompositionen herausbrachten. Der Beitrag ist vor allem deshalb wichtig, weil die überreiche Beethovenliteratur — was die Wiener Personen- und Verlagsgeschichte betrifft — bisweilen fundiertes Quellenstudium vermissen läßt und hartnäckig manche unbewiesene Annahmen wiedergibt. Slezak versucht in der vorliegenden Arbeit, die Materialfülle der Wiener Archive und Bibliotheken, vor allem die Merkantilakten des Wiener Stadt- und Landesarchivs, zu einer wissenschaftlichen Behandlung des Themas auszuwerten.

Ausstellung: „Wiener Musikverleger im Biedermeier“

Dem obigen Buch folgend, bietet die Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs im Arkadenhof des Rathauses unter dem Titel „Wiener Musikverleger im Biedermeier“ anhand von Fotos, Originalurkunden und Notenbeispielen einen Überblick über die bekanntesten und wichtigsten Vertreter dieser Sparte. Besonders die Familie Artaria, die Verleger Cappi, Haslinger, Diabelli, Mollo und Steiner stehen im Mittelpunkt der kleinen Schau. Durch das Aufzeigen ihrer geschäftlichen, aber auch verwandtschaftlichen Verbindungen sowie ihrer Beziehungen zu großen Komponisten ihrer Zeit — Beethoven und Schubert seien nur stellvertretend genannt — wird versucht, das kulturgeschichtlich bedeutsame Wirken dieser Verleger im biedermeierlichen Wien deutlich zu machen.

Die kleine Ausstellung im Arkadenhof des Rathauses ist bis Ende September, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, zu sehen. Für Besucher der Arkadenhofkonzerte ist sie auch abends zugänglich. (Schluß) am/rr

Wiener Stadtrundfahrten: Wien von unbekanntem Selten sehen

Karten in der Schmidhalle des Rathauses

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Wien hat viele Seiten, die auch jenen unbekannt sind, die jahrein, jahraus hier wohnen und arbeiten. Die „Wiener Stadtrundfahrten“ bieten auch den Sommer über die Möglichkeit, unbekanntes Wien ebenso kennenzulernen wie jene Punkte der Stadt, die man kennen sollte, um mitreden zu können. Im Juli und August werden sechs Standardrouten — Architektur, grünes Wien, Freizeit, öffentlicher Verkehr und Besuche bei den Quellen der beiden Hochquellenleitungen — befahren. An den beiden ersten Samstagen dieser Monate steht auch ein Besuch beim „Dritten Mann“ — also im Kanalnetz — auf dem Programm. Karten sind im Rundfahrtenbüro in der Schmidhalle des Rathauses erhältlich, und zwar Montag bis Freitag zwischen 8 und 15 Uhr. Man kann sie auch telefonisch bestellen: 42 800/2950. Außerhalb der Bürozeiten werden Bestellungen von einem Anrufbeantworter entgegengenommen. Stammgäste der „Wiener Stadtrundfahrten“ erhalten für die Teilnahme an vier Rundfahrten eine Freifahrt im Wert von 50 Schilling.

Das Rundfahrtenprogramm

Die Route 1 (jeden Dienstag) trägt den Namen „Vom Historismus zum Futurismus — Architektur in Wien“ und schließt unter anderen Führungen durch die UNO-City und das Österreichische Konferenzzentrum ein.

Die Route 2 (jeden zweiten Mittwoch, also am 1. Juli, 15. Juli, 29. Juli, 12. August, 26. August, 9. September, 23. September, 7. Oktober und 21. Oktober) heißt „Wien von seiner grünen Seite“, u.a. mit Botanischem Garten, Stadion, Fahrt auf den Donauturm, Spaziergang im Donaupark).

Die Route 3 (ebenfalls jeden zweiten Mittwoch, also am 8. Juli, 22. Juli, 5. August, 19. August, 2. September, 16. September, 30. September und 14. Oktober) mit dem Titel „In Wien und um Wien herum: Freizeitwelt“ führt zum Amalienbad, auf den Wienerberg und in den Naturpark Laxenburg mit einem Besuch des Filmarchives und der Vorführung einer Filmretrospektive.

Wer sich für die Route 4 (jeden Donnerstag) „Offene Tür beim öffentlichen Verkehr“ entscheidet, lernt die neue Vorortelinie — S-Bahn hautnah kennen, läßt sich die zentrale U-Bahn-Leitstelle unter dem Karlsplatz erklären und gehört zu jenem kleinen Kreis, der die U-Bahn-Bauarbeiten bei der Philadelphiabrücke tief unter der Erde sieht.

Die Route 5 und 6 werden jeweils freitags befahren, die Route 5 führt zu den Quellen der 1., die Route 6 ins Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung. Diese beiden sind Ganztagsfahrten und beginnen bereits um 8.30 beziehungsweise 7.15 Uhr, während bei den Rundfahrten 1 bis 4 Abfahrt jeweils 13 Uhr ist.

„Auf den Spuren des Dritten Mannes“ jeden ersten Samstag im Monat

Großer Andrang herrschte bisher für alle Kanalbesuche „Auf den Spuren des Dritten Mannes“. Weitere Termine für diese Ausflüge in den Untergrund sind am 4. Juli, 1. August, 5. September und 3. Oktober jeweils um 14, 15 und 16 Uhr.

Kartenvorverkauf, Preise

Die Erfahrung hat gezeigt, daß es sich jedenfalls lohnt, Karten zeitgerecht zu bestellen, denn das Interesse der Wienerinnen und Wiener für ihre Stadt nimmt von Jahr zu Jahr zu. Im vergangenen Jahr lernten fünfeinhalbtausend Wiener auf diese Weise ihre Heimat besser kennen. Der Kartenvorverkauf beginnt jeweils 14 Tage vor dem gewünschten Termin, bei den

Samstagfahrten „Spezielles Wien — Hinter den Kulissen (z.B. Auf den Spuren des Dritten Mannes) telefonisch ebenfalls zwei Wochen im voraus, persönlich jedoch erst an dem dieser Frist folgenden Montag.

Karten für die Rundfahrten 1 bis 4 kosten 50 Schilling, Kinder bis 15 zahlen die Hälfte. Für die Ganztagesfahrt Route 5 zahlen Erwachsene 170, Kinder 120 Schilling, bei der Route 6 (ebenfalls ganztägig) sind 220 beziehungsweise 150 Schilling, bei beiden Fahrten inklusive Mittagessen, zu bezahlen. Der „Besuch beim Dritten Mann“ ist um 20 Schilling (Einheitspreis) möglich. Kinder können erst ab 14 Jahren teilnehmen.

Im Herbst U-Bahn-Technik und Stadterneuerung

Zwei interessante Themen stehen für den Herbst auf dem Programm der Reihe „Spezielles Wien — Hinter den Kulissen“: am Samstag, dem 12., und am Samstag, dem 26. September lautet der Titel „Hochtechnologie im Untergrund — U-Bahn“, am 10. und 17. Oktober (ebenfalls jeweils Samstag) „Wiens neue Seiten — Stadterneuerung“. Der Kartenpreis für diese Fahrten beträgt für Erwachsene 50, für Kinder (bis 15) 25 Schilling.

Stammgäste haben es besser

Es lohnt sich, Stammgast bei den „Wiener Stadtrundfahrten“ zu sein: Für jede Fahrt, an der man in der laufenden Saison teilgenommen hat, erhält man einen Bonus-Punkt in einem Rundfahrtenpaß. Für vier Punkte gibt's eine Freifahrt im Wert von 50 Schilling.

Adresse bekanntgeben — stets auf dem laufenden bleiben

Im Rundfahrtenbüro ist ein eigener Programmdienst eingerichtet worden. Wer hier oder per Post (es gibt dafür eigene Postkarten) seine Adresse bekanntgibt, erhält jeweils zu Saisonbeginn als einer der ersten das neue Rundfahrtenprogramm und wird auch über allfällige Programmerweiterungen wie etwa den — inzwischen bereits ausverkauften — Besuch beim Bundesheer auf dem laufenden gehalten. (Schluß) and/bs

Forts. von Blatt 1406

Mit Ferienbeginn: „Sportplatz der offenen Tür“

Jugendsportaktion in den vielfältigsten Bereichen

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) In den Sommerferien, vom 6. Juli bis 4. September, findet auch heuer wieder die beliebte Jugendaktion „Sportplatz der offenen Tür“ statt, die vom Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis durchgeführt wird. Sie bietet Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 15 Jahren, aber auch Erwachsenen eine breite Palette von Sportmöglichkeiten auf insgesamt zwölf Anlagen.

Folgende Plätze sind jeweils Montag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr für Jugendliche geöffnet:

- 2, Augarten, Sportwiese (auch von 9 bis 12 Uhr)
- 2, Spenadlwiese, Rustenschacher Allee (von 9 bis 12 Uhr)
- 10, Eisring Süd, Windtenstraße
- 10, Franz-Koci-Straße
- 12, Haydn-Park, Flurschützstraße (auch 9 bis 12 Uhr)
- 12, Johann-Hoffmann-Platz
- 15, Schmelz, Freizeitpark (auch 9 bis 12 Uhr)
- 15, Stadthalle (Halle A und B), Vogelweidplatz
- 17, Marswiese, Neuwaldeggerstraße 57a
- 18, Währinger Park, Gymnasiumstraße
- 21, Jochbergengasse (Union Landhaus)
- 22, Erzherzog-Karl-Straße, Feuerwache Donaustadt

Erwachsene und Eltern mit Kindern haben auf folgenden zwei Anlagen die Möglichkeit, Sport auszuüben:

- 2, Spenadlwiese, Montag bis Freitag, 17 bis 19 Uhr
- 17, Marswiese, Montag, Mittwoch, Donnerstag, 17 bis 20 Uhr.

Wie schon in den vergangenen Jahren ist die Aktion kostenlos und steht unter Anleitung und Betreuung von Sportlehrern.

Schwerpunktprogramme – auch Fußball für Mädchen

Auf verschiedenen Sportanlagen wird im Rahmen der Aktion ein Schwerpunktprogramm gesetzt, das über die Leichtathletik, Volleyball, Basketball bis zu Fußball für Knaben und Mädchen reicht.

- Leichtathletik: Augarten, Sportwiese, Montag, Mittwoch, 9 bis 12 Uhr
- Volleyball: Augarten, Sportwiese, Dienstag, Donnerstag, 14 bis 17 Uhr
- Leichtathletik und Konditionstraining: Eisring Süd, auch Abnahme für das „WISTA“ (Wiener Sport- und Turnabzeichen für Schüler), Dienstag, Donnerstag, 14 bis 17 Uhr
- Fußball-Grundschule: Haydn-Park, Montag, Mittwoch, Freitag, 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
- Hallenfußball: Wiener Stadthalle, Montag, Mittwoch, Freitag, 14 bis 17 Uhr
- Basketball: Wiener Stadthalle, Dienstag, Donnerstag, 14 bis 17 Uhr
- Fußball für Knaben und Mädchen: Jochbergengasse (Union Landhaus), Montag, Mittwoch, Freitag, 14 bis 17 Uhr
- Leichtathletik unter Anleitung einer Spitzenathletin: Erzherzog-Karl-Straße 170, Montag, Mittwoch, Freitag, 14 bis 17 Uhr.

Als Familiensportanlagen stehen bereit:

- Spenadlwiese, Montag bis Freitag, 9 bis 12, 14 bis 17, 17 bis 19 Uhr
- Johann-Hoffmann-Platz, Dienstag, Donnerstag, 14 bis 17 Uhr
- Marswiese, Montag, Mittwoch, Donnerstag, 17 bis 20 Uhr

- Währinger Park, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr.

Im Rahmen der Aktion „Sportplatz der offenen Tür“ und des „Wiener Ferienspiels“ gibt es weiters noch folgende Sportaktivitäten für Jugendliche:

- Tennis, Grundkurse in Gruppen: Sporthalle 10, Jura-Soyfer-Gasse (PAHO), 6. bis 31. Juli Sporthalle 22, Steigenteschgasse 1, 6. Juli bis 28. August. Betrieb jeweils Montag bis Freitag von 14 bis 15.15 Uhr (für 8- bis 11jährige) und 15.15 bis 16.30 Uhr (12- bis 15jährige).
- Tennis, Grundkurse auf Freiluftplätzen: 17, Marswiese, für 8- bis 15jährige Montag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr
- Rollschuhlauf: 10, Eisring Süd, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr.
- Fischen: „Treffpunkt“ Neue Donau, Ausgang U 1, jeweils Samstag von 9 bis 12 Uhr
- Judo: 22, Steigenteschgasse 1, 6. bis 31. Juli, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr.
- Eislaufen auch im Sommer: Wiener Stadthalle, Halle C, Dienstag, Donnerstag, 14 bis 17 Uhr.

Für Tischtennis stehen vom 6. Juli bis 21. August acht Hallen zur Verfügung:

- 1, Postgasse 7, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr
- 5, Grünwaldgasse 4, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr
- 6, Liniengasse 13, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr
- 10, Eisring Süd, Montag bis Freitag, 9 bis 12, 14 bis 17 Uhr
- 14, Flötzersteig 115, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr
- 15, Schmelz, Freizeitpark, Montag bis Freitag, 9 bis 12 Uhr
- 16, Kirchstetterngasse 57, Montag bis Freitag, 9 bis 12 Uhr
- 22, Donauparkhalle, Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr.

Weitere Informationen und Auskünfte erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter 42 800, Klappen 4188, 4189, 2733 und 2799. (Schluß) hof/rr

Forts. von Blatt 1408

Wiener Wasser selbstverständlich NICHT gefährdet!

Profil-Titel erweckt falschen Eindruck

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) „Durch den heutigen Profil-Untertitel wird der Eindruck erweckt, Wiens Wasser sei durch die Müllgrube in Theresienfeld gefährdet. Dies ist selbstverständlich NICHT der Fall: Wien wird nach wie vor im Jahresdurchschnitt zu weit über 90 — im vergangenen Jahr 97 — Prozent mit Hochquellenwasser versorgt, der Rest kommt aus dem Grundwasserwerk Lobau. Beide Wasserversorgungsmöglichkeiten sind von den Verunreinigungen in Theresienfeld klarerweise absolut nicht betroffen — und die dritte Wasserleitung, in deren Einzugsbereich die Grundwasser-Verunreinigung besteht, ist ja bekanntlich nicht in Betrieb. Hier ist auch nicht absehbar, wann überhaupt die Inbetriebnahme erlaubt und möglich sein wird“: Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zur heutigen Profil-Titelgeschichte.

Braun wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die 3. Wiener Wasserleitung mit dem Einzugsgebiet Mitterndorfer Senke gar nicht betrieben werden darf. „Eine wohl baulich fertige Wasserleitung, die aber nicht in Betrieb ist, kann daher wohl auch kein verunreinigtes Wasser liefern. Von So bedroht ist das Wiener Wasser zu sprechen, ist daher entweder wirklich eine allzu reißerische Aufmachung oder ein Beispiel für eine Bildungslücke — wäre das Wiener Wasser durch Theresienfeld bedroht, dann müßten die Giftstoffe bergauf ins Einzugsgebiet der Quellschutzforste rinnen oder die Donau bis in die Lobau durchqueren“, sagte Braun. Die dritte Wiener Wasserleitung sei aber auf jeden Fall — auch wenn es in einem derzeit gar nicht absehbaren Zeitraum eine Bewilligung für die Inbetriebnahme geben sollte — lediglich als Reserve und nicht für die ständige Einspeisung ins Wiener Wassernetz gedacht.

Die Grundwasserverunreinigungen im Bereich Mitterndorfer Senke sind ja bereits seit langem bekannt. Eine Folge davon war unter anderem auch eine Neuentwicklung eines Ingenieurs der Wasserwerke: Der Mann erfand einen sogenannten Vakuum-Eliminator — ein Gerät, das bereits bis zur Serienreife gelangt ist und mit dem Schadstoffe aus dem Wasser entfernt werden können.

„Daß wir keinen Liter Wasser aus der 3. Wasserleitung entnehmen, ist aber auch allgemein bekannt — ich habe dies erst kürzlich wieder der Wiener ÖVP auf ihre Anfragen mitgeteilt“, sagte Braun weiter. Der Wiener Umweltstadtrat wies auch auf die Gespräche und Vereinbarungen zwischen dem niederösterreichischen Landeshauptmann LUDWIG und Bürgermeister Dr. ZILK bzw. dem NÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL und ihm, Braun, über gemeinsame Vorgangsweisen z.B. auf dem Sektor Deponien hin.

„Die Müllgrube in Theresienfeld aber hat mit Wien absolut nichts zu tun“, sagte Braun. „Ich bedaure es daher, daß durch den heutige Profil-Aufmacher ein gegenteiliger Eindruck entstehen muß, obwohl von der Stadt Wien aus stets klar und deutlich gesagt wurde, daß kein Wiener Wasser aus der Mitterndorfer Senke genommen wird.“ (Schluß) hrs/bs

Braun: MVA Spittelau unbedingt notwendig

Umfassendes Recycling-Angebot in Wien

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) „Obwohl wir grundsätzlich Aktionen begrüßen, die dazu beitragen, das Bewußtsein in den Fragen Müllvermeidung und Sammeln wiederverwertbarer Stoffe zu fördern, ist in Zusammenhang mit der heutigen Aktion der ÖVP-Frauen doch darauf hinzuweisen, daß es in keiner anderen österreichischen und kaum einer europäischen Stadt ein derart umfassendes Angebot zu Recycling und Müllentgiftung wie in Wien gibt“, stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Müllsammelaktion der Wiener ÖVP-Frauenbewegung fest. Braun verwies dabei auf die Altglas- und Altpapiersammlung in ganz Wien die 26 Problemstoffsammelstellen und vor allem auf die Aktivitäten zur getrennten Müllsammmlung: „Drei Wiener Bezirke — Favoriten, Döbling und die Brigittenau — nehmen bereits an dieser Aktion teil, drei weitere Bezirke, nämlich der 2., 21. und 22. werden heuer noch erfaßt, im kommenden Jahr soll dann die getrennte Müllsammmlung flächendeckend über ganz Wien ausgedehnt werden“.

Zum Hinweis der Wiener ÖVP-Frauen auf die 400.000 Tonnen Altpapier, die importiert werden, meinte Braun, die Frauenbewegung möge sich bei ÖVP-Ministerin Dr. FLEMMING erkundigen — dort liege nämlich noch sein, Brauns, Wunsch, die Papier- und Glasindustrie möge dazu gezwungen werden, Altmaterial in verstärktem Ausmaß zu verwenden, dann gäbe es eventuell auch für die in Österreich gesammelten Altstoffe einen besseren Markt. „Bisher erhielt ich keine Reaktion der Umweltministerin — vielleicht könnten die ÖVP-Frauen da etwas tun“, schlug Braun vor.

Der Umweltstadtrat wies auch darauf hin, daß zumindest die ÖVP-Frauen, wie ihrer Aussendung zu entnehmen ist, nun die Bedeutung der Müllverbrennungsanlage Spittelau erkannt haben. Diese Anlage muß unbedingt wieder in Betrieb genommen werden. „Dies kann selbstverständlich nur unter modernen, dem Umweltschutz gerecht werdenden Bedingungen erfolgen, ohne Gefährdung der Bevölkerung. Bei jeder Standortdiskussion ist aber auch darauf hinzuweisen, daß die MVA unter anderem 42.000 Liter Wasser pro Stunde benötigt und dieses Wasser aus dem Donaukanal entnehmen kann — ein Vorteil, der anderswo nicht geboten wird“, betonte Braun. Es sei jedenfalls aber erfreulich, wenn Teile der Wiener ÖVP nun daraufkämen, wie wichtig diese Müllverbrennungsanlage ist — bisher sei ja leider versucht worden, die Bevölkerung dagegen zu mobilisieren, schloß Braun. (Schluß) hrs/rr

Vizebürgermeister Mayr: Aufruf an die freundlichen Wiener

Für Wien werben und gewinnen

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Alle freundlichen Wiener, so Vizebürgermeister Hans MAYR, sind auch heuer wieder eingeladen, im Urlaub, ob im Ausland oder im Inland, für ihre Heimatstadt zu werben. Die Kleber mit dem lächelnden Steffl und der Aufforderung „Come and see friendly Vienna“ — voriges Jahr auf Chicagoer Einbahnschildern ebenso zu sehen wie auf mediterranen Surfbrettern — gibt's ab sofort bei der Stadtinformation im Rathaus, bei der Wien-Information in der Opernpassage, bei den Wien-Infoständen Stephansplatz, Schönbrunn und Donauinsel, bei den Infoschaltern des Flughafens sowie beim ARBÖ und beim ÖAMTC.

Wer von seiner privaten Wien-Werbeaktion bis 11. September ein Foto einschickt, hat die Chance, im Herbst schöne Preise zu gewinnen und sein Bild in einer Ausstellung wiederzufinden. Die beste Werbung, so Mayr, ist aktive Freundlichkeit gegenüber den hunderttausenden Touristen, die im Sommer nach Wien kommen. Zur Erinnerung daran werden auch wieder die Kleber „Ich bin ein freundlicher Wiener“ verteilt. Die Aktion wird vom Wiener Flughafen und vom Wiener Fremdenverkehrsverband organisiert. (Schluß) wfv/rr

Gleichenfeier für Pensionistenheim Schottenfeldgasse

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gleichenfeier für das neue Haus des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime im 7. Bezirk, Schottenfeldgasse 25-27, fand Montag in Anwesenheit von Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL statt. Das neue Pensionistenheim wird rund 250 Wohnplätze bieten und voraussichtlich im Frühjahr 1988 fertiggestellt sein.

Die Gesamtkosten dieses Hauses, das auf rund 4.700 Quadratmetern errichtet wird und Platz für 214 Einzel- und 18 Zweipersonenappartements sowie eine Station für besondere Betreuung mit 32 Betten bieten wird, betragen rund 310 Millionen Schilling. Kontakt- und Unterhaltungsmöglichkeiten werden durch Zusatzeinrichtungen wie Gesellschaftsräume, Bibliothek, Mehrzweck- und Hobbyräume sowie Kegelbahn zur Verfügung stehen. (Schluß) jel/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau

Wien, 29.6. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 1. Juli findet um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 20, Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zimmer 223, eine Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau statt. (Schluß) smo/bs

ÖVP: Keine Eile beim Zentralbahnhof

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung eines Zentralbahnhofes besitze keine Priorität, sagten Montag vormittag Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Gemeinderat Dr. Peter MAYR im Pressegespräch der Wiener ÖVP. Wien ist und bleibe ein „Kopfbahnhof“, denn neueste Untersuchungen hätten ergeben, daß nur knapp zwei Prozent von allen ankommenden Reisenden durch Wien durchfahren wollen.

Selbst wenn ein Zentralbahnhof hier einmal einen Verstärkereffekt haben sollte, argumentiert die ÖVP, wäre dies noch keine Rechtfertigung für eine Rieseninvestition, deren Höhe zwischen 9 bis 40 Milliarden Schilling angegeben wird. Wichtiger als ein Zentralbahnhof wäre es, die Bahn effektiver zu machen. (Schluß) ull/rr

AIDS: Private Versicherer decken erwartungsgemäß unangenehme Risiken nicht ab

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die „Collegialität“ — wie einem Zeitungsbericht zu entnehmen — ab dem 1. Juli das Risiko für AIDS-Patienten nicht mehr abdeckt und in ihren Verträgen einen entsprechenden Passus verankern wird, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fest, dies sei wieder einmal der Beweis dafür, daß die Privatisierung im Gesundheitswesen nicht problemlos ist. Es war auch bisher nicht einzusehen, sagte Stacher, daß von privaten Versicherern Patienten mit psychischen Erkrankungen und Tuberkulose aus der Leistungspflicht ausgenommen waren, da TBC heute heilbar ist und psychische Krankheiten im Akutfall nur einen kurzfristigen Spitalsaufenthalt notwendig machen. „Nun ist AIDS dran“, betonte Stacher, „und es zeigt sich, daß nur eine große Solidargemeinschaft wie die Sozialversicherung für ihre Versicherten auch große Risiken abdecken kann.“ Deshalb sei es auch nicht sinnvoll, eine Pflegeversicherung im Rahmen von Privatversicherungen abzuschließen. Vielmehr wäre es zu begrüßen, unterstrich der Gesundheitsstadtrat, wenn dies im Rahmen der Sozialversicherung möglich wäre. „Es geht nicht an, daß Patienten mit einzelnen Krankheitsgruppen diskriminiert werden“, schloß Stacher. (Schluß) and/bs

chef vom Dienst:
2.800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Druck: in der Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 30. Juni 1987

Blatt 1416

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wienerberg-Ost: Super-Spielplatz ist fertig (1417/FS: 29.6.)
- Müllverbrennung erst mit kompletter Rauchgaswäsche (1418/FS: 29.6.)
- Neue Einbahnregelungen in Wien (1419)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 2. Juli (1420)
- Neuer Geschäftsführer bei Augarten (1421)
- Wiener Freizeitangebot in den Ferien (1423/1424)
- Wohnbaustadtrat zieht Bilanz über erstes Amtsjahr (1425/1426)
- Forderung an Bundesländer: Schafft Platz für 600 Jungärzte (1427/1428)
- Schon sieben Millionen Schilling Spenden für den Stephansdom (1429)
- Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- „Die bunte Stadt“ im Hallenbad Großfeldsiedlung (nur FS)

Kultur:

- Folklore-Gruppe aus Hawaii auf dem Rathausplatz (nur FS)

Wirtschaft:

- Erfolgreiche Holding-Bilanz 1986 (1422)

Wienerberg-Ost: Super-Spielplatz ist fertig

Wien, 29.6. (RK LOKAL) Auf dem Wienerberg entsteht bis 1990/91 Wiens neues großes Freizeitareal das Erholungsgebiet Wienerberg Ost. Mit Unterstützung des Vereins Niederösterreich Wien gemeinsame Erholungsräume wird zwischen Neilreichgasse und Triester Straße ein über 800.000 Quadratmeter großes Erholungsgebiet rund um den „Lehm-Teich“ geschaffen. Ein Abschnitt des künftigen Teils des Wald- und Wiesengürtels ist bereits fertig — und vor allem steht den Kindern ein neuer Kinderspielplatz zur Verfügung. Umweltstadtrat Helmut BRAUN eröffnete Montag in Anwesenheit des Zweiten Landtagspräsidenten Fritz HAHN und des Meidlinger Bezirksvorstehers Ing. Kurt NEIGER den weitgehend natürlich gestalteten Spielplatz an der Neilreichgasse.

Das gesamte Ausgestaltungsprojekt kostet 29 Millionen Schilling. Für den als „Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel“ gewidmeten Bereich zwischen Triester Straße — Baugebiet im Süden — Neilreichgasse und Saalkagasse (mit Ausnahme der Kleingärten) werden auf 108.000 Quadratmetern Aufforstungen mit Laub- und Nadelbäumen und Sträuchern durchgeführt. Über 300.000 Quadratmeter Wiesen sind eingeplant und Herz des Erholungsgebiets ist der 161.000 Quadratmeter große Lehm-Teich ein aus zwei Teichen entstandenes Gewässer. Das neue Erholungsgebiet wird nach der Fertigstellung doppelt so groß sein wie der Laaerwald. Die reine Waldfläche ist allerdings kleiner als im Laaerwald.

Besonders attraktiv in dem einstigen Abbaugelände der Ziegelindustrie ist die weite Fernsicht ins Wiener Becken und auf den Alpenostrand — ein Panorama das natürlich bei der Landschaftsgestaltung berücksichtigt wird.

Die Wiesen des Erholungsgebiets werden naturnah als Spiel- und Sportflächen bzw. Liege- und Lagerwiesen gestaltet und in den Randbereichen des SWW Bereichs der ja bereits zum Teil gestaltet ist sind Erholungs- und Spieleinrichtungen wie der nun fertiggestellte Spielplatz aber auch Parkplätze vorgesehen.

Vor wenigen Wochen erst wurde in unmittelbarer Nähe des Erholungsgebiets Wienerberg Ost, auf der anderen Seite der Wohnhausanlagen südlich des Freizeitareals, eine weitere Grünfläche eröffnet — eine rund 55.000 Quadratmeter große Parkanlage beim Benderteich. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 29. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Müllverbrennung erst mit kompletter Rauchgaswäsche

Zilk: Kein Betriebsprovisorium in der Spittelau

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die durch den Großbrand schwer beschädigte Müllverbrennungsanlage Spittelau wird erst nach dem kompletten Wiederaufbau der Rauchgaswäsche in Betrieb genommen. Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute Montag, erklärte, sei man nunmehr von der Überlegung abgekommen, vorläufig mit einer provisorischen Filteranlage Müll zu verbrennen, auch wenn diese den Normen des Dampfkesselgesetzes voll entspricht. Durch die positive Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich habe man in der Frage der Hausmülldeponierung nun „einen etwas längeren Atem“, begründete Zilk die Entscheidung. Trotzdem werde man jedoch der Müllvermeidung großes Augenmerk schenken, betonte der Bürgermeister.

500.000 Besucher beim Ferienspiel auf der Ringstraße

Zum Ferienspiel am Sonntag sagte Zilk, es sei mit 500.000 Besuchern (laut polizeilichen Schätzungen) das größte Kinderfest der Welt gewesen. Die Großveranstaltung soll nun jedes Jahr abgehalten werden. Darüber hinaus regte der Bürgermeister an, unabhängig von dem Kinderfest, die Ringstraße an Sonntagen im Sommer einige Stunden für den Verkehr zu sperren und in eine Promenade für Spaziergänger umzuwandeln. Entsprechende Untersuchungen, etwa über die sonntägigen Verkehrsfrequenzen auf dem Ring, werden in Auftrag gegeben. (Schluß) red

Bereits am 29. Juni 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Einbahnregelungen in Wien

Mehr Parkplätze im 7. Bezirk

Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Donnerstag vormittag tritt im 7. Bezirk eine neue Einbahnregelung in Kraft: Die Wimbergergasse wird Einbahn einerseits von der Neustiftgasse bis zur Bernardgasse und andererseits von der Neustiftgasse bis zur Burggasse. Die Einbahnführung ermöglicht es, in diesen Straßenabschnitten auf beiden Seiten Schrägparkplätze zu markieren und damit das Stellplatzangebot ungefähr zu verdoppeln.

Neue Einbahnen auch in Favoriten

Ebenfalls am Donnerstag vormittag werden im 10. Bezirk einige Einbahnen „umgedreht“.

- Die Hollitzergasse wird Einbahn von der Angeligasse bis zur Troststraße.
- die Angeligasse wird Einbahn von der Wirerstraße bis zur Hollitzergasse und
- die Hardtmuthgasse wird Einbahn von der Ettenreichgasse bis zur Hollitzergasse.

Diese Maßnahmen dienen der Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet.

Im 9. Bezirk werden Einbahnen „umgedreht“

Bereits in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch werden im 9. Bezirk drei Einbahnen, die erst vor kurzem festgelegt wurden, wieder „umgedreht“.

- Die Van-Swieten-Gasse wird Einbahn von der Währinger Straße bis zur Garnisongasse.
- die Garnisongasse wird Einbahn von der Van-Swieten-Gasse bis zur Lackierergasse und
- die Lackierergasse wird Einbahn von der Garnisongasse bis zur Währinger Straße.

Die bisherige Lösung sollte den Straßenbahnverkehr auf der Währinger Straße vor Behinderungen durch den einbiegenden Individualverkehr bewahren. Sie führte jedoch zu einer relativ hohen Lärmbelästigung der Bewohner in der Lackierergasse und wurde deshalb wieder rückgängig gemacht. (Schluß) sc/rr

Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 2. Juli

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die nächste zentrale Selbstschutz-Beratung in der Schmidt-Halle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 2. Juli, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten hier Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr, geöffnet.

Neue Selbstschutzkurse sind ab Herbst geplant. Auskünfte gibt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89.

Auf dem laufenden bleiben

Wer sicher sein möchte, stets über alle aktuellen Informationen zu verfügen und Wissenswertes über entsprechende Veranstaltungen der Stadt Wien und der Volkshochschulen zu erfahren, kann seine Adresse und seine speziellen Interessen zu diesem Thema elektronisch speichern lassen. Die Stadtinformation (Telefon 43 89 89, Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, außerhalb dieser Zeit Anrufbeantworter) und alle Bürgerdienst-Außenstellen nehmen solche Bestellungen entgegen. (Schluß) and/rr

Neuer Geschäftsführer bei Augarten

Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten erhält ab Mitte August einen neuen Geschäftsführer: Dkfm. Dr. Oswald KADLECEK wird das Management der „Augarten“ verstärken.

Kadlecek, Jahrgang 1939, war bis 1968 Manager für das Produkt Reifen bei der Semperit AG, dann Marketingleiter bei Angerer (Optyl) und zuletzt von 1974 bis 1987 bei der Schrack Elektronik AG Wien tätig. (Schluß) sei/rr

Erfolgreiche Holding-Bilanz 1986

Umsatz 6,4 Milliarden, Investitionen 1,2 Milliarden Schilling

Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Der Konzern der Wiener Holding schloß das Bilanzjahr 1986 mit einer Umsatzsteigerung von 5,3 Prozent auf 6,4 Milliarden Schilling ab, gab Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS Montag abend in einem Pressegespräch bekannt. Ebenfalls gestiegen sind die Investitionen um 10,2 Prozent auf 1,2 Milliarden Schilling, wobei die Konzernfinanzkraft diese Investitionen mit rund zwei Drittel abdeckte. Der Mitarbeiterstand der Wiener Holding stieg von 5.900 auf 6.100. Die Holding-Betriebe erwirtschafteten einen aufsummierten Jahresgewinn von 106 Millionen Schilling, die Holding selbst verzeichnete einen Jahresgewinn von 40 Millionen Schilling.

Bei den einzelnen Holding-Betrieben nahm die WIGAST mit einer Umsatzsteigerung von mehr als 10 Prozent eine dominierende Stellung ein. Die Eröffnung der „Johann Strauß“ und des Cafe Wien auf dem Flughafen Wien-Schwechat trugen zu dieser Umsatzsteigerung bei. Nachhaltige Umsatzverbesserungen gab es auch im Bereich „Lager und Umschlag“, vor allem beim Wiener Hafen und beim Wiener Kühlhaus Frigoscandia. Positive Umsatzentwicklungen verzeichneten auch die Ekazent-Gruppe, der Kurbetrieb-Oberlaa, die Stadthalle-KIBA und die Wiener Messen. (Schluß) sei/rr

Wiener Freizeitangebot in den Ferien

Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Mit Sonne und Sommerwetter wird der Freizeitsommer in den kommenden Ferien in Wien natürlich schöner — aber auch für Schlechtwettertage gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Von den Sommerbädern über die Donauinsel bis zu den Stadtwanderwegen oder auch den Hallenbädern und Radfahrwegen haben jene Wienerinnen und Wiener, die den Urlaub in der Stadt verbringen, attraktive Angebote zur Freizeitgestaltung. Über die Erholungsangebote des Umweltressorts informierte Stadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Wieder zwei Familientage in den Sommerbädern

In den 18 städtischen Sommerbädern — die städtischen Bäder feiern heuer das 100jährige Bestehen — gibt es auch heuer wieder wöchentlich zwei Familientage: jeweils am Mittwoch und am Sonntag können Kinder zum Nulltarif, Jugendliche zum Kindertarif die städtischen Sommerbäder besuchen. Geöffnet sind die Bäder jeweils an Werktagen von 9 bis 20 Uhr, an Samstagen und Sonntagen von 8 bis 20 Uhr. Genaue Informationen über die Adressen und Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder gibt es unter der Telefonnummer 15 35, der Bäder-Information.

Freizeitparadies Donauinsel

Die zum Großteil bereits fertiggestellte Donauinsel bietet natürlich wieder ein umfassendes Freizeitangebot: Baden, FKK-Bereiche, Surfen, Segeln, Bootfahren, ausgedehnte Radtouren, Tauchen beim Tauchschiff, Wasserschliff, die riesige Wasserrutsche, Sportplätze sorgen für Freizeitvergnügen.

Für die Saison 1987 wurden wieder zahlreiche Verbesserungen der Infrastruktur durchgeführt — besseres gastronomisches Angebot, zusätzliche Sanitäreinrichtungen, neue Parkplätze sind nur einige Beispiele dafür.

Eine Änderung gibt es im Südteil im Bereich der bisherigen Pontonbrücke: Da diese Brücke für die Errichtung des Wehrs II benötigt wird, gibt es heuer als Ersatz und neue Attraktion eine neue Überfuhr an der Stelle der Brücke. Außerdem kann man natürlich über den Treppelweg und das Wehr II auf die Insel gelangen.

Zusätzliche Freizeiteinrichtungen werden außerdem in der Badebucht nahe der neuen Überfuhr geschaffen: Ein Kinder-Klettergerüst, zwei Volleyballplätze und Tischtennistische warten auf Benutzer.

Neben der Neuen Donau, dem neuen Freizeitgebiet, steht aber auch die Alte Donau den Erholungsuchenden zur Verfügung. Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität (u.a. der Filterdamm zwischen Wasserpark und Oberer Alten Donau) sollen für ungetrübte Badefreuden sorgen; Bootfahren, Segeln, Surfen gehören ebenfalls zu den Freizeitmöglichkeiten.

Erholungsgebiete und Stadtwanderwege

Passionierte Wanderer ebenso wie Spaziergänger finden in den Erholungsbereichen wie Wienerwald, Laaerwald, Dehnpark, Bisamberg, Schwarzenbergpark, Prater, Lainzer Tiergarten oder Lobau Wanderwege für jeden Geschmack. Dazu kommen die neun Stadtwanderwege — familienfreundliche, mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbare und gut beschluderte Rundwanderwege. Die Stadtwanderwege Wiens sind

Forts. auf Blatt 1424

- 1 — Kahlenberg (ab Endstelle Straßenbahnlinie D)
- 2 — Hermannskogel (Endstelle Autobuslinie 39 A)
- 3 — Hameau (Endstelle Straßenbahnlinie 43)
- 4 — Jubiläumswarte (Haltestelle Rosentalgasse der Straßenbahnlinie 49 oder Endstelle der U 4 über Rettichgasse)
- 5 — Bisamberg (Endstelle Stammersdorf der Straßenbahnlinie 31)
- 6 — Zugberg — Maurer Wald (Endstelle Straßenbahnlinie 60)
- 7 — Laaer Berg (Endstelle Reumannplatz der U 1)
- 8 — Sophienalpe (Bus 49 B ab Hütteldorf bis Vorderhainbach, Gasthaus Grüner Jäger)
- 9 — Prater (ab Praterstern-Hauptallee — Schnellbahn, U 1, Straßenbahnlinien 21, 5 und O, Autobus 80 A).

Radfahren

Radfahren als Freizeitsport hat in den letzten Jahren immer mehr Freunde gewonnen. Zu den Radrouten, die in Wien zur Verfügung stehen, gehören u.a. der Rundkurs beim Donaubereich (von der Fähre Nußdorf zur Donauinsel, Brigittenauer Brücke, weiter zur Alten Donau, quer über die Donauinsel, zur Prater Hauptallee, Donaukanal) oder vom Stadtzentrum ab Salztorbrücke in die Lobau; oder der Z-Radweg vom Reumannplatz zum Böhmischem Prater; oder der Kurs rund um die Brigittenau (vom Nußdorfer Wehr über Floridsdorfer Brücke — Donauinsel — Brigittenauer Brücke — Hubertusdamm — Reichsbrücke — Praterstraße — Urania — Donaukanal); oder der Radweg Süd von Inzersdorf über Vösendorf, Laxenburg bis Kottingbrunn und darüber hinaus; oder der Ring-Rund-Radweg usw.

Informationen über das Freizeitangebot: 43 89 89

Genauere Informationen über das sommerliche Freizeitangebot — zudem natürlich z.B. auch Ferienspiel, Sportplätze der Offenen Tür und das umfassende Kulturangebot zählen — bietet die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89. (Forts.mgl.) hrs/bs

Forts. von Blatt 1423

Wohnbaustadtrat zieht Bilanz über erstes Amtsjahr

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Bilanz über sein erstes Amtsjahr zog heute Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER im Rahmen des Pressegespräches des Bürgermeisters.

Den Neubau billiger zu machen, die Stadterneuerung in Schwung zu bringen und die städtische Wohnhäuserverwaltung zu dezentralisieren, das waren die drei Hauptaufgaben, die sich Edlinger vor einem Jahr bei seinem Amtsantritt gestellt hat. Ein Jahr später läßt sich eine erste, positive Zwischenbilanz über die Fülle gesetzter Maßnahmen ziehen.

Neubau sicherstellen - Bodenpreise eingefroren

Das Ziel, eine Neubauleistung von 5.000 geförderten Wohnungen zu erreichen, wurde 1986 übertroffen. Bis Jahresende wurden Förderungsgelder in Höhe von 5,4 Milliarden Schilling für die Errichtung von 5.339 neuen Wohnungen zugesichert.

Die Finanzierung des Neubaus soll längerfristig durch die „Verlängerung“ der Wohnbauförderung sichergestellt werden, wobei insbesondere durch Anreiz privater Investitionsbereitschaft die Belastung für die Bewohner gesenkt werden soll. Die Weiterführung der Grundstücksbeschaffung für den geförderten Wohnungsneubau über den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds hat zu einem Einfrieren der Grundstückspreise auf dem Niveau von 1983, bei durchschnittlich 1.000 Schilling pro Quadratmeter, geführt.

Die Stadterneuerung wurde flotter und „sanfter“

Koordinationsprobleme zwischen dem Stadterneuerungsfonds und der Verwaltung konnten weitgehend beseitigt und eine Verkürzung der Verfahrensabläufe bei Wohnhaussanierungen bis zu einem Drittel der ursprünglichen Dauer erreicht werden. In den letzten 12 Monaten haben sich die Zahl der Sanierungsanträge auf 1.900 verdoppelt, die Zahl der erledigten Anträge auf 991 vervierfacht, die dadurch ausgelösten Investitionen auf 6,3 Milliarden Schilling vervierfacht und die Zahl der Stadterneuerungsbaustellen sogar auf rund 300 versiebenfacht. Der Stadterneuerungsfonds ist nun zentrale Anlauf-, Informations- und Einreichstelle, wobei eine verstärkte Zusammenarbeit bei Prüftätigkeiten mit Architekten, Zivilingenieuren und planenden Baumeistern erfolgt.

Durch eine Novellierung der Wiener Verordnung zum Wohnhaussanierungsgesetz erhält die Substandardbeseitigung Vorrang, wird Mieterinformation besonders gefördert und darf keine Substandardwohnung mehr als Ersatzwohnung angeboten werden. Die Zahl der Interessensbescheide ging ebenso deutlich zurück wie der Ankauf von Häusern durch Private zu Spekulationszwecken, da die Förderungsvoraussetzungen strenger und mieterfreundlicher wurden.

Viele Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, wie Wohnstraßen, Verkehrsberuhigungen, die Schaffung von Parks, von Parkgaragen und Stellplätzen, Hofbegrünungen oder die Erarbeitung des Wiener Kleingartenkonzeptes waren oft nur ressortübergreifend möglich und basieren auf einer guten Zusammenarbeit verschiedenster Teile der Verwaltung.

Mehr Demokratie in die Gemeindebauten

Ab 1.1.1988 wird die Wohnhäuserverwaltung in Wien dezentralisiert und durch ein Mietermitbestimmungsstatut demokratisiert. Erleichtert wurden in den vergangenen 12 Monaten der Wohnungstausch, verbessert wurden die Vormerk-Richtlinien und die Vergabe von Gemeindewohnungen. Es gibt einen Kostenersatz für in Eigeninitiative erneuerte Fenster im Falle

einer generellen Fenstererneuerung. Erweitert wird das Programm für nachträgliche Aufzugseinbauten. Reduziert wurden die Mietzinsrückstände von 129 auf 76 Millionen Schilling. Reduziert werden konnte auch die Schimmelbildung in Gemeindebauten. Erhoben und saniert werden die Baumängel in Gemeindebauten und zwar unter starker Einbindung der Mieter- aber ohne finanzielle Belastung.

Schritt zu einer sozialen, demokratischen Wohnpolitik

Mehr Transparenz in den Wohnungsmarkt brachte die Einrichtung und Erweiterung des „BTX-Wohnservice-Wien“. Im Herbst 1986 wurde die 150.000ste Gemeindewohnung der Zweiten Republik fertiggestellt und eine kostenlose „Fensterberatung der Stadt Wien“ eingerichtet.

Das Ziel dieser Maßnahmen und Schritte ist, so Edlinger, die Weiterentwicklung einer sozial und demokratisch ausgerichteten Wiener Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik, der besondere Schutz des sozial Schwächeren und die Sicherung dieser Politik durch geeignete Finanzierungsformen.

Monatsmiete von 30 Schilling pro Quadratmeter ist das Ziel

Durch eine neue Wiener Wohnbauförderung, die ab 1989 verwirklicht werden könnte, soll die monatliche Mietbelastung auf 30 Schilling pro Quadratmeter ohne Betriebskosten gesenkt werden, erklärte Edlinger. Insgesamt sind in den kommenden Jahren für den Neubau und die Sanierung von Wohnraum Ausgaben in der Höhe von 15,2 Milliarden Schilling zu erwarten, die als Förderungen den Bauträgern bereits zugesichert wurden. Mit den derzeitigen Rücklagen von etwa 3,6 Milliarden Schilling wird daher die öffentliche Förderung des Wohnungsneubaues und der Wohnhaussanierung in den kommenden Jahren sichergestellt, unterstrich Edlinger. Die Eigentumsbildung an Wohnraum bezeichnete Edlinger als „Irrtum“, der vor allem soziale und Verwaltungsprobleme verursache. Er sprach sich für eine Erweiterung der Mietermitbestimmung aus. (Schluß) ah/bs

Forts. von Blatt 1425

Forderung an Bundesländer: Schafft Platz für 600 Jungärzte

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Schafft 600 Ausbildungsplätze für Jungärzte! Das forderten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag in einem Pressegespräch von den anderen Bundesländern. Diese sollten, so Zilk und Stacher, dem Vorbild Wiens folgen und einen Bettenschlüssel anwenden, der die Schlange der auf einen Turnusplatz wartenden Jungärzte mit einem Schlag deutlich verkürzen würde. Die Novelle zum Ärztegesetz sieht statt bisher 1:20 einen neuen Bettenschlüssel von 1:15 vor. Einige Bundesländer sind jedoch von dieser Zahl noch weit entfernt, während in Wien schon seit langem auf nur zwölf Spitalsbetten ein Ausbildungsplatz entfällt. Wien zahlt für dieses besondere Engagement zusätzlich eine halbe Milliarde Schilling.

Offene Warteliste, kein Platz für Protektionskinder

Die Zahl der für eine Turnus-(Fach-)ausbildung in einem städtischen Spital vorgemerkten Jungärzte hat innerhalb der letzten Jahre ständig zugenommen. Zum 1. Jänner 1983 bestanden 462 Vormerkungen, zum Stichtag 16. Juni 1987 waren es bereits 2.251. Die Zahl der Neuvormerkungen lag in den letzten Jahren zwischen 700 und 800, während durchschnittlich 200 bis 250 Ärzte für eine Turnusausbildung aufgenommen werden konnten. Seit Herbst verzeichnet die Stadt Wien als einziger Spitalserhalter Österreichs die wartenden Jungärzte in einer offenen Warteliste. Knapp jeder zwölfte wartende Jungarzt hat bisher Einsicht genommen.

Derzeit werden jene Bewerber berücksichtigt, die sich im Sommer 1984 angemeldet haben. Die weitere Aufnahme richtet sich ausschließlich nach der Reihenfolge in der Warteliste. Für Protektionskinder ist kein Platz. Einzige Ausnahmen für bevorzugte Aufnahmen bilden „sub auspiciis“-Promoventen, die sofort einen Ausbildungsplatz erhalten — das waren im verangenen Jahr vier Ärzte. Länger geltende Verträge gibt es in den Fächern Psychiatrie und Pathologie, wenn sich die Ärzte verpflichten, ein Jahr in einem dieser Fächer zu arbeiten. Generell werden Turnusarzt-Verträge jetzt für dreieinhalb Jahre (gegenüber früher vier) abgeschlossen, um mehr Ärzte in kürzerer Zeit aufnehmen zu können.

Aktionen für Jungärzte

Für promovierte Mediziner wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Förderungsmaßnahmen geschaffen:

- Ärzte im Pflegedienst (60 Jungärzte können im medizinischen Milieu ein Jahr lang tätig sein und erwerben damit auch Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung)
- Ärzte im Pflegedienst — in den Sommermonaten (zusätzlich 75 Jungärzte bis drei bis vier Monate)
- Ärzte und elektronische Datenverarbeitung (elf Jungärzte arbeiten an der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung mit)
- Aktion 8000 (Mitarbeit an Projektstudien, wie Einsparungsmaßnahmen auf dem Medikamentensektor, Erstellung eines medizinischen Leistungskataloges, Labor- und Nuklearmedizin)
- Fortbildungsveranstaltungen (unter Mitwirkung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten; Seminare über Kardiologie, Notfallmedizin, Gynäkologie und Geburtshilfe, Röntgendiagnostik, ab Herbst gemeinsam mit der Ärztekammer: Spitalsorganisation, Management und Kosten).

Die meisten Ausbildungsstellen in Wien

In Wiens Spitälern gibt es derzeit, verglichen mit den anderen Bundesländern, auf die Bettenzahl bezogen die meisten Ausbildungsplätze. Jeder fünfte Österreicher wohnt in Wien, aber fast zwei Drittel (60 Prozent) der Medizinstudenten erhalten hier ihre Ausbildung. Der gesetzliche Bettenschlüssel beträgt derzeit noch 1:20 und wird aufgrund der vom Parlament beschlossenen Ärztegesetz-Novelle auf 1.:15 reduziert. In Wien lautet der Schlüssel jedoch bereits 1:12. Würden sich alle Bundesländer an den gesetzlich vorgeschriebenen Bettenschlüssel halten, erhielten mit einem Schlag 500 bis 600 Ärzte Ausbildungsmöglichkeiten.

Auch andere Spitalserhalter sollen Warteliste offenlegen

Bürgermeister Dr. Zilk kündigte an, daß in den nächsten Tagen über 2.000 Medizinstudenten einen Brief erhalten werden, in dem die Problematik des Turnusdienstes erläutert und auch dargestellt wird, was die Stadt Wien im Vergleich zu anderen Bundesländern und Spitalserhaltern für die Jungärzte leistet. Er appellierte an die anderen Spitalserhalter (Bund, Universitäten, Sozialversicherung, Orden) ebenfalls Wartelisten über Jungärzte, die sich zur Turnusausbildung angemeldet haben, offen aufzulegen und damit dem Wiener Beispiel zu folgen. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher fügte hinzu, es zeige sich immer wieder, daß Wiener Ärzte in anderen Bundesländern — mit Ausnahme von Niederösterreich und dem Burgenland — keine Aufnahme fänden. Doch gerade jetzt, da zusätzliche Ausbildungsplätze in den anderen Bundesländern aufgrund des neuen Ärztegesetzes geschaffen werden müssen, sollten dort die Restriktionen gegenüber den Wiener Ärzten zurückgenommen werden. (Schluß) and/rr

Forts. von Blatt 1427

Schon sieben Millionen Schilling Spenden für den Stephansdom

Auch „DAS PLAKAT“ wirbt für die Aktion

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Stephansdom, das Wahrzeichen Österreichs, ist in Gefahr. Alle Wiener und darüber hinaus alle Österreicher sind deshalb aufgerufen, etwas für den Stephansdom zu tun. Die große Spendenaktion ist sehr erfolgreich angelaufen: Bis jetzt sind bereits rund fünf Millionen Schilling an Spenden eingelangt. Heute, Dienstag, kommen noch zwei Millionen dazu: Z-Generaldirektor, Dr. Karl VAK, überreichte an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Erzbischof Dr. Hans-Hermann GROER ebenso eine Million Schilling, wie Generaldirektor Dr. Leo WALLNER und Gouverneur Dkfm. Kurt NÖSSLINGER (diese Million setzt sich aus 350.000 Schilling von der Casinos Austria AG und 650.000 Schilling von der Österreichischen Lotto Toto Gesellschaft zusammen).

Eine bemerkenswerte Initiative setzt auch die Gruppe DAS PLAKAT. Den ganzen Sommer über werden in ganz Österreich Plakatstellen gratis zur Verfügung gestellt. Bürgermeister Zilk und Generalvikar Rudolf TRPIN in Vertretung des Erzbischofs nahmen Dienstag vormittag das erste Plakat, auf dem für die Aktion geworben wird, entgegen. Zilk bedankte sich für die Initiative und wies darauf hin, daß durch den Erfolg der gemeinsamen Aktion für den Stephansdom ein Großteil der Renovierungsarbeiten des heurigen Jahres bereits gesichert werden konnte. (Schluß) red/bs



60984 81800

